Freitag, 8. November 1985 - D ✶✶✶

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 261 - 45. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 30,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Brüter: In namentlicher Abstimmung hat der Bundestag den Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, für den Schnellen Brüter in Kalkar keine zusätzlichen Fördermittel zu vergeben und eine Neubewertung mit dem Ziel vorzunehmen, daß die Anlage nicht in Betrieb genommen wird.

Gipfel: Kanzler Kohl äußerte in einem Interview des „Rheinischen Merkur" die Hoffnung, daß die Genfer Abrüstungsverhandlungen und der Reagan/Gorbatschow-Gipfel „eine neue Phase der Verständigungspolitik zwischen Ost und West auf allen Ebenen" einleiten könnten. Er verwendete allerdings nicht Außenminister Genschers Formel von einer „neuen Phase der Entspannungspolitik".

Treffen: Zu einem zweistündigen Gespräch über aktuelle politische Fragen sind die Parteivorsitzenden Strauß und Bangemann in München zusammengetroffen.

Guatemala: Aus den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ist die Christdemokratische Partei als klarer Sieger hervorgegangen.

Geiseln: Linksgerichtete Guerrilleros hielten gestern im Justizpalast in Bogotá (Kolumbien) noch zehn Richter in ihrer Gewalt. Bei drei Angriffen hatten Soldaten 400 Personen befreit und rund 20 Freischärler getötet. (S. 2 und 7)

Polen: Nach seinem Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten will sich Staats- und Parteichef Jaruzelski offenbar verstärkt der Vorbereitung des für 1986 geplanten 10. Parteitags widmen. Nach Ansicht politischer Beobachter will Jaruzelski den Parteiapparat und die Basis, die teilweise noch offen die Thesen der verbotenen „Solidarität" vertritt, strenger an die Parteilinie binden. (S. 3)

Terrorismus: Die schiitische Extremistenorganisation „Dschihad Islami" hat die Ermordung aller fünf in Libanon festgehaltenen US-Geiseln angekündigt. „Indirekte Verhandlungen" mit den USA seien gescheitert.

Bilanz: An den beiden Protesttagen gegen das Militärregime in Chile sind drei Personen getötet, Dutzende verletzt und rund 800 festgenommen worden.

ZITAT DES TAGES



❝ Man würde diesen Wettbewerbsfaktor ganz erheblich schwächen, würden wir ihn mit der Schwerfälligkeit von konflikt- und leider auch ideologiebeladenen sogenannten sozialpartnerschaftlichen Abstimmungsprozessen belasten ❞

Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, zur Begründung seiner Ablehnung einer erweiterten Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien

FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Tourismus: Die Touristik Union International (TUI), Deutschlands größter Reiseveranstalter, hat im Geschäftsjahr 1984/85 ihr bisher bestes Ergebnis erzielt. Die Zahl der Buchungen stieg um 5,2 Prozent auf rund 2,36 Millionen, der Umsatz um 12,8 Prozent auf 2,74 Milliarden DM. (S. 13)

Steuern: Die Politik zum Abbau der Steuerbelastung wird auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt, kündigte Kanzler Kohl vor dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft in Bonn an. (S. 11)

US-Aktien: Was vor einigen Jahren noch für unmöglich gehalten wurde, ist jetzt eingetreten. An der New York Stock Exchange durchbrach der Dow-Jones-Industrie-Index die 1400-Marke. (S. 12)

Börse: Von Sonderbewegungen abgesehen, war die Entwicklung auf den Aktienmärkten uneinheitlich. Der Rentenmarkt war wenig verändert. WELT-Aktienindex 250,81 (250,79). BHF-Rentenindex 104,399 (104,395). BHF-Performance Index 107,896 (107,861). Dollarmittelkurs 2,5935 (2,6048) Mark. Goldpreis 323,00 (324,40) Dollar.

WELT-Report Stahl '85

Es ist nur scheinbar ein Widerspruch: Die deutsche Stahlindustrie ist im Kern gesund, in ihrer Existenz jedoch gefährdet. Seit rund einem Jahr schreibt sie durchweg schwarze Zahlen. Ihre Probleme: hohe Löhne und Verkehrstarife, Umweltschutzauflagen und ein schrumpfender Wettbewerbsvorsprung vor den europäischen Nachbarn. Seiten I bis X

KULTUR

Film: In den vergangenen 20 Jahren war es still geworden um Giulietta Masina. Jetzt feiert die italienische Schauspielerin mit Fellinis „Ginger und Fred" und mit Jakubiskos Märchenfilm „Frau Holle" ein grandioses Comeback. (S. 19)

Kirche: Wo liegen die Ursachen für das offenkundige Unvermögen der amtlichen evangelischen Kirche, auf die nationale Frage der Deutschen zu antworten? Antworten suchte das Collegium Albertinum in Göttingen. (S. 19)

SPORT

Turnen: Die Männer-Riege aus der Bundesrepublik belegte bei der WM in Montreal einen guten sechsten Platz – dennoch will Bundestrainer Fürst zurücktreten. (S. 8)

Fechten: Junioren-Weltmeisterin Anja Fichtel, 1985 auch schon im deutschen Damen-Team Weltmeisterin, wurde von der Stiftung Deutsche Sporthilfe zum „Junior-Sportler des Jahres" gewählt.

AUS ALLER WELT

Wüste: In vier Wochen ist Baubeginn für ein ehrgeiziges Entwicklungsprojekt des libyschen Staatschefs Khadhafi. Mittels eines gigantischen Bewässerungssystems will Khadhafi die Wüste zum Blühen bringen. (S. 20)

Versteigerung: Einen ungewöhnlichen „Schatz" hält das Londoner Auktionshaus Christie's am 5. Dezember für Weinliebhaber bereit: eine Flasche Château Lafitte mit dem sagenhaften Jahrgang 1787. (S. 20)

Wetter: Trüb, zeitweise Regen. 10 bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Sowjetischer Geheimdienstchef rügt die Wirtschaftsfunktionäre

Truppenparade zum Jahrestag der Oktober-Revolution / Vorwürfe an die USA

RMB. Moskau

Zum erstenmal in seiner Funktion als sowjetischer Parteichef hat Michail Gorbatschow gestern in Moskau die traditionelle Truppenparade zum Jahrestag der Oktober-Revolution von 1917 abgenommen. Bei der üblichen Militärschau wurden keine bisher unbekannten Waffen gezeigt. Zu dem modernsten vorgeführten Material gehörte die SS-21-Rakete, die von der Sowjetunion in der „DDR" und der Tschechoslowakei aufgestellt worden war, die SA-13-Rakete und ein vor sechs Monaten erstmals gezeigter Truppenpanzer. Im Gegensatz zur Militärparade vom 9. Mai aus Anlaß des 40. Jahrestags des Kriegsendes wurden diesmal neue Panzer, die 250-Millimeter-Rakete auf Lafette und ein neuer Transporter für Fallschirmjäger vorgeführt.

Punkt zehn Uhr hatte Generalsekretär Gorbatschow, gefolgt von Staatsoberhaupt Andrej Gromyko, Ministerpräsident Nikolai Ryschkow und Außenminister Eduard Schewardnadse, die Terrasse des Lenin-Mausoleums betreten. Als Ehrengast stand der äthiopische Staatschef Mengistu Haile Mariam mit auf der Tribüne. Der Blick auf die Diplomatenbühne wirkte eher kümmerlich. Die meisten Botschaften bleiben noch immer den Feiern fern, als Protest gegen die sowjetische Invasion Afghanistans. Allerdings bröckelt die Front, sie wird durchbrochen von Staaten wie Griechenland, Türkei, Norwegen, Island und Dänemark.

In einer kurzen Rede wiederholte Verteidigungsminister Marschall Sokolow die bekannten Vorwürfe an die Adresse der „Imperialisten". Sokolow warf den Vereinigten Staaten vor, mit der „Militarisierung des Weltraums" eine neue Runde des Wettrüstens zu eröffnen. Das wissenschaftliche und technische Potential der Sowjetunion und die Entschlossenheit des sowjetischen Volkes werde jeder Herausforderung trotzen. „Aber", so setzte er hinzu, „die Sowjetunion tut ihr Äußerstes, um den Teufelskreis des Wettrüstens zu lähmen und die Wende zur Entspannung zu sichern."

SEITEN 2 UND 5: Weitere Beiträge

In einer vom sowjetischen Parteiorgan „Prawda" veröffentlichten Glückwunschbotschaft Präsident Reagans an Staatsoberhaupt Gromyko hieß es, der bevorstehende amerikanisch-sowjetische Gipfel in Genf sei eine „historische Gelegenheit für Herstellung konstruktiverer gegenseitiger Beziehungen".

Am Vorabend des Jahrestags der Revolution hatte KGB-Chef Viktor Tschebrikow zu „politischem Mut" anläßlich des bevorstehenden Genfer Gipfels zwischen Gorbatschow und Reagan aufgerufen, um die breite Kluft zu verringern. Zugleich wies er auf die Probleme der sowjetischen Wirtschaft hin. Diese Schwierigkeiten seien unkontrolliert gewachsen, sie müßten jetzt mit allen möglichen Mitteln korrigiert werden. Industrie und Landwirtschaft in der UdSSR müßten in „historischem Ausmaße" verändert werden, um altmodische Praktiken loszuwerden.

Der KGB-Chef, der dem Politbüro angehört, hielt einer Reihe von Verantwortlichen vor, das Gespür für Neuerungen zur rechten Zeit verloren zu haben. Tschebrikow beklagte eine Tendenz in Richtung Bürokratie und Furcht vor kühnen Entscheidungen. Damit wiederholte er Mahnungen von Parteichef Gorbatschow. Moskau führt derzeit eine Kampagne gegen Korruption und mangelnde Disziplin.

DER KOMMENTAR

Der KGB-Staat

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Es ist das erste Mal in der Geschichte der KPdSU, daß auf der Gala-Versammlung am Vorabend des Jahrestages der Oktoberrevolution der KGB-Chef die Festrede hielt. Aber es liegt in der Logik der Entwicklung unter Gorbatschow.

Im schnell rotierenden Personalkarussell im Kreml zeigen sich zwei klare Linien in Gorbatschows innen- und außenpolitischen Vorhaben: Das KGB ist zu seiner Hauptstütze geworden – und das Militär mußte ins zweite Glied zurück. Zu der Seilschaft, die Gorbatschow ins höchste Amt verhalf und nun dafür belohnt wird, gehört KGB-Chef Tschebrikow. Er wurde vom Kandidaten zum Vollmitglied des Politbüros befördert, und zwar zu einem führenden – Zweitrangige sprechen nicht zum Tag der Oktoberrevolution.

Das KGB hat im 13 Mitglieder zählenden Politbüro zum ersten Mal gleich drei Vertreter: neben Tschebrikow die früheren Geheimpolizei-Funktionäre Vizepremier Gaidar Alijew und Außenminister *Eduard Schewardnadse*.

Gorbatschow hat nicht nur seine Stützen im KGB, er braucht auch die Dossiers der Geheimpolizei, um Furcht in den Parteibüros und Ministerien verbreiten zu können.

Und in den Kasernen. Die Macht des Militärs stutzte er bereits im Augenblick des Machtantritts: Er hielt es vom Tschernenko-Begräbnis fern. Aus einer jüngst in Minsk gehaltenen Rede sickerte durch, daß der neue Generalsekretär praktisch Breschnews Vermächtnis an die Militärs widerrufen hat. Er sagte ihnen, daß die Mittel nicht mehr für jeden Wunsch ausreichten.

Auf dieser 68. Revolutionsparade auf dem Roten Platz fiel auf, daß Marschall Sokolow, nachdem er seine martialische Rede beendet hatte, vom Mikrophon in den Hintergrund zurücktrat und *den neuen Kremlherren* Platz machte. Die Furcht der Leninisten vor einem neuen Bonaparte scheint die Möglichkeit eines neuen Fouché voreilig außer Acht gelassen zu haben. Der KGB-Staat im Staate breitet sich nicht nur aus, er präsentiert sich nun auch *öffentlich*.

Lafontaine: Treuhandlösung für Arbed

Dillinger Hütte soll Management übernehmen / Rehberger (FDP) spricht von Abenteuer

UR. Bonn/Saarbrücken

Die saarländische Landesregierung *strebt eine neue Eigentümerlösung* bei der finanziell angeschlagenen Arbed Saarstahl GmbH an: 76 Prozent der Unternehmensanteile sollen, so Regierungssprecherin Maria Zimmermann zur WELT, von der luxemburgischen Muttergesellschaft Arbed S.A. im Zuge eines Treuhän*dermodells auf die* Saarländische Investitionskredit-Bank (SIKB) übertragen werden. Damit würde das Saarland eine Option geltend machen, die ihr den Kauf des Pakets zum symbolischen Preis von einer Mark ermöglicht. Das Land ist zu 51 Prozent an der Bank beteiligt. Die industrielle Führung des Konzerns soll der Dillinger Hütte übertragen werden.

Das Bundeswirtschaftsministerium kündigte an, den Vorschlag „genau zu prüfen", über den man allerdings nur grob mündlich informiert worden sei. Bonn erinnerte daran, daß Arbed noch ein Konzept vorlegen müsse.

Der saarländische FDP-Chef Horst Rehberger meldete „große Zweifel" an, daß die Bundesregierung, die nur zusammen mit dem Land die Option zugunsten eines Dritten ziehen könnte, dem Plan der Landesregierung zustimmt. *Rehberger verwies gegen*über der WELT darauf, daß Bonn diese Lösung bisher strikt verweigert hat. Die Bundesregierung hatte zudem eine Treuhänder-Lösung als einen Weg der Verstaatlichung des Konzerns abgelehnt.

Regierungssprecherin Maria Zimmermann erklärte, bei der Übertragung der Unternehmensanteile an die Bank handele es sich nicht um eine Verstaatlichung. Von den 15 Aufsichtsratsmitgliedern des Kreditinstituts stelle das Saarland lediglich vier. Ziel der Landesregierung bleibe es „nach wie vor", für Arbed Saarstahl einen „*neuen Unternehmer*" *zu finden*. Die Dillinger Hütte sei dabei nur „eine Blickrichtung", so Frau Zimmermann.

Nach Angaben Rehbergers ist die Dillinger Hütte zwar bereit, die bei Saarstahl notwendig gewordenen Rationalisierungen durchzuführen, nicht aber das Kapitalrisiko zu übernehmen. Eine mögliche spätere Beteiligung an Arbed Saarstahl machte die Dillinger Hütte davon abhängig, daß die Personalprobleme bei dem *Unternehmen gelöst werden und eine* Entschuldung erfolgt. Außerdem soll auch die Industriegewerkschaft Metall zur Kündigung oder Modifizierung eines 1978 geschlossenen Vertrages mit dem Unternehmen bereit sein. Dieser Vertrag erlaubt Umstrukturierungen nur, wenn sie ohne Mas*senentlassungen vor sich gehen kön*nen. Die Unternehmensberatungsfirma Roland Berger und Partner war zu dem Ergebnis gekommen, daß zu einer endgültigen Sanierung des Konzerns bis 1988 3500 Arbeitnehmer entlassen werden müßten.

Die Vorbehalte des Dillinger Unternehmens kommentierte Rehberger: „Wenn Dillingen kalte Füße hat, Arbed jetzt zu übernehmen, dann sollte erst recht das Land kalte Füße haben, sich in ein solches Abenteuer einzulassen." Wenn die Rationalisierungen nicht erfolgreich wären, „dann hängt die Sache am Saarland".

„Lohnnebenkosten sind Jobkiller beim Mittelstand"

Mk. Bonn

Zu einem Stopp beim Anstieg der Lohnnebenkosten hat der Beirat für *Fragen des gewerblichen Mittelstan*des und der freien Berufe beim Bundeswirtschaftsministerium den Gesetzgeber und die Tarifparteien aufgefordert. Die Personalkosten seien vor allem bis 1982 enorm gestiegen, wobei die Lohnnebenkosten einen überproportionalen Anteil gehabt hätten. Zwischen 1972 und 1982 hätten sich die Personalzusatzkosten verdreifacht, während sich das Direktentgeld nur verdoppelt habe. Nach Angaben des Beirats muß ein Unternehmer, der für einen Auftrag zusätzliche Arbeitskräfte einstellt, seinem Abnehmer rund vier Mark in Rechnung stellen, um dem Mitarbeiter eine Mark netto auszahlen zu können. Die gesetzlichen Lohn- und Nebenkosten belasteten die mittelständische Wirtschaft überproportional. „Sie wirken hier geradezu als Jobkiller", meinte der Beirat.

Reagan korrigiert „Ungenauigkeit" in Äußerungen zu SDI

wth. Washington

„Es gibt keine Änderung in der amerikanischen SDI-Politik." Diese Versicherung gab Präsident Reagan gestern in einem Interview mit amerikanischen Nachrichtenagenturen. Er *stellte damit in dieser Frage wie*der Klarheit her, nachdem einige Äußerungen zum SDI-Programm gegenüber sowjetischen Journalisten in der vergangenen Woche Verwirrung ausgelöst hatten. Pressesprecher Speakes sprach von einer „präsidentialen Ungenauigkeit".

Diese Äußerungen waren so interpretiert worden, daß die USA dieses System erst installieren würden, wenn mit den Sowjets der Abbau aller nuklearen Offensivwaffen verein*bart worden sei. „Wir werden den So*wjets kein Vetorecht beim Aufbau und Einsatz unseres Defensivsystems einräumen", erklärte Reagan nun. Er sei jedoch nach wie vor bereit, mit den Sowjets Gespräche über eine Teilnahme am SDI-Programm zu führen, bevor es installiert werde.

Craxi löst Sturm der Entrüstung aus

Seine Koalitionspartner verlangen eine Klarstellung der Äußerungen über die PLO

F. M. Rom

In Rom herrscht aufs neue Krisenstimmung. Die prinzipielle Rechtfertigung des PLO-Terrorismus durch *den sozialistischen Ministerpräsiden*ten Bettino Craxi hat innerhalb der Regierungskoalition die Differenzen über Italiens Nahostpolitik wieder aufbrechen lassen, die gerade erst in einem gemeinsamen Koalitionsdokument überbrückt worden waren.

Die republikanische Partei beurteilt die Craxi-Äußerungen als einen offenen Bruch dieser Vereinbarungen. Ihr Parteisekretär, Verteidi*gungsminister Spadolini, traf gestern* mit dem christdemokratischen Parteisekretär De Mita zusammen. Dessen Partei will im Verlaufe der jetzt begonnenen Debatte des Senats über die Reinvestur der vor einem Monat demissionierten Regierung von Craxi eine Klarstellung verlangen.

In politischen Kreisen der Hauptstadt überwiegt die Ansicht, daß die Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen de facto schon wieder auseinandergefallen ist.

Craxi hatte diese neue Krisensitua*tion mit einer frei, ohne Konzept ge*haltenen Replik auf die Debatte der Abgeordnetenkammer über eine Regierungserklärung zur Beendigung der letzten Regierungskrise bewirkt. Unter Hinweis auf die großen wirtschaftlichen Interessen Italiens in der arabischen Welt („14 Prozent unserer Exporte gehen in diese Länder – mehr als in die USA") hatte er das italienische Engagement für eine nahöstliche Friedensregelung gerechtfertigt und dann erklärt:

„Unterstützt Italien das Verlangen eines Volkes (des palästinensischen) nach einem Vaterland, nach einem Territorium und nach eigenen Institutionen? Italien unterstützt es... Israel besetzt seit 18 Jahren von Arabern bewohnte arabische Territorien. Wir meinen, es muß diese Gebiete im Tausch gegen den Frieden zurückgeben, es muß über diese Rückgabe verhandeln."

Dann kam Craxi auf die PLO zu sprechen: „Die PLO muß mit dem *Maßstab der Geschichte gemessen* werden. Ich bestreite der PLO die Führung des bewaffneten Kampfes – nicht, weil sie kein Recht darauf hätte, sondern weil das zu keiner Lösung führt. Ich bestreite jedoch nicht die Legitimität, was eine andere Sache ist... Einer Bewegung, die ihr eigenes Land von fremder Besatzung befreien will, die Legitimität der Waffenanwendung zu bestreiten, bedeu*tet, gegen die Geschichte anzuge*hen." Auch die UNO-Charta erteile diese Legitimität.

Auf empörte Zwischenrufe einiger Abgeordneter, die an die Verbrechen der PLO erinnerten, antwortete der Ministerpräsident: „Jeder sollte da in seiner eigenen Geschichte nachlesen. Wenn wir das in unserer Geschichte tun, werden wir gelassener urteilen."

Seite 2: Legitimierung des Terrors

Edeka-Vorstand scheidet aus

JB. Hamburg

Bei der Edeka-Gruppe, die zu den größten Lebensmittelhändlern der Bundesrepublik Deutschland zählt, scheidet fast das gesamte Manage*ment auf einmal aus. Mit Hans-Jür*gen Klußmann, Vorstandssprecher, Rolf Unverzagt und Ulrich Schmidt verläßt der komplette Vorstand die Edeka Zentrale AG in Hamburg. Lag ihr Weggang noch in der Luft, so ist das Ausscheiden von Helmut Stubbe, Vorstandssprecher des Edeka-Ver*bandes, selbst für Insider eine Über*raschung. Neben persönlichen Animositäten führten vor allem konzeptionelle Gründe zum Sturz des Edeka-Managements.

Seite 11: Personal-Opfer

EKD-Vorsitz an Bischof Kruse

ohn. Trier

Mit 106 von 121 abgegebenen Stimmen hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gestern im ersten Wahlgang Martin *Kruse, Bischof von Berlin-Branden*burg, zum neuen Ratsvorsitzenden gewählt. Er löst Bischof Eduard Lohse (Hannover) ab, der sich für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung stellte. Kruse war einziger Kanidat. Stellvertretender Ratsvorsitzender wurde, ebenfalls im ersten Wahlgang, mit 120 von 127 abgegebenen Stimmen Bischof Gernot Jung, der Leiter der Kirche von Kurhessen und Waldeck. *Die Arbeitstagung der EKD-Synode in Trier geht heute zu Ende.*

Seite 2: Im Gespräch

Moskaus Jäger schon aufgestiegen

DW. Tokio

Ein japanisch-sowjetischer Luftzwischenfall ist am 31. Oktober in letzter Minute in der Nähe des Gebiets abgewendet worden, wo die sowjetische Luftabwehr im September 1983 eine koreanische Boeing 747 mit 269 Menschen an Bord abgeschossen hatte. Wie das Tokioter Verkehrsministerium gestern mitteilte, waren sowjetische Abfangjäger bereits über *Sachalin aufgestiegen, als der Pilot* einer auf dem Flug Tokio–Paris über Moskau von ihrer Route abgekommenen japanischen Linienmaschine seinen Irrtum feststellte und das sowjetische Kontrollzentrum in Chabarowsk um Genehmigung ersuchte, auf seine normale Flugroute zurückzukehren.

Das japanische Ministerium tadelte ausdrücklich Pilot Morihiko Nishioka für seinen „Fehler", der ihm nach dem Umfliegen einer Gewitterzone *unterlaufen sei, als er es versäumte,* auf automatische Steuerung zurückzuschalten. Erst 55 Minuten später habe der Pilot gemerkt, daß er 110 Kilometer von seiner Flugroute abgekommen war. Eine automatische Cockpitvorrichtung erinnerte ihn daran, in zwei Minuten der Flugkontrolle seine Position mitteilen zu müssen. Unverzüglich verständigte der Pilot die Flugkontrolle in Chabarowsk an der Ostküste der UdSSR von dem Kursfehler seiner mit 110 Passagieren und 22 Besatzungsmitgliedern besetzten JAL-Maschine. Er kehrte auf seine normale Flugroute zurück, nachdem er dazu die sowjetische Genehmigung erhalten hatte.

Aus dem Tokioter Verteidigungsministerium verlautete, daß die JAL-Maschine noch mindestens 17 Minuten weiter Kurs auf die sowjetische Insel Sachalin nahm, nachdem die Radarschirme der japanischen Luftabwehr festgestellt hatten, daß sie von ihrer Route abgekommen war. Die Radare zeigten ebenfalls an, daß sowjetische Flugzeuge aufstiegen und über Sachalin kreisten in der Absicht, die fremde Linienmaschine abzufangen.

Im Außenministerium in Tokio hieß es, ein vor kurzem mit den USA und der UdSSR getroffenes Abkommen über verbesserte Kommunika*tions- und Sicherheitsbestimmungen* auf ostasiatischen Flugrouten habe möglicherweise dazu beigetragen, daß die JAL-Maschine über Sachalin nicht beschossen wurde.

Die japanischen Regierungskreise hoben hervor, daß die sowjetischen Stellen die Genehmigung zum Abdrehen rasch gaben. Der JAL-Verantwortliche Hideo Hirasawa sprach vor der *Presse sein Bedauern* über *den* Vorfall aus. Er hielt ihn für umso bedauerlicher, als er in einer strategisch wichtigen Region erfolgte. Die UdSSR soll auf Sachalin wichtige Militäranlagen besitzen.

Seite 2: Diesmal ging es gut

SED veröffentlicht Thesen der ungarischen Partei

Hinweis auf „nationale Besonderheiten" im Sozialismus

DW. Bonn/Berlin

Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres hat das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" seine Spalten für die Übernahme ungarischer Stimmen zu Fragen des Kommunismus geöffnet. Das Blatt druckte jetzt einen Beitrag aus dem ungarischen Parteiorgan „Nepszabadsag" nach, in dem die Bedeutung der „nationalen Besonderheiten" der einzelnen kommunistischen Länder hervorgehoben wird. In dem Artikel aus der Feder von ZK-Sekretär Matyas Szueroes wird die Auffassung vertreten, daß „die Parteien der sozialistischen Länder neben den gemeinsamen Zügen *den nationalen Besonderheiten*, den konkreten Gegebenheiten und den historischen Traditionen ihrer Länder zunehmende Aufmerksamkeit" widmen.

„Die stärkere Beachtung der nationalen Besonderheiten und der konkreten Gegebenheiten" trage auch der Erkenntnis Rechnung, daß es „keine ewig gültigen und ungeachtet der konkreten Bedingungen immer erfolgreiche Lösungen für den Aufbau des Sozialismus" gebe, schreibt der ungarische Kommunist und verweist *dabei auf Lenin, nach dessen* Auffassung „Einheit nicht die Aufhebung der Unterschiede und die Beseitigung der nationalen Verschiedenheiten" bedeute.

Unter den heutigen Bedingungen bestehe „das Wesen der Einheit der sozialistischen Länder in der richtigen Erkenntnis der gemeinsamen Interessen, in ihrer kollektiven Bestim*mung – durch die sorgfältige* Abstimmung und kontinuierliche Berücksichtigung der nationalen Interessen – sowie in der Wahl von Handlungsformen, die den gemeinsamen Zielen und der erfolgreichen Erfüllung der spezifischen Aufgaben der einzelnen Länder gleichermaßen dienen."

Während der Moskauer Kampagne gegen die Bonner Deutschlandpolitik und im Vorfeld des geplanten Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland, hatte „Neues Deutschland" damals auf ungarische Presseveröffentlichungen zurückgegriffen, die „Verantwortungsbewußtsein" Ost-Berlins unterstrichen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Stückweise an die Familie

Von Günter Friedländer

Guerrilleros der „Bewegung 19. April" (M-19) schossen sich in Kolumbiens Hauptstadt den Weg in den Justizpalast frei, überwältigten mindestens teilweise die diensttuenden Polizeikräfte und nahmen etwa fünfhundert Menschen gefangen, darunter den Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes, bevor das Heer zum Gegenangriff eintraf. Das ist der bisher schwerste Schlag gegen die Befriedungspolitik des Präsidenten Belisario Betancur.

Nur zwei Wochen vorher hatte das M-19 in Bogotá aus einer kurz vorher zu diesem Zweck gestohlenen Rotkreuz-Ambulanz ein Attentat auf den Oberbefehlshaber des kolumbianischen Heeres, General Rafael Samudio Molina, unternommen. Es schlug fehl dank der schnellen Reaktion der den General begleitenden Wache. Aber ein Sprecher des M-19, „Kommandant Oscar", erklärte, man wollte den General entführen und „ihn stückweise, einen Teil seines Körpers nach dem anderen, seiner Familie zustellen". Falls die Entführung nicht gelänge, sollte der General direkt getötet werden. „Oscar" kündigte ferner für die nächste Woche umfangreiche Kampfhandlungen des M-19 gegen die Regierung an.

Erst am vergangenen Sonntag suchte Kolumbiens Innenminister der liberalen Tageszeitung „El Tiempo" Betancurs Friedenspolitik zu erläutern. Dabei teilte er die Rebellen in zwei Gruppen auf: Guerrilleros auf einer, Terroristen auf der anderen Seite. Das ist kaum überzeugend. Der Minister mußte denn auch zugeben, daß die „Nur-Guerrilla" weiter Entführungen betreibt, mit der Waffe in der Hand Beiträge einkassiert und ähnliches; er entschuldigte das aber damit, daß so etwas „nach so vielen Jahren nicht von einem Tag zum anderen verschwinden könne".

Kolumbiens Regierung ist mit ihrer Befriedungspolitik in eine Sackgasse geraten. Leider behalten diejenigen recht, die sie gewarnt hatten, daß der Waffenstillstand nur der Vorbereitung verschärfter Kampfhandlungen dienen werde. In den letzten Wochen ist so viel Blut geflossen, daß man Entscheidungen nicht mehr aus dem Weg gehen sollte, auch wenn das bedeutet, die begangenen Irrtümer zuzugeben.

Diesmal ging es gut

Von Carl Gustaf Ströhm

Nach dem Abschuß des koreanischen Passagierflugzeuges 1983 wurde wieder eine vom Kurs abgekommene Düsenverkehrsmaschine – diesmal ein japanischer Jumbo auf dem Flug von Tokio nach Moskau –, wieder über Sachalin, beinahe zur Zielscheibe sowjetischer Jagdflieger.

Glücklicherweise bemerkte der Pilot seinen Irrtum noch rechtzeitig, obwohl die sowjetischen Abfangjäger bereits aufgestiegen waren. Er erhielt von der sowjetischen Flugleitkontrolle, bei der er sich dann meldete, die Genehmigung zur Rückkehr auf seinen vorgeschriebenen Kurs. Man wagt sich nicht vorzustellen, was geschehen wäre, wenn der japanische Flugzeugführer seinen Irrtum ebensowenig (oder ebenso spät) bemerkt hätte wie sein koreanischer Kollege. Hätten wir dann wieder mehr als hundert Tote zu beklagen? Hätten die Sowjets wieder behauptet, sie hätten ein „Spionageflugzeug" erwischt? Und was wäre aus der Konferenz von Genf geworden?

Diesmal konnten sie sich jedenfalls davon überzeugen, daß es kein Spionageflugzeug war. Denn die Maschine ist planmäßig nach Moskau geflogen, wo sie unschwer überprüft werden konnte. Vielleicht hilft der Vorfall, ihnen – und vielen westlichen Kritikern, die an die Theorie vom koreanischen Spionageflugzeug glauben – die schlichte, wenn auch Außenstehenden schwer begreifliche Tatsache klarzumachen, daß Piloten auch Menschen sind und daß sie sogar auf Routen, wo der Tod wartet, ganz einfach vergeßlich sein können.

Daß die Sowjets den Einflug einer zivilen Passagiermaschine in ihren Hoheitsbereich mit dem Einsatzbefehl für Jagdflugzeuge beantworteten, muß ihnen nicht vorgeworfen werden. Festzuhalten ist immerhin, daß sie diesmal nicht schossen, obwohl der JAL-Jumbo den Berichten zufolge bereits über Sachalin war und der Pilot nicht etwa auf ihre Signale hin abdrehte, sondern weil ihn eine automatische Cockpiteinrichtung auf seinen Irrflug hinwies. Es heißt, daß ein Abkommen zwischen Amerikanern und Sowjets zu dieser Zurückhaltung geführt habe. Der Schock der weltweiten Reaktion nach dem KAL-Abschuß hat Moskau anscheinend doch einiges gelehrt.

Warum erst jetzt?

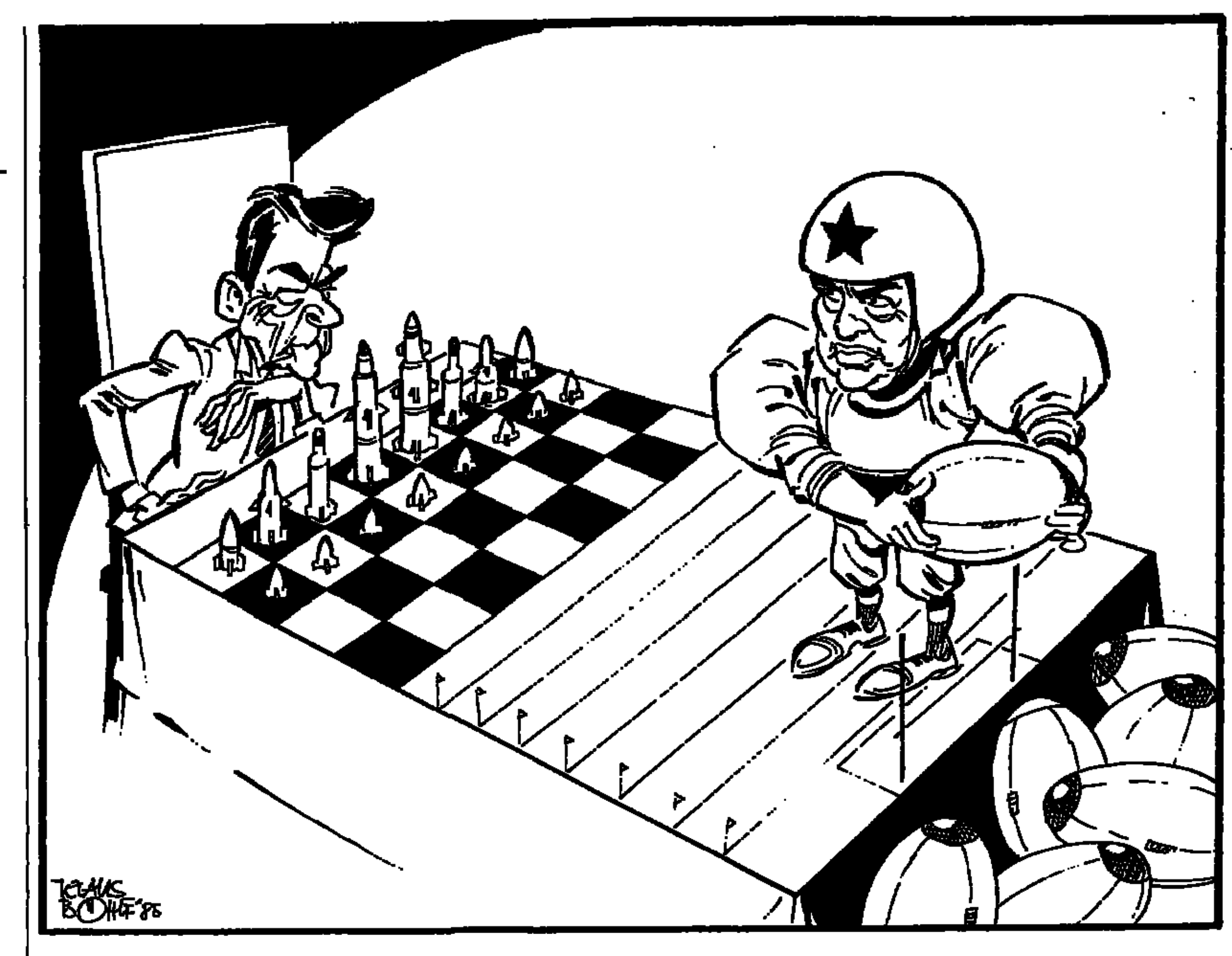
Von Eberhard Nitschke

Mehr als eine halbe Million Zigeuner sind von 1943 an in den Todesmaschinen der nationalsozialistischen Konzentrationslager umgekommen. Wenn der Zentralrat deutscher Sinti und Roma, wie sich die Nachfahren der Opfer heute nennen, 1985 auf moralische und für die Überlebenden aus den KZ auf materielle Wiedergutmachung drängt, dann stellt sich die Frage, warum die etwa fünfzigtausend in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Angehörigen dieser Minderheit ihre Forderungen erst vierzig Jahre nach dem Ende des Unrechtsstaates stellen.

Im Jahre 1950 hat das Innenministerium von Baden-Württemberg in einem Runderlaß an seine Wiedergutmachungsbehörden darauf hingewiesen, daß Zigeuner nicht aus rassischen Gründen verfolgt und inhaftiert worden seien, sondern wegen asozialer und krimineller Haltung und Handlung. Anträge auf Wiedergutmachung von „Landfahrern" seien also zunächst der Kriminalpolizei zuzuleiten. In einem Urteil des Bundesgerichtshofs von 1956 wird eine Verfolgung der Zigeuner aus rassischen Gründen allenfalls nach Himmlers „Auschwitzerlaß" von 1943 angenommen. Vorher seien Zigeuner als Spione, Asoziale, Saboteure und Kriminelle inhaftiert worden. Erst 1964, so der „Zentralrat" heute, habe man dieses Urteil aufgehoben. Die Folge sei aber gewesen, daß „in entscheidenden Jahren" jede angemessene und anderen Verfolgtengruppen entsprechende Entschädigung unterblieben sei.

Da eine Verfolgung der Zigeuner durch den NS-Staat als „Nichtarier" nicht beweisbar erschien, konnte der mit der Verteilung finanzieller Mittel aus einem für „Sinti und Roma" geschaffenen Härtefonds beauftragte Regierungspräsident in Köln, so der Zentralrat, noch 1985 darauf hinweisen, daß die Verfolgung allenfalls im Rahmen von „Präventivmaßnahmen gegen Kriminelle" stattgefunden habe.

Kann sich die Bundesrepublik Deutschland vierzig Jahre danach den Dauerstreit mit den fast ausschließlich die deutsche Staatsbürgerschaft besitzenden „Landfahrern" leisten, die auf Anerkennung ihrer Mobilität als Teil ihrer Kultur bestehen? Nur das ist die Frage, die im Hintergrund der Sinti-Roma-Debatte des Bundestages am Donnerstag stehen konnte. Politische Funken lassen sich daraus kaum schlagen.


Welt-Meisterschaft KLAUS BÖHLE

Legitimierung des Terrors

Von Friedrich Meichsner

Der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi hat der sogenannten Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) prinzipiell das Recht auf Gewaltanwendung zuerkannt. Seine Begründung: Wer einer Befreiungsbewegung die Legitimität der Waffenanwendung bestreitet, wende sich gegen die Geschichte. Im Prinzip könnten also die PLO-Mitglieder, die sich bisher von Jerusalem über Beirut bis nach Rom vornehmlich als Terroristen einen Namen gemacht haben, nach Überzeugung des Regierungschefs einer der großen Industrienationen des demokratischen Weltlagers durchaus weitermorden. Craxis einziger Einwand ist taktisch-politisch begründet: „Der bewaffnete Kampf bringt keine Lösung." Den Israelis hat Craxi dringend nahegelegt, das 1967 während eines Verteidigungskrieges besetzte Cisjordanien für einen Verhandlungsfrieden an die Araber zurückzugeben.

Inwieweit diese in freier Rede dem römischen Parlament vorgetragenen Gedanken die Quintessenz der seit Wochen heiß diskutierten italienischen Nahostpolitik widerspiegeln, steht dahin. Im Lager der Koalition, die das Kabinett Craxi trägt, wurden sie bislang nur von den Sozialisten vorbehaltlos gebilligt. Die von Verteidigungsminister Spadolini geführten Republikaner protestierten energisch. Die Democrazia Cristiana reagierte mit verlegenem Schweigen.

Daß Craxi mit diesen Äußerungen der Sache des Friedens im Nahen Osten einen Dienst erwiesen hat, kann man – ganz gleich, ob er nur für sich selbst und seine Partei oder wirklich für Italien gesprochen hat – sicherlich nicht behaupten. Da sie nicht nur historisch und politisch, sondern auch moralisch von falschen Voraussetzungen ausgehen, belasten sie den nahöstlichen Friedensprozeß eher.

Historisch falsch ist schon die Einordnung der PLO in die lange Reihe der nationalen Befreiungsbewegungen. Das italienische Risorgimento, das eine unterdrückte Nation befreite und einte, ist mit einer Terrororganisation, die keinerlei Nation, sondern nur sich selbst vertritt, ebensowenig vergleichbar wie der verschwörerische Moralist Mazzini mit Yassir Arafat, dem Chef einer Organisation, in deren Namen seit Jahrzehnten in den verschiedensten Ländern der Welt willkürlich gemordet wird.

Dabei ist es auch politisch sehr fragwürdig, der Arafat-Organisation zu unterstellen, daß sie die legitimierte Vertretung aller Palästinenser sei. Craxi fragte, ob man etwa „mit dem Dorfapotheker in Cisjordanien" verhandeln wolle, wenn man die PLO abschreibe. Yassir Arafat genießt zweifellos größere Publizität als der durchschnittliche Dorfapotheker. Er mag auch mehr Macht haben. Aber daß er nicht einmal Herr im Haus seiner eigenen, keineswegs für alle Palästinenser repräsentativen Organisation ist, zeigte zuletzt sein widersprüchliches und verlegenes Reagieren auf die „Achille Lauro"-Entführung.

Historisch unhaltbar ist auch die Darstellung der Entwicklung, die zum Status quo in Cisjordanien führte. Craxi spricht nur davon, daß „Israel seit achtzehn Jahren von arabischer Bevölkerung bewohnte arabische Territorien besetzt" halte. Er verschweigt, daß diese Gebiete vorher von Jordanien besetzt gehalten wurden, das jedenfalls keinen besseren Rechtstitel dafür hatte. Er verschweigt weiter, daß Jordanien 1967 diese Gebiete nur deshalb verlor, weil es sich an Nassers Krieg gegen Israel beteiligte.

Vor allem aber: kann man von Israel – auch wenn es nach Ansicht Craxis die militärische Hegemonialmacht im Nahen Osten und in dieser seiner Macht nicht bedroht ist – im Ernst verlangen, daß es als Vorleistung einer Organisation Land anbietet, deren Friedensvorstellung die Existenz des jüdischen Staates nach wie vor offiziell nicht einschließt? Einer Organisation, deren Chef soeben erst wieder, nachdem ihm der ägyptische Staatspräsident Mubarak einen Freibrief für weitere Terrorakte in Israel und den besetzten Gebieten gegeben hatte, seinen Willen zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfes bekundete? Soll Israel verpflichtet sein, dafür ein Glacis zur Verfügung zu stellen?


Teilen die EG-Partner seine Deutung? Craxi FOTO: AP

Daß Israel grundsätzlich bereit ist, Land für Frieden zu geben, hat es im Falle Ägypten bewiesen. Für einen Ausgleich mit den Palästinensern könnte dies aber doch wohl nur dann brauchbar sein, wenn Israel die Gewißheit hätte, für Land wirklich Frieden und nicht eine noch stärkere Bedrohung durch ein legitimiertes PLO-Staatsgebilde vor seiner Haustür einzuhandeln. Wirklicher Friede kann nach Lage der Dinge für Israel nur Friede mit einer gesamtarabischen Welt sein, die jeden Terror bannt. Daß Craxi statt dessen den PLO-Terror historisch zu rechtfertigen suchte, auch wenn er Arafat rein taktisch Terrorverzicht nahelegte, kann die Terroristen eher ermutigen als friedlich stimmen. Das ist wohl das erste Mal, daß der Regierungschef eines westlichen Landes ihren Terror „legitim" genannt hat.

Wie sich diese Legitimierung des Terrors für Italien auswirken wird – von Israel und den arabischen Staaten erst einmal abgesehen –, wird sich herausstellen. Indirekt berührt sie aber auch die Camp-David-Vereinbarung, die damit von einem wichtigen Bündnispartner der USA scheinbar unterlaufen wird.

Und sie berührt Europa. Craxi behauptete, die italienische Haltung zur PLO habe nicht er „erfunden". Er verwies nicht nur auf Erklärungen verschiedener seiner Vorgängerregierungen, sondern auch auf die EG-Nahosterklärung von Venedig 1980. Da diese Erklärung auch von der Bundesregierung mitunterzeichnet wurde, drängt sich die Frage auf, ob man in Bonn die Interpretation teilt, die der italienische Ministerpräsident diesem Dokument jetzt offenbar gibt.

IM GESPRÄCH Martin Kruse

Wenn Gott Jungens schenkt

Von Henk Ohnesorge

In Aussehen und Ausstrahlung ist er so, wie man sich den eigenen Gemeindepfarrer wünscht. Dröhnende Rhetorik und schwungvolle Gesten sind dem Manne, der jetzt als neuer Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von der Synode der EKD im ersten Wahlgang gewählt wurde, fremd. Statt dessen strahlt Martin Kruse, der in den kommenden sechs Jahren die knapp 25 Millionen Protestanten in der Bundesrepublik und in Berlin repräsentiert, neben Kompetenz stille Wärme und Freundlichkeit aus, die auch skeptische Gemüter anspricht.


Geduldiger Zuhörer: Neuer EKD-Ratsvorsitzender Kruse FOTO: EPD

„Wenn Gott Jungens schenkt, gibt er auch die Hosen dazu", hatte einst bei seiner Geburt 1929, der Schulmeister im niedersächsischen Lauenberg/Einbeck den Eltern tröstend geschrieben. Der Pastorensohn, zweites von sieben Kindern, wuchs im überwiegend katholischen Emsland auf und lernte nach dem Studium der Theologie in Mainz, Heidelberg, Bethel und Göttingen die Probleme von Diaspora und Ökumene erneut praktisch kennen: Von 1953 bis 1955 war der junge Theologe im österreichischen *Linz* tätig. Dort, wo er die wenigen, weit verstreut lebenden Protestanten zu betreuen hatte, wurde er auch ordiniert. Abschluß der Ausbildung im Predigerseminar Loccum, Leitung der Jugendbildungsarbeit der Evangelischen Akademie Loccum, Gemeindepfarrer in Loccum und Studiendirektor des Predigerseminars Loccum und anschließend Berufung zum Landessuperintendenten im Sprengel Stade – Kruse schien auf Dauer seiner Tätigkeit mit seiner niedersächsischen Heimat verwurzelt zu sein.

Doch dann erfolgte mit Jahresbeginn 1977 der Ruf an die Spitze der heillos zerstrittenen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin-West). Kritik am Bischof von der einen oder anderen Seite ist kaum vermeidlich; ihr ist auch Kruse nicht entgangen, zumal da kirchliche Kreise sich in manchmal bedenklichster Art im Zusammenhang mit den Hausbesetzern betätigten. Andere versichern, daß Kruse durch geduldiges Zuhören und ebenso geduldiges Zureden viel dazu beigetragen habe, die schärfsten Konfrontationen innerhalb der Berliner Kirche abzubauen.

Diese Fähigkeit macht den Mann, der als Vater von vier Kindern Probleme der Jugend nicht nur aus Lehrbüchern kennt, ungeachtet mancher theologischer oder praktischer Differenzen für die große Mehrheit der Synodalen wählbar. Ein weiterer Pluspunkt ist Kruses langjähriges Engagement in vielen Körperschaften und Gremien, vom Landeselternrat Niedersachsen (als gewähltes Mitglied) über den Rat der EKD und den Vorsitz der Evangelischen Kommission für das Südliche Afrika bis zum Mitglied des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen, um nur einige zu nennen.

Typisch für den eher zierlich wirkenden unpathetischen Niedersachsen mit den sparsamen Gesten und dem ansteckenden kleinen Lächeln ist die Art, wie er auf seine Wahl in Trier reagierte. Statt eine vorbereitete Rede oder eine wohltönende Absichtserklärung aus der Tasche zu ziehen, sprach er kurz und schlicht über ein Wort des Hebräerbriefs, das zum Festhalten an der Hoffnung auffordert, forderte zur Stärkung des Priestertums aller Gläubigen auf und erwähnte im Zusammenhang mit der Ökumene Südafrika und Uganda ebenso wie die Sowjetunion.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung kommentiert die deutsche Raumfahrt:

Wollten die Europäer eine Raumflugmission, wie sie gestern zu Ende gegangen ist, aus eigener Kraft verwirklichen, müßten sie bis zum neuen Jahrtausend arbeiten und warten. Es bleibt uns, wollen wir auf diesem Gebiet der technischen Entwicklung nicht zurückfallen, nichts anderes übrig, als Spacelab auf weiteren Flügen zu nutzen, ehe Ende der neunziger Jahre die europäische Raumstation Columbus zur Verfügung stehen wird. Wie das Raumlabor läßt sich auch diese Raumstation nicht ohne die Amerikaner in ihre Umlaufbahn bringen, mit Astronauten besetzen und in Betrieb nehmen. Bonn bleibt für mindestens 15 Jahre nur die Wahl: abhängig von Amerika zu sein oder aus der bemannten Raumfahrt auszusteigen.

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung meint zur Agrarpolitik:

Europäische Bauern produzieren ständig wachsende Überschüsse, die sich nicht mehr verkaufen lassen. Allein deren Lagerung verschlingt Unsummen von Steuergeldern und ist bald nicht mehr finanzierbar. Ein Verkauf auf dem Weltmarkt kommt kaum billiger, sondern erfordert hohe Subventionen aus öffentlichen Mitteln. Endlich begreifen die Bonner Parteien, die zu lange ihre bäuerliche Wählerschaft schonen wollten, daß es so nicht weitergeht. SPD und FDP haben gestern durch die Veröffentlichung entsprechender Papiere Signale gesetzt. Die Union ist noch nicht ganz so weit. In einem aber sind sich alle einig: Die Überproduktion muß aufhören, wenn wenigstens die Familienbetriebe mit angemessenem Einkommen erhalten bleiben sollen.

Neue Zürcher Zeitung

Sie schreibt über die Konferenz des Golfrats:

Die arabischen Golfstaaten wollen einen Dialog mit Teheran führen. Über ihre Hilfe an den Irak soll offenbar nicht mehr laut gesprochen werden. Bei ihrem letztjährigen Treffen in Bahrein hatten die Herrscher noch öffentlich davon gesprochen, daß der Irak mehr Sympathie und Unterstützung verdiene, weil er im Gegensatz zu Iran zu einem Frieden bereit sei.

Mannheimer MORGEN

Er geht auf die Bahn-Preiserhöhungen ein:

Während die Post Gebührenerhöhungen zuerst einmal zurückgestellt hat, wagt ihre Schwester, die Bundesbahn, den unpopulären Schritt. Bevor sich im Mai die Tarife total umkrempeln – neben der Entfernung werden dann ähnlich wie im Sonderangebot „rosarot" auch die Verkehrszeiten eine Rolle spielen –, langt sie noch einmal zu... als erfreulich kann man Erhöhungen bis 14 Mark zum Beispiel für Schülermonatskarten ja nun wirklich nicht bezeichnen.

In Amerika keine Angst mehr vor leeren Händen

Wenn Shultz sagt, die Differenzen seien nach wie vor sehr groß/ Von Fritz Wirth

In dieser Hoch-Zeit der Reisediplomatie geschieht es selten, daß ein Staatsmann vor die Öffentlichkeit tritt, offen seine leeren Hände darbietet und den Mißerfolg seiner Mission eingesteht. Zumindest ein paar schöne Wortblüten haben diese Wanderer zwischen den Weltkrisen immer zur Hand, um kunstvoll ein diplomatisches Nichts und die Vergeblichkeit ihrer Bemühungen zu überdecken.

Um so bemerkenswerter war die Offenheit und Klarheit, mit der der amerikanische Außenminister Shultz seine gescheiterte Vorgipfel-Mission nach Moskau beschrieb: „Die Differenzen sind nach wie vor sehr groß", sagte er. Wenn Annäherungen zu erkennen seien, dann höchstens in Fragen niederer Rangordnung; diese seien aber kaum der Rede wert. Seine einzigen tröstenden Worte schienen eher wie ein Versuch, einer Weltuntergangsstimmung vorzubeugen: „Das Leben endet nicht am Beginn des Novembers."

So viel ungewohnte Ehrlichkeit zeugt entweder von Mut oder hat taktische und psychologische Gründe. Es liegt die Vermutung nahe, daß Shultz mit dieser Beurteilung seiner zwölfstündigen Gespräche mit Schewardnadse und Gorbatschow – dem längsten amerikanisch-sowjetischen Dialog seit mehr als fünf Jahren – eine sich spürbar in der westlichen Welt aufbauende Gipfel-Euphorie dämpfen wollte.

Nun ist es üblich geworden, alles, was seit Monaten zwischen Moskau und Washington geschieht, mit der taktischen Elle zu messen und so zu tun, als würde zunächst einmal vor allem aus dem Fenster heraus verhandelt, als sei das Echo in der Öffentlichkeit wichtiger als die Substanz.

Eine derartige Bewertung ist nicht nur abgegriffen, sie wird auch nicht der Bedeutung der Mission von Shultz nach Moskau gerecht. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß der Erfolg einer Gipfelbegegnung selten am Ort entschieden, sondern von der Qualität und Intensität ihrer Vorbereitungen bestimmt wird. Reagan selbst hat das im Frühjahr in einer Pressekonferenz zur Bedingung einer amerikanisch-sowjetischen Gipfelbedingung gemacht, zu einem Zeitpunkt, als Michail Gorbatschow noch im Schatten der Macht stand.

Die Moskaureise von Shultz diente diesem Zweck und war deshalb ein Schlüsselereignis. Die Zahl und die Qualität der Berater, die Shultz begleiteten, unterstreicht die Bedeutung dieser Mission. Daß sie in so tiefem amerikanischen Pessimismus endete, läßt für Genf nicht mehr viel Spielraum zu Gipfel-Euphorie. Bewegung, so jedenfalls sieht es zur Stunde aus, scheint bestenfalls an den Randzonen der sonst festgefahrenen Fronten zu erwarten zu sein.

Die Art und der Ausgang dieser Moskauer Gespräche – besonders der Dialog zwischen Gorbatschow und Shultz wird als hart und profihaft bezeichnet – hat jedoch zumindest auf amerikanischer Seite mehr enthüllt als nur das Bestreben, im Vorfeld des Gipfels Public Relations zu betreiben. Es zeichnet sich hier vielmehr sehr deutlich die amerikanische Verhandlungsposition ab.

Washington ist ganz offensichtlich nicht daran interessiert, in Genf ein Abkommen um jeden Preis – sei es in Form einer Grundsatzerklärung oder mit billigen Kompromissen – zu erreichen. Ronald Reagan und George Shultz gehen mit der Gewißheit nach Genf, die sie aus einem halben Dutzend vorhergehender Gipfel abgeleitet haben: Daß ein schlechtes Gipfelabkommen für die Zukunft der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen schädlicher sein kann als gar kein Abkommen.

Das ist ganz offensichtlich der Grund, warum es Shultz vorzog, lieber mit leeren Händen als mit einem bereits vorformulierten Scheinerfolgskommuniqué für das Genfer Treffen aus Moskau zurückzukehren. Das ist gewiß noch kein Anlaß, Genf jetzt schon als einen Mißerfolg abzuschreiben. Aber es ist wohl an der Zeit, von diesem Gipfel keine dramatischen Durchbrüche mehr zu erwarten. Die Signale zu dieser entschlossenen amerikanischen Verhandlungsposition sind schon seit einigen Wochen gesetzt. Es kann kein Zufall sein, daß Shultz in seinen beiden letzten großen öffentlichen Reden vor der UNO in New York und vor der NATO-Versammlung in San Francisco die Formel von einem „Neuen Realismus in der Weltpolitik" zum Leitthema machte.

Er und Ronald Reagan suchen den Dialog mit Moskau, um zu den Wurzeln der Krisenprobleme dieser Welt vorzustoßen; nicht, um Gipfel-Kosmetik zu betreiben, die Illusionen von einer heileren Welt schaffen.

Der Preis dieses ehrgeizigen Ziels und des neuen Realismus ist, möglicherweise auch einmal mit leeren Händen von einer schwierigen Auslandsmission heimzukehren. Die Weltpolitik hätte 1938 anders ausgesehen, wenn ein Staatsmann namens Neville Chamberlain den Mut dazu gehabt hätte, statt beglückt und verblendet auf ein Papier in seiner Hand zu weisen, das bereits Makulatur war, als er nach London zurückkehrte.

Ein Technokrat als neuer Besen

General Wojciech Jaruzelski ist Parteichef und Staatsoberhaupt Polens. Zum Regierungschef ernannte er den Technokraten und Wirtschaftsexperten Zbigniew Messner. Ein Schachzug, von dem sich der General – auch für sich persönlich – viel verspricht.

Von CARL G. STRÖHM

In einer eigentümlich dialektischen Bewegung hat der polnische Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski sowohl eine Anpassung als auch eine Differenzierung seines Regimes gegenüber dem großen sowjetischen Bruder vollzogen. Die Differenzierung ist formeller Natur: Zu einer Zeit, da in Moskau die Ämter von Partei- und Staatschef wieder getrennt sind – aufgeteilt zwischen Gorbatschow und Gromyko – hat der General sie in seiner Person vereinigt: Zusätzlich zu seinem Parteiamt übernimmt Jaruzelski jetzt das Amt des *Staatsoberhaupts* (als *Nachfolger des* seit vielen Jahren ebenso bieder wie farblos amtierenden Henryk Jablonski).

Die Anpassung an Moskau ist dagegen substantieller Natur. Jaruzelski legte sein bisheriges zweites Amt als Ministerpräsident nieder und übergab die Funktionen des Regierungschefs einem Pragmatiker, Technokraten und Wirtschaftsexperten – dem *56jährigen Professor an der Kattowitzer* Wirtschafts-Akademie, Zbigniew Messner.

Der Professor hat damit innerhalb weniger Jahre eine erstaunliche Karriere hinter sich gebracht. Messner stammt aus Galizien – der heutigen *sowjetischen West-Ukraine, die 1939* und dann wieder 1944 von den Sowjets annektiert wurde. Er gehört also zu den polnischen Ostvertriebenen, die nach 1945 in die „Westgebiete" umgesiedelt wurden. Messner verbrachte sein berufliches und politisches Leben bis vor wenigen Jahren in der oberschlesischen Industriemetropole Kattowitz.

Obwohl inzwischen Politbüromitglied der PZPR, stammt Messner aus der Sozialdemokratie. Er war nach dem Zweiten Weltkrieg Mitglied der Jugendorganisation der polnischen Sozialistischen Partei – bis es in Polen (ebenso wie in anderen sowjetisch beherrschten Ländern) zur Zwangs*vereinigung der beiden „Arbeiterparteien"* unter kommunistischer Führung kam. Seit 1953 ist er Mitglied der kommunistischen Einheitspartei.

In einer beachtlichen „Doppelkarriere" vollzog sich sein Aufstieg auf der akademischen Sprossenleiter parallel zu seiner Laufbahn in der Parteihierarchie. In den 70er Jahren, als er vom Professor zum Prorektor und schließlich Rektor der Kattowitzer Wirtschafts-Akademie avancierte, wurde er *zugleich* Mitglied des Stadtparteikomitees, später des Wojewodschaftskomitees.

Vom Dezember 1981 bis 1983 – also in einer für Polen und das oberschlesische Industriegebiet äußerst kritischen und turbulenten Zeit – war er erster Parteisekretär des Wojewodschaftskomitees Kattowitz. Von hier aus stieg der bisher nur auf lokaler oberschlesischer Ebene hervorgetretene Partei-Ökonom 1981 schlagartig zur Vollmitgliedschaft sowohl im ZK als im Politbüro auf, ohne vorher den sonst üblichen Status des Kandidaten durchlaufen zu haben.

Zwei bemerkenswerte Positionen hielt Messner außerdem in den vergangenen Jahren in seiner Hand: Von *August 1981 bis Mai 1985 war er* Vorsitzender einer ZK-Kommission für „Vertretungskörperschaften und Selbstverwaltung" – also einer Institution, die sich offenbar Gedanken darüber machen sollte, wie es möglich wäre, dem polnischen kommunistischen Regime einen „demokratischeren" Anstrich zu verleihen. Seit Juni 1984 ist er auf Regierungsebene Stellvertretender Vorsitzender und seit Mai 1985 Vorsitzender der Kommission für Wirtschaftsreform.

General Jaruzelski bezeichnete den ungewöhnlich vielseitig engagierten „Multifunktionär" Messner (der schon bisher als erster Stellvertretender Regierungschef agierte) nun als einen seiner „engsten Mitarbeiter".



Neuer Regierungschef: Zbigniew Messner FOTO: DPA

Der Aufstieg Messners ist folgerichtig, weil General Jaruzelski inzwischen erkennen mußte, daß die Wirtschafts- und Schuldenkrise des Landes mit herkömmlichen Mitteln nicht zu lösen ist. Dem General, von dem es heißt, er möchte sich in der Rolle eines „kommunistischen Pilsudski" *sehen (Marschall Jozef Pilsudski* war in der Zwischenkriegszeit der Staatschef des damaligen Polen), mag es sinnvoll erscheinen, die Verantwortung für die wirtschaftlichen *Kalamitäten* und deren Lösung einem Experten mit Parteihintergrund zu überlassen.

Geht es wirtschaftlich unter Messner halbwegs aufwärts (worauf heute allerdings selbst große Optimisten *nicht zu hoffen wagen), oder gelingt* es zumindest, die Krise auf ihrem jetzigen Niveau zu halten – dann wird das Verdienst dafür sicher auch vom Partei- und Staatschef in Anspruch genommen. Scheitert Messner allerdings, so kann man ihn in die Wüste schicken, ohne daß die Position der Nr. 1 in Partei und Staat direkt involviert wäre.

Im übrigen dürfte sich Jaruzelski von der Schilderhebung eines Technokraten eine positive Wirkung sowohl im Westen wie auch bei der neuen sowjetischen Mannschaft in Moskau versprechen. Den westlichen Regierungen tritt jetzt nicht mehr unmittelbar jener General gegenüber, der den Kriegszustand über sein eigenes Land verhängte, sondern ein – wenn auch in der Wolle parteipolitisch gefärbter – Fachmann. Vielleicht hofft man solchermaßen, die Kreditwürdigkeit Polens vor westlichen Bankiers und Wirtschaftspolitikern zu heben. In Moskau wiederum kann der polnische Technokrat mit den von Gorbatschow installierten sowjetischen Technokraten in einer ähnlichen Sprache reden.

General Jaruzelski hat sich inzwischen dem neuen Moskauer Ziel bereits weitgehend angepaßt. Auch er proklamiert, ganz im Sinne Gorbatschows, für Polen plötzlich den Kampf gegen Alkoholismus und Korruption. Auch Jaruzelski spricht von der Notwendigkeit, Produktion und Effizienz zu steigern. Von Messner wird man wohl ganz ähnliche Töne zu *hören bekommen. Allerdings – an der* prekären und im gewissen Sinne aussichtslosen polnischen Wirtschaftslage vermag auch ein „neuer Besen" an der Regierungsspitze nicht viel zu ändern.

Polens Schicksal hängt wieder einmal von äußeren Faktoren ab: einmal von den Amerikanern, die im Gegensatz zu den Westeuropäern keinerlei Neigung verspüren, dem Regime Jaruzelski bei der Lösung seiner Schuldenprobleme irgendwie entgegenzukommen – und dann von den Sowjets. Eine polnische Wirtschaftsre*form kann* angesichts der *inneren* Schwäche des Warschauer Regimes und der passiven bis ablehnenden Haltung der polnischen Bevölkerung *nur durch einen Impuls aus Moskau* wirklich in Gang kommen. Noch ist allerdings nicht klar, wie weit Gorbatschow bei der Umkrempelung der sowjetischen Wirtschaft selber gehen kann und will. In Polen läßt sich etwa eine Disziplinierungskampagne im Moskauer Stil nur als Farce vorstellen: Zwangsmaßnahmen am Arbeitsplatz oder im öffentlichen Leben greifen hier nicht so wie in Rußland.

Bemerkenswert ist schließlich die Art und Weise, in der General Jaruzelski sich von seiner eigenen Vergangenheit lossagt, indem der einen bisherigen „engen Mitarbeiter" sang- und klanglos in die Wüste schickt. Mieczyslaw Rakowski, bisher Vizeministerpräsident, ZK-Mitglied und langjähriger Propagandist polnischer kommunistischer Vorstellungen in der Bundesrepublik, wurde von seinem Regierungsamt abgelöst und zum Vize-Sejm-Marschall (stellvertretender Parlamentspräsident) degradiert: einen Posten, den er sich mit *drei anderen, eher unbedeutenden* Funktionären teilen muß.

Rakowski mußte nicht nur deshalb gehen, weil sein Versuch, dem Regime Jaruzelskis eine gewisse intellektuelle Reputation zu erhalten oder neu zu verschaffen, weitgehend gescheitert ist. Der anpassungsfreudige ehemalige Journalist ist zusammen mit ZK-Sekretär und Politbüromitglied Kazimierz Barcikowski der letzte Mohikaner aus der Führungsmannschaft, der noch mit der Gewerkschaft „Solidarität" verhandelt hat.

Wenn Rakowski – und demnächst womöglich auch Barcikowski – von der Bildfläche verschwindet, wird auch die peinliche Erinnerung an eine Zeit gelöscht, als das kommunistische Regime mit Jaruzelski an der Spitze gezwungen war, mit den Re*gimefeinden Kompromisse oder* Scheinkompromisse zu schließen.

„Ich traf Alois Brunner alias Georg Fischer"

Einer der gesuchtesten NS-Verbrecher ist Alois Brunner alias Georg Fischer. Doch Syrien schützt ihn. Jetzt sprach er erstmals mit einer deutschen Illustrierten. WELT-Korrespondent Peter Meyer Ranke erinnert sich an eine kurze Begegnung vor zwanzig Jahren.

Von PETER M. RANKE

Die Tür warf er krachend hinter sich zu. Er hatte mich in der Wohnung eines deutschen Bekannten in Damaskus gesehen, und das war wohl gegen die Verabredung. Er blieb daher nur eine knappe Minute. „Wer war *das?" fragte* ich kurz. Die Antwort: „Fischer." Ich wußte Bescheid: Georg Fischer. So nannte sich der ehemalige SS-Hauptsturmführer Alois Brunner schon damals vor zwanzig Jahren in Syrien. Er war und blieb mißtrauisch gegenüber allen Fremden, denen er in Damaskus begegnete.

Jetzt habe ich ihn wiedererkannt, auf den Fotos in einer deutschen Illustrierten. Zum ersten Mal hat der heute 73jährige Alois Brunner, von dem Adolf Eichmann sagte, er sei sein bester Mann, zu Journalisten gesprochen. In Frankreich zum Tode verurteilt, gesucht mit deutschen und österreichischen Haftbefehlen, hält sich Brunner seit 1954 in Syrien auf. Er soll in Griechenland, in der Slowakei und in Frankreich etwa hunderttausend Juden zusammentreiben und in die Vernichtungslager transportiert haben lassen.

Als ich im Sommer 1965 Brunner kurz in Damaskus sah, hatte ich noch die Warnung der deutschen Diplomaten im Ohr: Vorsicht, Brunner wird vom Geheimdienst überwacht, der Mann ist gefährlich! Den Botschaften der Bundesrepublik und Österreichs war immer bekannt, daß Brunner alias Fischer in Damaskus lebt. Der erste deutsche Haftbefehl stammt aus dem Jahr 1961. Warum Brunner nie ausgeliefert wurde, ist einer der politischen Skandale, die sich um den Fall Brunner ranken.

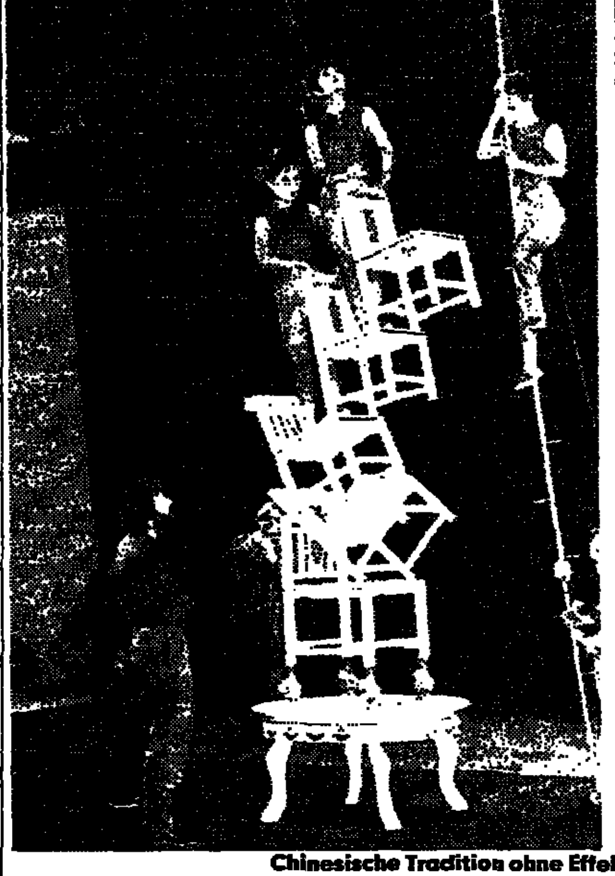
Wie damals vor zwanzig Jahren, trägt Brunner auch heute eine dunkle Brille. Er hatte 1961 das linke Auge verloren, als er ein Sprengstoffpäckchen öffnete, das ihm angeblich der israelische Geheimdienst geschickt hatte. *Damals konnte er jedoch noch* seine Finger gebrauchen. Beide Hände wurden ihm dann bis auf den linken Daumen von einer Briefbombe im Juni 1980 zerrissen. Aber Brunner überlebte auch dies und hat jetzt, wie die deutsche Illustrierte von ihm erfahren hat, eine Giftampulle bei sich, um im Fall einer Entführung sich sofort zu töten. „Die Israelis bekommen mich nicht", sagt er.

Brunner war und *ist bei der kleinen* deutschen und österreichischen Kolonie in Syrien gefürchtet, weil er für den dortigen Geheimdienst arbeitet. Nur so kann er überleben und nur so erhält er seine Aufenthaltserlaubnis.

In Damaskus war Brunner jahrelang bei der Zensur tätig, er überwachte auch die Brief- und Geschäftspost der deutschen Firmenvertreter. Er wertete deutsche Zeitun*gen aus, und er meldete deutsche* Firmen, die mit Israel handelten, dem Boykottbüro der Arabischen Liga, das seinen Sitz in Damaskus hat. Außerdem *übersetzte* er den Syrern abgehörte Telefonate. Es heißt, er bekomme jetzt eine Rente vom syrischen Staat.

Wenn man in den sechziger Jahren bei *den Behörden in Damaskus nach* Brunner fragte und schilderte, was der ehemalige Hauptsturmführer auf dem Gewissen hat, bekam man von den Syrern nur ausweichende Antworten oder den Rat, sich nicht in Dinge einzumischen, die einen nichts angingen.

„Vorsicht vor Brunner", hieß es schon immer bei den Deutschen in Damaskus. Der Mann war seinem SS-Ruf als Menschenjäger treu geblieben: So war es z. B. Alois Brunner, der 1965 den nach Damaskus geflüchteten Ex-Legationsrat Franz Rademacher als „israelischen Spion" verriet. Rademacher alias „Rosello" konnte daraufhin nicht in die Bundesrepublik zurückkehren, wie er es beabsichtigte, sondern landete ohne Verfahren für 16 Monate in dem berüchtigten Gefängnis Mezze. Als die Syrer ihn nach Folter und Hunger freiließen, kehrte Rademacher todkrank zurück und starb nach einem kurzen Gerichtsverfahren. Brunner *hatte den Mann ausgeschaltet, der zu* viel über ihn wußte und der, anders als er selbst, nicht für die Syrer arbeiten wollte. (SAD)





Chinesische Tradition ohne Effekte und Hollywood-Glimmer FOTOS HEILMANN

Akrobatik, seit Jahrtausenden liebstes Kind der Chinesen

Das Rezept ist einfach: Man mische tausendjährige chinesische Akrobatik mit dem österreichischen Show-Talent André Heller. Das Ergebnis ist sensationell: Die Tournee „Begnadete Körper"

Von HANNE-L. HEILMANN

Drei Szenen einer Probe in einem Filmstudio vor den Toren *Münchens: Sechs dünne* Bambusstangen hält ein Mädchen in die Luft und jongliert auf ihnen mühelos Teller. Ihr gegenüber sinkt eine Neunjährige mit schwarzen Zöpfen und Mandelaugen im Zeitlupentempo in den Spagat. Männer in farbenprächtigen Samurai-Kostümen zücken die Schwerter, im Hintergrund erklingt alte chinesische Musik.

Gefilmt wird hier nicht für einen neuen Kung-Fu-Streifen, und auch kein Wanderzirkus hat sein Winterquartier aufgeschlagen. 58 der besten chinesischen Akrobaten – Großmeister der Akrobatenschulen von Anhui und Peking – verbreiten diese fremdländische Atmosphäre. Letzte Proben vor einer Tournee mit dem bezeichnenden Titel „Begnadete Körper" durch Deutschland und die Schweiz mit 14 bislang nie im Ausland gezeigten Szenen.

Der Initiator dieser Vorstellung hält sich im Hintergrund. Ihn entdeckt man erst auf den zweiten Blick. Nur hin und wieder ruft er nach dem Dolmetscher, dirigiert die Artisten nach vorne oder hinten, gibt den Musikern kurze Anweisungen: André Heller, österreichisches Multi-Talent – Reibungspunkt zwischen den Stühlen der Kulturlandschaft.

Außergewöhnlich wie die Vorstellung selbst ist auch ihre Entstehungsgeschichte. Als Gast der chinesischen *Regierung reiste Heller im* vergangenen Jahr durch das Land der Mitte und besah sich über 2600 Artisten. Es war eine Idee des Kulturministeriums der Volksrepublik China, den österreichischen Künstler zur Ausarbeitung einer nationalen und internationalen Tournee zu gewinnen. „Körpermaterial" konnte reichlich angeboten werden.

Denn die Akrobatik ist seit Jahrtausenden eines der liebsten Kinder in der Großfamilie der chinesischen Volkskünste. Am Hof und in der Hütte ließ man sich schon früher gerne mit diesen Kunststücken – die Ausdruck der *Einheit von Körper, Seele* und Geist sein sollen – die Zeit vertreiben. Auch in Disziplinen der chinesischen Hochkultur – vor allem aber in der Peking-Oper und den vielfältigen Theatervarianten der Provinzen – gehört die Akrobatik zum festen Bestandteil. Und auch heute noch wird von den Opernmitgliedern gefordert, nicht nur Arien zu singen, sondern ebenfalls den doppelten Salto rückwärts zu springen. Selbst die Kulturrevolution ging der Akrobatik nicht an den Kragen.

Gerade fünf Jahre alt ist der Nachwuchs, wenn er in akrobatische Vorschulen eintritt. Geübt wird später bis zu zwölf Stunden am Tag. Ihr großes Ziel ist es, nach Jahren in die Schulen von Anhui und Peking aufgenommen zu werden und diese nach staatlicher Prüfung als Großmeister (der höchsten Auszeichnung) zu verlassen.

Drei dieser Wunderkinder – im Alter zwischen neun und zwölf Jahren – wählte Heller dann auch für die Tournee aus. Bewegungen, deren bloßer Anblick den Zuschauer schaudernd an Muskelzerrungen und Sehnenrisse denken läßt, sind ihnen zur zweiten Natur geworden. Und selbst in Momenten der Entspannung sitzen diese Kinderakrobaten wie kleine Zauberwesen inmitten der bizarren Mischung aus Lampions fernöstlicher Provenienz und Pappbechern der *westlichen Wegwerfgesellschaft* und tragen immer noch sechs Suppenschüsseln wie einen Hut auf dem Kopf, oder legen ein Bein im stumpfen Winkel ausgestreckt auf den Tisch.

In letzter Minute muß noch eine neue Nummer einstudiert werden: gemeinsamer Liedvortrag der Künstler. Verschämt stupsen sich die Kleinen in die Rippen, denn diese Darstellungsart ist für sie *ungewohnt*. Doch als es dann heißt: „Dasselbe nochmal, aber jetzt mit Bewegung", da können sie sich schon eher mit *dieser Neuerung anfreunden* – schließlich ist der Körper ihre Sprache.

Ein Jahr Vorbereitungszeit und Kosten in Höhe von 1,5 Millionen Mark hat es gebraucht, bis die Truppe das Land der Mitte hinter sich lassen konnte. Denn bei den dreimonatigen Proben Anfang 1985 fiel vor allem eins auf: Chinesische Tradition wurde in den letzten Jahren immer mehr durch Geschmacksimporte aus dem Westen *ersetzt. Las-Vegas-Effekte* und Hollywood-Glimmer hatten um sich gegriffen, zu den Vorstellungen erklang der Gesang von Frank Sinatra und Dean Martin. Heller allerdings hatte sich das Ziel gesetzt, eine möglichst originalgetreue Vorführung zu inszenieren.

Seidenkostüme nach historischen Zeichnungen aus Archiven der Universität Peking wurden angefertigt, alte Kompositionen von Hand kopiert, kulturkreistypische Requisiten und Instrumente zusammengestellt, die Künstler nach alten Vorlagen geschminkt: *weiße, geschlechtslose* Gesichter, mit harten Augenstrichen und dunkelroten Mündern – lebende Masken.

Nur in wenigen Punkten löst sich die Darbietung von den traditionellen Vorgaben. So reduziert sich die Aufführungsdauer, die in China bis zu fünf Stunden beträgt, auf zwei. Nur Höhepunkte werden präsentiert.

Als sich dann endlich in München der dunkelrote Seidenvorhang mit den schwarzen chinesischen Schriftzeichen für das Wort „Traum" zur Premiere hob, da riß es die Zuschauer förmlich von den Stühlen. Eine junge Artistin balanciert da unzählige wassergefüllte Gläser und Schalen zu der Klaviermusik von Keith Jarrett; sechs Mädchen nähern sich mit einer atemberaubenden Sesselpyramide aus acht Stühlen symbolisch den Göttern; Artisten *stürzen einer historischen* Mutprobe folgend in Fallseile; Reifenspringer hechten durch übereinandergestellte Ringe und lassen alte Zeremonien, die das Erwachen des Frühlings und die Beweglichkeit des Körpers nach dem langen Winterschlaf feiern, wieder auferstehen. Begleitend erklingt die alte chinesische Musik. Sie soll mit ihren Klängen böse Geister vertreiben, die die Akrobaten in Gefahr bringen könnten.

Jede akrobatische Szene ist eine Vorstellung en miniature für sich, angesagt mit den Worten: „Möge der Versuch gelingen!" Und am Ende der Darbietung verabschieden sie sich artig: „Danke für Ihre Begeisterung. Sie haben uns damit eine unsägliche Freude bereitet."

André Heller wird man allerdings vergebens suchen. Die Stars sind die Akrobaten – „und schließlich trat der Opernregisseur ja auch nicht mit auf die Bühne, wenn die Callas sang", so Originalton Heller.

Die Saar-FDP bereitet der CDU Kopfschmerzen

ULRICH REITZ, Saarbrücken

Auf dem Landesparteitag im Juli hatte der damals scheidende CDU-Landesvorsitzende im Saarland, Werner Zeyer, den Delegierten noch zugerufen: „Die FDP ist unser natürlicher Koalitionspartner". Doch jetzt ist die saarländische CDU nach dem Tod ihres Vorsitzenden Werner Scherer nicht mehr so zuversichtlich, daß ihr bei der Landtagswahl 1990 die FDP als Koalitionspartner und eventueller Mehrheitsbeschaffer gegen den amtierenden SPD-Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine zur Verfügung stehen wird.

In der Parteizentrale hält man es für denkbar, daß die Freien Demokraten ihre eigenen Schlüsse aus den Problemen der CDU ziehen. Lafontaine einen attraktiven christdemokratischen Kandidaten gegenüberzustellen. „Es ist unsere größte Befürchtung, daß die FDP sich politisch auf eine sozialliberale *Linie* verständigt, um der SPD als Koalitionspartner zur Verfügung zu stehen", heißt es.

FDP-Chef Horst Rehberger fand sich nicht zu einem Signal an die CDU bereit: „In der Opposition kann es keine Koalitionen geben", sagte er der WELT. Die Koalitionsfrage stelle „sich gegenwärtig noch nicht". Die Zahl derjenigen in der CDU wächst, die den Freien Demokraten in Erinnerung an die 1977 vollzogene „Wende" der Saar-FDP zur CDU nach Ablauf einer Schamfrist auch wieder eine „Kehrtwende" zur SPD zutrauen. Ungern denkt man in der Saar-CDU daran zurück, daß Lafontaine und der damalige FDP-Landeschef Werner Klumpp 1974 und 1976 mit vereinten Kräften die CDU in der Landeshauptstadt Saarbrücken aus der kommunalen Verantwortung drängten.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Diskussion um einen geeigneten Nachfolger Scherers eine besondere Bedeutung. Bis zum nächsten Frühjahr, kündigte CDU-Fraktionschef Günther Schwarz gegenüber der WELT an, werde ein neuer Landesvorsitzender gewählt sein. In der Zwischenzeit soll ein „umfassender Meinungsbildungsprozeß" stattfinden, an dem die Parteibasis „voll beteiligt" werden soll. In der CDU will man jetzt den Eindruck vermeiden, ein neuer Landesvorsitzender werde über die Köpfe des Parteivolks hinweg auserkoren.

Als ein Anwärter auf den Landesvorsitz gilt der jetzige Parteivize Peter Jacoby. Die Partei könnte mit ihm als Vorsitzenden den thematischen Aufbruch mit einem Generationswechsel auch personell untermauern. Die Saar-CDU will sich als „soziales Gewissen" der Bundes-CDU profilieren. Jacobys Aufgabenbereich in der vergangenen Legislaturperiode war die Sozialpolitik.

Für den 34jährigen spricht nicht nur sein Redetalent, eine wichtige Voraussetzung, um Lafontaine auch nach außen hin Paroli bieten zu können, sondern auch sein Rückhalt in der Partei.

Dem ehemaligen Vorsitzenden der Jungen Union an der Saar könnte es auch gelingen, die Generation der 20- bis 34jährigen, von denen viele der CDU bei der Landtagswahl ihre Stimme versagt hatten, wieder zurückzuholen. Im Wahlkampf hatte die CDU auf eine gezielte Jungwähler-Kampagne verzichtet. Dabei hatte die Sorge eine Rolle gespielt, ein Großteil der Erstwähler würde grün wählen.

Bei der Parteiführung will man indes nicht ausschließen, daß es in der Nachfolgefrage zu einer zeitlich befristeten Übergangslösung kommt. Als Kandidat für den Landesvorsitz ist auch der frühere Innenminister und Stahlexperte Rainer Wicklmayr im Gespräch. Wicklmayr übernimmt jetzt auch den Vorsitz im neuen Bundesratsausschuß.

Gegen eine „Importlösung", etwa den rheinland-pfälzischen Umweltminister Klaus Töpfer (CDU), spricht schon die Zeitplanung der Saar-CDU. In Rheinland-Pfalz wird erst 1987 gewählt, bis dahin müßte Töpfer Umweltminister in Mainz bleiben. Außerdem: Bei einem Wechsel in das kleinste Flächenland müßte Töpfer den Ministerposten gegen eine politisch unsichere Perspektive eintauschen. Dies könnte sich nur dann ändern, wenn Töpfer eine Aufgabe in Bonn angeboten würde.

Denkmalpflege ist in Gefahr

Deutsches Nationalkomitee warnt vor Fehlentwicklungen in Gesellschaft und Gesetzgebung

D. GURATZSCH, Frankfurt

Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz sieht das historische Kulturerbe und die archäologischen Zeugnisse der deutschen Geschichte durch neue Entwicklungen in Gesellschaft und Gesetzgebung sowie *durch verhängnisvolle Umwelteinflüsse* zunehmend bedroht. Auf der Jahrestagung des Komitees erklärten die Leiter verschiedener Arbeitsgruppen gestern in Frankfurt, für die Denkmalpflege stelle sich plötzlich „in einer bisher nicht gekannten Schärfe die Frage der Substanzerhaltung" (so neben anderen Martin Neuffer, der Leiter der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit des Komitees).

Besondere Sorge bereitet dem Nationalkomitee die Entwicklung im Steuer- und im Baurecht, durch die mühsam errungene Regelungen zum Schutz wertvoller Bausubstanz aufgegeben würden. Nach den Worten des Ministerialrats im bayerischen Kultusministerium, Wolfgang Eberl, gilt das besonders in dem für Baudenkmäler existenziellen Innenstadtbereich, aber auch für den Gesamtbereich der Bebauungspläne, die künftig, soweit sie aus Flächennutzungsplänen entwickelt sind, nicht mehr genehmigungs-, sondern nur noch „anzeigepflichtig" sein sollen. Eberl: „Das ist verhängnisvoll, da in den Flächennutzungsplänen die Denkmalschutzbelange naturgemäß nicht oder kaum verankert sind. Hier entsteht große Rechtsunsicherheit."

Zu verheerenden Auswirkungen auf die Altbausubstanz hat laut Eberl auch die neue Wärmeschutzverordnung geführt, die Teilnehmer der Konferenz als „Verordnung zur Verunstaltung von Baudenkmälern" bezeichneten. Durch die Verpflichtung, Gebäude „dicht" zu machen, würden historische Baustoffe wie das Holz von Fachwerkbauten einem rapiden substantiellen Zerstörungsprozeß ausgesetzt. Zwar könne das Schlimmste verhütet werden, wenn man die Verordnung „richtig auslegt". Aber entsprechende Interpretationshilfen stünden frühestens in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres bereit.

Auch im Steuerrecht hätten die Denkmalpfleger zunächst den kürzeren gezogen. Der Wegfall der 7b-Vergünstigungen für die Instandsetzung von Baudenkmälern könne durch deren Ausweisung als „Sonderausgaben" nur unvollkommen kompensiert werden und dies auch nur für Aufwendungen bis zum Jahr 1992. Von da an sei der gesamte Bereich der Instandhaltung von Baudenkmälern steuerlich wieder schlechter gestellt als der Neubaubereich.

Als alarmierend sehen die Mitglieder des Nationalkomitees den fortschreitenden Steinzerfall durch Umwelteinflüsse an. Der Leiter des Rheinischen Denkmalamtes, Prof. Udo Mainzer: „Alle reden vom Waldsterben, kaum einer denkt an das Steinsterben." Bäume könnten immerhin nachwachsen, Denkmale aber nicht. In der Forschung über die Ursachen des Steinzerfalls gebe es immer noch gewaltige Fehlinvestitionen, weil überall getrennt geforscht und bei „Null" angefangen werde.

Vor einer „unnötigen Konfrontation von Denkmalschutz und Architektenverbänden" warnte der hessische Landeskonservator Prof. Gottfried Kiesow. Die Krise am Bau dürfe nicht auf den Schultern des Denkmalschutzes abgearbeitet werden. Wer alte Städte abreißen wolle, nur um für Architekten Arbeit zu schaffen, habe „wirklich nichts begriffen". Die Architekten müßten wieder lernen, in Baulücken zu bauen, statt auf der grünen Wiese.

Straußs: Eigentlich wollte ich nur einen Paß

Schongau feiert die „Geburt" der CSU vor 40 Jahren

PETER SCHMALZ, Schongau

Harmonie ist angesagt, wenn die CSU sich übernächste Woche in München zu ihrem Landesparteitag trifft. Denn zum einen dürften die Delegierten ein Bedürfnis fühlen, bei der Wiederwahl des Vorsitzenden Geschlossenheit und Versöhnung zu signalisieren und das aus den Irritationen um den Milliardenkredit vor zwei Jahren entstandene magere Ergebnis für Franz Josef Strauß von nur 77 Prozent der Stimmen vergessen zu machen. Mit deutlich über 90 Prozent wird diesmal gerechnet. Zum anderen aber gibt es Grund zum Feiern: Die Partei wird 40 Jahre alt.

Bevor aber der Parteichef am 22. November ein Referat über die christlich-soziale Familiengeschichte hält und das Bayerische Fernsehen eine Stunde live überträgt, hat Strauß den Geburtstag schon einmal in kleinem Kreis vorweggefeiert: In dem oberbayerischen Provinzstädtchen Schongau, das nur 10 719 Einwohner zählt, aber dennoch für die CSU-Historie von besonderer Bedeutung ist. Hier wurde im Juni 1945 der hagere Ex-Oberleutnant Franz Strauß (der Josef gesellte sich erst später dazu) von einem amerikanischen Hauptmann zum Landrats-Vize gekürt. Eigentlich, so erinnert sich Strauß während der Feierstunde im 500 Jahre alten Festsaal, wollte er nur einen Paß, um in München nach seiner Familie zu sehen, doch der Offizier meinte knapp: „Wir brauchen jemanden, der Englisch spricht."

Schon fünf Monate später, am 1. November, taucht der Name Strauß auf einem Papier auf, das als Gründungsurkunde der Schongauer CSU gilt: Der gerade 30jährige Landrats-Vize steht als 2. Vorsitzender unter Bürgermeister Andreas Lang. Dessen Sohn erinnert sich: Als Bub habe er gehört, wie der Vater sagte: „Wenn der einmal seine Hörner abgestoßen hat, wird er ein großer Mann." Im Jahr darauf, nachdem er Strauß als Kandidaten zur ersten freien Landratswahl vorgeschlagen hatte, zerstreute Lang die Bedenken anderer: „Verlaßt Euch auf mich, von diesem Mann hört Ihr noch viel."

Der hatte zu dieser Zeit längst die Fühler nach München ausgestreckt und war in der Gedonstraße 4 dabei, wenn im Wohnzimmer des oberfränkischen Bauernsohnes und Rechtsanwaltes *Josef Müller* („Ochsensepp") über das Programm einer Christlich-Sozialen Union diskutiert wurde. Der junge Mann, der schnell zu einem Vertrauten des „Ochsensepp" wurde, konnte den Münchnern einen zwölf programmatische Punkte umfassenden Entwurf vorlegen, der Grundlage der Schongauer Parteigründung war. Dort heißt es unter der römischen Ziffer I: „Wir wollen die einige Zusammenarbeit der Arbeiter, der Bauern und des Mittelstandes, ohne Unterschied der Konfessionen."

Der Hinweis im Nachsatz ist Strauß noch heute wichtig. „Ich habe", sagt er am Geburtstagsabend, „als junger Politiker die Meinung vertreten, die damals von manchen kirchlichen Stellen mit etwas Vorsicht betrachtet wurde, daß die Kirchen nicht Propaganda für die CSU machen sollten, und daß eine politische Partei kein Ausführungsorgan kirchlicher Instanzen ist. Wir wollten keine Kirchenpartei sein."

Sein strategisches Gesamtkonzept war vielmehr, das Tor der neuen Partei weit aufzumachen: „Die Wähler, die sich nicht zum Sozialismus bekennen, in einer politischen Idee zusammenzufassen." Und, anspielend auf den heftigen Konkurrenzkampf mit der damals mächtigen Bayernpartei, fährt er fort: „Deshalb mußten wir die CSU so ausdehnen, daß daneben eine andere Partei für die gleiche Wählerschicht auf Dauer nicht existieren konnte. Darauf beruht unser Erfolg."

Er wird an diesem Abend zum Ehrenmitglied der Schongauer CSU ernannt, bekommt einen goldenen Taler und darf anschließend eine Parteiausstellung eröffnen, wo er, der ehemalige Studienrat, sofort einen Fehler entdeckt in einem Papier, das der junge Strauß am 26. 11. 46 unterzeichnet hatte: Im ersten Satz fehlt das Wörtchen „zu". Auch ein Strauß macht eben manchmal einen Fehler.

Berliner Grüne wechseln zur FDP

dpa, Berlin

Zwei Mitglieder des inzwischen aufgelösten Berliner Landesverbandes der Grünen und ein Politiker der Alternativen Liste (AL) in Berlin sind zur FDP übergewechselt. Es handelt sich um die früheren Grünen Ernst Hoplitschek und Michael Breuer sowie um den ehemaligen AL-Gesundheitsstadtrat im Bezirk Tiergarten, Christoph Trautner.

Hoplitschek, der bei den Grünen Mitglied der Bundesprogrammkommission und auch des Bundesvorstandes gewesen ist, hatte in seiner Austrittserklärung vor allem bemängelt, daß die Grünen viel zu spät mit der notwendigen Diskussion über ihre ungeklärten Positionen zur Demokratie und zur Gewalt begonnen hätten.

NRW-Grüne: Im Bund mit SPD kooperieren

AP, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälischen Grünen wollen sich bei dem Mitte Dezember in Offenburg stattfindenden Bundesparteitag für eine Kooperation mit der SPD auf Bundesebene einsetzen. Hubert Niehoff, einer der drei gleichberechtigten Sprecher des mit 8700 Mitgliedern größten Landesverbandes, erklärte gestern in Düsseldorf, es dürfe in Zukunft keinen Zweifel an der Bereitschaft der Grünen geben, mit der SPD zusammenzuarbeiten, um die „Bonner Wendekoalition" abzulösen. Über die Form einer Kooperation, ob Tolerierung oder Koalition, solle allerdings erst nach der Bundestagswahl 1987 entschieden werden. Die NRW-Grünen stellen rund 30 Prozent der Delegierten in Offenburg.

Verteidigung will weitere Akteneinsicht

hst, Bonn

Im Parteispendenverfahren vor der 7. Großen Strafkammer des Bonner Landgerichtes ging es gestern dem Gericht darum, die steuerhinterziehende Spendenpraxis anhand der beschlagnahmten Akten und Briefwechsel zu dokumentieren. Nach Ansicht der Verteidigung hätten die Handlungen der Angeklagten – Graf Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch – zwar steuermindernde Wirkung gehabt, seien aber legal gewesen. Noch nicht entschieden ist, ob die Anklage wegen Bestechung und Bestechlichkeit vom Steuerstrafverfahren abgetrennt wird. Offen blieb auch, ob der Vorsitzende Richter Buchholz der Verteidigung weitergehenden Einblick in die Handakte der Staatsanwaltschaft gibt.

Die Flüchtlinge und die demütigende Prozedur im Kölner CSSR-Konsulat

Von OTA FILIP

Seit 1980 fliehen aus der CSSR jährlich an die 4000 bis 5000 Bürger, vorwiegend Menschen, die in der CSSR wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung nicht verfolgt wurden. Vor ihrer „Flucht", meistens über Jugoslawien, haben sie Informationen über den Westen gesammelt, um zu erfahren, wo es im Westen „am besten" ist.

Diese „ökonomischen Flüchtlingswellen" sind von besonderer Art: Erst in Österreich, in der Schweiz oder in der Bundesrepublik Deutschland erwachen die Flüchtlinge für kurze Zeit aus ihrer politischen oder religiösen Lethargie und erzählen den zuständigen Beamten, die ihre Asylanträge entgegennehmen, Märchen von ihren Verfolgungen in der CSSR.

Ich könnte viele konkrete Fälle anführen: Zahlreiche Flüchtlinge dieser Art besuchten mich, um sich erst in München über die Lage der politisch Verfolgten in der CSSR, über die Charta 77 und über die Aktivitäten der katholischen Untergrundkirche zu informieren. Aufgrund dieser nachträglich im Westen gesammelten Informationen konzipieren sie ihre Geschichten, die sie dann den deutschen Asylbehörden ins Protokoll diktieren.

Ein Richter, der in Zirndorf über Asylanträge von geflohenen CSSR-Bürgern entscheidet, sagte mir unlängst: „Fast ein jeder Flüchtling aus der CSSR erzählt mir, er hätte in der CSSR entweder einer illegalen politischen Gruppe angehört oder verbotene Schriften verbreitet. Wenn das tatsächlich stimmen sollte, dann müßte es in der CSSR von illegalen oppositionellen Gruppen nur so wimmeln."

Permanente Berieselung durch die Propaganda

Trotz meiner kritischen Bemerkungen, will ich meine einstigen Landsleute, die aus der CSSR geflohen sind, in Schutz nehmen. Aus ihrer Heimat trieb sie nicht die Gefahr, verhaftet und wegen politischer Delikte verurteilt zu werden, sondern eine besondere realsozialistische Art von Hoffnungslosigkeit, eine nicht genau definierbare Angst vor der Zukunft; die meisten waren auch nicht mehr fähig, die permanente Berieselung durch die Propaganda zu ertragen.

Natürlich – diese Motive sind nach deutschem Gesetz kein Grund dafür, einen Antrag auf politisches Asyl zu stellen. Das wissen die Antragsteller auch und entschließen sich, Märchen über ihre politischen Verfolgungen zu erzählen.

Viel schlimmer ist aber etwas anderes: In Kreisen des tschechischen tatsächlichen politischen Exils schätzt man, daß von den ungefähr 60 000 tschechoslowakischen politischen Flüchtlingen, die seit 1968 in der Bundesrepublik Deutschland als Asylanten leben – viele heute schon als eingebürgerte Deutsche – an die 20 000 bereits ihr Verhältnis zu der CSSR geregelt haben. Das heißt, sie haben sich freiwillig im Gebäude des CSSR-Konsulates in Köln verhören lassen, Fragen beantwortet, auf die ein Bürger, der in der Bundesrepublik Deutschland lebt, keine Antworten gibt.

Natürlich haben diese Asylanten oder eingebürgerten Deutschen den tschechoslowakischen Genossen in Köln versprechen müssen, sich gegenüber der CSSR, einem Land, aus dem sie als sozusagen politische Verfolgte geflohen waren, loyal zu verhalten, mit keinen Emigranten Kontakte zu pflegen, keine Exilpresse zu lesen und keine antisozialistischen Aktivitäten zu entwickeln.

Nach dieser demütigenden Prozedur im Kölner CSSR-Konsulat müssen die Betroffenen pro Kopf an die 8000 bis 10 000 Mark in bar bezahlen und erst dann wird ihr Verhältnis zu der CSSR rechtlich geregelt und sie können hoffen, wieder in ihre Heimat reisen zu dürfen. Das schlimme an dieser Sache ist, daß ein politischer Asylant, der seit zehn oder mehr Jahren in der Bundesrepublik Deutschland lebt und eingebürgert werden möchte, von den deutschen Behörden dazu gezwungen wird, sein rechtliches Verhältnis zu der CSSR zu regeln, das bedeutet also, in Kontakt mit Vertretern jenes Staates zu treten, aus dem er vor Jahren aus politischen Gründen geflohen war.

Ich kenne drei konkrete Fälle: tatsächlich politische Flüchtlinge aus der CSSR, die nach zehn Jahren einen Antrag auf Einbürgerung stellten. Sie werden von deutschen Behörden seit zwei Jahren gezwungen, sich der Prozedur vor den Genossen im CSSR-Konsulat zu unterwerfen. Alle drei lehnen diese Demütigung ab; ihre Chancen, deutsche Staatsbürger zu werden, sind damit verbaut.

Es gibt auch andere Fälle: Im Augenblick, in dem viele sogenannte politische Flüchtlinge aus der CSSR ihren deutschen Asylpaß in der Tasche haben, eilen sie ins Gebäude des CSSR-Konsulates in Köln und bitten um Gnade. Diesen „braven politischen" Flüchtlingen, die ausführlich gebeichtet haben, bieten die Genossen einen CSSR-Auswanderungspaß an, mit dem sie dann in die CSSR reisen können.

Für ihre Reisen in die Heimat geben ihnen die Genossen in Köln einen guten Rat: In die CSSR nicht aus Bayern, sondern aus Österreich einzureisen.

Tatsächlich politisch Verfolgte, Angehörige der tschechoslowakischen geistigen Opposition gegen das totalitäre System, haben keine Chance, zu fliehen, denn sie dürfen nicht einmal in sozialistische Bruderländer reisen, und schon gar nicht nach Jugoslawien. Urlauber, die in dieses Land reisen – aus Jugoslawien fliehen die meisten CSSR-Bürger nach Österreich oder nach Italien – werden in der CSSR genauso streng politisch überprüft, wie Touristen, die in die Bundesrepublik Deutschland fahren wollen.

Dissidenten, Unterzeichner der Charta 77 und tatsächlich politisch Verfolgte, werden heute aus der CSSR in den Westen zwangsweise abgeschoben. Prof. Hejdánek, einer der führenden Köpfe in der geistigen Opposition in Prag, sagte unlängst: „Zwei Arten von Menschen haben nicht das Recht, unsere Heimat freiwillig zu verlassen: Intellektuelle und Dichter." Václav Havel, der verbotene tschechische Dramatiker, hat in Untersuchungshaft das Angebot, auszuwandern, abgelehnt und blieb im Gefängnis.

Viele bleiben in der Heimat

Ludvik Vaculik, der tschechische verbotene Schriftsteller, hätte schon übermorgen im Westen sein können; er kommt jedoch nie, denn sein Platz ist eben in der Heimat. Die Genossen in Prag wären froh, wenn an die tausend unruhige tschechische Intellektuelle in der geistigen Opposition Anträge auf Auswanderung in den Westen stellen würden. Ich bin fest davon überzeugt, daß sie alle spätestens in einem Monat im Westen wären. Aber diese Menschen bleiben lieber zu Hause.

Eine Tatsache muß offen gesagt werden: Von den tschechoslowakischen Bürgern, die jetzt in den Westen fliehen, sind nur fünf oder sechs Prozent tatsächlich politische Flüchtlinge. Und die andern? Keiner weiß es genau. Vielleicht konnten sie die Berieselung durch die *Propaganda* in der CSSR nicht mehr ertragen oder suchen hier „den goldenen Westen".

Jedenfalls, und diese Feststellung ist für das tschechoslowakische tatsächlich politische Exil im Westen schockierend: Die neue Flüchtlingswelle besteht aus Menschen, die die Politik im Osten genau so wenig interessierte, wie hier wenigstens ein Anschein von politischer Moral und Anstand. Mindestens ein Drittel der CSSR-Flüchtlinge, die in den vergangenen drei Jahren deutsche Asylpässe erhalten haben, eilten als frischgebackene, amtlich anerkannte politische Flüchtlinge ins CSSR-Konsulat in Köln, um dort um Gnade und Verzeihung für ihre verbrecherische Republikflucht zu bitten.

Ota Filip wurde nach seinem politischen Engagement als Schriftsteller im „Prager Frühling" in der CSSR inhaftiert. Seit 1974 lebt er mit seiner Familie in der Bundesrepublik Deutschland, deren Staatsbürger er seit 1977 ist.

هكذا من الأصل

Die Strategie des Kreml für den Gipfel: Die Tagesordnung soll auf das Thema Rüstungsbegrenzung und Abrüstung eingeengt werden / Mit geballter Propaganda-Kraft gegen SDI

Moskau setzt nach wie vor auf die Selbstzensur des Westens

Von HERBERT KREMP

Alle Gipfel-Konferenzen nach dem Kriege waren in ein gewaltiges Propaganda-Getöse eingehüllt. Die Sowjetunion schien jeweils im Vorteil, weil ihre Führung als Herr der Medien einen geschlossenen Willen demonstrieren kann, dem auf der anderen Seite eine starke Differenzierung der Meinungen gegenübersteht. 1960 kam es in Paris zu einem Eklat, als Chruschtschow wegen des Spionagefluges und des Abschusses einer amerikanischen U-2-Maschine über sowjetischem Hoheitsgebiet die Konferenz „platzen" ließ. Ihm kam es dabei nur darauf an, „Unsicherheit ins Lager des Feines zu tragen", wie ein chinesisches Strategem lautet. Die westliche Szene reagierte *mit der erwarteten Selbstkritik.*

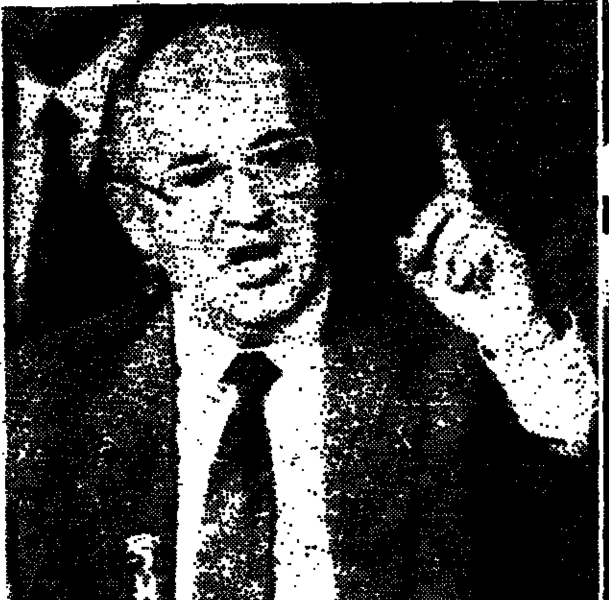
Am Fall des Doppelagenten Jurtschenko wird der bevorstehende Genfer Gipfel nicht scheitern. Dafür ist die Sache zu beiläufig. Der hochrangige KGB-Mann war im August in Rom übergelaufen, hatte sich den Amerikanern offenbart und behauptet jetzt, rechtzeitig vor der Gipfelbegegnung, von Amerikanern entführt und mit Drogen traktiert worden zu sein. Der Sinn des sowjetischen Spiels ist diesmal ein anderer und steht in Zusammenhang mit der – seltsam verzögerten – Ausreise von Jelena Bonner, der Frau Sacharows. Dessen Telefongespräch mit Verwandten in New York und Gerüchte über seine Ausreise gehören zur sowjetischen Konferenzstrategie.

Worin diese Strategie besteht, läßt sich an einer Reihe propagandistischer Aktionen ablesen. Sie verfolgen das Ziel, die Tagesordnung von Genf auf das Thema Rüstungsbegrenzung und Abrüstung einzuengen. Über Menschenrechte und regionale Konflikte will Gorbatschow am Lac Leman möglichst nicht angesprochen werden. Das erste Thema ist mit den Fällen Jurtschenko und Sacharow „erledigt" – oder will der amerikanische Präsident eine Philippika über die Schindung des braven KGB-Bürgers riskieren? Die Erörterung regionaler Konflikte, wie sie Reagan vor der UNO aufgezählt hat (Afghanistan, Nicaragua, Kambodscha, Äthiopien, Angola), betrachtet die sowjetische Diplomatie als ein gefährliches Abschweifen in Bereiche, in denen sie sich nicht sicher fühlt. Darüber reden (und sich umständlich rechtfertigen zu müssen) wäre Gorbatschow lästig.

Er möchte sich auf das Thema Rüstung konzentrieren, sich aber auch dort nur beweglich zeigen, wenn die USA auf die strategische Verteidigungsinitiative verzichten. Die 16-*stündigen* Gespräche, *die Außenminister* Shultz in Moskau führte, ergaben keine andere Information. Ob es den Amerikanern gelingt, sich mit den Sowjets auf die *Zulässigkeit beidseitiger Forschung* zu verständigen – sie berührt den ABM-Vertrag (Anti-Ballistic-Missiles) nicht –, erscheint trotz gelegentlicher Andeutungen zweifelhaft. Gorbatschow wird das Junktim zwischen SDI-Verzicht und Raketen-Abbau weit auslegen, weil die technologische Dynamik, die von dem amerikanischen Projekt ausgeht, seine Pläne für eine Umverteilung des Bruttosozialproduktes bei gleichzeitiger Bewahrung militärischer Überlegenheit gefährdet. *Er bekäme Feuer aus dem Polit*büro und aus der militärisch-industriellen Nomenklatura, würde er zivilisatorische Fortschritte auf Kosten des Sicherheitskomplexes anstreben.

Die *geballte* Kraft der *sowjetischen* Propaganda zielt auf die „Sternenkrieg-Vorbereitungen" der Reagan-Administration. Im Zentrum des Wirkungsfeldes liegt die Bundesrepublik, *deren Außenpolitik besonders* im Falle SDI unter einem Mangel an Identität leidet. Der Brief, den Gorbatschow am 29. Oktober im Kanzeramt überreichen ließ, zielt genau in *die Lücke, die im Meinungsbild zwi*schen dem Auswärtigen Amt und dem Kanzleramt entstanden ist. Der Text liegt in zwei stilistisch voneinander abweichenden Übersetzungen vor. Der veröffentlichte Text kann nach einer sprachlichen Analyse nicht von einem deutschen Philologen stammen, dafür ist er zu holprig und enthält zu viele Elemente der russischen Syntax. Wer die inhaltlich gleichlautenden Texte liest, erkennt das sowjetische Interesse an einer Veröffentlichung im Vorfeld der Genfer Konferenz sofort: Die deutsche Seite soll in *selbstzweiflerischen* Debatten über Sinn und Folgen einer – durch zwischenstaatliche Abmachungen beschirmten – Beteiligung an SDI gehalten werden.

Ob dies gelingt, hängt von der angegriffenen Beziehung zwischen Kohl und Genscher ab. Der Außenminister betreibt seine Ressortpolitik mit innenpolitischen Zielsetzungen. Er überschreitet die Toleranzen, die




Der Brief aus dem Kreml zielte in die Bonner Lücke zwischen Bundeskanzleramt und Außenministerium: Gorbatschow (l) und Genscher FOTOS: AP/LOTHAR KUCHARZ

eine kluge Regierungspolitik in dieser Hinsicht zuläßt. Genscher ist auf eine Entspannungspolitik festgelegt, die den Friedensbegriff mit Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gleichsetzt, die politischen Spannungsgründe Ost-West und die Spannungsfälle, die regional durch sowjetisches Verhalten entstanden sind und entstehen, aber vernachlässigt oder durch absichtsvolles Schweigen in Vergessenheit geraten läßt. Die Verengung der Begriffe Spannung und Entspannung macht die Außenpolitik eines bedeutenden Staates wie der Bundesrepublik unglaubwürdig und unscharf. Sie gleicht beschlagenem Glas. Umsichtige Politiker und Beobachter sehen mit Sorge, wie Bonn das Gesamtbild der Welt- und Machtverhältnisse aus dem Auge zu verlieren droht.

Dies gilt vor allem für die Expansions-Tendenzen der sowjetischen Politik. Ihre Beachtung steht in keinem *Verhältnis zu der Orientierungs*freudigkeit, die der Fahrtenschreiber des Außenministers anzeigt. Die thematische Verkürzung der deutschen Außenpolitik findet eine erstaunliche Parallele. *Auch* die sowjetische Führung scheint die wahren Gründe für den Zusammenbruch der Entspannungspolitik am Ende der siebziger Jahre nicht wahrnehmen zu wollen. In seinem *Interview im Magazin* „Time" (28. August) sagte Gorbatschow, er und sein Personal hätten Gewissensforschung betrieben und dabei keinen Grund entdeckt, sich selber für die Spannungen und gefährlichen Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen verantwortlich zu machen. Diese Wahrnehmungsschwäche erregt Erstaunen. Denn:

1. Eine der Hauptursachen für den Zusammenbruch der Entspannungspolitik war der sowjetische Einmarsch in Afghanistan vor sechs Jahren. Im Unterschied zur Gewaltanwendung in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 führte der Vorstoß zur Ausweitung des sowjetischen Machtbereichs in einem Teil der Welt, in den die sowjetische Armee noch nie ihren Fuß gesetzt hatte. Präsident Reagan erklärte in seiner Ansprache vor den Vereinten Nationen Ende Oktober, daß sich die Größe des sowjetischen Kontingents auf 118 000 Mann belaufe. Kurz vorher hatte der Pakistanische Staatspräsident Zia Ul-haq die Zahl von 150 000 genannt. Trotz der Masse an Menschen und Material sind die Sowjets ihrem Ziel, das Land zu unterwerfen, noch nicht entscheidend näher als Ende 1979, als sie ihre Marionette Babrak Karmal in einem Truppentransporter nach Kabul flogen.

Gorbatschow hat bisher nichts unternommen, *was auf eine* Veränderung der sowjetischen Politik gegenüber Afghanistan schließen ließe. Die sowjetische Armee hat im Gegenteil seit Juni des Jahres *neue* Offensiven gestartet. Im Juli wurde General Saizew zum neuen Oberbefehlshaber der Invasionstruppen ernannt. Er hat die Aufgabe, die ins Wanken geratene Truppendisziplin und die Kampfkraft der sowjetischen Armee zu stärken. Am 11. Oktober erklärte der stellvertretende sowjetische Außenminister Kapitza in einem Interview mit der *pakistanischen Zeitschrift „Muslim"*, daß sich Pakistan mit der Sowjetunion „im Krieg" befinde, weil es den Mudschahedins erlaube, über die Grenze hinweg Angriffe gegen afgha*nische Regierungsgruppen zu führen.*

2. In Angola unterstützt die Sowjet*union die kommunistische Regierung* gegen die antikommunistische Widerstandsorganisation UNITA. Dabei ist nicht klar, ob an den Kämpfen der beiden letzten Monate sowjetische Verbände *in Aktion* traten. Die Zahl der sowjetischen Militärberater wird auf 1200 geschätzt, die der Kubaner auf 35 000. Die Kosten für die kubanische Legion zahlt Moskau in Form *von Wirtschaftshilfe an Havana.* In den beiden letzten Jahren haben die Sowjets die verbündete Regierung in Angola reichlich mit Waffen versorgt.

3. In Vietnam hat die Sowjetunion *seit 1979 den früheren amerikani*schen Luft- und Seestützpunkt Cam Ranh Bay systematisch ausgebaut. Nach einem Bericht der thailändischen Zeitung „Die Nation" vom 24. Oktober laufen pro Monat rund 30 sowjetische Kriegsschiffe den Hafen an. Acht Kriegsschiffe sind dort stationiert. Seit November 1984 stehen 16 moderne sowjetische Bomber vom Typ TU-16 in Cam Ranh Bay. Mit dieser Streitmacht geben die Sowjets zu erkennen, daß sie die Aktionen des Verbündeten in Hanoi in Kambodscha und Laos decken. Beim Besuch des vietnamesischen Verteidigungsministers in Moskau im September sagte der sowjetische Verteidigigungsminister Sokolow verstärkte *militärische Hilfe* zu. *Die Unter*stützung für Vietnam hat den geschätzten Gegenwert von drei Milliarden Mark jährlich.

4. Die militärischen Aktionen der äthiopischen Regierung gegen den Widerstand in Eritrea und Tigre wären ohne sowjetische Unterstützung nicht möglich gewesen. Stationiert sind dort 5000 Kubaner und 2000 Sowjets. *Moskau hat seit 1977 Militär*ausrüstung im Wert von insgesamt neun Milliarden Mark geliefert. Seit dem Machtantritt Gorbatschows hat sich an dem Waffenstrom nichts geändert.

5. Gorbatschow lud im vergange*nen Frühjahr den Präsidenten von* Nicaragua, Ortega, nach Moskau ein, kurz nachdem der amerikanische Kongreß die Finanzhilfe für den Widerstand in dem zentralamerikanischen Staat gestrichen hatte. Er versprach dem Gast 180 Millionen Mark, um der ruinierten Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Die Sowjetunion, so erklärte er, werde es nicht zulassen, daß das sozialistische Regime durch Aktionen Washingtons beseitigt werde. Nicaragua ist heute ein hochgerüstetes Land. Der Transfer sowjetischer Waffen geht über Kuba.

Unter Gorbatschow hat sich, wie die Beispiele zeigen, an der aggressiven Außenpolitik Moskaus nichts geändert. Es liegt auf der Hand, warum sich die Sowjets in Genf auf das Thema Rüstungsbegrenzung und Abrüstung konzentrieren wollen: Sie hoffen, daß die westlichen Länder durch eine „Selbstzensur" ihres Wahrnehmungsvermögens dazu veranlaßt werden, die aggressive Natur der sowjetischen Politik in der Dritten Welt zu vergessen.

Die mysteriösen Wege eines geheimen Briefs

gba. **Bonn**

Der Bundeskanzler hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er die Veröffentlichung des Gorbatschow-Briefes für einen Teil der sowjetischen Propaganda gegen die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative und eine eventuelle deutsche Beteiligung daran hält. Und er hat klargestellt, daß der Text „nicht von uns", also weder vom Bundeskanzleramt noch aus dem Außenministerium, in die Presse gelangt ist. Der Weg des Schreibens läßt sich rekonstruieren:

Am Dienstagnachmittag vergangener Woche übergab Sowjetbotschafter Wladimir Semjonow den Brief von Generalsekretär Gorbatschow im Bundeskanzleramt an den außenpoli*tischen Kanzlerberater Teltschik.* Dabei handelte es sich um die russische Originalversion und eine von den Sowjets angefertigte Roh-Übersetzung ins Deutsche. Bei der Entgegennahme des Briefes wurde Vertraulichkeit über den Inhalt vereinbart.

Eine Kopie sowohl des russischen Briefes als auch der Roh-Übersetzung wurde noch am selben Nachmittag ins Auswärtige Amt gegeben. Dort gingen die Schriftstücke an das Ministerbüro und an den für Ost-Europa zuständigen Abteilungsleiter. Nicht einmal der Pressesprecher des Außenministers erhielt eine Kopie. Im Außenamt wurde eine eigene Übersetzung („Feinübersetzung") in Auftrag gegeben. Im Bundeskanzleramt wurden sowohl Original als auch Roh-Übersetzung in die Geheim-Registratur aufgenommen.

Als die Bild-Zeitung ihre Auszüge veröffentlichte, war die Feinübersetzung noch nicht fertig. Allerdings stimmt die in „Bild" abgedruckte Fassung auch nicht völlig mit der Roh-Übersetzung der Sowjets überein, was ein einfacher Textvergleich im Kanzleramt bestätigt hat.

Noch mehr Erstaunliches: Noch bevor Kanzler-Berater Teltschik den Brief von Botschafter Semjonow entgegengenommen hatte, war er schon von einem sowjetischen Journalisten in Bonn auf den Inhalt dieses Schreibens angesprochen worden. Und im Bundeskanzleramt riefen deutsche Journalisten – noch vor dem Semjonow-Besuch dort – an, um nach dem Zweck dieser Vorsprache zu fragen.

Bonn und Paris wollen Fortschritte für Europa

Deutsch-französische Beziehungen nicht frei von Sorgen

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wollen die festgefahrenen EG-Beratungen über eine Reform der Europäischen Gemeinschaft zusammen mit den Franzosen wieder in Gang bringen. Ihr Ziel ist es, vor allem den von Paris und Bonn gemeinsam vorgelegten Vertragsentwurf für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik bis zum Europagipfel in Luxemburg am 2. und 3. Dezember unter Dach und Fach zu bringen. Diese Absicht gehörte zu den zentralen Themen der gestrigen Gespräche zum Auftakt der 46. deutsch-französischen Konsultationen in Bonn.

Kohl hatte wenige Stunden vor dem Eintreffen von Staatspräsident François Mitterrand in einem Interview mit dem „Rheinischen Merkur" noch einmal die Notwendigkeit neuer Impulse für Europa unterstrichen. Dabei versicherte er: „Die politische Union Europas bleibt ein zäher und langwieriger Prozeß. Aber wir kommen voran. Wenn es uns jetzt gelingt, die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit vertraglich zu verankern, ist das ein wichtiger Fortschritt."

Angesichts des bisher ergebnislosen Verlaufs der vom Mailänder Europagipfel im Juni dieses Jahres eingesetzten EG-Regierungskonferenz für eine Verfassungsreform hatte Genscher in den letzten Wochen schon mehrere europäische Außenministerkollegen zu intensiven bilateralen Beratungen nach Bonn eingeladen. Nach seiner Ansicht kann jetzt nur noch eine konzertierte deutsch-französische Aktion helfen, für die dann auch Großbritannien gewonnen werden soll. Daraus resultiert in Genschers Augen die große Bedeutung der bis heute mittag dauernden Konsultationen.

Deutsch-französischer Konsensus beeinträchtigt

Ein gemeinsamer europäischer Anlauf soll ebenso wie eine konstruktive Erörterung der anstehenden bilateralen Projekte und eine Abstimmung über aktuelle West-Ost- und Bündnisfragen, darunter die SDI-Problematik, nach den Wünschen der Bundesregierung dazu beitragen, die in letzter Zeit etwas dünnblütig gewordene deutsch-französische Partnerschaft zu revitalisieren.

Besonders in Frankreich wird über den gegenwärtigen Zustand geklagt. So erklärte der frühere Außenminister Jean-François Poncet gestern in der Pariser Zeitung „Le Figaro":

„Die deutsch-französischen Beziehungen sind nicht mehr, was sie einmal waren. Sind sie auch nach außen hin gut geblieben, haben sie sich im wesentlichen doch gefährlich verschlechtert ... Die Bundesrepublik hat Großbritannien beim europäischen Kampfflugzeug vorgezogen; sie hat sich für die Raumstation ‚Columbus' entschieden und Frankreich sich allein beim Abenteuer der Raumfähre ‚Hermes' engagieren lassen; wegen mangelnden deutsch-französischen Verständnisses ist auch die Entscheidung über den militärischen Beobachtungssatelliten auf den Sanktnimmerleinstag verschoben. Sogar im europäischen Bereich ist der deutsch-französische Konsensus beeinträchtigt ... Frankreich und Deutschland haben sich gefährlich voneinander entfernt."

So wird in Bonn nicht ausgeschlossen, daß Frankreich erneut Projekte militärischer Kooperation ins Gespräch bringt, darunter das Vorhaben eins gemeinsamen Aufklärungssatelliten und einer allerdings rein zivilen Raumfähre. Klagen aus Paris sind auch wegen der praktisch nicht vorhandenen Abstimmung über eine mögliche deutsche Beteiligung an der Strategischen Verteidigungsinitiative der Amerikaner (SDI) zu erwarten. Meldungen aus Paris lassen keinen Zweifel daran, daß Frankreich die als eindeutige Präferenz für die USA empfundene Bonner Politik mißbilligt.

Gemeinsame Position für SDI angestrebt

Auf deutscher Seite werden die Gewichte etwas anders verteilt. Daß aber der Kooperation mit Paris ein neuer Anstoß gegeben werden sollte, ist auch in Bonn unstrittig. Darum will man eingehend über eine bessere Zusammenarbeit auf allen Gebieten sprechen. Dazu gehören konkret die Projekte einer Erweiterung des Airbus-Programms um einen Langstrecken- und einen Mittelstreckentyp, die mehrfach erörterte Schnellbahnverbindung Paris–Brüssel–Köln, das Autotelefon, Ariane V und die Raumfähre „Hermes".

Ein wichtiges Thema ist ferner die Frage, ob es möglich sein wird, auf der Ministerratssitzung der Westeuropäischen Union (WEU) am 14. November in Bonn eine gemeinsame europäische Position zur amerikanischen Weltraumverteidigung (SDI) zu formulieren. In allen diesen Punkten, wie auch bei der Einschätzung der Genfer Gipfel- und Abrüstungsverhandlungen ist Bonn an Koordinierung mit Paris interessiert.

Die Konsultationen begannen gestern nachmittag im Bundeskanzleramt unmittelbar nach der Begrüßung Mitterrands mit militärischen Ehren. Der Staatspräsident war von den Ministern Roland Dumas (Außen), Paul Quilès (Verteidigung), Edith Cresson (Industrie), Pierre Bérégovoy (Wirtschaft) und Hubert Curien (Forschung) sowie der Europa-Staatssekretärin im Außenministerium, Cathérine Lalumière, begleitet. Premierminister Laurent Fabius kam etwas später im eigenen Flugzeug.

Zunächst einmal konferierten Kohl und Mitterrand zwei Stunden lang unter vier Augen. Parallel dazu berieten die Außen- und Verteidigungsminister in gemeinsamer Sitzung sowie getrennt davon die jeweiligen Ressortminister. Während der französische Staatschef anschließend bei Bundespräsident Richard von Weizsäcker vorsprach, empfing der Kanzler Ministerpräsident Fabius. Den Abschluß des ersten Tages bildete ein von Kohl gegebenes Abendessen im Palais Schaumburg.

Heute werden Kohl und Mitterrand ihre Diskussionen im erweiterten Kreis und später in einer Plenarsitzung beider Delegationen fortsetzen und mittags gemeinsam vor der Presse erscheinen. Nach einem Essen mit dem Kanzler in der französischen Botschafterresidenz Schloß Ernich wird der Staatspräsident am Nachmittag nach Paris zurückfliegen.

Soziale Marktwirtschaft nach deutschem Muster?

Vorstoß eines französischen Wirtschaftswissenschaftlers

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der französische Wirtschaftswissenschaftler William François will am 3. Dezember in Paris deutsche und französische Politiker und Wirtschaftler zu einer Konferenz vereinen, auf der die Wirtschaftssysteme beider Länder verglichen und der Weg zu einer deutsch-französischen Konvergenz in der Suche nach einer europäischen „sozialen Marktwirtschaft" nach deutschem Muster gefunden werden soll.

Im Vorfeld der französischen Wahlen des März 1986, bei denen, François' Auffassung nach, über eine Fortführung des sozialistischen Experiments in Frankreich oder die Wiederkehr einer mehr liberalen Politik entschieden wird, hält er den Zeitpunkt für eine große deutsch-französische Konfrontation gekommen.

William François, ein Schüler und Bewunderer Ludwig Erhards, kämpft seit Jahren in Frankreich für eine Liberalisierung der Wirtschaft und verfügt heute über eine beachtliche Anhängerschaft sowohl in Wirtschaft und Banken wie in beiden Häusern des Parlaments. Seine These: Frankreich und Deutschland sind wichtigste Handelspartner in Europa und haben sich seit 40 Jahren in parallelen Wirtschaftssystemen entwikkelt, ohne sich jemals zu vereinigen. Das führte immer wieder zu krisenhaften Entwicklungen.

Beide hätten außerdem „gesündigt", indem sie von ihren ursprünglichen Konzeptionen abgingen (weniger straffe Planung in Frankreich, mehr Deficit-Spending in Deutschland). Heute sei die Bundesrepublik wieder zu den strengen monetären und finanziellen Regeln der Anfangszeit zurückgekehrt, die ihren ungewöhnlichen wirtschaftlichen Erfolg in Europa ermöglichten. Frankreich habe indes immer noch nicht begriffen, daß dieser Erfolg nicht auf irgendein Wirtschaftswunder, sondern auf ein fundamental gesünderes System der Regelung des Marktes allein durch die Preise, unter Einbeziehung der sozialen Verantwortung, zurückzuführen seien.

Um das Gebot der Römischen Verträge, in Europa einen einheitlichen Binnenmarkt zu schaffen, erfüllen zu können, meint François, daß das deutsche und das französische Wirtschaftssystem einander anzugleichen seien: Vereinheitlichung der Preisbildungsregime, eine einheitliche Einkommenspolitik und eine diesem Einigungsprozeß angemessenne Sozialpolitik. Entlang dieser drei Achsen soll sich die Debatte am 3. Dezember im Pariser Zentrum für internationale Konferenzen bewegen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Sturmangriff auf den Gerichtshof

Mit Panzern und Maschinengewehren stürmten *Kolumbiens Soldaten und Polizisten* gestern den Obersten Gerichtshof des Landes. Dort hatten sich linksgerichtete Guerrillas der „Bewegung 19. April" mit zehn Geiseln ver*schanzt. Handgranaten und Raketen* explodierten. Die Wucht zerstörte noch in 500 Metern Entfernung Fensterscheiben. FOTO: AFP

„Wir kämpfen bis zum Sieg"

WELT-Gespräch mit dem Führer der Allparteien-Allianz des afghanischen Widerstands

WALTER H. RUEB, Bonn

Gulbuddin Hekmatyar, der Präsident der Allparteien-Allianz der afghanischen Mudschahedin und Führer der fundamentalistischen Partei Hezbi Islami spricht normalerweise leise, kühl und beherrscht. Auf die neueste „Spiegel"-Darstellung der politischen und militärischen Situation Afghanistans nach fast sechsjähriger *Besetzung durch die Sowjets* aber reagierte der seit drei Tagen in Deutschland weilende 37jährige Guerrillaführer in einem Gespräch mit der WELT empört und aggressiv.

Der Krieg sei im Gegensatz zu den „Spiegel"-Behauptungen längst nicht entschieden und für den Widerstand schon gar nicht verloren. Die Darstellung des Nachrichten-Magazins sei *„unwahr und verleumderisch", stellte* Hekmatyar fest. „Ich lade alle Medienvertreter der Bundesrepublik nach Afghanistan ein", sagte er. „Dort können sie sich davon überzeugen, daß die Lage des Widerstandes gegen die sowjetische Aggression nach wie vor gut ist. 300 000 und nicht bloß 50- bis 60 000 Mudschahedin stehen den Russen gegenüber, besser bewaffnet als je. Sie kontrollieren 90 Prozent des afghanischen Territoriums, und zwar bis an die sowjetische Grenze und in die Nähe der von den Eindringlingen beherrschten Großstädte."

Die Zukunftsperspektiven angesichts intensiver kommunistischer Erziehung des afghanischen Nachwuchses sieht Hekmatyar ebenfalls anders als das Hamburger Magazin. Die *Machthaber in Kabul zeigten* ausländischen Journalisten stets nur „eine Seite der Medaille". In Wahrheit würden Millionen von Kindern zusammen mit ihren Eltern vom Krieg der Russen gegen Afghanistan terrorisiert, was sie mit „Abscheu und Abneigung" erfülle.

Die Taktik der Entvölkerung seines Landes durch das sowjetische *Vorgehen bezeichnete Hekmatyar als* zutreffend. „Die Russen versuchen, unsere Versorgungsgrundlagen zu zerstören. Sie vergiften das Wasser, bombardieren landwirtschaftliche Anlagen, töten das Vieh. Und sie versuchen, Hysterie und Angst zu erzeugen, *um die Zivilbevölkerung zur* Flucht ins Ausland oder in die Großstädte zu veranlassen, in denen sie die Kontrolle ausüben. Aber ihre Taktik *hat keinen Erfolg.* Wir bekommen Lebensmittel aus dem Ausland und das Volk unterstützt uns überall brüderlich und nach Kräften – nach der Parole ‚In einer Hand das Gewehr, in der anderen ein Werkzeug'."

Von einem „Frieden des Karmal-Regimes" mit dem Islam könne keine Rede sein, fuhr Hekmatyar fort. Er widerlegte die Behauptung Kabuls, im sozialistischen Einflußbereich gebe es 23 000 Moscheen, mit Zahlen. Die Russen kontrollierten maximal 150 Städte und Dörfer, da könne jedermann ausrechnen, wieviele Moscheen in den einzelnen Städten stehen müßten ... Hekmatyar: „Die Angaben Kabuls *sind nichts als Lügen*



Gulbuddin Hekmatyar

und Verfälschungen der Wirklichkeit. Die Russen sind und bleiben die Todfeinde des Islam. Im übrigen repräsentieren gerade die Moscheen das Scheitern der kommunistischen Ideologie."

Auch die Behauptung der Kommu*nisten in Kabul, es gebe mittlerweile* 100 000 Mitglieder in einer „Vaterländischen Front", bezeichnete Hekmatyar als falsch. Den mit großem Propaganda-Aufwand inszenierten Zusammentritt einer Versammlung von 4000 Stammesführern in Kabul nannte Hekmatyar einen „Versuch, dem Regime in der Hauptstadt eine neue Maske aufzusetzen". Bei den 4000 Männern habe es sich um „gekaufte Marionetten und Handlanger des Regimes gehandelt, von denen die meisten nach der Versammlung aus Angst vor der Bevölkerung in Kabul geblieben sind."

Hoffnungsvoll und zufriedenstel*lend sei die Zusammenarbeit von sie*ben Widerstandsgruppen in der von ihm präsidierten Allparteien-Allianz, stellte Hekmatyar fest. Auch auf dem militärischen Sektor funktioniere das Zusammengehen; gemeinsam werde gegen den Feind gekämpft. Das gemeinsame Auftreten nach außen sei vor kurzem auch in New York praktiziert worden. Dort habe er den UNO-Generalsekretär schriftlich aufgefordert, den Vertretern „des illegalen Regimes des afghanischen Volkes das Vertrauen abzusprechen und den freien Sitz bei den Vereinten Nationen der Islamischen Allianz afghanischer Mudschahedin zur Verfügung zu stellen".

Hekmatyar legte Wert auf die Feststellung, daß er sich zu einem privaten Besuch in der Bundesrepublik aufhalte. „Ich bin auf Einladung meiner 10 000 Landsleute hierhergekommen", sagte er. „Gespräche mit Politikern finden *nur in Ausnahmefällen* statt."

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt war gestern nachmittag in Bonn die prominenteste Ausnahme. Das Gespräch ging Abstechern nach Hamburg, München, Aachen, Köln und Berlin voraus. In der Domstadt wird Hekmatyar am Sonntag in der Mülheimer Stadthalle zu 12 000 Landsleuten sprechen.

Das erste größere Zusammentreffen mit hier lebenden Afghanen benutzte Hekmatyar am Mittwoch abend zu einem Appell an die Zuhörer, die Sache des Widerstandes auch fern der Heimat zu unterstützen. In der Aula einer Schule im Bonner Norden lauschten dem Guerrillaführer fast tausend Personen. Am Eingang wurde jedermann mit einer Metallsonde auf Waffen abgesucht, im Innern tauchten Scheinwerfer das Grün von Fahnen und Transparenten sowie die Buntheit zahlreicher Afghaninnen in gleißendes Licht.

Hekmatyars Rede wurde im Chor immer wieder vom Ruf „Allah ist groß" unterbrochen. Er sprach fast zwei Stunden lang – ohne Manuskript und Ermüdungserscheinungen. Seine Ausführungen aber wurden nach 60 Minuten plötzlich gestoppt. Hekmatyar hatte dem Deutschen Fernsehen ein Interview versprochen.

Da kam Bewegung in die Halle. Hekmatyars Landsleute wollten das *Interview* schon bei der Aufnahme hören. Alle Augen leuchteten, als ihr Führer sagte: „Wir kämpfen bis zum Ende und bis zum Sieg."

Savimbi droht ein neuer Großangriff

Zehn Jahre Unabhängigkeit für Angola / Sowjets und Kubaner stützen das Regime

M. GERMANI, Johannesburg

Im Januar 1975, als sich das portugiesische Kolonialreich nach dem Sturz Caetanos auflöste, wurden in Alvor in der Algarve die noch heute gültigen Weichen für die politische *Entwicklung der potentiell* reichsten Kolonie, Angola, gestellt. Die damalige Regierung in Lissabon unterzeichnete mit den drei Befreiungsbewegungen, der sowjetisch geführten kommunistischen MPLA, der inzwischen nicht mehr existierenden FNLA und mit der Unita das Alvor-Abkommen. Es sah die gleichmäßige Beteiligung aller drei Bewegungen bei der Regierung des künftigen Staates vor. Damals wurden auch circa 900 Deutsche vertrieben, deren größter Teil in die Bundesrepublik emigrierte *und zur* Erreichung des Flüchtlingsstatus die Interessengemeinschaft Angola-Deutsche gründete. All das ist heute, zehn Jahre später, Geschichte.

Angola ist zu einem der wichtigsten Stützpunkte des Sowjetimperiums in ganz Afrika geworden. Diese Entwicklung wird von den Gegenspielern der Reagan-Politik gern heruntergespielt mit der Behauptung, Moskaus Interessen in Afrika hätten sich verlagert. Allein die angolanischen *Waffenkäufe, bezahlt mit den* Erdöldollars aus Cabinda im Wert von über 10 Milliarden Dollar bis Ende 1982, strafen diese Behauptungen lügen. Ebenso die Tatsache, *daß* sich weiterhin 35 000 Kubaner zum Schutz des Regimes im Lande befinden. Und auch die Tatsache, daß das Regime der kommunistischen Swapo *auf ihrem Weg nach SWA/Namibia* Unterschlupf und Unterstützung bieten.

Vor diesem Hintergrund spielt sich der erbitterte Kampf der antikommunistischen Rebellen der Unita ab. Ein möglicher Schlag gegen Savimbis Hauptquartier in Jamba, Südangola, ist wahrscheinlich, da die Reichweite der inzwischen mehr als hundert MiG 21 und MiG 23, von angolanischen Piloten geflogen, sich bis nach Südwest hinein erstreckt. Diese Möglichkeit wurde vom Kommandanten der angolanischen Luftwaffe, dem in Moskau ausgebildeten starken Mann der Armee, Oberst Iko Carreia in dem in Paris erscheinenden Magazin „Afrique-Asie" bestätigt. Er sagte, die Überlegenheit Südafrikas auf diesem *Gebiet sei gebrochen und kündigte* an, sein Land sei bald in der Lage, tieffliegende südafrikanische Flugzeuge, die dem Radarschirm der Angolaner bisher noch entgehen konnten, bald abschießen zu können. Ohne den Schutz Südafrikas aber, so Carreia, werde Unita nicht mehr weiterbestehen.

*Jetzt rächt sich nach Ansicht mili*tärischer Beobachter der Anfang 1984 mit Südafrika in Lusaka vereinbarte totale Abzug sämtlicher südafrikanischer Truppen aus Südangola. Noch im August 1981, während des südafrikanischen „Protea"-Angriffs auf Swapo-Basen, war der damals mobile Radarschirm zur Überwachung zerschlagen worden. Der schwache Punkt der südafrikanischen Streitkräfte, deren Armee als eine der besten der Welt gilt, ist ihre Luftverteidigung. Teilweise bedingt durch das Waffenembargo, wodurch sie nicht mit den neuesten technischen Entwicklungen Schritt halten können.

Savimbi, der im Oktober einen entscheidenden Sieg gegen die von sowjetischen Offizieren geführte Regierungsarmee errungen hatte, kennt die Gefahr eines erneuten Versuches, die Unita zu zerschlagen. Es ist wahrscheinlich, daß von Huambo aus ein erneuter Angriff gegen Savimbis Hauptquartier Jamba selbst vorbereitet wird.

Unter diesem Aspekt ist die vom *US-Verteidigungsministerium geforderte* Hilfe in Höhe von 200 bis 300 US-Dollar für Savimbi zu sehen, die möglichst noch vor dem Gipfeltreffen vom Kongreß bewilligt werden soll, um Gorbatschow vor vollendete Tatsachen zu stellen. Doch letztlich zahlt Angola, das vor zehn Jahren als eines der entwicklungsfähigsten und reichsten Länder Afrikas galt, einen hohen Preis. Die Zahlungen an die Sowjets für die Aufrüstung nehmen dem Land jede Möglichkeit eines wirtschaftlichen Fortschritts und der Bürgerkrieg fordert einen hohen Blutzoll.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Doppelte Moral

„Südafrika und das zweierlei Maß der Europäer"; WELT vom 4. November

Sehr geehrte Redaktion,

Herr Professor Ortlieb ist dafür bekannt, unbequeme Wahrheiten gelassen und prägnant auszusprechen. Da*mit hebt er sich von manchen* anderen Gelehrten wohltuend ab, die vielfach ihre gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse opportunistisch verfärbt wiedergeben, sie damit entwertend. Seine Stellungnahme zu den Ereignissen in Südafrika ist da*her wie immer objektiv zutreffend* und verdient Beachtung.

Westliche Berichterstattung von Bild, Ton und Wort nehmen es wie selbstverständlich hin, aus dem Ostblock, insbesondere aus der Sowjetunion, nur permanent Gefälligkeitsberichte senden zu dürfen. Dabei verfügen sie zu alledem in der Regel nur über einen sehr begrenzten persönlichen Bewegungsspielraum, den sie bei Strafe nicht übertreten dürfen. Seltsam, daß sich darüber noch niemand ernsthaft empört hat. Unzählige ausländische Korrespondenten sind aus der UdSSR oder einem anderen Ostblockland ausgewiesen worden, nur weil sie es gewagt hatten, einmal ungeschönt zu berichten. Wer, wie in Südafrika geschehen, es als Korrespondent wagen würde, in der UdSSR zum Aufruhr anzustacheln, käme in den GULag und nicht wieder heraus. Warum also dies zweierlei Maß, diese doppelte Moral, diese ganz offensichtliche Heuchelei?

Ähnlich scharfe Restriktionen verbunden mit harten Sanktionen wie in der UdSSR sind auch ständige Übung in Schwarz-Afrika. Darüber sind kaum Klagen westlicher Berichterstatter bekannt. Für all diese Länder zeigt man großes Verständnis und Einfühlungsvermögen. Wenn aber Südafrika eine vorübergehende Zensur einführen muß, weil die Existenz des Staates durch leichtfertige ausländische Korrespondenten aufs Spiel gesetzt wird, schreit man Zeter und Mordio!

Dabei sind auch jetzt noch unter dem dort herrschenden regionalen Ausnahmezustand weitaus bessere nachrichtendienstliche Arbeitsbedingungen gegeben als unter normalen Bedingungen im Ostblock. Jene sich so hysterisch-human gebärdenden Moralapostel sollten endlich Farbe bekennen und sagen, was sie wirklich herbeisehnen: die Vertreibung oder Vernichtung der Weißen am Kap.

Mit freundlichen Grüßen
Victor Hölterling,
Ludwigsburg

Wort des Tages

„Alles ist von dem gleichen Meister geschaffen und geleitet: die Wurzel, die Zweige, die Blätter, die Grundsätze, die Folgerungen."

Blaise Pascal, französischer Philosoph und Mathematiker (1623–1662)

Relation

„Die Schulklassen werden kleiner"; WELT vom 4. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre statistische Übersicht zur Relation zwischen Schüler und Lehrer plazierten Sie so auffällig, daß man beinahe einen Hintergedanken vermuten darf. Sollen etwa „den Lehrern" ihre erleichterten Arbeitsbedingungen vorgehalten werden, wenn sie es wieder einmal wagen sollten, Anteil an den Arbeitszeitverkürzungen der letzten Jahrzehnte zu verlangen? Doch was sollte diese Stimmungsmache, wo doch jeder weiß, daß „die Lehrer" neben ihren Ferien noch einen Halbtagsjob genießen?

Doch Spaß beiseite! Von Ihnen hätte ich doch (wenigstens im Inneren des Blattes) einige Erklärungen erwartet, die den Außenstehenden vor dem falschen Eindruck bewahrt hätten, ein Lehrer betreue je nach Schulform 15 bis 18,4 Schüler und die Gymnasiallehrer hätten es wieder einmal am besten.

Die je nach Qualifikation unterschiedliche Pflichtstundenzahl eines Lehrers wird in ihren Auswirkungen nicht berücksichtigt. Die Oberstufe des Gymnasiums erzwingt bereits auf Grund des Kurssystems eine andere Relation, die hier mit derjenigen der Unter- und Mittelstufe in einen Topf geworfen wird. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ekkehard Gühne,
Oberstudienrat, Warendorf

Suspendieren!

„Pastorin stiftet Unfrieden"; WELT vom 5. November

Sehr geehrte Redaktion,

die ungewöhnliche Handlungsweise der evangelischen Pastorin Greta Kolumbe ist nicht zu begreifen, geschweige denn zu verantworten.

Die Kirche scheut sich nicht, nach dem sonntäglichen Gottesdienst um einen Beitrag zur Kollekte und im *Gemeindeblatt mit Aufrufen um eine*, wenn auch noch so geringe, Spende zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu bitten.

Wenn nun ein Heeresmusikkorps der Bundeswehr in Itzehoe mit einem Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Kirche auftreten will, dann bleibt unverständlich, warum eben diese Kirche durch ihre Pastorin die Annahme des Spendenaufkommens aus der geplanten Veranstaltung ablehnt.

Allein, mit einer Zurückweisung durch Herrn Probst Gerber ist es nicht getan. Die Suspendierung der Pastorin aus ihrem Dienst wäre vonnöten!

Mit freundlichem Gruß
Robert Jaques,
Hamburg 60

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Die Klasse der Literatur der Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz verleiht Professor **Hans Schwab-Felisch** die Wilhelm-Heinse-Medaille. Mit der Auszeichnung ehrt die Akademie einen liberalen Denker und Publizisten von hohem Rang, der zu den bedeutendsten deutschen Feuilleton-Redakteuren, Zeitschriftenherausgebern und Kritikern der Nachkriegszeit gehört. Der Preis, der heute verliehen *wird, besteht aus einer von* **Toni Stadler** geschaffenen Medaille.

*

Der evangelische Theologieprofessor **Ernst Käsemann** aus Tübingen erhält den mit 2000 Mark dotierten Sexauer-Gemeindepreis für Theologie 1985 „für seine vielfältige, aufregende Ergebnisse zeitigende Forschung am Neuen Testament". Die Auszeichnung wird an Personen vergeben, die sich erfolgreich darum bemüht haben, Theologie für Gemeinden verständlich zu machen. Der in diesem Jahr zum fünften Mal verliehene Preis soll dem emeritierten Theologen am 30. November überreicht werden.

*

Der Preis der Camille-Graeser-Stiftung für 1985 wird auf der Art Cologne – Internationaler Kunstmarkt Köln vom 14. bis 20. November 1985 – an Dr. **Friedrich W. Heckmanns** verliehen. Der Preis ist mit 12 000 Mark dotiert. Friedrich W. Heckmanns ist Leiter des Kupferstich-Kabinetts am Düsseldorfer Kunstmuseum und hat sich mit Ausstellungen und kunsthistorischen Beiträgen insbesondere für die konstruktive-geometrische Kunst verdient gemacht.

AUSWÄRTIGES AMT

Bernhard Wolf, neuer deutscher Botschafter in Panama, hat dem Präsidenten des Landes, **Licenciado E. A. Dellvalle**, sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Der Diplomat, der Philologie, Volkswirtschaft und Jura studiert hatte, gehört dem Auswärtigen Dienst seit 1953 an. Er war in Chile und in Mexiko tätig und an den deutschen Botschaften in Washington und Bukarest. Von 1973 bis 1974 studierte er in Harvard internationale Politik. Danach ging er an die deutsche Botschaft nach Brasilia. Von 1978 bis jetzt blieb er im Auswärtigen Amt. Seit 1980 war er dort stellvertretender Leiter des Lateinamerika-Referates.

UNIVERSITÄT

Frau Dr. **Hiltrud Krier**, seit 1980 Vorsitzende des Arbeitskreises Denkmalschutz beim Städtetag Nordrhein-Westfalen, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fachgebiet Denkmalpflege im Fachbereich 2 Gesellschafts- und Planungswissenschaften der Technischen Universität Berlin erhalten.

EUROPACUP / Bayern München in großer Personalnot

● Vier Klubs der deutschen Fußball-Bundesliga sind noch in den europäischen Wettbewerben vertreten. Das ist die beste Bilanz seit 1982 – und eine notwendige Eigenwerbung. DFB-Trainer Horst Köppel: „Das war ein erfreulicher Spieltag – mit Leistungen, die für den Fußball insgesamt wichtig waren.“ Das frühe Ausscheiden von Hamburg und Bremen ist fast vergessen.

● Das 3:3 von Meister Bayern München bei Austria Wien wird überschattet von einer schweren Verletzung, die das Ende der Karriere eines großen Talentes bedeuten kann: Helmut Winklhofer (24) muß operiert werden – abgerissener Innenmeniskus und Kreuzbandriß lautet die Diagnose, im günstigsten Fall bedeutet das eine Pause von einem halben Jahr.

Sekt, aber kein Jubel. Lattek: „Beruf macht mir langsam keinen Spaß mehr“

OLAF BROCKMANN, Wien

Es war eine wahre Festtafel. Aufgetischt wurden Forellenfilet mit Sahne, Kaviar, selbstverständlich auch Wiener Apfelstrudel, zu guter Letzt Champagner. Doch die Stimmung der Spieler des FC Bayern München konnte trotz der Qualifikation für das Viertelfinale im Europapokal der Landesmeister nicht überschäumen. Abends, nach dem 3:3 bei Austria Wien, herrschte Freude, aber keine überschwengliche Stimmung. Jeder wußte, daß Trainer Udo Lattek mit seiner Kritik recht hatte: „Wir haben Glück gehabt. Wir konnten uns selten vom Druck der Austria befreien. Wir hätten verlieren müssen!“

Die Spieler, so Lattek kurz vor Mitternacht, hätten die Wiener zumindest im Unterbewußtsein unterschätzt: „Viele dachten, daß wir mit ein bißchen Fußballspiel weiterkommen könnten. Doch wir mußten schließlich äußerst hart kämpfen.“ In der Addition beider Spiele sei Bayern zwar verdient eine Runde weitergekommen, aber das sei kein Anlaß zu einer großen Feier.

Auch die Spieler begriffen das schnell, um 1.00 Uhr hatten sich alle in ihre Hotelzimmer zurückgezogen. „Ich habe zwar keinem gesagt, wann er ins Bett gehen soll. Doch alle wissen, daß am Donnerstag in München schon wieder ein Training angesetzt war“, sagte Lattek. Morgen geht es in der Bundesliga gegen Dortmund, und das, so Lattek, „wird knallhart“.

Und wie ein schwerer Druck lastete beim mitternächtlichen Essen auch die schwere Verletzung von Helmut Winklhofer auf der gesamten Bayern-Mannschaft. Udo Lattek: „Mir macht mein Beruf schon langsam keinen Spaß mehr. Im zweiten Auswärtsspiel des Europapokals kassierten wir die zweite schwere Verletzung“ (gegen Gornik Hindenburg war Lothar Matthäus schwer verletzt worden). Winklhofer fällt wegen eines Kreuzbandrisses im linken Knie mindestens ein halbes Jahr lang aus. Von einem Foul sprach niemand, eher von einem „normalen Zweikampf“ (Udo Lattek). Der Ungar Nyilasi, der sich später um Winklhofer sorgte, sei nicht schuld gewesen.

Der erneute Ausfall eines Bayern-Spielers ließ den vor Saisonbeginn so großen Kader weiter zusammenschrumpfen. „Es gibt aber jetzt noch keine Neuverpflichtung, ich sehe auch niemanden, der jetzt in Frage käme“, meinte Lattek. Und Vereinspräsident Fritz Scherer unterstrich: „Wir müssen jetzt erst einmal zwei, drei Spiele abwarten.“ In München ist es offenes Geheimnis, daß Manager Uli Hoeneß bereits Kontakte mit Thomas Berthold (Frankfurt) und Andreas Brehme (Kaiserslautern) geknüpft hat. Mögliche Verpflichtungen, die aber erst zum Beginn der *nächsten Saison* zu *realisieren* seien werden.

Scherer konnte die Stimmung schließlich auch nicht heben, als er nach Mitternacht für das Geburtstagskind Norbert Eder (30) noch einmal Champagner servieren ließ. Das „Happy birthday“ der Spieler war alles andere als ein Jubellied. Eder: „Mein Ziel ist es, mit Bayern wieder den Titel zu holen.“ Beides, den Gewinn des Europacups und der deutschen Meisterschaft, sei kaum möglich.

Denn dazu müßten die Bayern eine bedeutend bessere Leistung als am Mittwoch in Wien bieten. Die gute Form der letzten Spiele konnte nicht wiederholt werden. „Gerade in der ersten Halbzeit haben wir schlecht gespielt, wir haben lange nicht zum Spiel gefunden“, sagte Lerby, der dann auch bekannte: „Wir haben niemals einen so starken Druck der Austria erwartet. So etwas trauen wir sonst höchstens Barcelona zu.“ Viel Lob also für die Wiener (Jean-Marie Pfaff: „Eine Supermannschaft“), das aber die Schwächen der Bayern nicht verdeckte. Dies sah auch Teamchef Franz Beckenbauer: „Bayern hat sich sehr schwer getan. In der Drangperiode der Austria hätte gut das 3:1 fallen können.“

Also in jener Phase des Spiels, als nach der 2:1-Führung durch Toni Polster Bayern München zwanzig Minuten vor Schluß wankte. Daß der deutsche Meister nicht stürzte, entschied sich in der 75. Minute. Die Austria-Spieler reklamierten einen Foul-Elfmeter (Nyilasi war nicht mehr zum Schuß gekommen), und im Gegenzug fiel das entscheidende 2:2. „Für mich war es ein Elfer. Das Unangenehme war nur, daß die Wiener diskutierten, anstatt aufzupassen“, haderte selbst Österreichs Bundeskanzler Fred Sinowatz auf der Ehrentribüne. Die Austria-Spieler schimpften noch in der Kabine vor Wut auf den italienischen Schiedsrichter Casarin. In der Erregung überzog Toni Polster seine Kritik: „Die Bayern werden sicherlich durch die Schiedsrichter bis ins Finale getragen.“ Kapitän Prohaska, der eine überragende Partie für die Wiener lieferte: „Sicherlich war es ein Foul, die Entscheidung war eine Verbeugung vor den Bayern.“

In dieser Situation, so bekannte auch Augenthaler, habe Bayern gezittert – aber sich eben auch als die clevere Mannschaft bewiesen. Augenthaler: „Wir wären ja beinahe draußen gewesen, haben aber einen kühlen Kopf behalten.“ Dies erkannte schließlich auch Austria Wiens Trainer Hermann Stessl: „Die Bayern waren nicht die bessere, aber die cleverere Mannschaft.“ Das einzig erfreuliche Fazit von Stessl: „Wir haben gezeigt, daß auch eine österreichische Mannschaft gegen Bayern München Druck erzeugen kann.“

„Das Gruseln gelehrt . . .“

DW. Bonn

Nicht gerade zimperlich ging die holländische Presse mit Sparta Rotterdam nach dem 1:5 bei Borussia Mönchengladbach um. „Kalte Dusche für Sparta. Mönchengladbach war eine Klasse stärker“, hieß es im „Algemeen Dagblad“. Die Presse in Österreich bezeichnete das Ausscheiden von Austria Wien als unglücklich gegen Bayern München und haderte mit dem nicht gegebenen Elfmeter. „Kronenzeitung“: „Während der Elfmeter-Reklamation fiel der Todesstoß.“ Nicht überrascht waren die Zeitungen in der CSSR vom Auftreten des 1. FC Köln bei Bohemians Prag. So schrieb „Zemedelske Noviny“: „Die deutsche Mannschaft hat präzise das erfüllt, was ihr Trainer Löhr sagte: Sie kam, um auch in Prag zu gewinnen.“

Die Pressestimmen im einzelnen:

„Telegraaf“: „Sparta wurde bestraft. Borussia zeigte im zweiten Spiel eine Super-Vorstellung.“

„Volkskrant“: „So schwach hatte man Sparta nicht erwartet.“

„Neue AZ“: „Für die Wiener bedeutete das 3:3 den Abschied vom Europacup, aber welch ein Abschied war das. Bayern wurde das Gruseln gelehrt, denn zweimal führte Austria und drohte mit einem weiteren Treffer den Aufstieg zu erzwingen.“

„Kurier“: „Noch nie setzte eine österreichische Elf eine deutsche derart unter Druck.“

„Die Presse“: „Flackernde Hoffnung mit bitterem Ende. Alles in allem war Bayern stärker.“

„Rude Pravo“: „Während sich die Prager Spieler wie Schwerbewaffnete bewegten, drangen die Kölner mit spielerischer Leichtigkeit durch die Reihen von Bohemians.“

Briegel: Verschaukelt

sid, Verona

Juventus Turin, der Pokalverteidiger der Landesmeister, zog mit einem 2:0 über Italiens Meister Hellas Verona ins Viertelfinale ein. In einem leeren Stadion (Strafe wegen der Ausschreitungen von Brüssel) und mit Hilfe des französischen Schiedsrichters Robert Wurtz. Das sagt zumindest der für Verona spielende Hans-Peter Briegel.

Briegels Aussagen in einem Interview mit dem „Sport-Informations-Dienst“: „So wie in diesem Spiel bin ich noch nie von einem Schiedsrichter verschaukelt worden. Er war zu hundert Prozent dafür verantwortlich, daß wir verloren haben und ausgeschieden sind. Zunächst gab er einen Elfmeter zum 0:1 gegen uns, obwohl ich den Ball nicht mit der Hand, sondern mit dem Oberkörper berührt habe. Das wurde auch durch das Fernsehbild bewiesen. Dann hat jeder ein Handspiel von Serena im Turiner Stadion gesehen, nur Herr Wurtz leider nicht. Sogar die Turiner haben zugegeben, daß ein Strafstoß für uns fällig gewesen wäre.“

Die Klubführung von Hellas Verona will beim europäischen Verband Protest einlegen – ein Unternehmen, das kaum Erfolg haben wird. Zur ungewohnten Atmosphäre des Spiels sagt Briegel: „In den ersten zehn Minuten war es schon ein komisches Gefühl. Man hört halt jeden noch so leisen Ruf. Doch durch die Konzentration auf das Spiel habe ich die außergewöhnliche Stimmung dann nicht mehr so stark registriert.“

Briegels grundsätzliche Kritik: „Es ist nicht glücklich, daß zwei Mannschaften eines Landes so früh aufeinandertreffen. Da sollte sich der europäische Verband etwas einfallen lassen.“

Finnische Sensation

dpa, Hamburg

Nur die vier Bundesligaklubs und die Vertreter Spaniens können noch alle drei Europapokal-Wettbewerbe in dieser Saison gewinnen. Für die große Überraschung in der zweiten Runde sorgten aber die finnischen Amateure von Kuusysi Lahti. Im Landesmeister-Wettbewerb schalteten die Finnen, für die Fußball nur ein Feierabend-Vergnügen ist, den favorisierten UdSSR-Meister Zenit Leningrad in der Verlängerung (3:1) aus.

Das ist ein Kapitel finnischer Fußball-Geschichte, denn Kuusysi erreichte als erster Klub des Landes überhaupt die dritte Runde eines europäischen Wettbewerbs. Nur rund 3000 Zuschauer erlebten die Sensation. Als in der Verlängerung jedoch das 3:1 fiel, machten sie ein Spektakel, als wären 30 000 Menschen im Stadion.

Nur noch mit einem Verein ist die „DDR“ vertreten. Allein Pokalsieger Dynamo Dresden blieb durch ein 7:2 über JB Helsinki im Rennen. Lok Leipzig scheiterte im UEFA-Pokal trotz eines 3:1-Erfolges an AC Mailand. Zwei Wochen nach dem 2:0-Hinspielerfolg war das Auswärtstor von Virdis für die Italiener Gold wert.

Die zweite Runde wurde für die Bundesligaklubs finanziell lukrativer als die erste. Insgesamt sahen 229 600 Zuschauer die Spiele im diesjährigen Wettbewerb. Das ergibt einen Schnitt von 22 960 Besuchern in den bisherigen zehn Heimspielen. Nach nur 105 600 Zuschauern in den sechs Spielen der ersten Runde (Schnitt: 17 600) stieg nach dem Aus für Bremen und Hamburg der Zuspruch in den vier Begegnungen der zweiten Runde auf 124 000 (Schnitt: 31 000) an. Die beste Kulisse hatten die Bayern mit 64 000 beim Spiel gegen Wien.

Die Europacup-Spiele auf einen Blick

Pokal der Landesmeister

Austria Wien – **Bayern München**	3:3 (2:4)
Omonia Nikosia – **RSC Anderlecht**	1:3 (0:1)
FC Porto – **CF Barcelona**	3:1 (0:2)
Steaua Bukarest – Honved Budapest	4:1 (0:1)
Fenerbahce Istanbul – **IFK Göteborg**	2:1 (0:4)
Juventus Turin – Hellas Verona	2:0 (0:0)
Kuusysi Lahti – Zenit Leningrad	3:1 (1:2)
FC Aberdeen – Servette Genf	1:0 (0:0)

Pokal der Pokalsieger

Galatasaray Istanbul – **Bayer 05 Uerdingen**	1:1 (0:2)
AIK Stockholm – **Dukla Prag**	2:2 (0:1)
Sampdoria Genua – **Benfica Lissabon**	1:0 (0:2)
Fram Reykjavik – **Rapid Wien**	2:1 (0:3)
Dynamo Kiew – Universitatea Craiova	3:0 (2:2)
Atletico Madrid – Bangor City/Wales	1:0 (2:0)
Dynamo Dresden – JK Helsinki	7:2 (0:1)

Das Spiel Roter Stern Belgrad gegen Lungby Kopenhagen (Hinspiel 2:2) wurde verlegt.

Uefa-Cup

Bohemians Prag – **1. FC Köln**	2:4 (0:4)
Mönchengladbach – Sparta Rotterdam	5:1 (1:1)
Dnjepropetrowsk – PSV Eindhoven	1:0 (2:2)
l Osasuna Pamplona – **Waregem**	2:1 (0:2)
1. FC Lok Leipzig – **AC Mailand**	3:1 (0:2)
FC Nantes – Partizan Belgrad	4:0 (1:1)
Inter Mailand – Linzer ASK	4:0 (0:1)
Vardar Skopje – **Dundee United**	1:1 (0:2)
Tschernomoretz Odessa – **Real Madrid**	0:0 (1:2)
FC Brügge – **Spartak Moskau**	1:3 (0:1)
Legia Warschau – Szekesfehervar	1:1 (1:0)
Mirren/Schottland – **Hammarby Stockholm**	1:2 (3:3)
Xamax Neuchatel – Lok Sofia	0:0 (1:1)
Athletico Bilbao – FC Lüttich	3:1 (1:0)
Hajduk Split – AC Turin	3:1 (1:1)
Sporting Lissabon – Dinamo Tirana	1:0 (0:0)

Ergebnisse der Hinspiele in Klammern, fett gedruckte Klubs in der nächsten Runde (Uefa-Cup Achtelfinale, Landesmeister und Pokalsieger Viertelfinale).

EUROPACUP / Keine Mühe für M'gladbach und Köln

● Mönchengladbach (5:1 über Sparta Rotterdam) und der 1. FC Köln (4:2 in Prag) sind die beiden erfolgreichen deutschen Vertreter im UEFA-Cup. Bei den Gladbachern fand Nationalspieler Uwe Rahn mit zwei Toren offensichtlich aus einer Krise heraus. In Köln überdeckt der Erfolg nur mühsam Spannungen zwischen Mannschaft und Vereinsführung.

● So geht es weiter in den Europapokal-Wettbewerben: Heute wird das Achtelfinale des UEFA-Cups ausgelost, die Spiele finden am 27. November und 11. Dezember statt. Meister und Pokalsieger starten erst wieder im nächsten Jahr mit dem Viertelfinale (5. und 19. März). Die Auslosung wurde hier wegen der WM-Auslosung auf den 9. Januar verschoben.

Rahn: Zwei Tore und Analyse einer Krise – „Da war kein Leben in mir"

ULRICH DOST, Gladbach

Als Uwe Rahn nach seiner Auswechslung an den Fans vorbei in die Kabine lief, wollten die „Uwe, Uwe"-Rufe nicht enden. Mit einem Mal waren alle Zweifel weggespült, und die Verkrampfung hatte sich gelöst. Uwe Rahn konnte wieder lächeln, er winkte freundlich ins Publikum zurück. Für *einen zurückhaltenden und* bescheidenen Menschen wie ihn war das schon ein Gefühlsausbruch. Aber der Zuspruch tat ihm gut. Zwei Tore hatte er beim 5:1-Erfolg von Borussia Mönchengladbach über Sparta Rotterdam selbst erzielt, ein weiteres durch Thomas Herbst vorbereitet.

Noch vor zwei Wochen hätten ihn die Fans am liebsten in die Wüste geschickt. Wie schnell sich das Fußball-Glück wenden kann. Uwe Rahn: „Daran denke ich immer." Doch nun ist er wieder obenauf. Dem privaten Glück (Eigenheim vor zwei Monaten bezogen, das zweite Kind ist unterwegs) folgte endlich wieder das Erfolgserlebnis auf dem Rasen. „Was ist nur mit dem Uwe los?" hatte sein Manager Norbert Flippen noch vor zwei Wochen nach dem Spiel gegen Kaiserslautern gefragt, ohne eine Antwort geben zu können.

Uwe Rahn, der Denker und Lenker der Gladbacher im Mittelfeld, hatte keine Ideen mehr, nichts Konstruktives ging mehr von ihm aus. Seinen Platz in der Nationalmannschaft hatte er ohnehin schon verloren. Als er in der Krise steckte, kannte er selbst keine Erklärungen. Nun ist er darüber hinweg, und das Reden und Analysieren fällt ihm leichter. Er sagt: „Der jahrelange Dauerstreß hat mich körperlich ausgelaugt. Ich verspürte einfach keine Lust mehr, Fußball zu spielen. Da war kein Leben mehr in mir."

Wie so oft kam ihm der Zufall zu Hilfe. Gegen Kaiserslautern mußte er wegen einer Leisten-Zerrung zur Pause in der Kabine bleiben. Nun ging wirklich nichts mehr. Uwe Rahn: „Ich war zur Pause gezwungen." Doch die Zwangspause brachte Kopf und Körper wieder in Einklang. Zehn Tage Ruhe, Erholung vom Streß, dazu Spritzen, die dem Körper wieder Aufbaukräfte gaben, führten ihn aus dem Wellental heraus.

Schon vor dem Spiel gegen die Holländer spürte er plötzlich eine „ungeheure Kraft" in sich. Die zwei Tore gleich zu Beginn, so Uwe Rahn, „paßten zu meinem Zustand". Beim Treffer zum 4:1 durch Thomas Herbst legte er dem Kollegen den Ball mit *einem Hackentrick* vor. Auch das zeugt von neugewonnenem Selbstvertrauen. Uwe Rahn: „Zuerst wollte ich selbst schießen. Dann wurde ich aber zu sehr abgedrängt. Ich habe aber Thomas Herbst hinter mir gewußt. Er hat dann meine Vorarbeit veredelt. Darüber habe ich mich noch mehr gefreut als über meine beiden Treffer."

Gefreut, auch wenn er es nicht zugeben mag, hat ihn auch, daß sein Trainer Jupp Heynckes an ihm festgehalten hat. Rahn: „Er hat auch vor drei Jahren nach einer schweren Verletzung an mir festgehalten, selbst als niemand mehr dafür Verständnis hatte." Einer wie er, der Vorname von Seeler, der Nachnahme von Helmut Rahn, wird es immer schwer haben. Seine langen blonden Haare drängten zudem förmlich den Vergleich zu Günter Netzer auf. Wobei der verstorbene Trainer Hennes Weisweiler stets abfällig meinte, Rahn habe von Netzer wirklich nur die langen, blonden Haare. Uwe Rahn: „Das alles belastet mich nicht mehr."

So kann er inzwischen wieder reden, nachdem er die Erfolge sieht, die „er für sein Spiel braucht" (Heynckes). Die Krise wollte er dennoch nicht wahrhaben, „weil ich mich bislang nie so gefühlt habe". Auch er tat in dieser Zeit das, womit sich viele Fußballspieler wieder aufbauen. Er redete sich ein, daß er das Fußballspielen ja nicht verlernt haben könne. Die Füße alleine reichen *eben manchmal nicht, der Kopf spielt* auch mit. Bei Uwe Rahn ist die Einheit wieder hergestellt.

Jetzt ist er wieder das, was Wolfgang Overath über ihn sagte: „Er ist kein Spielmacher, trotzdem ist er eine zentrale Figur."

Kölner Team gegen Vorstand

dpa, Prag

Den 1. FC Köln, in der Bundesliga nur Mittelmaß, holten nach dem 4:2 bei Bohemians Prag schon auf dem Rückflug die Alltagssorgen ein. Die Spieler sind enttäuscht über die Personalpolitik. Paul Steiner: „Es heißt für die nächste Saison hopp oder top. Entweder es geht nach oben, oder in drei Jahren ist alles kaputt." Auf dem Prager Flughafen grantelte Harald Schumacher: „Alles Scheiße". Pierre Littbarski beschwerte sich über fehlendes Mitspracherecht. *Daß Präsident Peter Wei*and nach der Niederlage in Uerdingen Kritik übte, nannte Littbarski „unglücklich und amateurhaft". Auf Littbarskis Vorwurf reagierte Kölns Vize-Präsident Karl-Heinz Thielen so: „*Lä*cherlich".

Paul Steiner glaubt: „Der Vorstand will einen Spitzenplatz, ohne dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Sie denken nur an schwarze Zahlen."

STAND ● PUNKT / *Rücktritt?*

Was die Führung anging, waren sie immer die Musterknaben des Deutschen Turner-Bundes. Gab es im Kunstturnen der Damen und in der Sportgymnastik auch noch so viel Zank und Streit zwischen den Funktionären: Bei den Männern herrschte Ruhe und Frieden. Leider auch in den Leistungen.

Oberflächlich betrachtet kam es bei den Weltmeisterschaften in Montreal zum Umkehrschluß. Trotz oder vielleicht sogar wegen eines seit Monaten schwelenden Streits zwischen Cheftrainer Philipp Fürst und Bundesfachwart Klaus Zschunke überraschten die Turner positiv.

Doch die erheblichen *Differenzen* an der Führungsspitze sind damit nicht ausgeräumt. Fürst und Zschunke, einst auch privat Freunde, sind in zu vielen fachlichen Fragen wie Art und Dauer von Lehrgängen, Qualifikationsausschreibungen und Kadereinteilungen uneins.

Die Turner machen keinen Hehl daraus, wie unbeliebt der Fachwart bei ihnen ist. Sie fühlen sich gegängelt und ungerecht behandelt. Fürst hingegen wird hochgeschätzt. Daß er seine Riege auf die Minute topfit an den Start brachte, ist unbestreitbar sein Verdienst.

Fürst hat bereits bewiesen, daß er nicht an seinem Chefsessel klebt. Nach den Olympischen Spielen in Los Angeles hatte er sich um den Nachwuchs kümmern wollen. Er übernahm jedoch schließlich wieder die Position des Chefcoachs, nachdem der als Fachwart neugewählte Zschunke keinen Nachfolger fand.

Jetzt heißt es: Einer muß gehen. Fast alles deutet darauf hin, daß *Fürst zum zweiten und dann wohl* letzten Mal seinen Chefsessel räumt. Auch wenn es ihm in der Seele weh tut, *denn seinen Turnern fehlt dann* ein Schutzschild gegen den ungeliebten Fachwart, dessen Amtszeit erst 1988 abläuft. WM-Turner Bernhard Simmelbauer: „Ich wüßte nicht, wie es ohne Fürst weitergehen soll."

ANDREAS FRANK

SPORT-NACHRICHTEN

Pokalspiel im Fernsehen

Düsseldorf (sid) – Das DFB-Pokalspiel zwischen dem VfL Bochum und Bayern München wird endgültig am 13. November ausgetragen. Der Privatsender SAT 1 wird das Spiel live übertragen. Beide Klubs sollen ein Honorar von rund 60 000 Mark erhalten.

Golf: Sieg über Japan

Kapalua (dpa) – Bernhard Langer (Anhausen) führte Europas Golfer in Kapalua auf Hawaii zum 9:3-Sieg über Japan. Mit 19 Punkten führt Europa vor den USA (18), die 8:4 über Australien siegten.

Dopingtests im Tennis

London (dpa) – Im Profi-Tennis werden 1986 Dopingtests eingeführt. Das beschloß in London das „International Professional Tennis Council", *in dem je drei Vertreter des Inter*nationalen Tennis-Verbands (ITF), der Turnierorganisatoren und der *Spielergewerkschaft (ATP) vertreten* sind. Die Proben werden bei den fünf größten Turnieren genommen.

TURNEN

Weltmeisterschaft in Montreal, Endstand Herren-Mannschaften: 1. UdSSR 585,65 Punkte, 2. China 582,60, 3. „DDR" 581,05, 4. Japan 579,70, 5. Ungarn 569,65, 6. Bundesrepublik Deutschland 567,35. – Einzelwertung vor dem Mehrkampf-Finale: 1. Kroll („DDR") und Artemow (UdSSR) je 117,80, 3. Koroljew 117,50, 4. Mogilni (beide UdSSR) 117,10, 5. Li Ning 116,95, 6. Xu Zhi Qiang (beide China) 116,90, ... 29. Simmelbauer 113,95, 33. Japtok, Winkler und Szilier 113,30, 36. Aguilar 113,25, 70. Wochnowski (alle Bundesrepublik Deutschland) 110,65.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Stockholm, 1. Runde: McEnroe (USA) – Krishnan (Indien) 6:4, 7:6, Jarryd (Schweden) – Forget (Frankreich) 6:4, 6:2. – 2. Runde: Nystroem (Schweden) – Leach (USA) 6:3, 6:2, Noah (Frankreich) – Sanchez (Spanien) 7:6, 6:7, 6:1.

HANDBALL

Bundesliga, 10. Spieltag: Reinickendorf Berlin – Hofweier 28:33, Gummersbach – Dortmund 24:23, Kiel – Essen 17:17, Günzburg – Düsseldorf 22:13.

FUSSBALL

2. Liga: Fortuna Köln – Blau-Weiß Berlin 0:3.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 3, 5, 8, 10, 12, 36, 38, Zusatzzahl: 16. – Quoten: 1: 284 915,50, 2: 20 351,10, 3: 3113,80, 4: 67,10, 5: 6,20. – Spiel 77: 6 2 6 4 2 3 1. (ohne Gewähr)

TURNEN / Deutsche Erfolge bei der WM

Platz sechs, aber der Trainer will aufhören

dpa/sid, Montreal

Turner auf zum Streite – auch wenn es eigentlich Anlaß zur Freude gibt. Bei der Weltmeiterschaft in Montreal belegte die Männer-Riege aus der Bundesrepublik Deutschland einen sechsten Platz in der Mannschafts-Wertung. Bessere Plazierungen gab es zuvor nur 1954 (Rang vier in Rom) und in den Jahren 1974 und 1978 (fünfte Plätze in Varna und Straßburg). Stolz verkündete Rein*hard Gebel, im Bundesausschuß Lei*stungssport zuständig für die Kunstturner: „Wir haben in der Weltklasse nicht unbedingt Flagge gezeigt, aber einen kleinen Wimpel gehißt."

Aber der Wimpel, der dort nun flat*tern mag, kann die Streit-Fahne, auf*gezogen hinter den Kulissen, nicht vergessen lassen. Es scheint so, als wollte Bundestainer Philipp Fürst seinen Rücktritt erklären (siehe nebenstehenden „Standpunkt"). „Das wirft Probleme auf", sagte Bundeskunstturnwart Klaus Zschunke.

Zschunke ist der Mann, der den Zorn von Fürst und seinen Turnern erregt. Er stellt das nun so hin, als sei Streit eine erfolgreiche Methode, die Leistung zu steigern: „Die haben alle gegen mich geturnt, und mit diesem Druck haben sie gute Leistungen gezeigt." Und im übrigen, so der Fachwart, könne es eben vorkommen, daß „nicht jeder mit jedem zusammenarbeiten kann".

Fürst, so heißt es, habe keine Lust mehr, sich von Zschunke bevormunden und maßregeln zu lassen. Schon im Vorfeld der Weltmeisterschaft mußte er sich anhören, daß er nicht die Verantwortung für das Abschneiden in Montreal trage, „sondern nur der Bundesfachausschuß". Zur letzten Sitzung dieses Gremiums wurde Fürst noch nicht einmal eingeladen. Zschunke zu ihm: „Du bist hier unerwünscht."

Vor diesem Hintergrund sind die Leistungen der Turner noch höher zu bewerten. In der Kür wurde die Riege zwar noch durch Ungarn von ihrem fünften Platz nach der Pflicht verdrängt, aber einige Erfolge sprechen für sich: Andreas Aguilar erreichte mit der fünfthöchsten Note das Finale an den Ringen. Mit Bernhard Simmelbauer, Andreas Japtok, Kurt Szilier, *Daniel Winkler und Aguilar er*reichten gleich fünf Mitglieder der Mannschaft das Mehrkampf-Finale *der besten 36 Turner.*

Die Sowjetunion gewann zum fünften Mal den Titel mit der Mannschaft. Chinas Vorherrschaft wurde nach nur zwei Jahren gestoppt. Gestoppt allerdings auch von überholten Regeln, die jetzt in Montreal scharf kritisiert wurden. Die Asiaten mußten bereits um 10.00 Uhr morgens in der Pflicht antreten und erhielten ohne den direkten Veregleich mit den Sowjets nicht die Noten, die sie verdient hatten. *Olympiasieger Li Ning*: „Hier muß sich etwas ändern, das war kein fairer Wettkampf." Nationaltrainer Zhan Jiang klagte: „Wir waren in der ersten Pflicht-Gruppe stark benachteiligt. Was vormittags eine 9,60 war, wurde am Abend mit 9.90 bewertet." Schon bei der nächsten Weltmeisterschaft 1987 in Salzburg sollen die besten Mannschaften gesetzt werden. Eberhard Gienger, Oberkampfrichter an den Ringen: „Im technischen Komitee herrscht die Meinung vor, daß eine Änderung dringend notwendig ist, um mehr Gerechtigkeit zu gewährleisten."

Die Aufholjagd des entthronten Weltmeisters und Olympiasiegers von Los Angeles korrigierte dann die Urteile der internationalen Jury in der Kür, als die wirklich besten Turner gemeinsam auf der Bühne standen. Im direkten Duell mit der Sowjetunion gewannen die Chinesen am Boden (49,15:48,55), am Seitpferd (48,85:48,55), an den Ringen (48,55:48,50) und beim Pferdsprung (48,90:48,55). Sie verloren nur am Barren und am Reck, wo Weltcup-Gewinner Tong Fei aber die Höchstnote 10,0 erhielt. Mit ihren überlegenen Kürvorführungen konnten die Chinesen noch Japan (Platz vier) und die „DDR" (Platz drei) überflügeln, die nach der Pflicht noch vor ihnen lagen.

In der Einzelwertung des Mehrkampfes, die in der Nacht zum Samstag entschieden wird, läuft alles auf einen Zweikampf des Sowjetrussen Vladimir Artemow mit Sylvio Kroll aus der „DDR" hinaus. Mit jeweils 58.900 Punkten belegen sie gemeinsam den ersten Platz.

Baum stellt Umwelterfolge Bonns heraus

E. N., Bonn

Mit den Worten „Wir lehnen es ab, daß man das Waldsterben zur Waffe gegen den politischen Gegner macht" griff der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) in die Bundestags-Debatte um den Waldschadensbericht der Bundesregierung ein. Die Grünen hatten zu diesem Thema eine „Aktuelle Stunde" beantragt und wiederholten hier ihren Vorwurf, die Schäden in den Wäldern würden regierungsamtlich verharmlost.

Baum hielt dem entgegen, daß die Bundesregierung bereits alle denkbaren Wege zur Reinhaltung der Luft beschreite. Sie sei dabei, „den ganzen Kraftfahrzeugmarkt umzustrukturieren" und werde auch dafür sorgen, daß bleifreies Benzin billiger angeboten werde als verbleites. Baums Parteifreund, der Bundestagsabgeordnete und Diplom-Forstwirt Wolfgang Rumpf, stellte fest: „Der deutsche Wald wird *nicht sterben*, damit die Grünen leben können, sondern er wird durch die Bundesregierung gerettet werden."

Eine „knallharte Kosten-Nutzen-Rechnung" forderte in der Debatte die SPD-Bundestagsabgeordnete Liesel Hartenstein. Sie stellte Schweizer Kalkulationen über Schutzbauwerke in den Bergen anstelle sterbenden Bergwaldes in Höhe von über 120 Milliarden Schweizer Franken möglichen Anforderungen für den gleichen Zweck in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber. Vermieden werden könnten solche Ausgaben nur, „wenn wir gemeinsam rasch handeln, sonst wird der Schaden irreparabel".

Für die CDU meinte der Bundestagsabgeordnete Reinhard Freiherr von Schorlemer, die Schäden im Wald seien so alt, daß der Vorwurf des „Nichtstuns" gegen sie auf die SPD zurückfallen müsse. Harald Schäfer (SPD) machte der Bundesregierung den Vorwurf, sie wolle das Ergebnis des Großversuchs zum Tempolimit gar nicht abwarten, sondern schon mit den ersten Trendmeldungen bei der Auswertung Maßnahmen ergreifen, um damit eine Geschwindigkeitsbeschränkung möglicherweise zu verhindern.

CDU stärkt Intendant Loewe den Rücken

SFB-Krise die Folge einer Strategie des Widerstands?

F. DIEDERICHS, Berlin

Im Rundfunkrat des Senders Freies Berlin (SFB) gibt es nach Einschätzung des Rundfunkratmitglieds Klaus Landowsky eine deutliche Mehrheit, die eine Fortführung der Amtszeit des SFB-Intendanten Lothar Loewe befürwortet. Loewe war wegen seiner Amtsführung vom Redakteursausschuß des SFB hart kritisiert worden. Landowsky, stellvertretender Vorsitzender der Berliner CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, vertrat in einem WELT-Gespräch die Auffassung, daß die derzeitige Krise im Sender Resultat einer „lang angelegten Strategie des Widerstandes ist, die eine Rückkehr zum linken Meinungsjournalismus der Jahre 1981 und 1982 zum Ziel hat." Landowsky: „Die Prüfungen der unabhängigen Prüfungsgesellschaft Treuarbeit haben ergeben, daß dem Intendanten bezüglich seiner *Abrechnungen und Dienstreisen kein* Vorwurf gemacht werden kann. Für uns ist ein Ausscheiden von Lothar Loewe kein Thema."

Landowsky bezeichnete die Haltung von Loewe, dem Rundfunkrat künftig keine Fragen mehr zu den von der „Treuarbeit" ausgeräumten Vorwürfen zu beantworten, als „menschlich verständlich." Loewe hatte argumentiert, er wolle sich von einzelnen Mitgliedern des Rundfunkrates nicht länger in die Rolle eines „vorverurteilten Angeklagten" drängen lassen. Landowsky: „Der Rundfunkrat muß jetzt eine Sache beenden, die die Stadt und den Sender erheblich schädigt. Sei Monaten werden im Rundfunkrat aufgrund dieser Diskussion andere Aufgaben von erheblicher Bedeutung vernachlässigt." Wegen der Auseinandersetzungen zwischen dem Redakteursausschuß und Loewe waren beispielsweise die Beratung des Haushalts sowie Aussprachen über die Programmgestaltung zurückgestellt worden.

Landowsky kündigte gegenüber der WELT an, er wolle demnächst im Rundfunkrat einen Vorstoß unternehmen, die Diskussionen zu beenden „und den inneren Frieden wieder herzustellen." Es gehe jetzt vor allem darum, Emotionen aus dem Streit herauszunehmen und sich auf die originären Aufgaben des Senders zu konzentrieren.

Landowsky betonte, der Rundfunkrat könne „nicht die Aufgabe eines Untersuchungsausschusses übernehmen", wozu ohnehin kein Anlaß bestünde. Es gelte, „atmosphärische Störungen" zwischen den Beteiligten zu beseitigen und dabei müsse jede Seite einen Beitrag zur Harmonisierung der Verhältnisse leisten.

In diesem Zusammenhang räumte Landowsky ein, daß Loewe mit der Kündigung der Betriebsvereinbarung über die Berufsgruppenvertretung „nicht sehr geschickt" gehandelt habe. Dies habe die ohnehin vorhandenen Spannungen noch verstärkt. Die Kündigung dieer Betriebsvereinbarung hatte zum Ziel, daß im Redakteurausschuß des SFB künftig nur noch festangestellte Redakteure *vertreten sein sollten. Bisher hatten* in dem Ausschuß auch freie Mitarbeiter Stimmrecht.

Zur Wiedergewinnung des betrieblichen Friedens hält es Landowsky auch für wünschenswert, daß der Intendant „getroffene Entscheidungen wie diese Kündigung noch einmal überdenkt und vielleicht auch korrigiert." Für einen solchen Schritt ist es nach Landowskys Auffassung „nie zu spät", auch könne dies von Loewe durchaus „ohne Gesichtsverlust durchgestanden werden."

Nach Landowskys Einschätzung herrscht im Rundfunkrat jetzt der Eindruck vor, „daß es an der Zeit ist, zur Vernunft zurückzukehren". Die anstehenden Wahlen des Chefredakteurs und des Programmdirektors – von Loewe wurden für diese Posten Jürgen Engert und Geert Müller-Gerbes vorgeschlagen –, die vom Rundfunkrat aufgrund der Vorwürfe gegen Loewe zurückgestellt worden waren, müßten möglichst schnell vollzogen werden, „da dies eine erhebliche Qualifizierung des Senders bedeuten würde". Der SFB, so Landowsky, habe „jetzt noch die Chance, sich zu finden". Dazu müßten aber Intendant, Personalrat, Reakteursausschuß und Rundfunkrat gleichermaßen beitragen.

ÖTV berät über Streik bei der Lufthansa

AP/dpa, Stuttgart

Der Geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat sich gestern mit einem möglicherweise bevorstehenden Streik bei der Lufthansa befaßt. Die ÖTV-Bundestarifkommission für die Lufthansa hatte am Mittwochabend den am vergangenen Freitag ausgehandelten Kompromiß zur Beilegung des Tarifkonflikts zurückgewiesen und dem Geschäftsführenden Hauptvorstand empfohlen, ein Scheitern der Verhandlungen zu erklären. Die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) hingegen trägt nach Angaben der Lufthansa den gefundenen Kompromiß mit.

Ein Gewerkschaftsmitglied begründete die schwierige Entscheidungsfindung des Vorstands auch mit dem „Solidaritätsprinzip". Die Gewerkschaft würde für wenige Mitglieder um die Höhe einer Gewinnbeteiligung streiten, ein zusätzliches Einkommen, das es für viele ÖTV-Mitglieder in anderen Branchen nicht gibt.

Mehr Arbeitsplätze in Hessens Chemie

AP, Wiesbaden

Ungeachtet der Diskussion um die geplante rot-grüne Koalition plant die chemische Industrie in Hessen bis zum Jahresende weitere Einstellungen. Wie es in einer gestern in Frankfurt veröffentlichten Erklärung des Arbeitgeberverbands Chemie in Wiesbaden hieß, hat die Zahl der Beschäftigten in dieser Branche bereits im September mit mehr als 90 000 Arbeitnehmern einen Zehn-Jahres-Höchststand für diesen Monat erreicht. Damit sei an die „Mitarbeiterzahlen der Vollbeschäftigungsjahre angeknüpft" worden, hieß es in der Mitteilung. Allein gegenüber September 1984 habe es einen Anstieg der Beschäftigtenzahl von mehr als vier Prozent gegeben. Eine Untersuchung des Arbeitgeberverbandes Chemie in Hessen habe ergeben, daß ein „erheblicher Teil" der Unternehmen bis zum Jahresende weitere Einstellungen plane.

Kanzler: Verantwortung für Sinti und Roma

SPD-Fraktionschef sieht Notwendigkeit einer Entschädigung

dpa, Bonn

Bundestag und Bundesregierung haben sich gestern in einer Debatte über die Lage der Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland einmütig zur Wiedergutmachung der während des Hitler-Reiches erlittenen Verfolgungsowie zu ihrer Integration in Staat und Gesellschaft bekannt. Sprecher aller Parteien des Bonner Parlaments, an ihrer Spitze Bundeskanzler Helmut Kohl und der sozialdemokratische Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, sprachen eindeutig von Völkermord, dem rund 500 000 Angehörige dieser beiden Volksstämme in den Jahren der Diktatur zum Opfer gefallen sind.

Leitgedanke dieser ersten großangelegten Debatte des Bundestages über das Schicksal der Sinti und Roma, deren Verfolgung und Diskriminierung schon weit vor der Hitlerzeit in Europa einsetzte, war die Gleichbehandlung dieser etwa 50 000 Menschen zählenden Minderheit in der Bundesrepublik ohne jeden Vorbehalt. Eine Integration dürfe jedoch ihre eigene Identität nicht zerstören. Alle Redner setzten sich für mehr Aufklärung ein, weil Unkenntnis die Tendenzen zu Verfolgung und Diskriminierung verfestige. Deswegen soll nach dem Willen des Bundestages das kulturelle Erbe der Sinti und Roma mit staatlicher Hilfe geschützt und gefördert werden und einen angemessenen Platz in dem in Bonn geplanten „Haus der Geschichte" erhalten.

Bundeskanzler Kohl versicherte, daß sich die Bundesregierung ihrer besonderen Verantwortung gegenüber dieser verfolgten Gruppe bewußt sei. Es gebe in der Bundesrepublik keine Gesetze, die Minderheiten diskriminierten. Der Kanzler beklagte jedoch mangelnde Flexibilität und mangelndes Einfühlungsvermögen mancher Behörden. Nicht alle Schikanen, denen sich Sinti und Roma auch heute noch ausgesetzt sehen, beruhten allein auf Gedankenlosigkeit. Kohl erklärte, es komme für den Erfolg einer Eingliederung auf jeden Bürger und seine Bereitschaft zum Miteinander an.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel erinnerte an die Notwendigkeit auch einer befriedigenden materiellen Entschädigung verfolgter Sinti und Roma. Die Härtefallrichtlinien müßten geändert, Mißstände beseitigt werden. Der SPD-Politiker bedauerte, daß die Verbrechen an den Sinti und Roma über lange Jahre hinweg kaum Eingang in das öffentliche Bewußtsein gefunden hätten. Ebenso wahr sei, daß Vorurteile bis in die Gegenwart hinein fortdauerten.

Auch die Grünen-Abgeordneten Christian Ströbele und Otto Schily wiesen auf Diskriminierungen der Sinti und Roma nach 1945 hin. Ströbele richtete an den Bundeskanzler die Aufforderung, den Überlebenden der Konzentrationslager zu einer menschenwürdigen materiellen Grundlage zu verhelfen und setzte sich dabei für eine Grundrente von 2 000 Mark ein.

Gerhart Baum (FDP) und Horst Jaunich (SPD) erinnerten daran, daß der Rechtsstaat daran gemessen werde, wie er mit seinen Minderheiten umgeht. Diskriminierungen müsse mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Jaunich appellierte an Medien und amtliche Stellen, für das Fehlverhalten einzelner nicht die Gesamtheit der Sinti und Roma verantwortlich zu machen. Die Politiker gingen spät ans Werk der Wiedergutmachung, meinte er, deswegen müßten sie ihren Reden bald Taten folgen lassen. Wolfgang Götze (CSU) forderte ebenso wie Vertreter der übrigen Parteien, diskriminierende Bezeichnungen wie „Zigeuner" oder „Landfahrer" in allen Polizeiakten und Dateien ersatzlos zu streichen. Inge Segall (FDP) pflichtete dem bei und verlangte, Sinti und Roma so zu stellen, daß sie von allen als gleichberechtigte Bürger angesehen werden.

Im Vorfeld der Bundestagsdebatte hatten Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundestagspräsident Philipp Jenninger Vertreter der Sinti und Roma empfangen, um die Bedeutung der Aussprache im Parlament zu unterstreichen.

Finanzierung der Fregatten ist gesichert

HEINZ HECK, Bonn

Nach den gestrigen Beratungen im Haushaltsausschuß über den Bundesetatentwurf 1986 rechnet der CDU-Haushaltsexperte Dietrich Austermann mit einer um rund eine Milliarde Mark niedrigere Neuverschuldung. *Der Bonner Regierungsentwurf* vom Juli sieht für 1986 eine Nettokreditaufnahme von rund 25 Milliarden Mark vor, Austermann erwartet dagegen „nur" rund 24 Milliarden als Ergebnis der Beratungen der gestrigen Bereinigungssitzung (die in der nächsten Woche abgeschlossen wird).

Hauptgründe für diese Verbesserung sind unter anderem Kürzungen im Verteidigungsetat von rund 320 Millionen Mark, bei den Gewährleistungen des Bundes für Auslandsbürgschaften und -garantien in Höhe einer halben Milliarde Mark sowie voraussichtliche Erlöse aus der Teilprivatisierung von Bundesvermögen mit rund 400 Millionen Mark. Auch die Steuereinnahmen, für die es Anfang kommender Woche – wie üblich – eine letzte Schätzung vor Abschluß der Etatberatungen geben wird, dürften eher höher als bisher geschätzt ausfallen. Andererseits muß der Wirtschaftsetat, wie berichtet (die WELT v. 1.11.), wegen des gesunkenen Dollarkurses um etwa 600 bis 700 Millionen Mark für Kohlesubventionen (Kokskohlenbeihilfe) erhöht werden.

Die Finanzierung von drei für Portugal bestimmten Fregatten vom Typ MEKO 200 (MEKO-Projekt) ist jetzt gesichert, nachdem ein noch offener Restposten von 40 Millionen Mark aus dem Bundesetat bewilligt wurde. Ein Firmenkonsortium aus Blohm & Voss AG, Howaldtswerke Deutsche Werft AG, Ferrostaal AG und Thyssen Rheinstahl Technik GmbH plant den Bau je einer Fregatte in Hamburg und Kiel. Das dritte Schiff soll anteilig in beiden Städten gebaut werden. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf 1,95 Milliarden Mark. Davon übernimmt die Bundesrepublik in den Etats des Auswärtigen Amts und des Verteidigungsministeriums einen Anteil von 394 Millionen Mark (über mehrere Jahre verteilt), im eizelnen 254 Millionen Mark Rüstungssonder- und 140 Millionen Verteidigungshilfe.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, [illegible]

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros: [illegible]

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: [illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen [illegible]

[illegible]

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Folgen des Sommers

Mk. – Auf den ersten Blick signalisiert der Auftragseingang bei der deutschen Industrie nichts Gutes. Immerhin handelt es sich um einen konjunkturellen Frühindikator. Das verarbeitende Gewerbe konnte im September nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes *zwei Prozent* weniger Bestellungen als im Vormonat verbuchen. Und auch der Zweimonatsvergleich, der sich in den Veröffentlichungen des Wirtschaftsministeriums eingebürgert hat, um Zufallseinflüsse zu glätten, hilft noch nicht: Die Ferien haben sich in diesem Jahr im August so geballt, daß dieser Effekt durch die Saisonbereinigung nicht ausgeschaltet werden kann.

Spötter meinen, also nimmt man den Dreimonatsvergleich, und die konjunkturelle Grundtendenz ist wieder aufwärts gerichtet. Das stimmt zwar, aber um einen statistischen Taschenspielertrick handelt es sich diesmal nicht. Die Verzerrungen in den Sommermonaten sind in der Tat so stark, daß einzelne Monatsergebnisse noch weniger aussagekräftig sind als ohnehin schon. Zum anderen deuten auch andere Indikatoren darauf hin, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte nicht erlahmt sind.

Sicher, die Auftragseingänge aus dem Ausland steigen nicht mehr, sie verharren vielmehr auf dem hohen Niveau. Von einem Einbruch kann nicht die Rede sein. Die Ordertätigkeit im Inland hat sich, wenn man den Dreimonatsvergleich akzeptiert, in diesem Jahr ständig beschleunigt. Alles deutet auf die Fortsetzung eines moderaten Aufschwungs hin. Und mehr war auch nicht erwartet worden.

Thatcher-Werte

fa (London) – Das von der Königin vorgetragene Programm der Regierung Thatcher für das neue Parlamentsjahr enthält nicht den leisesten Hinweis auf eine Änderung des Wirtschaftskurses. Im Vordergrund stehen die bekannten Thatcher-Werte: *möglichst niedrige* Staatsausgaben, weiter fallende Inflation, Steuererleichterungen und Verbreitung von Immobilien- und Aktienbesitz. Sprecher aller Oppositionsparteien haben der Regierungschefin schwerste Vorwürfe gemacht, das Problem der hohen Arbeitslosigkeit in der Rede der Königin nur am Rande erwähnt zu haben, ohne konkrete Initiativen aufzuzeigen. Den wichtigsten Beitrag zur Schaffung langfristiger Arbeitsplätze leistet eine Regierung aber damit, daß sie das gesamtwirtschaftliche *Umfeld* verbessert. Dies hat sie nur einen Tag nach der Rede insofern getan, als sich das Kabinett auf einen Haushaltsetat für das kommende Finanzjahr einigte, der inflationsbereinigt erneut keine Steigerung gegenüber dem vorausgehenden aufweist.

LEBENSMITTELHANDEL / *Der Strukturwandel fordert jetzt auch Personal-Opfer*

Bei der Edeka-Gruppe muß fast das gesamte Management ausscheiden

JAN BRECH, Hamburg

Bei der Edeka-Gruppe, die zu den größten Lebensmittelhändlern der Bundesrepublik gehört, scheidet fast das gesamte Management auf einen Schlag aus. Mit Hans-Jürgen Klußmann, Vorstandssprecher, Rolf Unverzagt und Ulrich Schmidt verläßt der komplette Vorstand die Edeka Zentrale AG.

Während der Fall von Klußmann und seinen Kollegen „in der Luft lag", ist das Ausscheiden von Helmut Stubbe, Vorstandssprecher des Edeka-Verbandes, selbst für Insider eine Sensation. Stubbe galt als der starke Mann in der Hamburger Zentrale. Vom bisherigen Management bleibt lediglich Klaus Bahde im Vorstand des Verbandes. Die Entscheidung, die *bis Ende 1986 laufenden* Verträge der anderen Vorstandsmitglieder nicht zu verlängern, ist am Mittwochabend in einer außerordentlichen Sitzung des Aufsichtsrats der Zentrale und des Verbandes, dem Vernehmen nach, einstimmig gefallen.

Mit der Trennung von der Führungsspitze will die Handelsgruppe offenbar einen Neuanfang signalisieren. Nachfolger für Klußmann (seit *1955 bei Edeka) und Stubbe (1963 in* den Verband eingetreten) sowie die anderen Vorstandsmitglieder werden vermutlich in den eigenen Reihen gesucht. Namen sind nicht bekannt.

Die Gründe für den Sturz des Edeka-Managements sind vielschichtig. Zum geringeren Teil dürften persönliche Animositäten eine Rolle spielen, die sich nicht zuletzt aus dem komplizierten Verhältnis von der Zentrale zu den regionalen *Großhandels-* und Einzelstufen ergeben. An der Basis wird seit geraumer Zeit über den "Wasserkopf" der Hamburger Zentrale gemurrt. Dabei geht es um das nicht immer von Überheblichkeit freie Auftreten der Top-Manager und auch um die üppige personelle Ausstattung mit mehr als 1000 Mitarbeitern.

Schwerer dürften jedoch konzeptionelle Gründe wiegen. *Da ist einmal* der für Edeka nach wie vor unglückliche Vertrag mit der Horten AG über die Übernahme von deren 57 Supermärkten. Mit diesem von Stubbe und Klußmann federführend ausgehandelten, bis 1995 laufenden Vertrag wollte Edeka mit dem Lebensmittelhandel in die großen Städte zurück. Die Supermärkte, deren Verluste die Edeka-Chefs in zwei Jahren ausge*merzt haben wollten, schreiben nach* wie vor rote Zahlen und belasten die Edeka-Gruppe nicht unerheblich.

Auf der anderen Seite kommt der dringend notwendige Strukturprozeß bei der Edeka offenbar nicht schnell genug voran. Die Edeka, 1907 als Zentraleinkaufsgenossenschaft mit dem Ziel gegründet, den Genossen günstigere Einkaufsbedingungen bei den Markenartikelherstellern auszuhandeln, *kann ihre Funktionen nicht* mehr voll erfüllen. Die traditionelle Dreistufigkeit von Zentrale, regionalem Großhandel und Einzelhandel erschwert Durchgriffsmöglichkeiten. Während die Konkurrenten als Handelskonzerne straff geführt werden, über einheitliche Vertriebskonzepte verfügen, massiv werben und ihre Nachfragemacht gegenüber der Industrie einsetzen, fehlt es der Edeka an der notwendigen Durchschlagskraft. Ihr Umsatz von 21 Mrd. DM auf der Einzelhandelsstufe und von gut 14 *Mrd. DM im Großhandel* wächst seit Jahren unterproportional.

Klußmann (55) und Stubbe (52) haben offenbar den *ohnehin* nur geringen Entscheidungsspielraum nicht ausreichend genutzt, um den Strukturwandel entscheidend voranzubringen. Um die Position der Edeka bei den Einkaufsverhandlungen mit der Industrie zu stärken, ist das reine Warengeschäft vom Eigengeschäft der Zentrale getrennt worden. Für das Warengeschäft verantwortlich war Klußmann. Einen deutlichen Hin*weis für die Schwierigkeiten der Um*setzung des Konzepts war zum ersten Mal zu erkennen, als die Aufsichtsgremien die von Klußmann mit Nachdruck befürwortete nationale TV-Werbung aussetzten. Die konzeptionelle Frage, ob die Zentrale mit zusätzlichen Kompetenzen gestärkt, oder das Warengeschäft bei den regionalen Großhandlungen wieder stärker dezentralisiert werden soll, *steht jetzt vor neuen Antworten.*

VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

Kohl wartet auf Vorschläge für Abbau von Subventionen

HARALD POSNY, Bonn

Der enge Zusammenhang von finanzieller Solidität einerseits und Steuersenkungen andererseits wird für die Bundesregierung auch in der nächsten Wahlperiode des Bundestages unverändert gültig bleiben. Auf der Mitgliederversammlung des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in Bonn sagte *Bundeskanzler Helmut Kohl* gestern, die Politik des Abbaus von Steuerbelastungen bedeute aber auch, daß über einen Abbau von Subventionen gesprochen werden müßte. Kohl: „Ich bin gespannt auf die konkreten Vorschläge der Wirtschaftsverbände, welche der Subventionen und eigenen Steuervergünstigungen wegfallen sollten."

Zuvor hatte GDV-Präsident Georg *Büchner die Rückkehr* der deutschen Volkswirtschaft auf den Wachstumspfad begrüßt, und die Rückkehr zu einem schon fast wieder stabilen Geldwert als „soziale Tat, die jedermann zugute kommt", bezeichnet. Die bisherigen Erfolge beim Abbau der Staatsverschuldung dürften nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die Verringerung der Nettokreditaufnahme kollidiere keineswegs mit der Notwendigkeit einer entschlossenen *steuerli*chen Entlastung von Bürgern und Unternehmen. „Der finanzielle Spielraum für Steuersenkungen kann sehr wohl durch die weitere Eindämmung der Staatsausgaben gewonnen werden", sagte Büchner.

*Er setzte sich nachdrücklich für ei*ne Reform der Unternehmensbesteuerung ein. Eine Rückführung der hohen Grenzsteuersätze würde Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative von Unternehmen und Arbeitnehmern spürbar erhöhen und die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung weiter verbessern.

Der GDV-Präsident ermutigte die Bundesregierung die von ihr selbst begrüßte Initiative zur Bewältigung des Alters-Pflegerisikos durch private Lebens- und Krankenversicherer mit steuerlichen Maßnahmen zu flankieren, ohne daß der Sozialetat aufgebläht würde. Das gelte auch für die private Altersvorsorge durch die Lebensversicherung und die Betriebliche Altersversorgung. „Eine vergleichbare Effizienz können staatliche Zuwendungen an ein Pflichtver*sicherungssystem nicht erreichen",* sagte Büchner unter Anspielung auf die staatliche Rentenversicherung.

Im „Gegenverkehr" stellt die Assekuranz der Wirtschaft Kapital zur Verfügung und leiste einen beachtlichen Ausbildungsbeitrag (11 700 Aus*zubildende). Die Risikokapital-Betei*ligungsgesellschaft (KDV) der Versicherer ist – obwohl erst seit einem halben Jahr tätig – die ersten Engagements eingegangen. Über 100 Anfragen bestätigten die positive Resonanz, „Partnerschaft ohne Gängelei zu vernünftigen Konditionen" zu schließen. Das Volumen von 100 Mill. DM sei für gesunde Unternehmen da, denen nichts weiter als eine kräfti*gende Kapitaldiät fehle.*

Kapital statt Energie

Von HANS BAUMANN

Wer erinnert sich wohl noch? Es war am 30. April 1981, als die Herren Rommel, Vogels, Rodenstock und Deusten eine Vereinbarung unterzeichneten, mit der sie als Vorsitzende des Verbandes Kommunaler Unternehmen, der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Arbeitsgemeinschaft Fernwärme eine Vereinbarung unterzeichneten, in der sie der damaligen Bundesregierung versicherten, verstärkt die *industrielle Abwärme* zu nutzen. Dieser gemeinsame Kraftakt war erforderlich geworden, weil die Bundesregierung gedroht hatte, mit einem verordneten Abwärmepfennig die Industrie zum Recycling des Wärmemülls zu zwingen.

Über viereinhalb Jahre sind seitdem ins Land gegangen. Was ist aus der Zusage der Wirtschaft von 1981 geworden, mit der sie einen weiteren Schritt des Staates in die Verwaltungswirtschaft am Energiemarkt abblockte? Die Industrie hat Wort ge*halten. Das ist die erste Antwort. Die* zweite ist etwas differenzierter, denn es hat sich inzwischen herausgestellt, daß die Erwartungen der Politiker an eine Nutzung der industriellen Abwärme höher waren als die tatsächlichen Nutzungsmöglichkeiten.

Die Fernwärme-Versorgung Niederrhein und die Stadtwerke Duisburg nutzen inzwischen Abwärme von Sachtleben und von der Thyssenhütte für ihre Fernwärmeversorgung. Von der Saar ist der zweite Fall bekannt. Dort nutzt die Saarfernwärme Koksofenwärme für ihr Netz aus.

Zum drittenmal konnten jetzt Energiewirtschaftler vor die Politiker hintreten und einen spektakulären Fall von rückgewonnenem Wärmemüll verkünden: Die Energieversorgung Oberhausen AG und mit ihr deren Vorstandsvorsitzender, Gerhard Deuster, der als Präsident der Arbeitsgemeinschaft Fernwärme unter besonderem Zugzwang steht.

Deuster war nach langen Gesprächen mit den Hoechst-Töchtern Messer Griesheim GmbH und Ruhrchemie AG, beide Oberhausen, einig geworden, die industrielle Abwärme für seine Fernwärmenetze in Oberhausen zu nutzen und dann Zug um Zug die einzelnen Inselbetriebe im Sinne einer Ertragsverbesserung miteinander zu einer großräumigeren Versorgung zu verbinden. Die Investitionskosten von 24 Millionen Mark übernahm die Oberhausener Energieversorgung. Die öffentlichen Hände schossen ein Viertel über das Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP II) zu.

Deuster, der sich stets dafür ausgesprochen hat, Fernwärme nur dann zu installieren, wenn sie *langfristig* wirtschaftlich gesichert ist und ohne Anschluß- und Benutzungszwang gern von Privaten und Industriebetrieben angenommen wird, warnte vor der Euphorie im politischen Lager um die Fernwärmeschiene Ruhr („Ganz Verrückte haben schon die bundesdeutsche Fernwärmeschiene propagiert"). Er ist besorgt, daß Fernwärme auch in solche Gebiete vordringen könnte, in denen sie unwirtschaftlich ist und womöglich über Jahrzehnte subventioniert werden muß.

Seit 1981 hat sich aber auch gezeigt, daß Fernwärmeversorgung eine ausschließlich für sie errichtete Kapazität benötigt. Industrielle Abwärme kann in allen Fällen lediglich additive Energie sein. Die Politiker, die 1981 mit einem Strafpfennig das Wärmerecycling erzwingen wollten, haben völlig übersehen,

- daß die Abschreibungszeiten der Industrie nur Bruchteile der Zeiten für Fernwärmenetze von 25 bis 30 Jahren betragen, daß also die Wärmelieferverträge *nur* über *maximal zehn* Jahre abgeschlossen werden können und die Fernwärmegesellschaften damit ein sehr hohes Versorgungsrisiko eingehen, wenn sie sich in zu hohem Maße auf industrielle Abwärme stützen und
- daß Industriebetriebe *in der* Regel dann keine Abwärme produzieren, wenn sie gebraucht wird (an Sonn- und Feiertagen, sowie nachts), daß also für jede Industrie-Einbindung eine Reservekapazität bereitgehalten werden müßte.

In Oberhausen paßte das Angebot optimal auf die Nachfrage, weil die jetzt eingebundenen Industriebetriebe dann produzieren, wenn Elektrizität besonders kostengünstig ist, also nachts und an Feiertagen. So kann mit *einer* Anschlußinvestition aus Kapital Energie gewonnen werden, die sonst in die Atmosphäre gehen würde.

AUF EIN WORT

» Allzu umfassende soziale Regelwerke und ein für niemanden zu durchschauendes Gestrüpp bürokratischer Vorschriften und Richtlinien behindern und verteuern den nach wie vor notwendigen Kapazitätsabbau in der Bauwirtschaft. «

Dr. Thomas Rogge, Vizepräsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Bonn FOTO: DIE WELT

Weniger Aufträge eingegangen

Mk. Bonn

Die Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe sind von August auf September preis- und saisonbereinigt um zwei Prozent gesunken. Auch der Zwei-Monats-Vergleich August/September gegenüber Juni/Juli weist einen Rückgang der Nachfrage um *0,2 Prozent* aus. *Allerdings* sind diese Werte durch die Schul- und Werksferien verzerrt. Im Quartalsvergleich nahm das Bestellvolumen vom zweiten zum dritten Quartal preis- und saisonbereinigt um ein Prozent zu, wobei die Inlandsbestellungen um drei Prozent expandierten, während die Order aus dem Ausland um ein Prozent zurückgingen.

FINANZINNOVATIONEN

Bankenaufsicht will jetzt Auskunft von den Instituten

cd. Frankfurt

Eine Reihe großer Banken soll der Bankenaufsicht und der Bundesbank bis zum 15. November mitteilen, in welchem Umfang sie und ihre Auslandstöchter sich am Geschäft mit Finanzinnovationen beteiligen. Darum hat die Aufsichtsbehörde gebeten, die sich ein Bild von den Risiken der neuartigen Finanzinstrumente machen will, die in zunehmendem Maße klassische Kredite verdrängen und mit denen die Banken nicht bilanzierte Verpflichtungen eingehen. Die Bankenaufsicht betrachtet die Ausweitung solcher Geschäfte ebenso mit Besorgnis wie „Escape"-Klauseln, die Kreditinstitute unter bestimmten Bedingungen von Verpflichtungen gegenüber Kreditnehmern freistellen sollen. Diese Klauseln bieten nach Auffassung des Amtes *keinen ausreichenden Schutz* gegen eine Inanspruchnahme.

Auch Axel Kollar, Vorstandsmitglied der WestLB, Düsseldorf, warnte gestern vor Kredtiverpflichtungen (back up lines), mit denen Banken emissionsfähigen Unternehmen Rückendeckung für den Fall geben, daß sich deren variabel verzinslichen Schuldtitel (Floating Rate Notes und Euronotes) wegen Bonitätsverschlechterung oder Liquiditätsverknappung am Markt nicht mehr plazieren lassen. Bedenklich sei auch die Expansion der an den Banken vorbeilaufenden Finanzierungen und Finanzanlagen multinationaler Unternehmen; weil „gute Risiken" aus dem Bankenmarkt verschwinden, verschlechtere sich die Bonität des Kreditportefeuilles und verschärfe sich zugleich der Verdrängungswettbewerb.

EISENHÜTTENTAG

Die Lage am Stahlmarkt hat sich klar verbessert

rtr/VWD, Düsseldorf

Im Zeichen des 125jährigen Jubiläums des Vereins Deutscher Eisenhüt*tenleute (VDEh) hat gestern in Düs*seldorf der Eisenhüttentag 1985 begonnen. Hintergrund des zweitägigen Fachkongresses mit mehr als 4000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland bildet eine gegenüber dem Vorjahr nochmals verbesserte Marktlage für die deutsche Stahlindustrie. Diese wird nach Darstellung des VDEh durch eine voraussichtliche Rohstahlproduktion 1985 von 40,9 (39,4) *Millionen Tonnen* und *eine Kapazi*tätsauslastung der deutschen Stahlwirtschaft von rund 80 (72) Prozent gekennzeichnet. Diese Verbesserung sei jedoch zu zwei Dritteln auf den Abbau von Produktionsanlagen zurückzuführen.

Auch im deutschen Rohstahlverbrauch erwartet der Verein einen Anstieg 1985 auf 38,5 (38) Millionen Tonnen. Daneben habe sich der Stahlaußenhandel nochmals verbessert. Betrug der Ausfuhrüberschuß 1983 noch durchschnittlich 87 772 Tonnen je Monat und im Vorjahr 294 369 Tonnen, so belief sich der Überschuß für die ersten acht Monaten 1985 bereits auf *375 348 Tonnen. Die* meisten deutschen Stahlunternehmen schreiben derzeit schwarze Zahlen, erklärte VDEh-Vorsitzender Theodor Wuppermann. Für die Zukunft könne die deutsche Stahlindustrie wegen stagnierender Nachfrage aber kaum mit Produktionszuwachs rechnen. Ihre Chance liege bei weiteren Produktverbesserungen.

„Technologischer Fortschritt und Leistungsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie" lautet das Rahmenthema des Kongresses. Dabei werden die Themen Umweltschuß und die Zukunft des Stahlingenieurs eine besondere Rolle spielen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bund stützt den Trend zu niedrigeren Zinsen

Bonn (dpa/VWD) – Der Bund will den Trend weiter *sinkender Zinsen* bei seinen Bundesobligationen verstärken. Drei Tage nach der Kurserhöhung der 6,75-Prozent-Obligationen mit einer Rendite von 6,51 Prozent werden diese Papiere durch neue ersetzt. Vom 8. November an werden „6,5-Prozenter" mit einer Laufzeit von fünf Jahren zum Kurs von 100,3 Pozent mit einer Rendite von 6,43 Prozent ausgegeben. Dies gab das Bundeswirtschaftsministerium aufgrund einer Mitteilung der Deutschen Bundesbank, Frankfurt, bekannt.

Keine Beschlüsse

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Routinesitzung gestern keine kreditpolitischen Beschlüsse *gefaßt*. Das *Gremium* tagte unter dem Vorsitz von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl.

Winterthur an die Börse

München (sz.) – Mit einem Teil ihres Grundkapitals kommt die Winterthur Schweizerische Versicherungsgesellschaft, Winterthur, erstmals in den deutschen Börsenhandel. Am 11. November werden an der Münchener Börse die 250 000 auf den Inhaber lautenden Partizipationsscheine (Nominalwert 100 sfr) in den amtlichen Handel eingeführt. *Das* Gesellschaftskapital der Winterthur, die sich mit einer konsolidierten Bruttoprämieneinnahme von 7,3 Mrd. sfr (1984) zu den zehn bedeutendsten europäischen Vesicherern rechnet, beträgt 125 Mill. sfr, eingeteilt in 73 Mill. *sfr Namens-* und 27 Mill. sfr Inhaberaktien sowie 25 Mill. sfr Partizipationsscheine. Gestern wurde an der Züricher Börse der Schein zu einem Kurs von 4900 sfr gehandelt.

Übernahme untersagt

Berlin (VWD) – Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat gestern das Fusionsverbot des Bundeskartellamts im Falle Pillsbury/Sonnen-Bassermann bestätigt. Damit wurde die Beschwerde der Unternehmen gegen die Untersagungsverfügung des Bundeskartellamts zurückgewiesen. Die Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe wurde zugelassen.

Für freien Handel

Berlin (tb.) – Für einen freien und fairen Handel hat sich der Europäische Rat der amerikanischen Handelskammern auf einer Tagung in Berlin eingesetzt. Im Osthandel fordert *man von den US-Behörden eine* liberalere Auslegung der Gesetzvorschriften, etwa bei der Erteilung von Exportlizenzen. US-Firmen müßten teilweise bis zu einem Jahr auf eine Lizenz warten, während die Europäer hier schneller zum Zuge kommen. Auch an Brüssel hat *man* Wünsche; so hält man die Handelsschranken bei der Telekommunikation zu hoch. Die amerikanischen Handelskammern in Europa vertreten rund 18 000 Mitglieder. Gleichzeitig kamen in Berlin auch die US-Handelsattachés *aus Europa zusammen.*

Zahlungsmoral gesunken

Frankfurt (rtr) – *Die Zahlungsmo*ral in der deutschen Wirtschaft ist nach Einschätzung der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng im dritten Quartal 1985 weiter gesunken. Nach einer Befragung von 7191 Firmen al*ler Branchen und Regionen nahm der* Anteil der pünktlich zahlenden Unternehmen auf 67,8 Prozent ab und lag damit um 1,5 Punkt niedriger als im letzten Quartal.

Binnenschiffahrt klagt

Duisburg (dpa/VWD) – Für die deutsche Binnenschiffahrt besteht weiterhin Flaute: die wirtschaftliche Lage für sie hat sich auch 1985 nicht verbessert. Auf ihrer Jahrestagung berichtete die Interessenvereinigung „Schifferbörse", es gebe trotz des *Abwrackens zahlreicher Schiffe wei*terhin strukturelle Überkapazitäten von rund einer Million Tonnen allein auf dem Rhein. Dies sei insbesondere auf die anhaltende Expansion der niederländischen Flotte zurückzuführen.

Messe ausgebucht

Frankfurt (dpa/VWD) – Die 76. Internationale Frankfurter Frühjahrsmesse, die vom 1. bis 5. März 1986 ihre Pforten öffnet, ist mit 4300 Ausstellern bereits ausgebucht, teilte die *Messegesellschaft gestern mit. Die* größte Anbietergruppe mit 2600 Ausstellern kommt aus der Bundesrepublik; stärkstes ausländisches Kontingent ist Italien mit 230 Firmen.

Intervention für den Yen

Tokio (dpa/VWD) – Japans Zentralbankchef Satoshi Sumita hat gestern trotz der Unruhe an den japanischen Aktienmärkten die Hoffnung geäußert, daß der Yen gegenüber dem US-Dollar noch weiter steigen wird. Er bestätigte, daß die Interventionen *fortgesetzt werden. Der US-Dollar* schloß gestern in Tokio mit 202,55 Yen nach 205,95 Yen am Mittwoch.

Bauarbeiter aus Osteuropa

Bonn (Mk.) – Rund 2500 Bauarbeiter aus Osteuropa arbeiten nach An*gaben von Bundesbauminister* Oscar Schneider gegenwärtig in der Bundesrepublik. Dies seien 0,2 Prozent aller Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. Wegen der ungünstigen Lage der Bauwirtschaft, so der Minister, werde nur noch in wenigen Ausnahmefällen für Spezialisten die Arbeitserlaubnis erteilt. Seit Ende 1981 sei beispielsweise die Zahl der polnischen Arbeitskräfte von 4500 auf 1000 gesunken. Hinzu kämen rund 1000 Bauarbeiter aus der „DDR". Sie seien Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, bedürften daher keine Arbeitsgenehmigung. Allerdings seien *mehr* Arbeitskräfte von Bauunternehmern aus der Bundesrepublik in der „DDR" tätig.

Überschuß durch EG

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Lei*stungsbilanz* der Bundesrepublik *hat*te im September einen Überschuß von 4,4 Mrd. DM. Im gleichen Vorjahresmonat war das zusammengefaßte Ergebnis von Außenhandel, Dienstleistungen und Übertragungen dagen nur ausgeglichen gewesen. Der kräftige *Aktivsaldo* resultierte in erster Linie aus hohen Einnahmen aus dem EG-Haushalt im Rahmen der Agrarmarktordnung, erklärte die Deutsche Bundesbank. Die Zahlungsbilanz – einschließlich Kapitalverkehr – erreichte voraussichtlich im September einen Überschuß von *0,7 Mrd. DM;* nach 4,8 Mrd. DM im August.

STEUERREFORM

Ifo: Abgabedruck erfordert nachhaltigere Entlastung

sz. München

Wenn ein Vorziehen der für Anfang 1988 geplanten zweiten Stufe der Lohn- und Einkommensteuerreform auf Anfang 1987 bei der Bundesregierung auf Ablehnung stößt, dann sollte die Steuerentlastung wenigstens nachhaltiger ausfallen als bislang vorgesehen. Diese Forderung erhebt das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. Geschehen sollte dies durch weitergehende Abflachung des „Progressionsbuckels".

Schon aus wachstumspolitischen Erwägungen hält dies Ifo für erforderlich. In den Jahren 1980 bis 1985 hätten nämlich die öffentlichen Abgaben auf Bruttolöhne und -gehälter „ausnahmslos die Grenzen der Belastbarkeit überschritten". Mehr als die Hälfte jeder zusätzlich verdienten Mark habe ein Arbeitnehmer in diesem Zeitraum an Fiskus und Sozialversicherung abführen müssen. Ob andere Formen der Steuertarifkorrektur im Rahmen der angekündigten „großen Einkommensteuerreform" schon 1988 gelingen, erscheint dem Ifo aus zeitlichen Gründen fraglich. Dafür bestehe aber in jedem Fall die Chance zu dem erforderlichen zusätzlichen Entlastungsschritt.

In der Finanzierung sieht das Ifo kein Problem. Trotz der Steuerentlastung werde das Finanzierungsdefizit im Haushalt 1986 wegen der Ausgabendisziplin und stetigem Einnahmenwachstum nicht steigen, sondern auf dem Niveau von 37 Mrd. DM verharren. Die Kassen des Fiskus würden 1986 „lauter als offiziell erwartet klingeln". Mit Mehreinnahmen bis zu 2,5 Mrd. DM könnte der Betrag zur Progressionsabflachung, der für 1988 auf 12,9 Mrd. DM beziffert wird, um 20 Prozent aufgestockt werden.

KNABBERARTIKEL / Immer mehr Extruder-Snacks neben dem Fernsehschirm

20 Millionen Mark für Pizza-Kräcker

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Ob Kartoffel-Chips, Salzstangen, Nüsse, Kräcker oder „Extruder-Snacks" – der Name erinnert an die Kunststoffverarbeitung, steht hier aber für die immer größere Zahl jener Produkte, bei denen ein Teig unter großer Hitze „aufgeblasen" wird – der Bürger greift von Jahr zu Jahr tiefer in die Schale neben seinem Fernsehsessel.

Lag der (statistische) Pro-Kopf-*Verbrauch an allen möglichen* Knabberwaren 1979 noch bei 1590 Gramm, so waren es 1984 bereits 2110 Gramm. Der Trend werde sich fortsetzen, meint Knut Wiesner, Geschäftsführer der Knabberartikel-Sparte im Süßwarenverband, wo das salzige Feier*abend-Futter* traditionell untergebracht ist.

Für solchen Optimismus spricht zuallererst die geringe Marktsättigung: Erst in 56 Prozent aller deutschen Haushalte wird überhaupt geknabbert. Und daß ein weitaus höherer Verbrauch möglich ist, zeigen zum Beispiel die Engländer und Franzosen, deren Pro-Kopf-Verzehr schon beim Zwei- bis Dreifachen der deutschen Mengen liegt.

Dort herrscht freilich auch ein anderes Knabber-Verhalten: Die knusprigen Zusatz-Kalorien werden stärker in die Mahlzeiten integriert (Frankreich) oder mit der Packung in der Hand auf der Straße verzehrt, was zu einem viel größeren Angebot an gewinnträchtigen Kleinpackungen führt.

Emsige Innovation – jüngstes Kind: Pizza-Kräcker, die im ersten Jahr auf einen Jahresumsatz von 20 Millionen Mark kamen – soll hier zusätzlichen Schub bringen. Über Wachstumsprobleme können die 14 deutschen Branchen-Unternehmen mit ihren rund 5000 Mitarbeitern ohnehin nicht klagen. Nachdem ihre Produktion schon im vergangenen Jahr um zehn Prozent auf 159 120 (145 400) Tonnen, dem Wert nach sogar um *13 Prozent auf 873 (771) Mill.* DM gestiegen war, stehen auch in diesem Jahr wieder zehn Prozent Mengen und zwölf bis 13 Prozent Wertplus auf dem Plan.

Zu Endverbraucherpreisen wird das ganze noch imposanter: Fast 1,4 Milliarden Mark klingelten 1984 in den Ladenkassen – und das ausschließlich für die „Impulskauf"-Artikel aus dem Knabbersortiment. Nicht nur wegen des – vor allem im Vergleich zur übrigen Lebensmittelbranche – dynamischen Wachstums spielt der Handel beim Knabbergeschäft gern mit. Die Tüten mit den Chips, salzigen Keksen und Nüssen erweisen sich auch als ausgesprochene Schnelldreher. Während das traditionelle Lebensmittelsortiment nur 15 Mal im Jahr umgeschlagen wird, kommen sie auf eine Geschwindigkeit von 18 Umdrehungen.

HWWA

Überangebot drückt die Rohstoffpreise

dpa/VWD. Hamburg

Bei nur leicht zunehmendem Rohstoffverbrauch und reichlichem Angebot werden sich die gedrückten Preise für Industrierohstoffe auch in das Jahr 1986 hinein nur wenig verändern, meint das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg. Bei den Agrarrohstoffen würden die zu erwartenden Produktionskürzungen nur geringe Entlastung bringen, da immer noch Überschüsse auf den Markt drückten. Bei einigen NE-Metallen hätten dagegen die Vorräte der Erzeuger und an den Metallbörsen abgenommen.

Die Weltmarktpreise für Nahrungs- und Genußmittel seien in den letzten Monaten auf den tiefsten Stand seit Herbst 1982 gesunken, besonders bei für Ölsaaten, pflanzlichen Ölen, Mais, Weizen und Kaffee. Hier würden 1985/86 hohe Ernten erwartet. Daher dürften die Vorräte zumeist weiter steigen und auf die Preise drücken.

Am Rohkaffeemarkt werde die Internationale Kaffee-Organisation angesichts wachsender Produktionsüberschüsse kaum in der Lage sein, die jetzigen Preise zu halten. Ähnlich werde die Entwicklung am Rohkakaomarkt sein. Hier seien die Preise aufgrund lebhafter Vorratskäufe zwar merklich gestiegen, es werde aber ein weiterer Anstieg der Kakaoproduktion erwartet.

WELTBÖRSEN / Tokio läßt sich von der Wall-Street-Hausse nicht mitreißen – London meldet neuen Rekord

Der Dow-Jones-Index bricht die 1400-Marke

New York (sbt.) – Eingetreten ist, was für unmöglich gehalten wurde: Der Dow-Jones-Index für 30 führende Industriewerte hat die 1400-Marke gebrochen. Es war der 22. Rekord in diesem Jahr und der vierte der letzten sechs Börsentage. Mittags noch im Minus, stieg das populäre Barometer am Mittwoch gegen Schluß um 6,77 auf 1403,44 Punkte – im Vergleich zu 1375,57 Punkten Mitte letzter Woche. *Gegenüber diesem Dienstag* stiegen die Umsätze vorgestern von 119 auf 130 Mill. Papiere; einen Durchschnittsgewinn von sieben Cent verbuchten zwei Drittel der mehr als 1500 gehandelten Aktien.

Damit hat der Dow, der nur Wachstumswerte umfaßt (erst kürzlich sind General Foods und American Brands durch Philip Morris und McDonalds ersetzt worden) seit 1981 nahezu 45 Prozent zugelegt. Damals stand er bei 970 Punkten. Die eigentliche Hausse setzte allerdings erst im August 1982 ein, als sich das Ende der Rezession abzeichnete. Nach dem Konjunkturumschwung im November schloß der Dow das Jahr 1982 mit 1047, 1983 mit 1259 und 1984 mit 1212 Punkten ab.

Die amerikanischen Aktien profitierten mit Ausnahme einiger Altindustrien von dem Konjunkturboom, der sich 1983 aufbaute und ein Jahr später seinen Höhepunkt erreichte. Zum Vergleich: In den beiden Jahren wuchs das US-Bruttosozialprodukt bei kräftig steigenden Verbraucherausgaben und betrieblichen Investitionen real um 3,7 und 6,8 Prozent. Entsprechend lahm verlief die Hausse im ersten Halbjahr 1985, als die Wertschöpfung preisbereinigt nur um magere 0,5 Prozent anzog. Ins Rutschen gerieten Technologiewerte, während fusionsverdächtige Papiere immer wieder das Klima stützten.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche – jeweils in der Freitagsausgabe – einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

Daß die Stimmung sich im Sommer trotz der Rekorddefizite in US-Haushalt und Leistungsbilanz, der Farm- und Schuldenkrise sowie anderer negativer Faktoren drastisch besserte, ist auf die anhaltende Preisstabilität und die großzügige Geldpolitik der US-Notenbank zurückzuführen. Nach Ansicht der Börse sinken die Zinsen noch weiter, weil das noch nicht ausreichend beschleunigte wirtschaftliche Wachstumstempo und der immer überbewertete Dollar der Fed keine Wahl lassen.

London (fu) – Die Londoner Börse ist unverändert auf Hausse eingestellt. Vor allem die anhaltende Nachfrage institutioneller Anleger nach klassischen Standardwerten – insbesondere nach Unternehmen, die stärker im Ausland engagiert sind – hat zu einem Index-Höchststand nach dem anderen geführt. Nachdem der Financial-Times-Index für 30 führende Werte bereits in der Vorwoche um nahezu 20 Punkte auf 1070,6 zugelegt hatte, kam es bis zum Mittwoch zu einem weiteren Anstieg um 10,7 auf den neuen Rekordstand von 1081,3 Punkten.

Tokio (VWD) – Entgegen der Entwicklung zur Wochenmitte reagierte die Tokioter Aktienbörse gestern nicht mit höheren Kursen auf die Hausse an der Wall Street. Die Unsicherheit vieler Anleger führte zu einer Abwärtsbewegung, die weite Teile des Marktes erfaßte. Der Nikkei-Dow-Jones-Durchschnittskurs sank auf 12 868,15 (minus 24,25) Yen; vor einer Woche hatte der Index mit 12 939,5 Punkten geschlossen. Hitachi, Nec, Sony und andere Elektrowerte erlitten ebenso Verluste wie Film-, Fahrzeug- und Feinmechanikaktien, darunter Fuji Photo Film, Toyota Motor und Ricoh.

Paris (J.Sch.) – Seit elf Tagen geht es an der Pariser Börse ohne Unterbrechung aufwärts. In der Berichtswoche stieg der Tendenzindex des Statistischen Amts Insee (Ende 1984=100) auf 128,5 (123,5) und der Index der Maklerkammer CAC (Ende 1981=100) auf 225,9 (219,4) Punkte. Eine vom Ausland ausgehende Spekulation auf Kursgewinne nach den Parlamentswahlen infolge Reprivatisierungen belebte die Nachfrage in diesem Berichtszeitraum. Außergewöhnliche Kursanstiege verbuchten Thomson-CSF und Pernod-Ricard.

GROSSBRITANNIEN / Einigung über Haushaltsplan

Staatsausgaben eingefroren

fu. London

Der Haushaltsplan der britischen Regierung für das kommende Finanzjahr 1986/1987 (Stichtag 1. April) steht. Nach zähen und langwierigen Kabinettsverhandlungen haben sich die einzelnen Ressortchefs mit Schatzkanzler Lawson auf ein Haushaltsvolumen von 139 Mrd. Pfund (517 Mrd. DM) geeinigt. Diese Summe liegt nur um etwa fünf Prozent über dem Haushalts-Budget für das laufende Finanzjahr in Höhe von 132 Mrd. Pfund.

Damit ist es der Regierung in London erneut gelungen, die Staatsausgaben für das kommende Jahr real einzufrieren. Die letzte Hürde dazu wurde genommen, als sich Umweltminister Baker und der Schatzkanzler darauf einigten, für das besonders delikate Programm zur Verbesserung des Haus- und Wohnungsstandards in den zum Teil verheerend heruntergekommenen Innenstädten knapp 1,2 Mrd. DM mehr zur Verfügung zu stellen. Das ist die Hälfte dessen, was der Minister ursprünglich gefordert hatte. In seinem Herbst-Bericht zur Lage der Wirtschaft wird Schatzkanzler Lawson am Dienstag zu den Haushaltsbeschlüssen im einzelnen Stellung nehmen.

Dazu zählt auch die zwischen Schatzamt und Verteidigungsministerium erzielte Einigung darüber, den Verteidigungsetat real auf Vorjahreshöhe zu halten. Dies wird als persönlicher Erfolg von Verteidigungsminister Heseltine gewertet, der davor gewarnt hatte, daß eine inflationsbereinigte Reduzierung der Verteidigungsausgaben den Erfolg untergraben würde, der mit der Anhebung des Verteidigungsetats um jährlich real drei Prozent seit 1979 gemacht wurde.

Einen Kompromiß konnte auch Gesundheitsminister Fowler erzielen, der sich erfolgreich gegen die Forderung des Schatzamtes nach einer Einfrierung des Kindergeldes zur Wehr setzte. Allerdings liegt die Anhebung unter der antizipierten Inflationsentwicklung. Kompensiert werden die Mehrausgaben in erster Linie durch erwartete Einnahmen aus dem Privatisierungsprogramm von bis zu 13 Mrd. DM.

ITALIEN / Gegenseitige Interessen führen zur Verflechtung von zwei großen Konzernen

Benedetti bietet Pirelli Anteile an

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Zwischen zwei großen italienischen Konzernen bahnen sich neue Interessenverflechtungen an. Auf Einladung des Finanziers Carlo De Benedetti hat sich die Holding des Pirelli-Konzerns, Pirelli & C. in Mailand dazu bereit erklärt, eine Beteiligung an einer der De Benedetti-Finanzholdings (CIR Holding oder Sabaudia) zu übernehmen. Dafür wird Sabaudia in das Kontrollsyndikat der Gesellschaft aufgenommen, die aus der bevorstehenden Fusion zwischen Pirelli & C. und der Finanzgesellschaft Caboto hervorgehen wird. In beiden Fällen handelt es sich um Minderheitsbeteiligungen. Gegenwärtig ist die De Benedetti-Finanzholding Sabaudia an Pirelli & C. mit 7,1 Prozent und an Caboto mit 8,2 Prozent beteiligt.

Sinn dieser Verflechtungen ist, die bereits bestehende Interessengemeinschaft zu verstärken, teils in der Notwendigkeit, die Kontrollquoten abzusichern. Während Carlo De Benedetti durch seine Politik der Allianzen daran denkt, seinem entstehenden Finanzimperium sichere und in der internationalen Finanzwelt seit langem eingeführte Partner zuzuführen, ist das Interesse von Konzernchef Leopoldo Pirelli darauf gerichtet das Aktionärssyndikat zu stärken, mit dem die Gründerfamilie Pirelli und die mit ihr befreundeten Firmengruppen die Konzernholding Pirelli & C. kontrollieren.

Die Familie Pirelli und die mit ihr verschwägerte Familie Tronchetti sind gegenwärtig nur noch mit jeweils fünf Prozent an dem Kapital von Pirelli & C. beteiligt. Während die befreundete Familie Orlando (Kontrollaktionärin des größten italienischen Metallkonzerns SMI) zehn Prozent und das halbstaatliche Kreditinstitut Mediobanca acht Prozent halten. Die Konzernholding Pirelli & C. ist mit 16 Prozent der größte Aktionär des Mailänder Gummikonzerns Pirelli S.p.A., zweitgrößter auch in diesen Fall das Kreditinstitut Mediobanca mit 5,1 Prozent, während der Pensionsfond der Banca D'Italia 2,6 und die Fiat-Finanzgesellschaft Fidis 2,2 Prozent besitzen.

Wie das Beispiel der ehemaligen Konzernholding der Bonomi-Gruppe, Bi-Invest, gezeigt hat, die im Laufe einer Übernahme-Aktion vor wenigen Monaten an den Chemiekonzern Montedison gefallen ist, genügt ein Kapitalviertel nicht mehr unbedingt, um die Kontrolle in Händen zu halten. Ein weiteres Beispiel dafür, wie Ankäufe an der Börse ein relativ leichtes Spiel haben, um die Eigentumsstruktur auch großer Unternehmen zu verändern, zeigt auch das Beispiel des größten italienischen Stahlkonzerns, Falck in Mailand. In diesen Fall hat ein Anleger-Syndikat in den letzten sechs Monaten etwa 22 Prozent des Kapitals erworben, womit dieses Syndikat jetzt größter Einzelaktionär des Unternehmens geworden ist. Die Familie Falck ist nur noch mit knapp 20, die Familie Pesenti mit gut 20 Prozent beteiligt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Hersfeld: Johann Wilhelm Heinrich Reichhardt, Rentner, Heringen/Werra; **Berlin-Charlottenburg:** Druckhaus Tempelhof GmbH; Nachl. d. Franz Pramer; Nachl. d. Edeltraud Ingeborg Freihoff; **Bergheim:** Nachl. d. Meta Gerda Gudat, Kerpen-Türnich; **Bochum:** Olfen Informations- u. Wirtschaftsdienst GmbH; **Bremen:** Eigenheim-Bauges. mbH; **Dannenberg:** Thiele-Bau GmbH, Celle; Thiele-Bau GmbH & Co. KG; **Göttingen:** Sportstättenbau Paul Kreuder GmbH & Co. KG; **Groß-Gerau:** IFG Intercontinentale Fleischhandelsges. mbH & Co. KG; **Lübeck:** Paul W. Scheel, Groß-Steinrade; **Meppen:** Else Steenken geb. Dirkhüse, Herzlake OT Westrum; **München:** W. V. B. Vermögensberatungs- u. betreuungsges. mbH; Nachl. d. Helmut Trattner; Nachl. d. Horst Günter Richard Groetzki; **Neuss:** DATRANS GmbH, Internationale Spedition u. Lagerung, Dormagen 11; **Ravensburg:** Peter Reichart GmbH, Isny/Allg.; **Wittlich:** Paul Hofmann, Bauunternehmer, Hillesheim; **Wuppertal:** Heinz-Günther Schöneberg, Kraftfahrzeugmeister, Heiligenhaus.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Gelsenkirchen: Paul Eichhorn GmbH u. Co. KG; **München:** Ing. Rolf Beuthin Estrich-Verlegung.

Vergleich beantragt: Bamberg: Rosi Heckel, Inh. d. Mini-Blitz, Kinderboutique; **Braunschweig:** KG i. Willi Bonewald jun. GmbH & Co. KG.

PERNOD-RICARD / Übernahmegerüchte an der Börse

Geschäft wird ausgebaut

J. Sch. Paris

Die französische Pernod-Ricard-Gruppe, der größte Spirituosenproduzent Europas, will seine Position national und international weiter ausbauen. Nachdem in den letzten Jahren der Sektor nichtalkoholische Getränke stark ausgeweitet wurde, ist die Gruppe jetzt auch beim Wein die Nummer eins in Frankreich. An der Société des Vins de France (SVF), deren Umsatz 2 Mrd. Franc erreicht, erhöhte Pernod-Ricard seine Beteiligung von 45 auf 90 Prozent.

Inzwischen hat die konzerneigene Exportgesellschaft für große Marken (SEGM) in der Bundesrepublik eine Importgesellschaft für die Marken Pernod, Ricard, Bisquit und Dubonnet gegründet, die im nächsten Jahr mit 3,5 Mill. Flaschen rund 50 Mill. DM umsetzen soll. Außerdem übernimmt SEGM die italienische Spirituosengesellschaft Ramazotti mit einer Produktion von 8,5 Mill. Flaschen und 100 Mill. DM Umsatz.

Auch wurde mit dem US-Spirituosenhersteller Heublin ein gegenseitiges Vertriebsabkommen unterzeichnet, welches Ricard den nordamerikanischen, japanischen und brasilianischen Markt stärker öffnet. Das Abkommen wird untermauert durch eine 30prozentige Heublin-Beteiligung an der Pernod-Ricard-Tochter Austin Nichols, die den Bourbon-Whiskey „Wild Turkey" produziert. Damit hofft der französische Konzern auf den drei Märkten seinen Export um mengenmäßig fünf bis zehn Prozent im Jahr zu steigern.

Zu den an der Pariser Börse kursierenden Gerüchten über ein bevorstehendes Übernahmeangebot (aus den USA) erklärte Konzernpräsident Patrick Ricard, daß er davon nichts wisse. Außerdem sei das Kapital ziemlich gut geschützt. Die Gründerfamilien würden 40 Prozent (Ricard selbst 12 Prozent) des Kapitals halten und hätten sich bisher entschlossen gezeigt, sich von ihren Aktien nicht zu trennen. Der Tagesumsatz von Pernod-Ricard-Aktien hatte sich in letzter Zeit auf über 20 Mill. Franc verdoppelt.

FLUGHÄFEN / Verband auch für die Zukunft optimistisch

Rekorde in allen Sparten

AP, Bremen

Die deutschen Verkehrsflughäfen erwarten für 1985 ein neues Rekordergebnis. Wie die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) auf ihrer Jahrestagung mitteilte, verzeichneten die elf internationalen Verkehrsflughäfen der Bundesrepublik in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres in allen Bereichen weiterhin deutlichen Verkehrszuwachs. Der ADV-Geschäftsführer, Hans Achtnich, rechnet für dieses Jahr mit neuen Rekordergebnissen der deutschen Flughäfen. Sowohl bei der Fracht als auch bei den Flugzeugbewegungen wird voraussichtlich erstmals die Millionenmarke überschritten.

Die Zahl der Fluggäste nahm bis Ende September um 8,1 Prozent zu. Für 1985 erwartet die ADV mehr als 55 Millionen Passagiere. Damit wäre das Fluggastaufkommen innerhalb von nur zwei Jahren um 16 Prozent gestiegen. Außergewöhnlich hoch war in den ersten neun Monaten der Zuwachs im Charterpauschalflugverkehr mit 12,1 Prozent. Das Passagieraufkommen im Linienverkehr nahm um 7,7 Prozent zu.

Deutliche Zuwachsraten gab es den Angaben zufolge auch bei der Frachtbeförderung mit 6,1 Prozent und der Luftpost mit 6,6 Prozent. Außerordentlich hoch sei in diesem Jahr auch die Zunahme der Flugzeugbewegungen. Bis Ende des Jahres rechne die ADV mit einer Steigerung von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Erstmals in einem Jahr hätten die elf deutschen Verkehrsflughäfen damit über eine Million Starts und Landungen zu bewältigen.

Auch für 1986 rechnen die deutschen Flughäfen bei weiter anhaltenden günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit einer Fortsetzung des Verkehrsaufschwungs.

TUI / Gesamtwirtschaftliches Umfeld hat auch den Reisemarkt aus der Stagnation geführt – Trend zum frühen Buchen

Tourismus-Veranstalter wieder im Aufwind

gb. Hannover

Das Reisejahr 1985 ist erheblich besser verlaufen, als die Tourismus-Branche noch im Winter vermutet hatte. Das gesamtwirtschaftliche Umfeld habe die Urlaubsreise begünstigt, sagte jetzt Paul Lepach, Sprecher des Vorstandes der Touristik Union International (TUI) in Hannover auf der Jahrespressekonferenz seines Unternehmens. Die positive Grundeinstellung der Bevölkerung, bedingt durch real wieder steigende Einkommen und die Qualität sowie die Preiswürdigkeit der Veranstalterprodukte hätten den Markt in Bewegung gebracht. Nach einigen Jahren der Stagnation befinde sich die Touristik-Branche jetzt im Aufwind.

Lepach ist überzeugt, daß diese Entwicklung auch im kommenden Reisejahr anhalten werde. Er rechnet mit einem Branchenzuwachs von zwei bis drei Prozent und ist sicher, daß seine Unternehmen noch besser abschließen werde. Das war offensichtlich auch im abgeschlossenen Geschäftsjahr (31.10.) der Fall. Zwar liegen genaue Zahlen noch nicht vor, aber bei der TUI zweifelt niemand daran, daß es ihr gelungen ist, den Marktanteil von 27 Prozent weiter zu erhöhen. Auf jeden Fall erzielte das Unternehmen die beste Teilnehmer-Zahl und den höchsten Umsatz seiner Geschichte. 2,356 Millionen Urlauber, 5,2 Prozent mehr als im Vorjahr, buchten eine Reise bei einem der TUI-Veranstalter Touropa, Scharnow, Hummel, Tigges, Transeuropa, Airtours, Twentours. Gerechnet habe man nur mit einem Zuwachs von drei Prozent.

Noch stärker, nämlich um 12,8 Prozent auf 2,74 Mrd. DM erhöhte sich der Umsatz. Als Motor dieser günstigen Entwicklung nannte Lepach den kräftigen Aufschwung der Flugpauschalreise (plus 8,2 Prozent), ganz besonders zu den Mittelstreckenzielen, während Fernflugziele und der Eisenbahntourismus Einbußen hinnehmen mußten. In diesem Zusammenhang beklagte Lepach die Tarifpolitik der Deutschen Bundesbahn, deren Sondertarife sich auf die gleiche Zielgruppe richteten wie die Angebote der TUI. Bei Kreuzfahrten stagnierte das Geschäft mit 14 400 Teilnehmern. Gut lief der Kluburlaub mit 135 000 „Robinson"-Gästen (plus 30 Prozent).

Als bemwerkenswert bezeichnete Lepach die Veränderungen im Buchungsverhalten der Kunden. Nach mehreren Jahren, in denen immer später gebucht wurde, habe sich dieses Verhalten im Sommer 1985 wieder normalisiert. Die Entwicklung zum frühen Buchen setze sich auch im laufenden Wintergeschäft fort. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer erhöhte sich von 13,9 auf 14,2 Tage, was einem Umsatzzuwachs von 2,2 Prozent entspricht. Der durchschnittliche Reisepreis stieg von 1084 auf 1164 DM.

Zum wirtschaftlichen Ergebnis wollte der TUI-Vorstand außer der lapidaren Feststellung, es habe sich verbessert, wie üblich nichts mitteilen. Auf Befragen ließ Finanzchef Helmut Gohr durchblicken, die Steigerung sei höher als die der Teilnehmerzahlen aber niedriger als die des Umsatzes. Zur Ergebniserhöhung, so sagte Lepach, hätten ein verbesserter Sales-Mix und die gute Flugauslastung beigetragen. Negative Einflüssen seien von der Entwicklung an den Devisenmärkten ausgegangen.

Spanien war auch im abgelaufenen Tourstik-Jahr die unbestrittene Nummer eins. Erstmals reisten mit der TUI mehr als 900 000 Gäste in dieses Land - knapp drei Prozent mehr als ein Jahr zuvor. An der Spitze lag Mallorca mit 352 600 Buchungen, dicht gefolgt von den Kanarischen Inseln mit 321 200 Teilnehmern.

RHEINELEKTRA

Technikbereich immer stärker

dpa/VWD, Mannheim

Die Rheinelektra AG, Mannheim, ist für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) optimistisch. Die erfreuliche Entwicklung der Unternehmensbereiche Technik und Energieversorgung sowie höhere Beteiligungserträge ließen eine weitere Stärkung erwarten, sagte Vorstandsvorsitzender Hans-Michael Höcherl. Nach dem Vorschlag von 11,50 DM Dividende je Aktie für 1984/85 werde sich die Ausschüttung auch für das laufende Jahr „oberhalb der Zehn-DM-Marke" bewegen.

Die Ertragsstärke von Rheinelektra wuchs, wie Höcherl betonte, 1984/85 vor allem durch den Technikbereich, mit dem das Unternehmen als größter unabhängiger Stark- und Schwachstrominstallateur im Bundesgebiet gilt. Bei einem Gesamtumsatz – einschließlich Mehrheitsbeteiligungen – von 1,98 (1,66) Mrd. DM stiegen die Technikumsätze um 10,9 Prozent auf 290,2 Mill. DM. Trotz der schwachen Baukonjunktur stiegen die Auftragszugänge.

Die Energieversorgung legte um 10,5 Prozent auf 192,8 Mill. DM zu, während der Elektrohandel um 5,2 Prozent auf 72,6 Mill. DM abnahm. Nach weiteren Schließungen werden im Frühjahr 1986 noch 22 Fachgeschäfte bestehen. Unter dem Strich blieb ein Jahresüberschuß von 25,48 (22,65) Mill. DM.

Im laufenden Jahr rechnet Rheinelektra, die unverändert 3053 Mitarbeiter beschäftigt, mit einem Umsatzzuwachs bis zu zehn Prozent. Die Sach- und Finanzinvestitionen sollen im laufenden Jahr etwa 26 (nach 30) Millionen DM erreichen. Am Rheinelektra-Kapital von 80 Mill. DM, das um zehn auf 90 Mill. DM berichtigt werden soll, sind neben dem Mehrheitsaktionär Rheinisch Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen, freie Aktionäre mit rund 38 Prozent beteiligt. Hauptversammlung ist am 9. Dezember in Mannheim.

ZF-Vorstand: Radermacher geht

nl. Stuttgart

Im Topmanagement der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF), einem der führenden Getriebebauer, kommt es zu einer überraschenden Veränderung: Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Karlheinz Radermacher (54) verläßt per Ende 1985 das Unternehmen. Nach Angaben des ZF-Aufsichtsratsvorsitzenden und Friedrichshafener Oberbürgermeisters Bernd Wiedmann habe sich Radermacher zu diesem Schritt entschlossen, weil sich seine Erwartungen, in einer bestimmten Zeit Vorstandsvorsitzender des Unternehmens zu werden, nicht erfüllt hätten.

Beobachtern blieb nicht verborgen, daß es mit Zusammenarbeit und Harmonie zwischen dem Vorstandsvorsitzenden Friedrich Baur (58), der 1982 bei ZF sein Aufsichtsratsmandat mit dem Vorstandsvorsitz tauschte, und Radermacher nicht zum besten bestellt war. Radermacher, gebürtiger Dortmunder, war von 1973 bis zu seinem Wechsel zur ZF in 1983 Entwicklungschef bei BMW.

SKF-Gruppe mit hohem Zuwachs

sz. München

Mit einer Steigerung des Gruppenumsatzes um 12 Prozent auf 14,7 Mrd. skr in den ersten neun Monaten 1985 hat der weltweit größte Wälzlager-Hersteller, der schwedische SKF-Konzern, Göteborg, Anschluß an das schon gute Vorjahr halten können. Allein auf Wälzlager entfielen davon 10,45 Mrd. skr (plus 13 Prozent) mit Schwerpunkt in Europa (plus 15 Prozent). Zweistellige Zuwachsraten brachten auch die Stahlprodukte (plus 16,4 Prozent auf 2,5 Mrd. skr) und Schneidwerkzeuge (plus 18,5 Prozent auf 0,6 Mrd. skr).

Ihren Niederschlag fand diese Entwicklung auch auf der Ertragsseite. Nach Angaben des Unternehmens verbesserte sich der Gruppengewinn (vor Steuern und Reserveänderungen) gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 33,8 Prozent auf 1,13 Mrd. skr. Obwohl die nordamerikanische Wälzlagertochter einen Verlust zu verzeichnen hatte, stieg diese Sparte noch um 31,5 Prozent auf 827 Mill. skr.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neuer PHB-Aktionär

Düsseldorf (J. G.) – Die Kölner Otto Wolff AG hat ihre Beteiligung an 30 Mill. DM Aktienkapital der PHB Weserhütte AG, Köln, auf 75,1 (99,9) Prozent reduziert. Käufer des Pakets von 24,8 Prozent der PHB-Aktien ist die Aachener und Münchener-Versicherungsgruppe, mit der die Wolff-Gruppe bereits bei der Baden-Württembergischen Gesellschaft für Beteiligungen mbH in industriellen Engagements „freundschaftlich zusammenarbeitet". Die Otto Wolff AG hatte ihre PHB-Beteiligung erst vor vier Monaten nach langem Rechtsstreit mit dem Hoesch-Konzern auf 99,9 (50,3) Prozent aufgestockt und dafür 60 Mill. DM gezahlt. Die Aufnahme des neuen PHB-Partners dürfte auch vor dem Hintergrund von Kapitalerhöhungsbedarf bei dieser in den letzten Jahren stark gewachsenen Anlagebau-Gruppe zu sehen sein.

Kienzle wächst kräftig

Stuttgart (nl) – Die Kienzle-Firmengruppe, Villingen-Schwenningen, einer der führenden deutschen Uhrenproduzenten, erzielte in den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1985 ein Umsatzplus von 18,4 Prozent. Für das ganze Jahr peilt die Gruppe, die über 1300 Mitarbeiter beschäftigt und voll ausgelastet ist, einen Umsatz von etwa 150 Mill. DM an.

Adt-Kapitalschnitt

Frankfurt (VWD) – Einen Kapitalschnitt plant die zur französischen Sommer-Allibert-Gruppe gehörende Adt AG, Frankfurt. Einen entsprechenden Vorschlag enthält die Einladung zur Hauptversammlung am 16. Dezember. Das Unternehmen war durch sein verlustreiches Engagement im Bauträgerbereich immer mehr in die Verlustzone geraten. Nun soll die HV zunächst der Herabsetzung des Grundkapitals von 25 Mill. auf 5 Mill. DM zustimmen. Anschließend soll das Kapital um 28 Mill. DM erhöht werden.

Dornier-Angebot

Zürich (dpa/VWD) – Justus Dornier will die beiden staatlichen kanadischen Flugzeugfirmen Canadair und De Havilland of Canada erwerben. Ein entsprechendes Angebot haben Dornier-Vertreter der Holding Canadian Development Investment Corporation vorgelegt. Die kanadische Regierung hatte sich verpflichtet, beide Werke bis zum Jahresende zu reprivatisieren. Die von Justus Dornier vorgeschlagene Lösung sieht Investitionen von insgesamt 500 Mill. kan. Dollar (945 Mill. DM) vor. 200 Mill. davon sollen den beiden Gesellschaften zur Stärkung ihrer Finanzkraft direkt zur Verfügung gestellt werden.

Weizenbier als Renner

München (dpa/VWD) – Bayerns Brauereien haben 1984/85 (30. September) mit einem Bierausstoß von 25,7 Mill. Hektoliter das Vorjahresergebnis um 0,6 Prozent übertroffen. Absatzrenner war erneut Weizenbier mit einem Zuwachs von 9,2 Prozent auf 4,7 Mill. hl und einem Anteil am bayerischen Gesamtausstoß von 18,1 Prozent. Nach Ansicht des Brauerbundes müssen sich Bayerns Bierbrauer darauf einstellen, daß der Bierausstoß in den nächsten Jahren nicht mehr zu erhöhen ist.

Wachstumschancen mit Information

dpa/VWD, München

Digital Equipment entwickelt sich vom Datenverarbeiter zum Informationssystem-Anbieter. Kommunikation, auch im Büro, wird die Spezialität des Elektronikkonzerns von morgen sein, sagte Willi Kister, Sprecher der Geschäftsführung der Digital Equipment GmbH, München. In der Bürokommunikation sieht die Geschäftsleitung Wachstumschancen von rund 50 Prozent. In der Bundesrepublik hat Digital Equipment innerhalb von zwei Jahren 70 DEC-Bürosysteme (durchschnittlicher Anfangswert 500 000 DM) verkauft.

Dies habe auch entscheidend zur im Geschäftsjahr 1984/85 (30. Juni) erreichten Umsatzsteigerung um 48 (Vorjahr: 33) Prozent auf 913 Mill. DM beigetragen. Zwei Drittel des Umsatzes erzielte die deutsche Tochter des US-Konzerns Digital Equipment Corporation (DEC), Maynard, im Bereich Hardware. Der Gewinn des Münchner Unternehmens kletterte 1984/85 um 61 Prozent auf 7,5 Mill. DM. Die GmbH rechnet auch im laufenden Geschäftsjahr mit einem zufriedenstellenden Ergebnis. Am 30. Juni beschäftigte DEC in der Bundesrepublik 2456 Mitarbeiter.

Die amerikanische Muttergesellschaft hat ihr Europageschäft im vergangenen Geschäftsjahr um 33 Prozent auf 1,94 Mrd. Dollar (rund 5,82 Mrd. DM) ausgeweitet, dies entspricht etwa einem Drittel des Konzernumsatzes. Weltweit erzielte der Konzern mit 89 000 Beschäftigten einen Umsatz von 6,68 (5,58) Mrd. Dollar. Der Jahresüberschuß verbesserte sich um 36 Prozent auf 447 Mill. Dollar.

VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT / Hagelschäden

Neue Regelung geplant

HARALD POSNY, Bonn

Der Versicherungswettbewerb spielt sich nach den Worten des Präsidenten des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GVD), Georg Büchner, nicht allein über Produkt, Prämie und Service ab, vielfach kämen noch die Gewinn- und Überschußbeteiligungen oder die Beitragsrückerstattung als wesentliche Elemente hinzu. Auch die Zahl der Unternehmen, derzeit 400, wobei seit 1970 rund 150 hinzugekommen sind, sogar die Zahl der 110 ausländischen Anbieter mit einem Prämienanteil von etwa 14 Prozent, gehört dazu. Ein viel zu wenig beachteter Punkt sei auch die Schadenabwicklung.

In den nächsten Wochen können in der Wohngebäudeversicherung auch Hagelschäden versichert werden, auch wenn sie nicht unmittelbar Folge eines vesicherten Sturmes sind. Bisher waren Hagelschäden nur bei Hagelsturm (ab Windstärke 8) gedeckt. Der Vorsitzende des Verbandes der Sachversicherer, Detlev Bremkamp, bezifferte die Mehrprämie bei einem Zusatz zu geltenden Verträgen auf 5 Pfennig pro 1000 DM Versicherungssumme. Andere Unternehmen würden die Hagelklausel auch kostenlos miteinschließen. Nach den Worten Bremkamps ist auch für Betriebs- und Geschäftsgebäude eine vergleichbare Deckung im Rahmen der Sturmversicherung in Vorbereitung.

Der Vorsitzende des Verbandes der Privaten Krankenversicherer (PKV), Heinrich Frommknecht, berichtete von einer gerade verabschiedeten Neuregelung für arbeitslose Privatversicherte. Nach dem Gesetzentwurf sollen die Zeiten, in denen der privat Vesicherte arbeitsunfähig krank ist und Krankentagegeld erhält, beitragspflichtig werden und den Beschäftigungszeiten, die Höhe und Dauer des Arbeitslosengeldes bestimmen, gleichstehen. Ab 1. 1. 1986 werden die Versicherer auch rückwirkend die bei Arbeitsunfähigkeit vom Krankentagegeld zu entrichtenden Arbeitslosenbeiträge (rund 4,2 Mill. DM) voll übernehmen. Die bisherige Benachteiligung privatversicherter Arbeitsloser wird damit beseitigt.

Noch nicht festlegen wollte sich der Vorsitzende des Verbands der Lebensversicherungen, Hubert Pestenhofer, hinsichtlich neuer Überlegungen zu den Änderungen der Berechnungsgrundlagen, des garantierten Rechnungszinses für die Kapitalanlagen der Versicherer und eine neue Sterbetafel, die möglicherweise zu niedrigeren Beiträgen, einer höheren garantierten Leistung, aber auch zu einer geringeren Überschußbeteiligung führen wird. Diese Gewinnbeteiligung kann vermutlich die Unterschiede zwischen einzelnen Versicherern noch vergrößern.

BATTENFELD / Mit Kunststoffmaschinen in die Weltspitze – Tochter größer als die Mutter

Noch mitten in kräftiger Expansion

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit stattlichem Wachstum des Weltumsatzes in 1984/85 (30. 6.) um 34 (15) Prozent auf 710 Mill. DM präsentiert sich die von der Battenfeld Maschinenfabriken GmbH, Meinerzhagen, dezentral geführte Gruppe als herausragend erfolgreicher Diversifikationszweig, den der wohl weltgrößte Walzwerksanlagenbauer, die Düsseldorfer SMS Schloemann-Siemag AG, in den letzten zehn Jahren mit der Kunststoff-Verarbeitungsmaschinenproduktion neben seinem mit der Stahlkonjunktur schwankungsreichen Stammgeschäft aufgebaut hat. Im Umsatz wie in der Belegschaftszahl, die 1984/85 auf 3786 (3062) stieg und im laufenden Jahr an 4000 kommen soll, ist die Tochter nun bereits größer als die Mutter.

Die läßt der Tochter zur weiteren Expansion auch den Gewinn, der nach mageren Aufbaujahren nun (wegen der da gleichfalls schweigsamen Konkurrenz) damit umschrieben wird, daß man das von der Mutter gesetzte Ziel einer Nettoumsatzrendite von zwei Prozent „beträchtlich" überschritten habe. Mehr als drei Prozent seien es aber nicht, und der nun im wesentlichen aufgebrauchte steuerliche Verlustvortrag habe dabei natürlich mitgeholfen.

So kräftig wie in den beiden letzten, für alle Kunststoffmaschinenbauer besonders guten Jahren werde das Wachstum freilich künftig nicht weitergehen, wiegelt der Geschäftsführungsvorsitzende Theodor Bellmann ab. Auch Rückschläge im Auftragseingang könnten in den nächsten Jahren kommen. Das hatte er allerdings auch schon für 1984/85 befürchtet, das dann doch im Sog auch der Maschinen-Modernisierungswelle bei der Kundschaft (Automatisierung) den Auftragseingang der Gruppe um 27 Prozent auf 869 Mill. DM emportrieb. Und für 1985/86 ist immerhin ein weiterer Umsatzanstieg von knapp elf Prozent auf 787 Mill. DM geplant.

Die Marktdaten werden bei Battenfeld bis zum Jahre 2000 positiv eingeschätzt. Bis dahin werde die Welt-Kunststoffproduktion (ohne die derzeit etwa sechs Mill. t des Ostblocks), die 1984 bei gut 60 (nach 58 und 50) Mill. t lag, mit einer Jahresrate von vier bis fünf Prozent wachsen. Für den Welt-Produktionswert von circa 15 Mrd. DM an gummi- und kunststoffverarbeitenden Maschinen, bei denen die deutschen Hersteller auch 1984, wie seit Jahren, mit 26 Prozent Weltmarktanteil „ihre Führungsrolle behaupteten", folge daraus eine reale Wachstumsrate von zwei bis drei Prozent – gleichfalls bis zum Jahre 2000.

In diesem Umfeld zählt sich die Battenfeld-Gruppe bereits heute zu den umsatzstärksten Kunststoffmaschinenbauern der Welt. Mit Spritzgießmaschinen (immer noch der im Umsatz größte Zweig) fing es an – inzwischen biete man durch Programmerweiterung auf Extrusionsanlagen, Hohlkörperblasmaschinen und Reaktionsgießmaschinen (besonders für Polyurethan) „das weltweit breiteste Spektrum" an Kunststoffmaschinen an.

Die im Berichtsjahr mit 33 (38) Mill. DM fortgesetzten Gesamtinvestitionen der Gruppe sollen ab 1985/86 auf die Höhe der Abschreibungen (derzeit 30 Mill. DM) zurückkehren. Bellmanns Vorbehalt dazu: Durch weiteren Aufbau von Auslandswerken, die 1984/85 nebst Vertriebstöchtern 1713 (1346) Mitarbeiter zählten und 370 Mill. DM des Auftragseingangs brachten, könnte die Planung auch wieder übertroffen werden. Man liebäugelt z. B. damit, auch Spritzgießmaschinen (wie bereits Extrusionsanlagen) in den USA zu produzieren und auf wachsendem China-Markt (bereits fast 90 Mill. DM Umsatz) eine erste Joint-Venture-Fabrik mit den „sehr interessierten" Chinesen zu bauen.

Aktienmarkt uneinheitlich, aber

. . . weiterhin Nachfrage nach Autopapieren

DW. – Wie schon oftmals in den vorangegangenen Wochen hatten die vorbörslich erzielten Kurse im offiziellen Handel später keinen Bestand. Die gelegentlichen, dafür aber kräftigen Rückschläge haben eine gewisse Nervosität in die Märkte getragen. Sie gilt als Konsolidierung, die abgeschlossen sein muß, bevor der Aktienmarkt in höhere Dimensionen vorstoßen kann. Zahlreiche Sonderbewegungen lassen erkennen, daß die Unternehmungslust nach wie vor beträchtlich ist und auch die Ausländer ihre Anlagekäufe fortsetzen.

Im Mittelpunkt der Nachfrage standen Autoaktien. Dabei übersprang Daimler die Marke von 1200. Weiterhin lebhaft gehandelt auch VW, aber hier keine nennenswerten Kursfortschritte mehr. Nach wie vor sorgen sensationelle Gewinnschätzungen hier für Kaufanregungen bei den VW-Aktien. Zu einer Sonderbewegung kam es bei PWA, wo der Kurs bei lebhaften Umsätzen deutlich angehoben worden ist. Bei Kugelfischer zeichnet sich zwischen 420 DM und 430 DM eine Konsolidierung ab. Auf dieser Basis konnen die Erstzeichner (Emissionskurs 310) die ihnen zugeteilten Stücke reibungslos loswerden. Weiter aufgeholt haben Thyssen und Hoesch, während Preussag als Rohstoffgesellschaft unter Druck geriet und mehr als 10 DM einbüßte. Siemens lag um rund fünf DM fester. AEG unverändert. Das trifft auch für die Großbanken zu.

Frankfurt: Heidelzement zogen um 25 DM an. Rosenthal erhöhten um 20 DM und Binding um 5 DM. Nachgegeben haben Dyckerhoff St. um 4 DM, Rheinelektra um 8 DM und Rheinmetall um 12 DM.

Düsseldorf: Balcke Dürr stockten um 5 DM und DAT um 10 DM auf. Audi verbesserten sich um 15 DM und Keramag um 4,50 DM. Nino stockten um 4 DM und Mauser um 3 DM auf, während Allianz Leben um 20 DM nachgaben.

Hamburg: Beiersdorf verbesserten sich um 4,50 DM und HEW um 2,50 DM. Bremer Vulkan schlossen um 1 DM und Hapag Lloyd um 0,50 DM fester. Um 3 DM schwächer lagen Reichelt und Holsten Brauerei verminderten um 5 DM.

Berlin: Herlitz St. schlossen 8 DM leichter, die Vorzüge gaben um 12 DM nach. DeTeWe büßten 5 DM, Orenstein 1 DM. Berliner Bank verbesserten sich um 0,50 DM. Tempelfeld wurde 5 DM höher taxiert.

München: Agrob St. verloren 5 DM, Dywidag 0,50 DM und Gehe AG 6 DM. Grünzweig verminderten um 2,50 DM und Neue Baumwolle Hof um 5 DM. Verbessert haben sich Zahnräder Renk um 4 DM und Esterer um 20 DM.

Stuttgart: Daimler waren um 55 DM höher bei 1215 DM gefragt. Mercedes kletterten um 14 DM. Porsche waren um 29 DM nachgebend. Aesculap gewannen 8 DM. Zeiss Ikon stockten um 17 DM auf.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 250,81 (250,79)
WELT-Umsatzindex: 6845 (8108)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Singapur

[illegible]

Tokio

[illegible]

Sydney

[illegible]

Oslo

[illegible]

Wien

[illegible]

Toronto

[illegible]

Zürich

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

Nullkupon-Anleihen (DM)

[illegible]

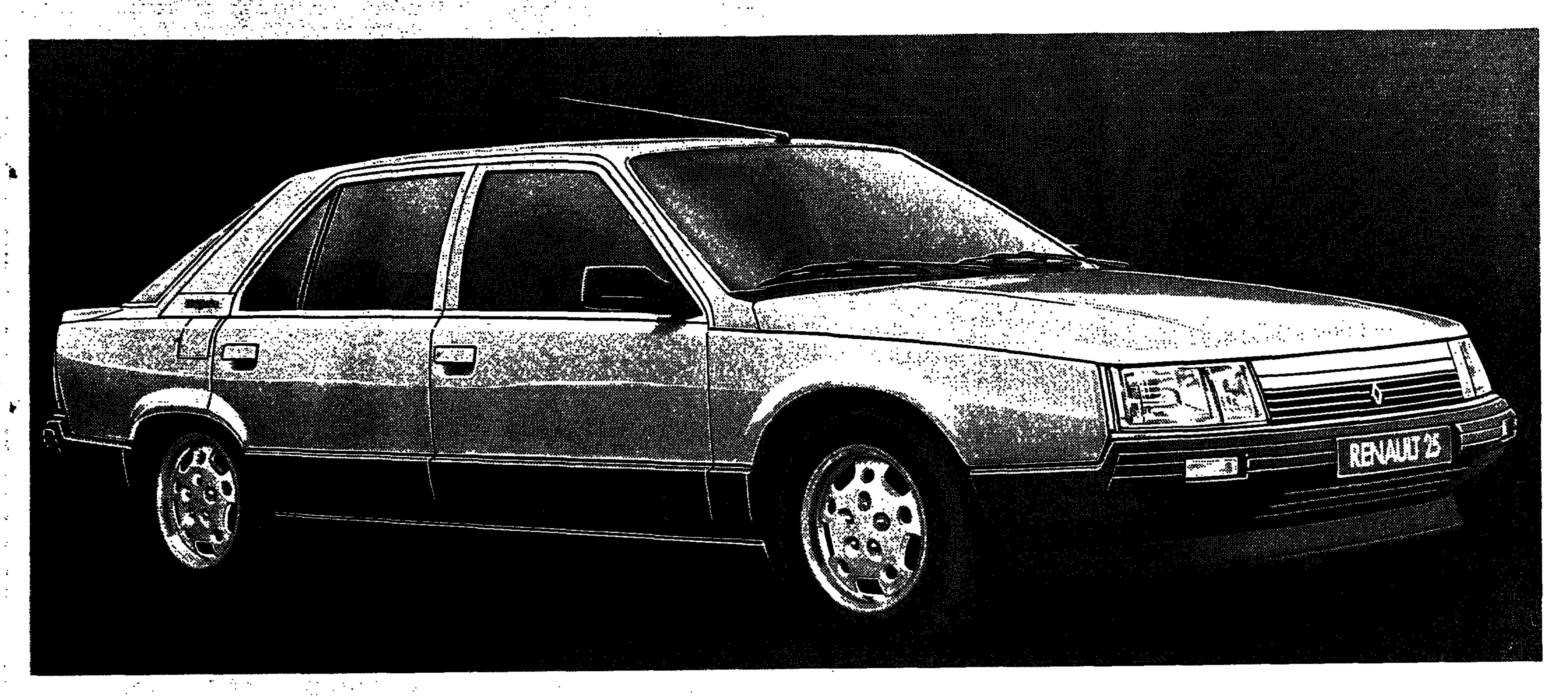
Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

[illegible]

New Yorker Finanzmärkte

[illegible]

Ihr Schnelles Fortkommen ist



Ihnen mit Frontantrieb Sicherer.

Bundesanleihen

			7.11.	6.11.
F	5½ Bund 78 II	3/86	100,1	100,15
F	5¾ dgl. 78	5/86	100,05	100,1bG
F	7¾ dgl. 76 I	12/86	102,25G	102,3bG
F	6½ dgl. 79	1/87	101,6G	101,6
F	7¾ dgl. 76 II	1/87	102,4bG	102,4bG
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,05G	102,05bG
F	6½ dgl. 77	7/87	101,8	101,8G
F	6 dgl. 77	10/87	100,9bG	100,85bG
F	6 dgl. 78 I	1/88	101	101E3
F	6½ dgl. 78 I	9/88	101,9	101,8
F	6¾ dgl. 78 II	12/88	102G	102
F	6¾ dgl. 79	1/89	102,35	102,55
F	7¼ dgl. 79 I	4/89	104,15G	104,15
F	10 dgl. 81 I	4/89	111,1G	111,1
F	7½ dgl. 79 I	6/89	104,6G	104,6
F	8 dgl. 79 I	7/89	105,75	105,7bG
F	8 dgl. 79 II	8/89	105,85G	105,85
F	7½ dgl. 79 II	9/89	104,5G	104,5
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	105,35	105,35
F	7¾ dgl. 80	1/90	105,95	105,7
F	10 dgl. 80	4/90	113,4	113,5
F	5¾ dgl. 78	5/90	100,5	100,5
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	107,85bG	107,75
F	8¾ dgl. 80 II	11/90	108,45	108,45
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	106,4	106,35
F	9 dgl. 81	2/91	110,9	110,9
F	7½ dgl. 83 III	6/91	105,15	105,05
F	10¾ dgl. 81	7/91	116,15	116G
F	10¾ dgl. 81	9/91	119,05	119,05G
F	10 dgl. 81 II	12/91	115,8	115,6bG
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	114,75	114,7
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	115,05G	115,05
F	9½ dgl. 82	4/92	113,85	113,85
F	9 dgl. 82 I	5/92	111,3	110,3
F	8½ dgl. 82	6/92	109G	109bG
F	9 dgl. 82 II	8/92	111,75G	111,75
F	8¾ dgl. 82	9/92	110,55G	110,55

Konsolidierung bei den Renten

Nach dem Rückgang der Renditen gab es bei den Aktien eine Konsolidierungspause. Bei den öffentlichen Anleihen ließ die Nachfrage merklich nach. Die Kurse schwankten um 0,10 Prozentpunkte. Die siebenprozentige Bahnanleihe, die bis auf 102,50 Prozent heraufgesetzt worden war, fiel um 0,20 Prozentpunkte zurück. Das Interesse für Bundesobligationen war auf der jetzigen Renditebasis begrenzt. Die inländischen institutionellen Anleger scheinen auf eine Wiederanhebung der Renditen im langfristigen Bereich bis in die Gegend von 7,50 Prozent zu warten.

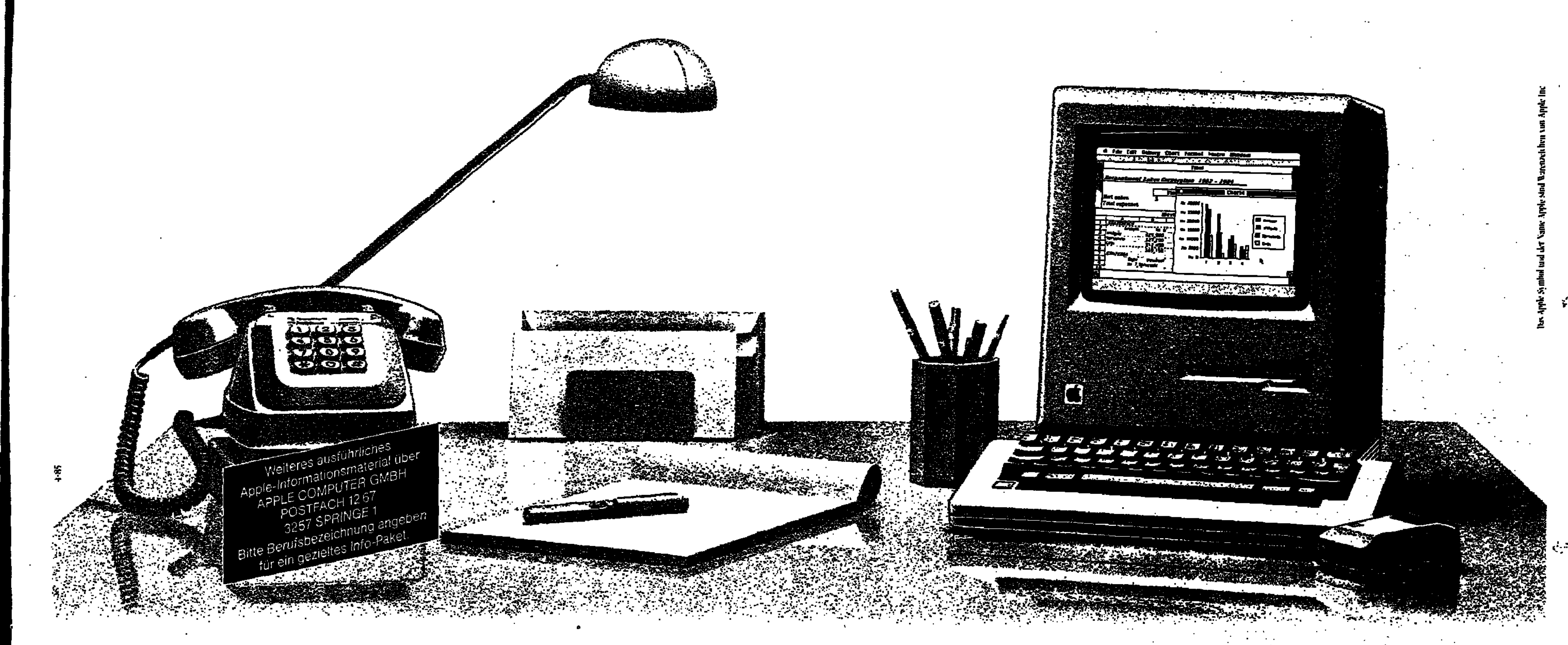
F	3½ Kansai Paint84 m.O.	124T	125G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	91,1	91T
F	3¼ Kaufhof 84 m. O.	136	135
F	3¼ Kaufhof 84 o. O	79,5	79,5
F	3¾ Linde Int. m. O.	153	152T
F	3¾ dgl. o. O	77,25bG	77,25
F	3½ Mitsubishi 84 m. O.	160T	162
F	3½ dgl. 84 o. O.	92,5	92,5
F	3½ Nippon Flour 84 m.O	118G	118G
F	3½ dgl. 84 o. O.	91,25bG	91G
F	5¼ Nipp. Shin. 85 m.O.	128G	128G
F	3¼ Nipp. Shin. 85 o.O.	89,9G	89,75
F	5¾ Rhythm Watch83 m.O	127G	127G

8 dgl. 84/94	104,75	104,25G
7¾ dgl. 85/97	103,6	103,5
7¾ Austr. Fin. 84/94	104,25	103,75
7½ Aumar 73/88	-Zhg	-Zhg
7 Australien 72/87	100,5	100,75G
5¾ dgl. 77/89	100,1	100,1
6 dgl. 78/88	100,3	100,25
8½ dgl. 80/90	103	103,25
9¾ dgl. 81/91	110,25G	110,25
9¾ dgl. 82/91	109,5	109,5
7¾ dgl. 82/92	105,5G	105
6½ dgl. 83/93	101,25	101,35G
7¼ dgl. 84/96	102,6	103

6¾ dgl. 78/88 II	100,6	100,55
6¾ dgl. 78/88 III	99,75G	99,75G
7¼ dgl. 79/89	102,5G	102T
7½ dgl. 79/89	102,75	102,5
9¾ dgl. 80/90	105,75G	105,75
10 dgl. 81/91	107,6G	107,6
10½ dgl. 81/91	108,25G	108,25G
10 dgl. 82/92	110,5T	110,25T
8¾ dgl. 82/92	109,5T	108T
8¼ dgl. 82/92	103,9	104T
7¾ dgl. 83/93	102,5	102T
8¼ dgl. 83/88	104,4G	104,4G
8¾ dgl. 83/93	105T	105T

Warum denn einen Computer einsetzen?

Warum denn effizienter arbeiten?



Effizienz steigern bedeutet: Verschwendung reduzieren. Nicht, daß irgendein Geschäftsmann aus purer Absicht Zeit verschwendet. Oder Energie. Oder Geld. Aber es passiert, wenn man nicht das richtige Instrument zur Hand hat. Vielleicht arbeiten deshalb so viele erfolgreiche Leute mit einem Apple Personal Computer. Betrachten wir doch einmal die vielen Dinge, die ein Geschäftsmann erledigen muß, um sein Geschäft voranzutreiben.

Das Beschaffen von Informationen zum Beispiel. Mit herkömmlichen Akten kostet das eine Menge Zeit.

Mit einem Apple und einem Datenbank-Programm haben Sie alle Informationen, die Sie brauchen, an einem Platz. Sie können augenblicklich ergänzen, überprüfen und umgestalten. Ohne Ihren Schreibtisch zu verlassen.

Haben Sie einen Finanzplan oder ein Budget zu erstellen, kann es oft Stunden dauern, bis Sie sich allein von den möglichen Varianten ein Bild gemacht haben.

Mit einem Programm zur Tabellenkalkulation können Sie in Sekundenschnelle mehrere Lösungsmöglichkeiten ausarbeiten und vergleichen.

Warum weitere Papierkörbe mit Briefansätzen, Berichten und Graphikentwürfen füllen?

Wenn Sie Ihren Apple für die Textverarbeitung einsetzen, bleibt Ihnen nur ein einziger Entwurf, den Sie sooft Sie wollen verändern können. In Gedankenschnelle.

Es ist auch schwierig, Entscheidungen zu treffen, wenn die dazu benötigten Unterlagen noch in der Post sind.

Mit einem Macintosh können Sie Ihre Post per Telefon empfangen. Von überall her in der Welt. Und Sie können Ihre eigene Post in gleicher Weise versenden – blitzschnell. Ganz gleich, was Sie zu erledigen haben – ein Apple kann Ihnen helfen, es schneller, leichter und mit geringerem Aufwand an Zeit und Mühe zu erledigen. Mit einem Wort: effizienter.

Warum also sollten Sie als Produkt- oder Projektmanager, Verkaufs- oder Finanzleiter oder, oder … auf einen Apple verzichten?



Apple Computer

Warenpreise – Termine

Bruchteilig schwächer schlossen am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Bei Kakao gab es kleine, bei Kaffee größere Verluste.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	6.11.	5.11.
Dez.	325,75	323,75
März	329,75	329,25
Mai	314,00	315,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St. L. 1 CW	272,75	270,45
Am. Durum	269,69	267,39

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Dez.	115,50	115,50
März	121,40	121,40
Mai	125,00	125,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Dez.	101,10	100,50
März	102,20	101,50
Mai	–	–

HAFER Chicago (c/bush)

Dez.	125,50	127,00
März	135,75	134,75
Mai	137,75	139,25

MAIS Chicago (c/bush)

Dez.	234,00	235,50
März	243,25	245,00
Mai	247,50	250,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Dez.	105,80	106,00
März	111,80	111,90
Mai	115,00	115,10

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	6.11.	5.11.
Dez.	156,20	158,50
März	158,00	159,60
Mai	158,95	160,25

KAKAO New York ($/t)

	6.11.	5.11.
Dez.	2037	2043
März	2131	2137
Mai	2189	2200
Umsatz	3640	4811

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Jan.	5,60	5,81
März	6,21	6,32
Mai	6,38	6,49
Juli	6,55	6,64
Sept.	6,73	6,82
Umsatz	7697	13482

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 5,66 5,67

KAFFEE London (£/t) Robusta

	6.11.	5.11.
Nov.	1870-1875	1870-1875
Jan.	1905-1905	1913-1915
März	1880-1882	1898-1899
Umsatz	7468	7267

KAKAO London (£/t)

Dez.	1607-1608	1635-1637
März	1659-1660	1677-1678
Mai	1689-1690	1730-1731
Umsatz	10830	7185

ZUCKER London (£/t) Nr. 6

	6.11.	5.11.
Dez.	148,00-149,60	152,80-154,00
März	161,40-161,60	163,60-163,80
Mai	165,00-165,60	167,20-167,60
Umsatz	2900	1777

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	7.11.	6.11.
schw		
Saraw spez.	867,50	867,50
weiß Saraw	1032,50	1017,50
weiß Munt	1042,50	1027,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	6.11.	5.11.
Nov.	113,75	115,50
Jan.	114,80	114,30
März	115,00	115,10
Mai	115,20	115,50
Juli	114,50	115,10
Umsatz	500	750

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

	6.11.	5.11.
	44,00	45,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

	21,50	21,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Dez.	19,95	19,88
Jan.	20,09	20,05
März	20,48	20,40
Mai	20,85	20,85
Juli	21,15	21,15
Aug.	21,20	21,20
Sept.	21,20	21,10

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk

	18,00	17,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	18,50	18,00
Choice white hog 4 % fr. F.	13,00	13,00

TALG New York (c/lb)

top white	15,00	15,00
fancy	14,50	14,50
bleichb.	14,25	14,25
yellow max. 10% fr. F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Dez.	46,70	47,20
Feb.	46,05	46,40
April	41,45	41,80

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Feb.	62,25	63,10
März	62,70	63,20
Mai	63,95	64,45

HÄUTE Chicago (c/lb)

	6.11.	5.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	63,00	–
Kühe einh. schwere River Northern	53,00	52,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Nov.	516,25	519,00
Jan.	528,50	532,00
März	540,00	544,00
Mai	549,50	553,50
Juli	555,00	560,75
Aug.	553,50	558,50
Sept.	538,00	540,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Dez.	148,80	149,30
Jan.	148,70	149,70
März	149,50	150,90
Mai	150,30	151,80
Juli	150,50	152,00
Aug.	149,50	151,00
Sept.	147,50	149,70

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	6.11.	5.11.
Dez.	297,00	296,00
März	303,50	303,80
Mai	309,50	308,20

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	6.11.	5.11.
	18,50	18,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	7.11.	6.11.
jegl. Herk. cif	958,00	938,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk. ex Tank	580,00	700,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	350,00	350,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)
roh Niederl. fob Werk

	129,50	131,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	400,00	422,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	244,00	243,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr. Nr 2	6.11.	5.11.
Dez.	61,10	61,25
März	61,95	61,87
Mai	62,45	62,10
Juli	60,65	59,60
Okt.	53,05	53,35
Dez.	51,75	52,09

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS-1

	42,25	42,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	7.11.	6.11.
Dez.	450-462	445-460
Jan.	459-470	461-465
März	474	462-464
Umsatz	139	107

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	6.11.	5.11.
Dez.	51,15	51,15
März	51,15	51,15
Mai	51,50	51,50
Juli	51,50	51,50
Umsatz	–	–

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg)
Merino-Schweißw. Standard

	6.11.	5.11.
Dez.	595,00-598,00	591,00-595,00
März	–	612,00-615,00
Mai	–	621,00-624,00
Umsatz	8	46

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	7.11.	6.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	6.11.	5.11.
Nov.	12431	12401
Dez.	12447	12423

KAUTSCHUK London (p/kg)

	6.11.	5.11.
Nr. 1 loco	56,00-59,00	56,00-59,00
Dez.	–60,00	–60,00
Jan.	–	–
Febr.	–	–

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	6.11.	5.11.
Dez.	180,50-181,50	179,50-180,50
Jan.	182,50-183,50	180,50-181,50
Nr. 2 Nov.	172,00-173,00	171,00-172,00
Nr. 3 Nov.	169,50-170,50	168,50-169,50
Nr. 4 Nov.	164,50-165,50	163,50-164,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	7.11.	6.11.
BWC	400	400
BWD	370	370
BTC	400	400
BTD	370	370

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	7.11.	6.11.
ALUMINIUM: Basis London		
Ifd. Mon.	243,37-243,56	247,30-247,49
dritt. M.	252,88-253,06	256,48-256,67
BLEI: Basis London		
Ifd. Mon.	101,75-101,95	102,86-103,04
dritt. M.	103,34-103,42	103,42-103,79
NICKEL: Basis London		
Ifd. Mon.	1036,11-1039,83	1045,41-1047,29
dritt. M.	1058,47-1060,33	1066,02-1066,49
ZINK: Basis London		
Ifd. Mon.	144,61-144,98	147,63-148,01
Prod.-Pr.	174,05	174,79
REINZINN		
99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

7.11.	6.11.
ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	7.11.	6.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	360,02-363,19	363,46-366,65
BLEI in Kabeln	109,50-110,50	110,50-111,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	7.11.	6.11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	321-322	323-330
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	352-354	354-358
MS 63	342-344	344-347

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	7.11.	6.11.
Leg. 225	315	315
Leg. 226	317	317
Leg. 231	350-352	350-352
Leg. 233	360-362	360-362

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	7.11.	6.11.
PLATIN (DM/g)	29,45	29,30
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	27510	27690
Rückn.-Pr.	26760	26940
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27570	27760
Rückn.-Pr.	26860	27050
verarbeitet	28920	29120
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27045	27230
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	518,70	522,30
Rückn.-Pr.	503,30	506,70
verarbeitet	541,50	545,20

Internationale Edelmetalle

	7.11.	6.11.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	323,60	324,75
15.00	323,00	324,40
Zürich mit.	323,60-324,10	324,70-325,20
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	82750	83100
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	422,75	423,05
3 Mon.	434,05	434,75
6 Mon.	445,60	446,35
12 Mon.	468,60	469,40
PLATIN (£/Feinunze) London	6.11.	5.11.
fr. Markt	227,00	225,85
PALLADIUM (£/Feinunze) London	6.11.	5.11.
f. Händl.-Pr.	70,50	70,50

New Yorker Metallbörse

	6.11.	5.11.
GOLD H & H Ankauf	324,65	324,60
SILBER H & H Ankauf	609,00	608,50
PLATIN		
f. Händl.-Pr.	332,00-334,00	332,00-334,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	101,00-102,00	100,50-101,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Nov.	608,80	608,80
Dez.	611,50	612,00
Jan.	616,20	616,70
März	624,00	624,00
Mai	632,70	633,20
Juli	641,50	642,00
Sept.	650,90	651,50
Umsatz	7000	8000

KUPFER (c/lb)

	6.11.	5.11.
Nov.	61,05	60,60
Dez.	61,35	60,85
Jan.	61,70	61,25
März	62,20	61,70
Mai	62,60	62,20
Juli	63,00	62,55
Sept.	63,40	62,95
Umsatz	4000	5000

Londoner Metallbörse

	7.11.	6.11.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	653,00-653,50	657,50-658,50
3 Mon.	678,50-679,00	682,50-683,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	273,00-273,50	275,00-275,50
3 Mon.	277,00-277,50	277,00-277,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	945,00-946,00	949,00-950,00
3 Monate	975,00-976,00	975,00-976,00
ab. Kasse	–	955,00-956,00
3 Monate	–	982,00-982,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	920,00-921,00	929,00-931,00
3 Monate	952,00-955,00	961,00-963,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	388,00-389,00	395,00-395,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	270-280
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	60-65

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	6.11.	5.11.
Dez.	86,50-86,75	85,70-85,85
Jan.	86,40-86,50	85,40-85,50
Febr.	85,05-85,10	83,80-84,00
März	80,40-80,50	79,45

GASÖL – London ($/t)

	6.11.	5.11.
Dez.	260,00-260,25	260,50-260,75
Jan.	257,50-257,75	258,25-258,50
Febr.	253,25-253,50	253,75-254,00
März.	244,25-244,50	244,00-244,75
April	238,00-238,25	234,25-234,50
Mai	230,25-231,00	229,00-229,50
Juni	228,00-229,00	227,75-228,00
Juli	–	–

BENZIN – New York (c/Gallone)

	6.11.	5.11.
Dez.	79,50-79,60	79,20
Jan.	77,50	76,65
Febr.	75,50	74,53-74,60
März	74,90	73,95
April	75,00	73,65

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	6.11.	5.11.
Dez.	30,32-30,35	29,95-29,99
Jan.	29,27-29,29	28,85-28,89
Febr.	28,48-28,50	28,09-28,12
März	27,83-27,85	27,45-27,50
April	27,34	26,94-26,98

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel)
mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	6.11.	5.11.
Arabian Lg.	27,85	27,85
Arabian Hv.	25,60	25,60
Iran Lt.	26,95N	26,95N
Forties	28,90	28,90
N.Sea Brent	29,10	28,95
Bonny Light	29,15N	29,15N

Kartoffeln

London (£/t)

	6.11.	5.11.
Nov.	68,90	68,00
Febr.	70,50	69,50
April	78,90	77,80
Mai	84,50	83,80

New York (c/lb)

	6.11.	5.11.
Nov.	2,00	2,02
März	2,16-2,21	2,16-2,20
April	2,20-2,21	2,22-2,23
Mai	2,39	2,41

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	6.11.	5.11.
Nov.	142,10	143,60-143,80
Jan.	144,20-144,10	145,30-145,50
März	150,20-150,50	151,30-151,10
Mai	155,20	156,00

Devisenmärkte

Die anhaltende Schwäche des Dollar/Yen wirkte sich auch auf die Relationen des US-Dollar zu anderen Währungen aus. Gegen D-Mark blieb der Kurs am 7. 11. während des gesamten Tages unter 2,60. Am Nachmittag war ein leichtes Anziehen auf 2,5970 zu beobachten, nachdem man am Morgen bis 2,5890 gehandelt hatte. Die amtliche Notiz wurde mit 2,5935 ohne Mitwirkung der Bundesbank ermittelt. Der Yen befestigte sich um 0,9 Prozent auf 1,2765. Die anderen amtlich notierten Währungen wurden meist schwächer gehandelt. Das Englische Pfund fiel um fast 1 Prozent auf 3,720 zurück. US-Dollar in: Amsterdam 2,9245; Brüssel 52,48; Paris 7,9080; Mailand 1752,00; Wien 18,24; Zürich 2,1335; Ir. Pfund/DM 3,091; Pfund/Dollar 1,4343; Pfund/DM 3,72.

Devisen und Sorten

7.11.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,5895	2,5975	2,5704	2,54	2,63
London[2]	3,713	3,727	3,657	3,66	3,81
Dublin[2]	3,084	3,098	3,052	3,01	3,16
Montreal[1]	1,8867	1,8947	1,8998	1,84	1,94
Amsterd.	88,57	88,79	88,385	87,75	89,50
Zürich	121,46	121,66	121,59	120,00	122,75
Brüssel	4,952	4,952	4,894	4,80	5,00
Paris	32,725	32,885	32,405	31,75	33,50
Kopenh.	27,555	27,675	27,305	26,50	28,25
Oslo	33,14	33,26	32,57	32,25	34,00
Stockh.**	33,135	33,295	32,47	32,25	34,00
Mailand[3]**	1,476	1,486	1,4475	5,43	1,55
Wien	14,20	14,24	14,181	14,13	14,35
Madrid**	1,62	1,63	1,585	1,53	1,65
Lissabon**	1,60	1,62	1,517	1,20	2,00
Tokio	1,275	1,278	–	1,23	1,29
Helsinki	46,40	46,60	45,665	45,50	47,50
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,676	1,724	–	1,10	1,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,7175	1,7365	–	1,69	1,79
Johannbg.*	0,907	0,927	–	0,75	1,10

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 6.11.: In D-Mark 2,20879 (Parität 2,24184); in Dollar 0,84898 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 7.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Euromarkt ergaben sich am 7. November keine gravierenden Veränderungen im Zinsgefüge, die Terminkurse notierten wie am Vortag.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,80-0,70	2,24-2,14	4,20-4,00
Pfund/Dollar	0,42-0,40	1,24-1,21	2,31-2,26
Pfund/DM	2,80-1,40	7,00-5,60	12,4-11,0
FF/DM	20-4	48-32	97-81

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7.11.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8-8⅛	4⅜-4½	3⅞-3½
3 Monate	8-8⅛	4⅜-4½	4-4¼
6 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4⅛-4¾
12 Monate	8⅛-8¼	4¾-5	4¼-4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7.11. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1245,00	1590,30
5 US-Dollar (Indiana)**	820,00	984,40
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	200,00	250,80
1 £ Sovereign Elizabeth II.	195,00	245,10
20 belgische Franken	149,50	198,93
10 Rubel Tscherwonez	199,25	254,51
2 südafrikanische Rand	187,00	234,84
Krüger Rand, neu	835,00	991,80
Maple Leaf	851,50	1010,61
Platin Noble Man	865,50	1026,57
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,55	271,61
20 schweiz. Franken „Vreneli"	166,25	218,03
20 franz. Franken „Napoléon"	162,75	214,04
100 österr. Kronen (Neuprägung)	789,50	963,87
20 österr. Kronen (Neuprägung)	157,25	202,07
10 österr. Kronen (Neuprägung)	80,50	108,87
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	369,75	455,72
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	84,00	118,56

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7.11.: Tagesgeld 4,45-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,90 Prozent, 6 Mon. 4,95 Prozent.
Privatdiskontsätze am 7.11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,408 Prozent; *und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,408 Prozent.* **Diskontsatz** der Bundesbank am 7.11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,74) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,40. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent) Zins 6,50, Kurs 100,3, Rendite 6,43

Junge Aktien

Berlin: Hermes 530,00 T, Kötitzer 850,00 G, VAB 3000,00 T
Düsseldorf: BASF 256,00, Contigas 344,00, IWK –, Linde –, Metallges. 285,00, Nixdorf 558,00, Schering 625,00, Schumag –, P & S 185,00, VEW 140,00
Frankfurt: *Allweiler St. 269,00 G, Allweiler Vz. 218,00,* BASF 257,00, Frankona 460,00 T, IWK 312,00, Linde 578,00, Magdeburger Feuer 510,00, Magdeburger Feuer NA 1530,00 G, Metallges. 290,00, Moto Meter 200,00 G, Nixdorf 556,00, Schering 617,00, VEW 137,00 bG, Wibau 9,50
Hamburg: Schering 620,00
München: BASF 256,00 bG, Bremer Wolle 190,00 G, Isar Amper 348,00 bG, IWK 314,00, Linde 570,00, MAN –, Metallges. –, Nixdorf 561,00 G, Schering 620,00, Stumpf 122,00 TG, VAB 3100,00 G, VEW 137,00, Wanderer 508,00 bG
Bezugsrecht: Contigas – **Verhältnis:** 7:1:100 DM – **Altaktie:** 370 DM – **Bezugsrecht:** 36 DM
Commerzbank Rentenindex: 110,441 (110,265)
Performance-Index: 230,141 (229,857)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 154,46 (156,02); *Elektrowerte* 308,59 (310,02). Autowerte 595,29 (587,99), Maschinenbau 171,68 (171,60); Versorgungsaktien 154,51 (153,62). Banken 341,36 (342,76); Warenhäuser 117,80 (117,97); Bauwirtschaft 400,73 (392,17); Konsumgüterindustrie 127,31 (128,05); Versicherung 1260,05 (1262,80); Stahlpapiere, 175,95 (173,12)

Kursgewinner:

Karl Stahl	11,90	-1,90	-19,0%
Pfälz. Hypo	640,00	-80,00	-14,7%
DAB	*111,00*	*-8,00*	*-7,7%*
Chem. Brockh.	365,00	-25,00	-7,3%
Heidelb. Zem.	429,00	-28,00	-6,9%
Württ. Bd	2100,00	-100,0	-5,0%
Katz Werke	129,00	-6,00	-4,8%
Dm. Hansa	250,00	-10,00	-4,5%
Magd. Feuer	920,00	-40,00	-4,5%
Dt. Conti Rück	1120,00	+49,00	-4,5%

Kursverlierer:

Wibau	11,90	-3,10	-20,6%
Cobl. Reste	25,00	-5,00	-16,6%
Herlitz St.	195,00	-18,00	-8,4%
Georg	125,00	-10,00	-7,4%
Mü. Rück. NA	2050,00	-150,0	-6,8%
Rieb. Mont	248,00	-17,00	-6,4%
Colonia	700,00	-45,00	-6,0%
Herlitz Vz.	190,00	-10,00	-5,0%
Löwenbräu	1380,00	-70,00	-4,8%
Adt	55,20	-7,70	-4,6%

Dollar-Anleihen

	6.11.	5.11.
11¼ EEC 90	104,5	103,375
10⅞ EIB 95	102,375	101,375
11 dgl. 91	104,375	103,25
11½ dgl. 90	106,5	105,125
11¾ dgl. 93	107,75	106,75
12 dgl. 95	108,625	107,25
12½ dgl. 90	109,75	108,75
12⅞ dgl. 94	115	111,75
13 dgl. 96	112	110,75
10¼ Wld Bk 95	98,75	98
10⅜ dgl. 88	102,625	102
10⅝ dgl. 90	104	102,75
10⅝ dgl. 93	103,75	102,75
11 dgl. 92	103,875	103
11½ dgl. 98	105,375	104,25
11¼ dgl. 88	105	104
11¾ dgl. 90	105,875	104,25
11½ dgl. 89	105	104
11¾ dgl. 90	106,5	105,125
12 dgl. 93	109,125	108
12¼ dgl. 94	110,875	109,5
12⅞ dgl. 94	113,25	112,125

7¾ N.Zeald.89	101,875
7 Pac.Gas 94	99,875
6¾ Penney 92	99,125
6⅞ Procter 97	99,5
6¾ Sallie 92	98,125
6¾ Sears 91	101,5
6¾ Swed.Ex.91	98,875
7 TRW 94	99,875
6¾ Un.Tech.92	99,375
6¾ World Bk90	99,5

Euro-Yen

	6.11.	5.11.
6⅝ Al.Corp 91		*99,375*
5¾ ADB 88		97,125
7¾ dgl. 94		101,625
8⅛ Austral.91		–
8⅝ dgl. 92		–
7 Austria 95		100
6¾ Avon 91		99
7 BP 92		101,75
6⅞ Denmark 92		98,75
7 Deon.Bk. 92	Werte	99,375
7 Dow Chem.94	lagen	100,375
6¾ EDF 95	nicht	99,625
6¾ Euroßmaß	vor	99,5
6⅜ dgl. 95		96,5
6¾ dgl. 97		99,125
7¾ dgl. 94		101,625
6¾ Finl.Rep90		99,125
8⅜ dgl. 89		–
6½ GMAC 98		99,125
7⅛ Goodyear95		99,625
6¾ dgl. 94		98,625
7⅛ IADB 94		–
7⅜ dgl. 95		–
6¾ ITT 92		98,75
6¾ McDonal.97		99,125
7⅛ N.Bruns.95		99,75
7⅛ N.Zeald.90		101,125

Lux. Franc Bonds

	6.11.	5.11.
9¾ Akzo 87		99,75
9¾ Asea 89		100,5
6¾ Asian Dv87		97,25
10½ BFG Lux90		103
11 BNP 90		101,5
9 dgl. 95		101
10¼ Paribas89		103
10¾ Ceca 94		105
11 dgl. 92		105,75
13 dgl. 91		104
12½ Consei92		105
8 Captel 88		98,25
8¾ dgl. 89		98,5
11 Cr.Lyon.88		100,5
13 dgl. 89		101
7½ Den.Mag 88		96,5
10¼ Euratom96		105
11 dgl. 93		103
12¼ dgl. 88		102
12½ dgl. 92	Werte	102,5
10 Eurofima91	lagen	101,5
10 dgl. 94	nicht	105,25
10½ dgl. 87	vor	103,5
11¼ dgl. 89		102,5
8 EIB 91		98
9½ dgl. 95		102,75
9¾ dgl. 88		101,25
9⅞ dgl. 95		102,875
10½ dgl. 94		106
11½ dgl. 88		101
12¼ dgl. 90		102,5
9⅜ Hypo Bk.88		101,25
9¼ Ind.B.F.95		101,5
8 Kredietc 86		99
10 dgl. 90		102,75
11½ dgl. 89		105,25
8 Luxair 87		98,75
8½ dgl. 87		99
10¼ Lux Bk.91		102,25
12¼ dgl. 89		105
9 Met.Chim 95		99
12½ Nord L.89		102

8 Norges 86	98,5
8 Oslo 89	98,25
8½ dgl. 87	98,5
8 Philips 89	97,75
7⅜ Renault 88	96,5
9⅜ Sogenal 97	101,25
8 Solvay 85	–
10¾ dgl. 87	102
10⅜ Stockh.86	99,5
8 Sveriges 88	98,25
9¾ Volvo 87	100
10 WestLB 90	–
9¾ WorldBk.90	102,75
10¼ dgl. 89	103,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	6.11.	5.11.
8¾ Cop City91		97
8¾ CCA 91	Werte	97,5
9¾ Gas d Fr86	lagen	99
11¼ Ned. G.88	nicht	102,5
9⅜ Queb P.94	vor	99,75
8½ SDR 94		98,25

RE 9 DM 2,65627

	6.11.	5.11.
7 Bass 91		90
8¾ Cp City 86	Werte	98,5
8¼ Iceland 88	lagen	98
9¼ dgl. 86	nicht	99,5
9½ SDR 87	vor	100

RE 9 DM 2,62969

	6.11.	5.11.
7 Acoba 95		90
7 Cop.City 95		92
7 Ind.Bk.F.95	Werte	92
7½ KLI 93	lagen	92
7¾ dgl. 93	nicht	92
8¾ Panama 93	vor	90
7 SDR 93		90

ECU

	6.11.	5.11.
11¾ Aerop 95		105
9½ ABN 92		102,5
9¾ ANZ 97		103
10¾ Austria95		107,125

9¾ Bac.Fin 93		101,25
9 M.-Hope 97		100,75
10⅝ Bk.Tok.91		*102,875*
10⅝ dgl. 91		102,75
8¾ Bay Vbk.88		100,125
10¼ CEPME 87		101
11¾ dgl. 95		107
12⅜ dgl. 90		106
9¾ CNT 92		102,75
9½ dgl. 95		*103*
12 dgl. 86		99,5
12¼ dgl. 89		105
12⅜ dgl. 92		108
11¾ CNE 95		107
10¼ CECA 89		107,375
10 Chrysl.91		102
10¼ dgl. 93	Werte	102,25
11¼ Citycp 90	lagen	101
13 dgl. 89	nicht	101
14½ Consei90	vor	109
9½ dgl. 92		101,875
9½ dgl. 95		101,875
11½ Cp City94		105
10¼ Cop Tel95		104,75
15¾ Cd.Fonc87		106,875
11⅛ dgl. 96		108,625
11⅞ Cred N.91		106,5
12¼ dgl. 93		107
10¾ Denmark91		106,75
9⅛ Dresd.Bk93		102
12½ EDF 93		107
11½ EEC 93		106
11⅝ EEC 93		107
11¾ ELF Ng.88		104
10 Euratom 97		104,25
12½ dgl. 90		104
9⅜ Eurofima95		102
11 dgl. 92		108,375
10¼ EIB 94		104,625
11¼ dgl. 94		109,875
11¾ dgl. 91		105
13¾ dgl. 89		102
14 dgl. 86		102
8⅜ Fiat 90		98,625
11½ Form. 98		103
13 G d.Fr. 89		107
10½ Giroz. 93		107,625
8¼ IBM 90		99,75
11½ IBD 93		103
12½ Ireland91		103,5
14¼ ISPaolo88		102
14 IMI 89		102
11½ Italie 90		108,125
14 dgl. 87		107
11¼ LTCB 90		107,5

10½ Magal 95		108,625
13⅜ Nersc 90		105
8¼ Oliv. 93		*98,875*
10¼ Peugeot90		102,75
9 Philips 93		101,125
11¼ P Bk. 91		106,5
11½ Queb P.89		106,5
13½ Queb H.89		107
9⅜ Rabobk. 95		102,875
11⅜ R.Xer. 88		*104*
9 SAS 95		99,5
11½ SDR 90		106,5
14 dgl. 92		105
11¼ SNCF 94		109
13 Solte 87	Werte	103
11¼ S.Afr. 89	lagen	98
10⅜ SATS 2000	nicht	95,5
10½ Spark.91	vor	104,125
9 Sumitomo 95		100,125
9¼ dgl. 93		99,5
11 Swed.Ex.89		102
11¼ dgl. 95		99,5
12½ Brandt 87		105
9 U.B Norw 95		97,5
11¼ dgl. 90		104
9½ WestLB 90		104,375
10⅛ dgl. 91		104
9⅜ World Bk95		102,25
9½ dgl. 92		105
10¼ dgl. 89		105,125
10⅜ dgl. 88		105,625
10⅜ dgl. 94		107,375
11 dgl. 93		107,5

ECU-Tageswerte

	6.11.	5.11.
Dollar	0,848981	0,845850
Bfr	44,6754	44,7832
DM	2,20879	2,20978
Hfl	2,49091	2,49187
£	0,590801	0,589237
Dkr	8,00534	8,00808
FF	6,73200	6,73508
Lira	1490,81	1491,23
Ir-£	0,714029	0,714702
Sfr	1,81750	1,81714
öS	15,5194	15,5583
Peseta	135,922	135,674
Skr	6,63776	6,63997
Nkr	6,64413	6,64627
Kan-$	1,16830	1,16110
Esc	137,959	137,451
Fmk	4,73816	4,74141
Yen	174,508	175,979
Drachme	129,903	130,024

Vom „Adler" zum „Schienenzeppelin": Das Freizeitvergnügen Modelleisenbahn

Anschluß an den Heim-Computer

Am 7. Dezember 1835 fuhr der erste Eisenbahnzug in Deutschland von Nürnberg nach Fürth. Die Revolution im Verkehrswesen, immerhin fuhr dieser Zug die bis dahin unerhörte Geschwindigkeit von 30 Stundenkilometern, fand ihren Niederschlag auch sogleich auf einem Gebiet, wo man schon vorher gelernt hatte, Kundenwünsche prompt zu erfüllen: Die Spielzeughersteller erkannten sofort, daß sich ihnen hier ein Markt auftat, dessen Größe nicht abzuschätzen war. Heute rollen schätzungsweise in 3,3 Millionen Haushalten der Bundesrepublik Deutschland Modelleisenbahnen in Spurweiten zwischen 6,5 und 45 Millimetern.

Aber heute produzieren nicht nur die bekannten großen Firmen, an der Spitze der Marktführer, die vor 125 Jahren gegründete Firma Märklin in Göppingen, sondern eine Unzahl von Kleinserienherstellern haben ihre Kundschaft und leben davon, daß sie beispielsweise nichts anderes als Schweizer Gebirgsloks der 20er Jahre anbieten. Solche Modelle kosten ein kleines Vermögen.

Die „große Liebe zu den Kleinen", wie der Titel der Fernsehsendung eine Tendenz auf dem Modellbahnsektor aufnimmt, begann mit einem kleinen Zinnmodell, dessen Vorbild ganz fraglos der Adler-Zug war, und mit sehr einfachen Holz-Eisenbahnen, deren Hersteller natürlich nie eine Lokomotive von nahem gesehen hatten.

Richtige Metall-Modelle wurden zunächst nur für Potentaten hergestellt, deren Vorurteil gegen das neue Transportmittel man von Seiten der Stahlfabriken durch solche Gabe auf den Bau einer wirklichen Bahn hinlenken wollte.

Zwischen 1870 und 1880 wurde die Spielzeugeisenbahn, von Modell konnte man zunächst kaum reden, eine Massenproduktion. Der früheste

„Freizeit" – 16.15 Uhr, ZDF

Nachweis für eine nach dem großen Vorbild mit Dampfkraft bewegte Lokomotive, die man mit Spiritus heizte, stammt von 1862 und ist die Anzeige eines Londoner Versandhauses. Schienen für solche Bahnen gab es nicht, Kinderzimmer, die sie durchfuhren, waren immer in der Gefahr, in Flammen aufzugehen. Die meisten Kinder-Eisenbahnen der Zeit waren sogenannte Bodenläufer ohne Antrieb, die einfach herumgeschoben wurden.

Ein wirklicher Durchbruch durch das Spuren-Chaos und damit die noch heute gültige Ordnung des Marktes schaffte die 1859 gegründete Firma Märklin, die auf der Leipziger Messe von 1891 Eisenbahnzüge vorstellte, für die es ein festes Schienensystem gab. Die Konkurrenz mußte sich, wollte sie überleben, dem anpassen, und auch die Bezeichnungen Spur I, II und III übernehmen. Die in den 30er Jahren populärste Spur war die „Null" mit 35 Millimeter Spurweite. Nachdem andere Hersteller mit „Tischbahnen" nicht durchgedrungen waren, schaffte Märklin 1935 den Sprung mit seiner „Null-Null" (00). Für rund 30 Jahre und bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges beherrschte Deutschland, und hier vor allem Märklin, mit den immer modellartiger werdenden Spielzeugeisenbahnen den Weltmarkt.

Immer blieben die Modellbahnen nun hart am Markt, mit der Nachbildung neuer Fahrzeuge war Märklin oft schneller als die Wirklichkeit. Der „Schienenzeppelin" des Ingenieurs Kruckenberg zum Beispiel blieb in der Wirklichkeit Prototyp, rollte aber vieltausendfach in den Kinderzimmern.

Letzte Stufe der Modernisierung und Anpassung an die Zeit ist die Einführung des elektronischen Steuerungssystems Digital für die HO-Bahn mit Anschluß an den Heim-Computer.

EBERHARD NITSCHKE

KRITIK

Trabbi-Rennen im Thüringer Wald

Ein Thema, das dazu verführen könnte, süffisant oder zumindest mit amüsierter Überlegenheit aufbereitet zu werden – der Motorsport in der „DDR". Doch die **Kennzeichen** D-Redaktion (ZDF) verkniff es sich und berichtete fair über eine Sparte, an der die sozialistische Sportförderung bislang vorbeiging. Wenn der MC Kali im Thüringer Wald ein Trabbi-Rennen veranstaltet, stehen einzig private Begeisterung, Bastlerehrgeiz und Improvisationstalent dahinter. Allein schon die Findigkeit, Ersatzteile für diese rührenden Flitzer (Karosserie: Marke Eigenbau) aufzutreiben, verdiente einen Preis. Denn das ist wahrhaft sportiv: Autorennfahrer in einem Staat zu sein, der seine Bürger runde zehn Jahre für einen „Trabbi" anstehen läßt.

Spürbare Symphatie klang auch durch für eine Zeitung, die gerade ums Überleben ringt. Die in Berlin erscheinende linke „Tageszeitung" („taz") braucht bis Ende 1985 noch etwa 5000 Abonnenten, um weiter erscheinen zu können. Schwachstelle der „taz" ist das Anzeigenaufkommen: sie lebt nur zu einem Zehntel davon, während sogenannte normale Zeitungen sich zu zwei Dritteln daraus finanzieren. Das Blatt – wegen seines eigenwilligen Kurses selbst unter Linken umstritten – konnte keinen Stamm treuer Anzeigen-Kunden akquirieren.

Freundliche, vielleicht zu freundliche Zurückhaltung des Magazins auch im Falle des ehemaligen Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke – vorgestellt unter dem Titel „wg. Menschlichkeit". Wohin die 5,6 Millionen verschwunden sind, für die der Ex-Bundesminister sich demnächst vor Gericht verantworten muß, wollte und konnte auch „Kennzeichen D" nicht aufdecken. Aber man gab dem sichtlich mitgenommenen Franke die Gelegenheit, seine Enttäuschung darüber zu bekunden, daß er sich von seinem engsten Mitarbeiter Edgar Hirt (der bislang zu den Vorwürfen geschwiegen hat) im Stich gelassen fühlt.

BRIGITTE HELFER





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Zwei Einakter von A. Tschechow
11.25 Spielregeln
Jugend und Justiz
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis
Moderation: Hans Mohl
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Tagesschau
15.10 Der steinerne Fluß
Fernsehspiel
16.50 ARD-Sport extra – aus Montreal
Kunstturn-WM
Finale Damen-Mannschaften
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Geld oder Leben
Deutsch-franz.-ital. Spielfilm (1966)
Mit Heinz Rühmann, Fernandel u. a.
21.45 Plusminus
Moderation: Adolf Althen
Geplant u. a.: Norbert Blüms Modellversuch. Hat das Beschäftigungsförderungsgesetz die Erwartungen erfüllt? / Im Schatten des Dollars. Stehen die USA vor einer neuen Inflationswelle? / Ausflug ins All. Was bringt die deutsche Spacelab-Mission unserer Wirtschaft?
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Die Sportschau
U. a. Kunstturn-WM in Montreal
23.25 Moment mal
Die ARD-Redezeit
Heute aus München
Thema: Sollen Priester heiraten dürfen?
Gesprächsleiter: Udo Reiter
Anschl. Tagesschau
Anschl. Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

ZDF

14.40 Mazurka
Deutscher Spielfilm (1935)
16.15 Freizeit
150 Jahre deutsche Eisenbahn: Die große Liebe zu den Kleinen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Väter der Klamotte
18.20 Rück-Show 1972
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
20.15 Der Alte
Kriminalfilmserie
Der Sohn
21.15 Der Babbler-Clan
Beobachtungen bei einer arabischen Vogelfamilie
Von Rudolf und Friedhelm Lammers
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte
Themen u.a.: Denkmalschutzkalender: Der Leuchtturm Roter Sand / M. Reich-Ranicki stellt Thorsten Beckers Erzählung „Die Bürgschaft" vor / Streit in Köln um einen Platz, der nach Heinrich Böll benannt werden soll
22.45 La Strada
Das Lied der Straße
Italienischer Spielfilm (1954)
Mit Giulietta Masina, Anthony Quinn, Richard Basehart u. a.
Buch, Regie: Federico Fellini
0.25 Die Profis
Wer jagt den Jäger?
1.15 heute



Giulietta Masina und Richard Basehart in dem weltberühmten italienischen Film „La Strada" – 22.45 Uhr, ZDF FOTO: PRESSEBILDERDIENST KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Hallo Spencer
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Arche 2000
Umwelt- und Naturschutzmagazin
21.00 Die Erde lebt (7)
Sendereihe von David Attenborough
Am Himmel
21.45 Landesspiegel
Komm Gustav, wir hauen ab
22.15 Heimat
Elfteilige Chronik von Edgar Reitz
9. Teil: Hermännchen
0.35 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Hallo Spencer
18.30 News of the Week
18.45 Sehen statt Hören
19.15 Prisma
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
Gespräche über Gesundheit und Diabetes
Leitung: Heide Schaar-Jacobi
21.15 Die Girls von Hollywood
22.00 Leute
Talkshow
0.00 Mambo
0.45 Nachrichten

HESSEN
17.45 Asta Nielsen
Fasanenstraße 69
18.15 Hobbythek
19.05 Treffpunkt Airport
Unterhaltsames vom Flughafen Frankfurt
20.00 Haus – Herd – Garten
Magazin zum Selbermachen
20.45 Der sogenannte Zufall
Wie wir die Wirklichkeit beeinflussen
Film von Gero von Boehm
21.30 Drei aktuell
22.00 Leute

SÜDWEST
18.00 Das Geheimnis des Weidenkorbes (4)
19.25 Nachrichten
19.30 Formel Eins
20.15 Industriewelt im Umbruck
Was wird aus dem Brüter in Kalkar?
21.00 Touristik-Tip
21.15 Die Zukunft im Visier
Rüdiger Proske im Gespräch mit Professor Werner Breitschwerdt
21.45 Wortwechsel
22.30 Ausgestiegen – missing from home (6)
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Bergauf – bergab
20.00 Magnum
20.45 Kunst, Kultur und große Töne
21.30 Rundschau
21.45 Ein Abend mit Georg Thomalla
22.30 Nix für ungut!
22.35 Sport heute
22.50 Z. E. N.
22.55 Kandinsky oder der Klang der Farbe
23.55 Rundschau
0.00 So ist das Leben



13.30 Sindbads Abenteuer
Abenteuer in der Diamantenhöhle
14.00 SOS – Charterboot!
Von Gangstern gejagt
15.00 Jaxbox
Das totale Lachprogramm für jung und alt
15.30 Musicbox
16.30 Robi-Robi-Robin Hood
Gespensterparade
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Sheriff Porter entscheidet sich
18.00 Betty Boop
Spaß muß sein
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 BRAVO TV
Show für Teenager
Anschl. Spielcasino bei SAT 1
19.40 Sandbaggers
In der Schußlinie
Anschl. Wetter-Bericht
20.30 Extrablatt
Ein Unterhaltungsmagazin
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 BUNTE Talkshow
Prominente diskutieren über aktuelle Themen
23.15 APF blick:
Letzte Nachrichten
23.30 Chicago 1930
Matt Bass plant falsch
0.20 Jagd auf Dillinger
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Mit Warren Oates, Ben Johnson u. a.
Regie: John Milius

3SAT

18.00 Vorstoß in die Unterwasserwelt
Dokumentation von Al Giddings und Peter Gruber
1. Teil: Reichtum aus der Tiefe
19.00 heute
19.30 Zur Sache
20.30 Ringstraßenpalais
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Tagebuch
22.00 Ausfahrt zu den Friesendomen
22.50 auslandsjournal
23.35 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Typisch RTL
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.20 Karlchen
19.30 Kinoparade
Zuschauer wählen zwischen:
1. Josepha
2. Jack Clifton jagt Wostock III
21.12 RTL-Spiel
21.20 Typisch RTL
21.35 Eiskalt wie das Schweigen
Franz.-ital. Spielfilm (1974)
Mit Alain Delon, Mireille Darc, Claude Brasseur u. a.
23.28 Horoskop
23.33 Betthupferl

Siegfried Kühn

geb. 27. April 1920 gest. 3. November 1985

In Liebe und Dankbarkeit
Lieselotte Kühn geb. Schürer

Olendeelskoppel 15
2 Hamburg 65

Trauerfeier am Montag, dem 11. November 1985, um 14 Uhr auf dem Friedhof Hamburg-Bergstedt, Volksdorfer Damm 261.

Von Beileidsbesuchen bitte ich abzusehen.

Es wäre der Wunsch des Verstorbenen, anstelle ihm eventuell zugedachter Blumen den Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter zu bedenken. Konto: Volksbank in Krautheim, Kto.-Nr. 1 037 617 (BLZ 660 693 42) Vermerk „Kühn".

Mit großer Trauer haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß unser Firmengründer und Mitinhaber, Herr

Ernst A. Jung

am 26. Oktober 1985 nach schwerer Krankheit im Alter von 78 Jahren verstorben ist.

Über 20 Jahre hat Herr Jung den Aufbau und die Entwicklung unserer Firma entscheidend mitgestaltet. Wir sind ihm zu großem Dank verpflichtet und werden sein Lebenswerk in seinem Sinne fortführen.

Gesellschafter, Geschäftsführer und Mitarbeiter der
HÖG Hamburger Ölverwertungsgesellschaft m. b. H. & Co.

Die Beerdigung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Gernot Döring

* 7. Mai 1923 † 30. Oktober 1985

Wir trauern um ihn
Ingrid Döring geb. Bunjes
im Namen aller Angehörigen

Fuhlsbüttler Straße 607
2000 Hamburg 63

Die Urnenbeisetzung findet zu einem späteren Zeitpunkt auf dem Hauptfriedhof in Braunschweig statt.

Meine über alles geliebte Frau, unsere liebe Schwester

Gerda Jacobsen

geb. Fontane

* 18. 4. 1917 † 2. 11. 1985

hat uns nach kurzer Krankheit für immer verlassen. Wer sie kannte, weiß, was wir verloren haben.

In Liebe und Dankbarkeit
Torsten Jacobsen
Ingeborg Fontane
Joachim Fontane

Faaßweg 8
2 Hamburg 20

Trauerfeier am Freitag, dem 15. November 1985, um 13.45 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle C.

Am Sonntag, dem 3. November 1985, verstarb unser ehemaliger Mitarbeiter und Direktor der DEUTSCHEN SHELL AG, Herr

Dipl.-Kfm.

Siegfried Kühn

Er war bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1980 über 30 Jahre in vielfältigen Funktionen für unser Haus tätig, davon 11 Jahre als Leiter des Bereiches Rechnungswesen/Information. Auch nach seinem Ausscheiden blieb er dem Unternehmen durch zahlreiche persönliche Kontakte eng verbunden.

Herr Kühn hat die Entwicklung im Rechnungswesen unserer Gesellschaft und verbundener Unternehmen nachhaltig beeinflußt. Aufgrund seiner besonderen Ausstrahlung und seines starken persönlichen Engagements genoß er allgemein hohe Anerkennung und Wertschätzung.

Wir werden Herrn Kühn stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

DEUTSCHE SHELL AKTIENGESELLSCHAFT
Hamburg

Die Trauerfeier findet statt am Montag, dem 11. November 1985, 14.00 Uhr, Friedhof Bergstedt, Volksdorfer Damm 261, Hamburg 65.

Wir erfüllen die traurige Pflicht, den Tod unseres Freundes und Kollegen

Prof. Dr. med. Dr. rer. nat.
Ernst Krokowski

mitzuteilen.

Herr Professor Krokowski war leitender Arzt des Zentralröntgeninstitutes Städtische Kliniken Kassel, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Gesellschaft für biologische Krebsabwehr e. V., Heidelberg.

Der Sekretär des wissenschaftlichen Beirates
Prof. Dr. med. Kh. Renner
Hannover

Der Präsident
Prof. Dr. med. A. Landsberger
Heidelberg
Gesellschaft für biologische Krebsabwehr e. V.
Heidelberg

Wenn der Zug kippt

Gaj – Mit finsterer Dracula-Phantasie könnte man sich ein Sicherheitssystem vorstellen, das einen Autofahrer, der sich nicht ordentlich anschnallt, per Schleudersitz aus dem Fahrzeug wirft. Oder eine elektrische Anlage, die dem Bediensteten, der einen wichtigen Schalter vergißt, einen tödlichen Stromstoß versetzt. Oder eine Gleis-Konstruktion, die einen Eisenbahnzug, der ein Signal überfährt, „sicherheitshalber" zum Entgleisen bringt.

Das dritte der Beispiele ist nicht erfunden. Der Interzonenreisende vom bayerischen Hof in das sächsische Gutenfürst kann es während des dreiviertelstündigen Kontrollaufenthaltes aus dem Rückfenster besichtigen. Ein Zug, der vor der Grenze das rote Signal überführe, käme nicht weit, er würde mittels eines kurzen Gleisstutzens seitlich auf den Bahndamm geworfen. Der Grund ist offensichtlich. Es ist die Furcht, daß jemand versuchen könnte, mit einer Lokomotive in den Westen zu flüchten.

Vor vielen Jahren hat es eine solche Flucht gegeben. Im Dezember 1961 durchbrach zwischen Falkensee und Spandau in Berlin ein Zug die Grenze, wodurch einem Lokführer, seiner Familie und einigen Freunden die Flucht gelang. 1963 wurde das in dem Film „Durchbruch Lok 234" nachgespielt.

Heute würde der Mann in der umgestürzten Lok noch vor der Grenze enden. Bliebe dann eigentlich nur zu hoffen, daß nicht zufällig auf dem Nebengleis ein vollbesetzter Personenzug steht. Bleibt überhaupt zu hoffen, daß das System immer funktioniert: Grünes Licht – Fahrt nach Westen frei, Rotes Licht – Zug kippt. Und daß nicht einmal eines Tages wegen technischem oder menschlichem Versagen dann doch der ganze Interzonenzug ...

Göttingen: Gespräch über Kirche und Nation

Die Entfremdung wächst

Den einen ist es ein stetes Ärgernis, den anderen gilt es als Frucht vom Baume historischer Irrtums-Erkenntnis: das offenkundige Unvermögen der amtlichen evangelischen Kirche, auf die nationale Frage der Deutschen zu antworten, sich für die Diskussion um Einheit und Freiheit auch nur zu erwärmen. Für die Kirche Martin Luthers („Ich muß mich auch sorgen um das arme, elende Deutschland") scheint die deutsche Frage abschlägig beschieden, besonders seit Abschluß der Ostverträge.

„Kirchliche Beiträge zu Staat und Nation" auf die Ursachen ihrer nationalpolitischen Resignations- und Negationstendenzen zu untersuchen, hatte sich jetzt das Göttinger Collegium Albertinum zur Aufgabe gestellt. Als kulturpolitische Institution dem preußisch-akademischen Erbe der Albertus-Universität Königsberg verpflichtet (unter Vorsitz des Göttinger Völkerrechtlers Dietrich Rauschning), hat das „Albertinum" in den letzten Jahren sich immer wieder der deutschen Frage genähert. „Die Einwirkung zahlreicher kirchlicher Stellungnahmen auf die deutschlandpolitische Willensbildung gebietet Klarheit über den Hintergrund theologischer Grundsatzentscheidungen," formulierte jetzt der Tagungsleiter Jürgen Poeschel.

Die theologiegeschichtlichen Verständnisschlüssel für die Scheu des deutschen Gegenwartsprotestantismus vor jeglicher Gebundenheit an die Nation sind in der kirchenpolitischen Geschichte seit der Reichsgründung von 1871 zu suchen. Die Querschnitt-Darstellungen der beiden Münsteraner Kirchenhistoriker Manfred Jacobs (für den Zeitraum 1871–1945) und Rolf-Dieter Hauschild (nach 1945) führten zu dem eindeutigen Befund: Die politsch-ethischen Konsequenzen, die die Kirche aus der Katastrophe des Jahres 1945 zog, wirkten sich – noch vor der sich weitenden Distanz zum Staat – in Abkehr von der Nation als christlich zu begründendem Leitwert aus.

Im rückwärtigen Überblick erscheint nahezu die gesamte Kirchenpolitik seit 1971 als eine Kette von Irrtümern und Fehlversuchen. Die zwangsläufige Verstrickung in die Entstehung des „Dritten Reiches" mündete in die Stuttgarter Schulderklärung der jungen Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1945. Diese will sie bis heute – auch von Hauschild in Göttingen entsprechend verteidigt – ausschließlich als im Sinne christlicher Buße theologisch verstanden wissen, zugleich somit als Voraussetzung für ihre Rückkehr in die Familie der ökumenischen Kirchen. Daß sie im zeithistorischen Zusammenhang bestimmten Siegerinteressen („Kollektivschuld") psychologisch entgegenkam, wurde als „Mißverständnis-Risiko" in Kauf genommen.

Der Münchner Jurist Friedrich-Wilhelm Rothenpieler arbeitete die Anfechtbarkeit der Stuttgarter Erklärung anhand ihrer Wirkungsgeschichte heraus. Es erscheint geradezu tragisch: Eine Kirche, die nach dem Zusammenbruch größte Vertrauenschancen im deutschen Volk hatte und ihr Schuldbekenntnis selbst als Akt der „Solidarität" mit ihrem Volk ansah, legte damit zugleich den Keim zur Entfremdung. Der unklare Schuldbegriff der Erklärung, den auch der frühere EKD-Vizepräsident Erwin Wilkens in Göttingen ausdrücklich bedauerte, entfaltete schlimme Wirkung.

Rothenpieler wies auch darauf hin, daß dieser noch in der EKD-„Ostdenkschrift" von 1965 als ursächlich für den Verlust des deutschen Ostens verwendet wird: „... Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk auf sich geladen hat ..." Wilkens, der als damaliger Mitautor „aus der Werkstatt der Ostdenkschrift" erinnernd berichtete, rechnet ihr dagegen das Verdienst zu, den politisch-ethischen Widerstreit der theologischen Denkschulen in der EKD (Lutheraner kontra Reformierte) überwunden zu haben – jedenfalls im deutsch-polnischen Bezug der nationalen Frage. Allerdings konnte auch Wilkens nicht umhin einzugestehen, daß selbst die EKD auf dem von ihr eingeschlagenen Weg zum Ziel „Versöhnung" eigentlich bis heute auf der Stelle trete.

Unausgesprochen blieb am Ende ein deutliches Bild vom offenbar unausweichlichen Irren und Scheitern aller (politischen) Theologien.

MICHAEL JACH

New Yorks neues musikalisches Wunderkind Dalit

Wie schön ist die Welt?

„Ich will selbst Musik schreiben und nicht immer das spielen, was andere komponiert haben", sagte die siebenjährige klavierspielende Dalit Paz Warshaw und komponierte eigene kleine Klavierstücke und Violinstükke, die sie später mit ihrem jüngeren Bruder in Konzerten für Kinder vorspielte. Ihre Mutter, bei der sie Klavierunterricht nahm, besorgte ihr auf ihren Wunsch Bücher und eine Schallplatte mit Erklärungen, Bildern und Klangbeispielen der verschiedenen Orchesterinstrumente.

Als Dalit neun Jahre alt war, begann sie ohne weiteren kompositorischen Unterricht, ein Orchesterwerk zu schreiben – ein Jahr lang arbeitete sie an der Partitur einer dreißig Minuten dauernden Komposition. Jetzt brachte Zubin Mehta, Chefdirigent der New Yorker wie der Israel Philharmoniker, Teile des Werkes der nun elfjährigen Komponistin in New York und in Tel Aviv zur Aufführung. Dalit lebt in Rockland County im Staat New York. Sie ist in New York geboren. Ihre Mutter stammt aus Israel, der Vater ist Amerikaner.

„Am Anfang" heißt die symphonische Suite, Nacherzählung, Kommentar und eine musikalische Darstellung der biblischen Schöpfungslegende. Als Schülerin einer jüdischen religiösen Schule mit besonderem Nachdruck auf Studium und Auslegung der Bibel hat Dalit eigenes tiefes, dabei ein erstaunlich reifes Verständnis für Sinn und Bedeutung der biblischen Geschichte.

„Wie schön ist die Welt", fragt sie im rezitierten Vorspruch zum Orchesterwerk, „wie schön hat Gott sie geschaffen und der Mensch stellt mörderische Waffen her und Atombomben, die Gottes Welt zerstören." Der orchestrale Beginn und der Schluß des Werkes klingen verhalten, meditativ.

Mit erstaunlichen Orchesterfarben ist das „Chaos" vor der Schöpfung bezeichnet; vom ersten bis siebenten Tag der Schöpfung werden Kernsätze der ersten biblischen Kapitel illustriert – zuweilen auch humorvoll, wenn große Wassertiere in der Jagd nach Fröschen oder zirpende Vögel beschrieben werden.

Ein Blick in das Partiturmanuskript der Zehnjährigen bestätigt denn auch den Höreindruck: Dies ist durchaus ein Werk, das keine professionellen Hände mitbearbeitet haben. Es gibt keine komplizierte Satzkunst, doch auch keine billigen Effekte. Orchestergruppen sind meist immer separat gegenübergestellt. Farbe ist gegen Farbe gesetzt, Stimmung gegen Stimmung, aber es steckt mehr in dieser Musik, als etwa nur „primitive Malerei".

Ergreifend ist der nachdenkliche orchestrale Epilog, bei dessen Ausklingen Dalit fragt: „Und was soll aus der Welt werden?"

Bei den Aufführungen durch die Israel Philharmoniker unter Zubin Mehta – vorher auch mit dem Haifaer Symphonieorchester unter Leitung von Stanley Sperber – rezitierte die Komponistin ihren Text in hebräischer Sprache selbst. Was sind nun ihre weiteren Pläne?

Ihr nächstes Werk soll sich wieder mit der Bibel beschäftigen, mit den menschlichen Konflikten biblischer Gestalten wie beispielsweise Kain und Abel, wie Josef und seiner Brüder, oder auch der Liebe Jakobs zu Rachel.

PETER GRADENWITZ

Filmstar, Journalistin und zweifacher Doktor – Gespräch mit der Schauspielerin Giulietta Masina

Sie ist der weibliche Charlie Chaplin

Sie ist zurückgekommen als gute Fee. In Juraj Jakubiskos Märchenfilm „Frau Holle", der in diesen Tagen in unseren Kinos anläuft, thront Giulietta Masina hoch über den Wolken, mit Spitzenhäubchen, in Seide, Samt und allerlei Glitzerkram, weise und manchmal ein bißchen maliziös. Sie schüttelt die Betten, daß die Federn fliegen, kommandiert die Jahreszeiten wie ein Dragoner und greift nach Herzenslust in Menschenschicksale ein. Als dieser Film, eine deutsch-tschechische Koproduktion frei nach den Brüdern Grimm, unlängst bei der Biennale von Venedig Premiere hatte (WELT v. 7. 9.), wurde Guilietta Masina geradezu euphorisch gefeiert. Und sie strahlte vor Glück, denn Märchen und Fabeln, sagt die Schauspielerin, habe sie geliebt seit eh und je.

In den letzten zwanzig Jahren war es stiller geworden um Giulietta Masina, zumindest, was ihre Kinolaufbahn angeht. Zuletzt war sie 1965 in Fellinis Film „Julia und die Geister" zu sehen gewesen. Jetzt feiert sie – mit 65 Jahren – ein grandioses Comeback, nicht nur als Frau Holle. Sie ist auch die Heldin in Fellinis jüngstem Opus „Ginger und Fred". Da steht sie wieder neben ihrem Lieblingspartner Marcello Mastroianni: Die beiden sind ein alterndes Tanzpaar, das nach Jahren der Trennung noch einmal einen brillanten gemeinsamen Auftritt in einer modernen TV-Show hat.



Nach zwanzig Jahren gleich zweimal im Kino: Giulietta Masina, die jetzt in Jakubiskos „Frau Holle" und in Fellinis „Ginger und Fred" zu sehen ist

FOTO: HORST TAPPE

„Ginger und Fred" ist – nach „La Strada", „Cabiria" und „Julia" – der vierte Film, den Giulietta Masina mit ihrem Ehemann Fellini gedreht hat. Sie hat in Eduardo de Filippos „Fortunella" und in Renato Castellanis „Hölle in der Stadt" die Hauptrolle gehabt, war das „Kunstseidene Mädchen" bei Victor Vicasse: Auch das waren Erfolge, gewiß. Doch ihre größten Momente auf der Leinwand hatte sie unbestreitbar mit Federico Fellini.

Giulietta Masina – ihr Vater war Geiger unter Toscanini, ihre Mutter Lehrerin – hat kein großes Rollen-Repertoire aufzuweisen. Sie hat nur ein knappes Dutzend Filme gedreht, aber mit drei oder vier von ihnen hat sie Filmgeschichte gemacht. In den späten fünfziger Jahren war sie fast ein Mythos: sie war „die Masina". Ihre zwei Doktorhüte in Philologie und Soziologie – keineswegs honoris causa – trugen zweifellos noch zum Ruhme bei.

Für ein breites internationales Publikum ist Giulietta Masina unvergessen als Gelsomina, das bekümmerte, kleine Clownsgesicht mit den gläubigen Kinderaugen, in dem sich alle Einsamkeit und alles Unglück der Welt spiegelt. (Das ZDF ermöglicht heute abend, um 22.45 Uhr, ein Wiedersehen mit Gelsomina und Fellinis Meisterwerk „La Strada"). Und sie bleibt in Erinnerung als Cabiria in Fellinis gleichnamigem Film. Da ist sie ein armseliges kleines Straßenmädchen von kindlicher Unschuld und clownesker Naivität, immer auf der Suche nach einem bißchen Glück. Cabiria wird gedemütigt, beleidigt, getreten. Trotz allem verliert sie den Glauben an die Menschheit nicht. Und wenn sie lächelt, ist man fast ein bißchen glücklich.

Giulietta Masina empfängt uns in ihrer Suite im Excelsior Hotel am Lido von Venedig. Sie trägt ein schwarzweiß gemustertes enges Kleid, das ihre zierliche Gestalt noch schmaler erscheinen läßt. Sie raucht unaufhörlich. Nicht einmal Fellini habe ihr das Rauchen abgewöhnen können, erzählt sie, obwohl er es versucht habe, denn dem Maestro sei der Qualm beim Arbeiten unerträglich.

Giuliettas Gesicht sieht immer noch so aus, wie wir es aus „La Strada" kennen, vom Alter kaum gezeichnet. Es ist das komödiantisch-verschmitzte und tieftraurige Gesicht eines Clowns, denn ein Clown ist sie immer gewesen in ihren großen Rollen. Man hat sie einen „weiblichen Chaplin" genannt. „Zu viel der Ehre", meint Giulietta und schmunzelt in sich hinein. Und dennoch war es Charlot höchstpersönlich, der der schmächtigen kleinen, scheinbar ganz unerotischen Italienerin das größte Kompliment ihres Lebens gemacht hat. Die Masina sei für ihn, so Chaplin kurz vor seinem Tod in einem Interview, die Schauspielerin, die er am allermeisten liebe und bewundere.

Was hat sie in all den Jahren gemacht, in denen sie nicht filmte? Gespielt hat sie immer, auf römischen Bühnen und vor allem im italienischen Fernsehen: Da war sie der Star in langen Erfolgsserien wie „Eleonora" oder „Camilla". Zur Zeit ist sie Heldin in Sergio Zittis Serie „Traum und Notwendigkeit". Sie ist außerdem Chefin der italienischen Unicef und eine anerkannte Journalistin. Zehn Jahre lang schrieb sie allwöchentlich eine Kolumne für die Turiner Tageszeitung „La Stampa"; da ging es nicht nur um Kultur, sondern um alle Themen des täglichen Lebens. Und last not least, so versichert Giulietta, habe sie sich immer „um Federico" gekümmert.

Mit dem Magier aus Rimini ist sie seit mehr als vierzig Jahren glücklich verheiratet. 1943 hatte sie Fellini beim Rundfunk kennengelernt, wo sie die weibliche Hauptrolle in der von ihm geschriebenen Serie „Chico und Pallina" sprach. Acht Monate nach ihrer ersten Begegnung heirateten die beiden. „Es war der coup de foudre", gesteht die Masina, „wenngleich Stürme nicht ausblieben". Dennoch, es sei allemal schöner, mit einem intelligenten und kreativen Menschen zusammenzuleben, als mit einem phantasielosen. Befragt nach Fellinis bester Eigenschaft, antwortet sie spontan: „Seine Demut, seine Bescheidenheit". Und sein größter Fehler? „Ungeduld."

Wenn Giulietta Masina über ihre schauspielerische Karriere nachdenkt, dann ist das ein Rückblick, nicht ohne Reue. „Es gab so manche Rolle", erzählt sie, „die mir berühmte Regisseure angeboten haben, Leute wie Pietro Germi, Berlanga oder Antonioni. Und ich habe abgelehnt, einfach, weil ich Angst hatte. Diese Rollen waren von meinem Erfolgs-Repertoire, von Gelsomina oder Cabiria, so meilenweit entfernt, und ich traute sie mir schlichtweg nicht zu. Das bereue ich heute sehr."

Antonioni beispielsweise hatte ihr die Rolle der Schriftstellersgattin Lidia in „La Notte" angeboten, die dann Jeanne Moreau übernahm. „Heute erst bin ich ganz sicher", so Giulietta, „daß es auch in der Welt Antonionis, den ich sehr bewundere, ein kleines Plätzchen für mich gegeben hätte. Doch was nicht ist, kann ja noch werden!"

Die Masina nennt sich selbst einen glücklichen Menschen. „Glücklich sein", findet sie, „ist eine Haltung, die Haltung des Franz von Assisi, die Haltung der Dankbarkeit, der Demut dem Leben gegenüber." Und Glück ist für sie nicht zuletzt ihr Beruf. „Jede Rolle", sagt sie, „war für mich ein Traum, der Wirklichkeit geworden ist."

Giulietta Masina hat heute, mit 65, noch viele Träume. Träume auch von großen Kinorollen. Am liebsten möchte sie bald einmal Caterina de' Medici sein.

DORIS BLUM

Neues Museum in Frechen dokumentiert die Keramik-Herstellung vom Mittelalter bis zur Gegenwart

So witzig und übermütig waren die Düppenbäcker

An Keramikmuseen herrscht hierzulande eigentlich kein Mangel. Zu den schönsten seiner Art zählt zweifellos das „Keramion" in Frechen bei Köln. In der Form einer Töpferscheibe erbaut, ist es in kurzer Zeit zum Wahrzeichen der Stadt geworden, zu einem Anziehungspunkt für Freunde der Keramik aus aller Welt. Nun hat die Stadt ein zweites Keramikmuseum eröffnet, als kommunales Institut im Unterschied zum privat geförderten „Keramion".

Die Kunde von der Neugründung mußte verwundern. Beide Institute beeilten sich denn auch, den entsprechenden Fragen zuvorzukommen, indem sie versicherten, die zwei Museen träten nicht in Konkurrenz zueinander, sondern hätten komplementäre Aufgaben und Ziele. Das „Keramion", wahrscheinlich die umfassendste Sammlung zeitgenössischer Keramik, widmet sich ausschließlich dem Schaffen heutiger Künstler; das neue städtische Museum sammelt und präsentiert historische Keramik im Zusammenhang mit der Stadtgeschichte.

Die Arbeit an der Töpferscheibe, der Handel mit Irdenware und Steinzeug haben in Frechen eine lange Tradition. Schon im 14. Jahrhundert wurde hier Steinzeug hergestellt, das zu einer künstlerischen Bedeutung und damit gleichzeitig zur Hochblüte gelangte, als aus bisher noch ungeklärten Gründen die Krug- und Kannenbäcker aus dem benachbarten Köln scharenweise nach Frechen kamen beziehungsweise zurückkehrten. Die prachtvollen, großbauchigen Bartmannskrüge wurden damals zum bleibenden Güte- und Kennzeichen der Frechener Keramik; die Stadt führt noch heute einen solchen Krug in ihrem Wappen.

Heute freilich müßte sie ihn füglich mit einem keramischen Rohr kombinieren. Denn Frechen ist auch im Zeitalter der Industrie bei der Keramik geblieben, die sich ihrerseits industrialisiert hat. Die Stadt wurde in den letzten Jahrzehnten zum Ursprungsort umwälzender technischer Entwicklungen und produziert zwei Drittel des deutschen Steinzeugs. Heute stellt sie indessen nicht mehr Krüge, Kannen und Schüsseln, sondern gewaltige Rohre für die Kanalisation her. Das neue Museum macht auch diese Entwicklung vom Töpferhandwerk zur industriellen Produktion anschaulich, zugleich ihre Bedeutung für die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse am Ort, durch eine übersichtlich gegliederte ständige Ausstellung mit Text- und Bildtafeln, Karten, Plänen und Modellen.

Seit 1952 wurde die Sammlung systematisch aufgebaut, aus Ankäufen, Schenkungen, schier unerschöpflichen Bodenfunden. Mit der Eröffnung des Museums wurde sie jetzt dem Publikum zugänglich, ergänzt durch Leihgaben aus öffentlichen und privaten Sammlungen. Thematisch umfaßt die Schausammlung den ganzen Bereich von der Rohstoffgewinnung bis zur „Industrialisierung im richtigen Moment", vom vorindustriellen Tagebau bis zum Welthandel mit Frechener Steinzeug seit dem 16. Jahrhundert; sie zeigt in rund 400 ausgesuchten Beispielen Steinzeug und Irdenware vom 14. bis zum 20. Jahrhundert.

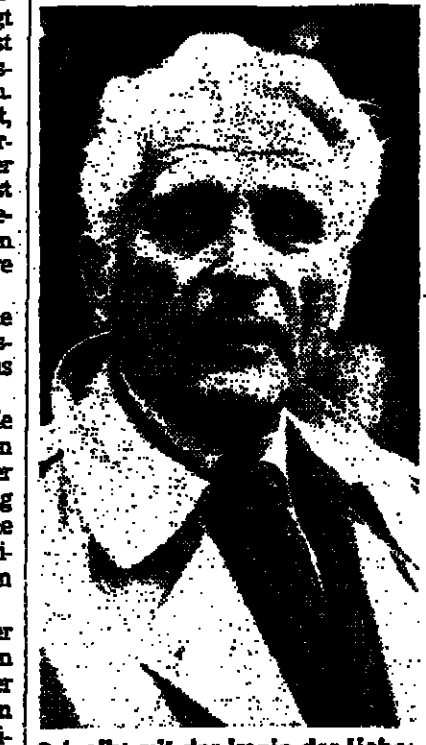
Den Bartmannskrügen blieb ein eigener Raum vorbehalten; darin läßt sich eine interessante Entwicklung vom edlen Männerkopf über lachende und närrische, später sogar fratzenhafte Gesichter bis zum starren Ornament verfolgen. Der Frechener Krug unterscheidet sich vom Kölner durch einen runden (statt rechteckigen) Bart und wurde eine begehrte Handelsware in ganz Europa und in Übersee. Daneben sieht man natürlich Irdenware für den täglichen Bedarf, Eß- und Trinkgeschirr, Koch-, Back- und Vorratsgefäße sowie Zierschüsseln und Schmuckgefäße.

Das Museum hat eine besonders schöne und stattliche Auswahl von Zierschüsseln vorzuzeigen. Buntglasiert, mit Pflanzen- und Tierornamenten versehen, dienen sie bildlichen Darstellungen, die, häufig von Versen, Sprüchen und Legenden begleitet, sich auf religiöse und profane Dinge des Lebens beziehen. Sie überliefern uns auf ihre schlichte Art viel von der Volksfrömmigkeit, der Ehrbarkeit, der Kunstfertigkeit und dem Witz der Frechener „Düppenbäcker" früherer Jahrhunderte.

EO PLUNIEN

„Ich fluche noch immer polnisch" – Tadeusz Nowakowski wird 65 Jahre alt

Mit Sarkasmus gegen die Trägheit



Schreibt mit der Ironie der Liebe: Tadeusz Nowakowski

FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Der Mensch besteht aus drei Teilen: aus dem Körper, der Seele und dem Paß". Tadeusz Nowakowski zitiert dieses russische Sprichwort gern. Denn er weiß, was es bedeutet, ohne Paß zu leben. Seine Biographie ist typisch für einen Polen in unserer Zeit, der nicht zum Mitläufer taugt: Geboren vor 65 Jahren in Allenstein, Studium, Widerstand, Gestapo, Konzentrationslager, „Volksgerichtshof", Todesurteil, Begnadigung zu dreißig Jahren KZ, Displaced person, Emigrant.

Nach dem Krieg fand er sich in einem Lager wieder, zwischen jenem Schwemmsand des Krieges, der Haus und Heimat verloren hatte und sie – weil beide im sowjetischen Herrschaftsbereich lagen – auch nach dem Krieg nicht wiedergewinnen konnte, solange er nicht zur totalen Unterwerfung bereit war. Nowakowski war das nie. Und so zog er durch die Welt, lebte in Italien, England, Amerika, ehe er sich 1952 in München niederließ. Dort arbeitet er für den Rundfunk – und für sich.

Sein erster Erfolg kam 1959 mit dem Roman „Polonaise Allerheiligen". Es ist die Geschichte eines Polen, der nach Kriegsende endlich das Lager verlassen könnte, wenn er wüßte wohin, eines Mannes, der immer ein Fremder bleibt und durch den die Frau, mit der er zusammenlebt, in ihrem Dorf zur Fremden wird. 1966 folgten dann „Die Radziwills". Nowakowski nannte sein Buch „Die Geschichte einer europäischen Familie", denn es spiegelt die andere Seite des Polentums, die Weltoffenheit, die Weltgewandtheit, das – die Anleihe bei Heine sei gestattet – „portable Vaterland".

Es ist eine typisch polnische Geschichte auf typisch polnische Art erzählt: mit der Ironie der Liebe, mit dem Sarkasmus des Verstoßenen, mit dem moralischen Rigorismus eines Mannes, der weiß, daß Polen solange nicht verloren ist, solange es noch ein Pole irgendwo in der Welt im Kopf und im Herzen bewahrt. „Ich träume und fluche noch immer polnisch" hat Nowakowski einmal gestanden. Und zum Fluchen gibt es bei der Trägheit des Westens Grund genug. Nowakowski hat sich nie mit der Leisetreterei der Literaten, die kein kritisches Wort über den Sozialismus/Kommunismus wagen, abfinden können.

„Das Ewig-Polnische bedroht schon wieder nicht nur den Weltfrieden", schrieb er über das Erwachen der „Solidarität", „sondern auch unseren wohlverdienten Urlaub." Solche Klarsicht in Richtung Osten scheint vielen unbequem. Aber zum Glück läßt sich Nowakowski diese Unbequemheit nicht verdrießen. Er weiß – und wir wissen es durch ihn: „Mit den Emigranten leben heißt mit den Besiegten leben."

PETER JOVISHOFF

JOURNAL

Hampe und Gobert für Salzburg gewählt

dpa. **Salzburg**

Der Intendant der Kölner Oper, Michael Hampe, und der designierte Direktor des Wiener Theaters in der Josefstadt, Boy Gobert, werden neue Mitglieder des Direktoriums und des Kuratoriums der Salzburger Festspiele. Nach langwierigen Verhandlungen konnte ein Einvernehmen unter den übrigen Kuratoriumsmitgliedern über die Besetzung vakant gewordener Sitze erzielt werden. Hampe nimmt den Platz des verstorbenen Burgtheaterdirektors Ernst Häusermann ein. Gobert ersetzt den freiwillig ausgeschiedenen Heinz Wiesmüller.

Ausstellung über jüdische Emigration

dpa. **Frankfurt**

Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt hat eine Ausstellung über die jüdische Emigration aus Deutschland in den Jahren 1933 – 1941 eröffnet. Die Dokumentation mit dem Untertitel „Die Geschichte einer Austreibung" steht unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und wird bis zum 31. März gezeigt. Anlaß für den umfassenden Überblick ist der 50. Jahrestag der gegen die jüdischen Mitbürger gerichteten „Nürnberger Gesetze" am 15. September 1935.

Larissa Gerstein singt russische Lieder

DW. **Bonn**

Mit ihrem neuen Programm stellt sich die russische Sängerin Larissa Gerstein am 11. November im Bonner Kulturforum vor. Zur Gitarre singt sie alte Lieder und Romanzen, aber auch zeitgenössische Werke. Im Zentrum ihres Repertoires stehen Texte und Kompositionen der inoffiziellen und halboffiziellen Liedermacher wie Bulat Okudschawa, Alexander Galitsch oder Julij Kim.

P.-L.-Weiller-Preis für Porträt-Skulpturen

v.K. **Paris**

Zum 14. Mal hat die Pariser „Académie des Beaux-Arts" den Paul-Louis-Weiller-Preis 1986 für das beste Portrait ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden im Jahreswechsel Gemälde und Skulpturen. Der erste Preis beträgt 30 000 Franc, die beiden zweiten Preise je 10 000 Franc. Ein Preis muß mindestens an einen Ausländer gehen. Die Bewerber, in diesem Jahr Bildhauer, dürfen nicht älter als 35 Jahre sein. Der heute 92jährige Stifter des Preises bedauerte der WELT gegenüber die bisher geringe deutsche Beteiligung am Wettbewerb. (Anmeldung bis 14. Februar 1986 bei Académie des Beaux-Arts, 23 Quai Conti, 75006 Paris).

Ein Riesenaffe von zehn Millionen Jahren

AFP. **Peking**

Fossile Überreste eines zehn Millionen Jahre alten Riesenaffen haben chinesische Fachleute in der südwestchinesischen Provinz Sichuan entdeckt. Die Funde stammen vom Gigantopithecus, der im Pleistozän lebte und das Zwischenglied der Entwicklung vom Riesenaffen zum primitivem Menschen ist. Die fossilen Reste wurden in einer 800 Meter hoch gelegenen Höhle entdeckt, in der sich auch Reste von 20 Säugetierarten und Reptilien befanden, die bis zu 65 Millionen Jahre alt sind: Säbelzahntiger und Mastodon.

Comédie Française auf UdSSR-Tournee

AFP. **Moskau**

Mit Molières „Menschenfeind" geht die Comédie Française vom 11. bis 30. November auf UdSSR-Tournee. Das fünfte Rußland-Gastspiel der französischen Truppe beginnt in Kiew und wird in Moskau und Leningrad fortgesetzt. Insgesamt stehen zehn Vorstellungen auf dem Programm.

Lateinamerikanisches Theatertreffen in Köln

dpa. **Köln**

Ein lateinamerikanisches Theatertreffen steht in den nächsten zwei Monaten auf dem Programm verschiedener Kölner Bühnen. Zu dem Festival sind Gruppen aus Mexiko und Kuba eingeladen. Andere südamerikanische Theaterensembles, die sich in Köln ein Stelldichein geben, leben im europäischen Exil. Begleitet wird die Veranstaltungsreihe von Film und Literaturbeiträgen.

Italienisches Institut für Wolfsburg

di. **Wolfsburg**

Ein italienisches Kulturinstitut wird am 12. November vom italienischen Botschafter in Bonn, Prof. Luigi Vittorio Ferraris, in Wolfsburg eröffnet. Aus Anlaß der Eröffnung zeigt das Institut ausgewählte Blätter aus dem Werk des 1980 verstorbenen Malers und Bildhauers Marino Marini.

Ein Bordeaux Jahrgang 1787 bei Christie's

A. GRAF KAGENECK, Paris

Eine Flasche mit einem Inhalt, von dem jeder Tropfen den Erwerber mindestens etwa 4.20 Mark kosten wird, hält das Londoner Auktionshaus „Christie's" am 5. Dezember für etwaige Liebhaber bereit. Eine Flasche mit einem sagenhaften Jahrgang: 1787, zwei Jahre vor der Französischen Revolution. Eine Flasche mit einem nicht minder sagenhaften Lagenamen: Château Lafitte. Eine Flasche schließlich, deren früherer Besitzstand einer Sensation gleichkäme, gäbe es nicht Zweifel der Experten an seiner Echtheit: Sie trägt die Initialen „Th. J.", die des dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Thomas Jefferson.

Die Flasche ist Bestandteil des Fundes, der vor einiger Zeit in einem alten Pariser Haus gemacht wurde, berichtete dieser Tage Howard Goldberg, der Weinexperte der in Paris erscheinenden „International Harald Tribune". Finder des Schatzes, so Goldberg, war ein Deutscher, der Musikverleger Hardy Rodenstock aus Bad Marienberg. Über den Ort des Fundes macht der glückliche Entdecker keine Angaben.

Es handelt sich um „mehr als ein Dutzend Flaschen" mit Weinen aus verschiedenen berühmten Häusern des „Bordelais", wie Château d'Yquem im Sauternes, Château Margaux im Médoc oder das benachbarte Château Brane Mouton bei Pauillac, welches heute dem Baron Philippe Rothschild gehört, und dessen Jahrgänge von 1784 bis 1787 reichen.

Rodenstock, der von der Zeitung als ein „feiner Weinkenner" ausgewiesen wird und vermutlich Inhaber des Hauses ist, hinter dessen Kellerwand der außergewöhnliche Schatz gefunden wurde, ließ sich „obwohl er kein Geld braucht", von Christie's Weinexperten Michael Broadbent überreden, eine der Flaschen zur Versteigerung herauszugeben.

Von den anderen will er zusammen mit Broadbent im Jahre 1987 zum 200. Jahrestag des Jahrgangs in Monticello im US-Staat North Carolina eine feierlich entkorken. Monticello war und ist der Privatbesitz der Jeffersons: Es befindet sich dort noch ein Weinberg, den der Präsident und Freund europäischer Weine anlegte, und der heute neu mit Sauvignon-Cabernet, der berühmtesten Traube Frankreichs, bepflanzt ist.

Damit sind wir bei Thomas Jefferson und den geheimnisvollen Initialen auf der in Paris gefundenen Weinflasche. Experten streiten darüber, ob sie wirklich von Jefferson auf einer seiner vielen Reisen, die er als Botschafter der jungen Republik in Frankreich in alle damals bekannten europäischen Weinbaugebiete machte, auf die Flasche gekritzelt worden sind. Vielleicht stammen die Initialen von einem Angestellten des Château Lafitte (heute ebenfalls im Besitz der Familie Rothschild).

Jefferson unterzeichnete zwar seine Briefe oft mit Initialen, aber er machte keine oder selten Punkte dahinter, nur zuweilen Kommas oder Strichpunkte. Auch benutzte er eher den Buchstaben I statt J für die Abkürzung seines Familiennamens. Fest steht allerdings, daß die Flasche authentisch ist.

Daß der Wein gut ist, bezeugt Graf Alexander de Lur Saluces, Inhaber des berühmten Schlosses von Yquem. Er und Hardy Rodenstock tranken unlängst einen der 1784er Sauternes aus dem Rodenstock-Bestand und fanden ihn „bemerkenswert, unglaublich weich, lieblich und sehr ausgewogen".

Wenn die Angst vor der Außenwelt übermächtig wird

ERNST HAUBROCK, New York

Marjorie Goff war 31 Jahre alt, als sie sich an einem Frühlingstag des Jahres 1949 in ihrer Wohnung in Washington einschloß. Mehr als 30 Jahre später wagte sich die 61jährige zum ersten Mal wieder nach draußen. Die Frau, die freiwillig ihr Leben mit einem Gefängnisdasein vertan hatte, konnte nicht anders. Sie litt an Agoraphobie, an der Angst vor der Außenwelt. Der Fall Goff, der zwar ein extremer, aber kein vereinzelter ist, wurde kürzlich in einem Bericht des Amerikanischen Instituts für Geisteskrankheiten (NIMH) geschildert, um auf die Auswirkungen von Phobien und deren weite Verbreitung aufmerksam zu machen.

Jeder 20. erwachsene Amerikaner leidet an Agoraphobie, der schlimmsten Form, und sogar jeder neunte an einer milden, doch lästigen Phobie, die unbehandelt zu vielen peinlichen Situationen führen und zur Plage für ihn werden kann. Phobien – so stellte die Studie erstmalig fest – sind in den Vereinigten Staaten nach dem Alkoholismus das am häufigsten verbreitete psychische Leiden.

Eine der harmlosesten und am einfachsten zu kurierenden Phobien ist die Akrophobie, wörtlich aus dem Griechischen übersetzt die Gipfelangst, in der Umgangssprache die Höhenangst. Treffender sollte sie wohl Angst vor Abgründen heißen. An ihr leidet, wer es etwa vermeidet, sich in einem hohen Gebäude in der Nähe eines Fensters aufzuhalten.

Bei extremen Fällen von Akrophobie können ihre Opfer eine Erhebung nicht höher als drei, vier Meter, keine Leitern und in Gebäuden kein Stockwerk höher als das dritte besteigen, ohne unter schlimmer Beklemmung mit Schwindelgefühl, starkem Herzklopfen und Schweißausbrüchen zu leiden. Mit modernen Flugzeugen reisen solche Personen jedoch meist ohne Furcht, weil ihnen der Abgrund, über dem sie sich befinden, nicht bewußt wird.

Die nicht seltene Angst vor dem Fliegen, die Aerophobie, ist anders gelagert. Wie jüngste Studien des NIMH und der US-Luftfahrtindustrie festgestellt haben, fürchten sich an Aerophobie Leidende nicht eigentlich vor dem Fliegen, sondern davor, in der engen Kabine eines Flugzeugs eingeschlossen zu sein – ähnlich wie bei der Klaustrophobie – oder vor dem Gefühl, der Technik und dem Flugzeugführer ohnmächtig ausgeliefert zu sein. Mit Aerophobie haben sogar manche Piloten zu kämpfen, wenn sie Passagiere sind. Sitzen sie selbst am Steuerknüppel, stellt sich diese Angst nicht ein.

Eine weitere Phobie, die Brückenangst, ist so verbreitet, daß sich die Straßenbehörde des US-Staates Maryland genötigt sah, einen Lotsendienst für die Brücke über die Chesapeake-Bucht bei Washington anzubieten, der täglich von Autofahrern wahrgenommen wird, die beim Anblick der hochragenden Brücke in Panik ausbrechen und nicht in der Lage sind, ihr Auto weiter zu steuern. Lotsen stehen auch für mehrere andere Brücken, darunter die Golden Gate Bridge über die Bucht von San Francisco, zur Verfügung.

Ganz anderer Art ist eine Vielzahl von sogenannten Sozialphobien, wozu die Ochlophobie (Angst vor Massen) oder die Xenophobie (Angst vor Fremden) ebenso gehören wie die verbreitete Angst vor Restaurantbesuchen. Ihre Opfer, darunter weltgewandte Personen, fürchten sich zu bekleckern, vor anderen Gästen zu blamieren oder einfach vor einem automatischen Brechreiz, der sie überkommt, wenn sie in Gegenwart von nicht vertrauten Menschen Nahrung zu sich nehmen sollen.

Was sind Phobien und was sind ihre Ursachen? Wie Robert DuPont, eine Autorität auf diesem Gebiet in den USA, erläutert, haben Phobien nichts gemein mit anderen psychischen Leiden wie etwa dem Verfolgungswahn. Phobieopfer wissen, daß ihre Ängste irrational und unbegründet sind. Und dennoch leiden sie. Furchtanfälle können für den Betroffenen so schlimm sein wie eine Herzattacke, nur sind sie nicht tödlich.

DuPont und andere Verhaltensforscher vermuten, daß die Ursache für Phobien tief im Ego eines Menschen zusammen mit dem Selbsterhaltungstrieb angesiedelt ist. Nach einer anderen Theorie besteht bei Phobieleidenden ein Mangel an chemischen „Blockern", die den Aufprall von normalen Angstgefühlen auf Rezeptoren im Gehirn mildern. Bekannt ist, daß manche Phobien mit traumatischen Erlebnissen beginnen. Andere Phobien treten plötzlich und ohne allen erkennbaren Grund auf.

Die meisten Fachleute haben es aufgegeben, nach den exakten Ursachen zu forschen. Sie begnügen sich, Heilmethoden zu entwickeln, die in den letzten Jahren in den USA beachtliche Fortschritte erzielten. Während die herkömmliche Psychoanalyse gegen Phobien meist nichts ausrichten kann, ist eine Verhaltenstherapie am erfolgreichsten, die den Patienten einfach zwingt, jene Situationen durchzustehen, vor denen er sich fürchtet – schrittweise und zu Beginn an der beruhigenden Hand des Therapeuten. Gegen plötzliche Panik-Attacken wurden Psychopharmaka entwickelt. Herkömmliche Beruhigungsmittel bleiben bei schweren Phobien meist ohne Wirkung.

Gruppentherapie hat sich ebenfalls bewährt. Patienten hilft schon allein die Aussprache mit Leidensgenossen. Marjorie Goff, die Frau, die sich aus Angst vor der Außenwelt 30 Jahre lang einschloß, wurde innerhalb von einigen Monaten geheilt, nachdem eine Sozialarbeiterin sie überredete, an einer Gruppen-Therapie teilzunehmen. (SAD)

EG-Kommission zu Schadenersatz verurteilt

WILHELM HADLER, Luxemburg

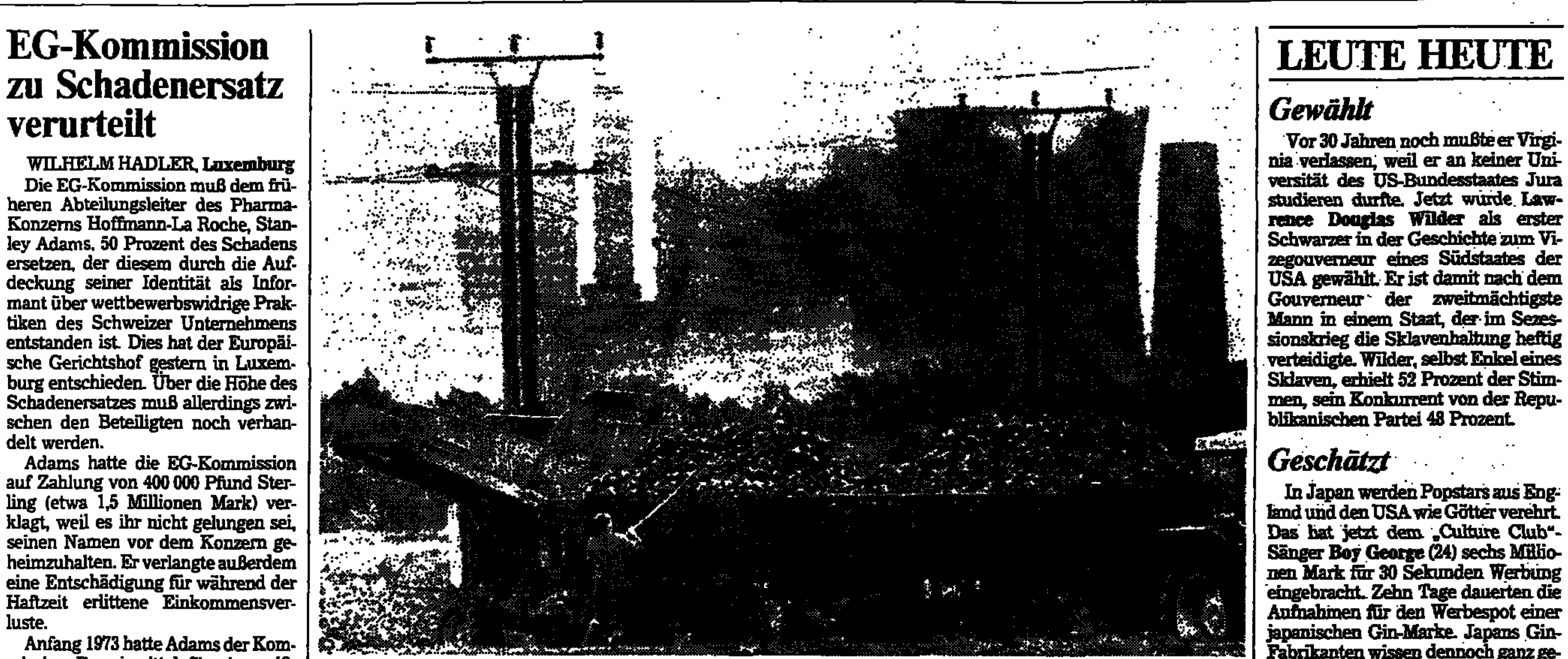
Die EG-Kommission muß dem früheren Abteilungsleiter des Pharma-Konzerns Hoffmann-La Roche, Stanley Adams, 50 Prozent des Schadens ersetzen, der diesem durch die Aufdeckung seiner Identität als Informant über wettbewerbswidrige Praktiken des Schweizer Unternehmens entstanden ist. Dies hat der Europäische Gerichtshof gestern in Luxemburg entschieden. Über die Höhe des Schadenersatzes muß allerdings zwischen den Beteiligten noch verhandelt werden.

Adams hatte die EG-Kommission auf Zahlung von 400 000 Pfund Sterling (etwa 1,5 Millionen Mark) verklagt, weil es ihr nicht gelungen sei, seinen Namen vor dem Konzern geheimzuhalten. Er verlangte außerdem eine Entschädigung für während der Haftzeit erlittene Einkommensverluste.

Anfang 1973 hatte Adams der Kommission Beweismittel für eine mißbräuchliche Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung von La Roche auf dem Vitaminmarkt geliefert. Im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens, innerhalb dessen das Unternehmen später zu einer Geldbuße von rund einer Million Mark verurteilt wurde, legten Beamte der Kommission La Roche Kopien der von Adams gelieferten internen Rundschreiben vor.

Adams wurde am Silvestertag des Jahres 1974 bei seiner Einreise in die Schweiz verhaftet, im März des darauffolgenden Jahres gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt und im Juli 1976 wegen Wirtschaftsspionage von einem Baseler Gericht zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung verurteilt. 1983 (und ein zweites Mal 1984) erhob er Klage gegen die Kommission. Seine Frau nahm sich während seiner Haft das Leben.

Der Europäische Gerichtshof bejahte eine Geheimhaltungspflicht der Kommission. Bei der Weitergabe der Unterlagen an Hofmann-La Roche sei sich die EG-Behörde der Gefahr der Aufdeckung der Identität Adams voll bewußt gewesen. Allerdings müsse sich der Kläger wegen seiner Unvorsichtigkeit ein erhebliches Mitverschulden an dem erlittenen Schaden zurechnen lassen.



Alles fest im Griff: Verladung der Zuckerrüben in Weisweiler bei Aachen FOTO: GAULS

Erntezeit für Zuckerrüben

Karawanen von Lastkraftwagen und Traktoren, vollbeladen mit Zuckerrüben, rollen zur Zeit über unsere Landstraßen. Die Zuckerrübenernte ist voll im Gange. Wo in früherer Zeit die Bauern in mühseliger Arbeit mit dem Rübenheber jede Frucht einzeln aus dem Boden zogen, mit dem Putzmesser köpften und von der groben Erde befreiten, rattern heute riesige Bunkerköpfroder über die Felder. Sie köpfen die Rüben, heben sie aus dem Boden und befördern sie in einen Sammelraum. Von dort werden die Rüben zum Verarbeitungsort gebracht, wo von jeder Rübenladung Proben analysiert werden, die Zukkergehalt und Melassebildner ermitteln. Mit diesem ersten Qualitätsnachweis wird auch der Rübenpreis für den Landwirt festgelegt.

Zur eigentlichen Zuckerherstellung wird nicht nur Energie wie Kohle oder Öl, sondern auch Kalkstein zur Reinigung des Rohsaftes benötigt. Der zurückbleibende pulverisierte Kalk wird von den Rübenbauern zur Düngung benutzt. Eine ganz große Rolle spielt Wasser, das zum Schwemmen und Waschen der Rüben sowie zur Rohsaftgewinnung gebraucht wird. Zur Verarbeitung einer Tonne Rüben sind rund 16 Kubikmeter Wasser erforderlich.

Von den heute weltweit über 110 Millionen Tonnen Zucker, werden etwa 2,5 Millionen Tonnen in den 48 Zuckerfabriken der Bundesrepublik erzeugt. Gegenwärtig umfaßt die gesamte Anbaufläche rund 420 000 Hektar. Zuckerrübenzentren sind der Ostteil Niedersachsens, der Westen Nordrhein-Westfalens, die Pfalz, das nordwestliche Bayern und die Gegend südöstlich von Regensburg. Eine Million Tonnen Zucker werden von der Bundesrepublik exportiert, der Rest wird zu zwei Drittel in der Industrie, zu einem Drittel in privaten Haushalten verbraucht.

Zucker wird heute fast ausschließlich aus Zuckerrohr und Zuckerrüben gewonnen, wobei die Extraktion von Zucker aus der Zuckerrübe im Gegensatz zur Zuckerrohrverarbeitung relativ neueren Datums ist. Das Endprodukt, einst Inbegriff von Luxus, ist heute Selbstverständlichkeit geworden. Der Chemiker Marggraf entdeckte 1747 in Berlin den Zuckergehalt in der Rübe und seinem Schüler Archard gelang die erste Herstellung des Rübenzuckers im Jahre 1798. Als Napoleon 1806 die Kontinentalsperre verhängte und damit Rohrzucker aus britischen Kolonien nicht mehr nach Mitteleuropa kam, war man froh, im Rübenzucker eine Alternative gefunden zu haben.

Obwohl oder vielleicht gerade weil die Bundesrepublik neben Frankreich führender Zuckerproduzent Westeuropas ist, drückt den Zuckerproduzenten, wie andere EG-Agrarsparten auch, kräftig der Schuh: Weltweit hohe Zuckervorräte (über 40 Prozent des Jahresverbrauchs) und ein niedriger Weltmarktpreis müssen von Rübenanbauern und Zuckerfabriken durch Produktionsabgaben mitfinanziert werden. Im Januar 1986 soll deshalb eine neue europäische Zuckermarktordnung verabschiedet werden, von der eine Eindämmung der Überschüsse und eine Verbesserung der Preissituation erhofft wird. H.O.

LEUTE HEUTE

Gewählt

Vor 30 Jahren noch mußte er Virginia verlassen, weil er an keiner Universität des US-Bundesstaates Jura studieren durfte. Jetzt wurde **Lawrence Douglas Wilder** als erster Schwarzer in der Geschichte zum Vizegouverneur eines Südstaates der USA gewählt. Er ist damit nach dem Gouverneur der zweitmächtigste Mann in einem Staat, der im Sezessionskrieg die Sklavenhaltung heftig verteidigte. Wilder, selbst Enkel eines Sklaven, erhielt 52 Prozent der Stimmen, sein Konkurrent von der Republikanischen Partei 48 Prozent.

Geschätzt

In Japan werden Popstars aus England und den USA wie Götter verehrt. Das hat jetzt dem „Culture Club"-Sänger **Boy George** (24) sechs Millionen Mark für 30 Sekunden Werbung eingebracht. Zehn Tage dauerten die Aufnahmen für den Werbespot einer japanischen Gin-Marke. Japans Gin-Fabrikanten wissen dennoch ganz genau, warum sie soviel Geld für einen angelsächsischen Star ausgeben. **John Travolta** bekam für einen Werbespot, bei dem er nur „Tokio Drink" zu sagen brauchte, zwei Millionen Mark. Die Firma verkaufte in den folgenden drei Monaten 970 000 Kisten mehr. Geschätzte Werbeträger waren vor ihnen schon **Rod Stewart** und **David Bowie.**

Gelassen

Gelassen reagiert **August Strecker,** Bürgermeister eines idyllischen Ortes im Schwarzwald, wenn man ihn auf die Berühmtheit des Glottertals anspricht. Die Gegend ist nämlich seit eineinhalb Jahren die Kulisse für die ZDF-Fernsehserie „Schwarzwaldklinik", die alle bisherigen Einschaltquoten übertrifft. „Natürlich, die Zahl der Neugierigen, die aus der näheren Umgebung gekommen sind, um sich das alles hier einmal anzusehen, die ist schon gestiegen – aber einen echten Buchungsboom, den haben wir noch nicht", ließ er wissen. Mit dem Hauptdarsteller der Serie, **Klaus-Jürgen Wussow,** trank er zwar mal ein Gläschen Wein; die Ehrenbürgerschaft für besondere Verdienste will der Bürgermeister dem Schauspieler allerdings nicht verleihen.

Großeinsatz gegen „Videopiraten"

dpa, Köln/Düsseldorf

Mehrere hundert Polizeibeamte führten gestern in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg einen erfolgreichen Schlag gegen eine Bande von „Videopiraten". Nach Informationen der Staatsanwaltschaft Köln und des Landeskriminalamtes (LKA) in Düsseldorf haben sie sich illegal akutelle Spielfilme beschafft, für die es noch keine Videolizenzen gab. In modern augestatteten Studios wurden Raubkopien gezogen und über ein Vertriebssystem in der Bundesrepublik Deutschland verkauft. Allein in Nordrhein-Westfalen schwärmten gestern 150 Beamte aus, um an 21 Orten 57 Wohnungen und Geschäfte „tatverdächtiger Personen" zu durchsuchen. Von 16 Personen, gegen die das Amtsgericht Köln Haftbefehle erlassen hatte, wurden nach Angaben des LKA zwölf festgenommen.

Kampf gegen Aids

rtr, New York

Die Stadt New York will ihren Kampf gegen die Ausbreitung der tödlichen Immunschwäche Aids verstärken. Am Mittwoch ordnete Bürgermeister Edward Koch die Schließung von Homosexuellenbars und -saunen an. „Dort wird der Tod verkauft", begründete Koch seine Entscheidung.

Mit Katalysator

AP, Bonn

2236 Dienstwagen des Bundes sollen von 1986 an mit den wirkungsvollsten Abgassystemen ausgerüstet werden, also in der Regel mit Dreiwege-Katalysatoren. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Carstens, teilte gestern in Bonn mit, die CDU/CSU- und FDP-Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundestages hätten eine solche Nachrüstung für alle Dienstfahrzeuge des Bundes beschlossen, die nicht vor 1988 ausgesondert werden.

Schlafkissen sind Medizin

DW. Münster

Mit Heilkräutern gefüllte Kopfkissen, die zum gesunden Schlaf verhelfen sollen, gelten als Arzneimittel und müssen deshalb vom Bundesgesundheitsamt genehmigt sein. Mit dieser Begründung hat das Verwaltungsgericht Münster die Klage eines Herstellers aus Rhede im Kreis Borken gegen ein Vertriebsverbot seiner Schlummerrollen abgewiesen. Der Fabrikant hatte seine Kleinkissen mit Naturkräutern wie Thymian, Rosmarin, Salbei und Lavendel gefüllt und damit gesunden Schlaf versprochen. (Az.: 6 K 2001/84)

Görs schweigt weiter

hd, Augsburg

Bereits wenige Minuten nach der Eröffnung des Prozesses gegen den 31jährigen Regierungsrat Hartmut Görs, der beschuldigt wird, seine beiden Kinder und seine Ehefrau umgebracht zu haben, wurde die Sitzung vor dem Augsburger Landgericht gestern für zwei Stunden unterbrochen. Görs verweigerte wie zuvor schon vor der Polizei jede Aussage. Die Zeugin Hiebl, eine Freundin der ermordeten Ingrid Görs, schilderte Görs als liebevollen Vater, hält es jedoch für ausgeschlossen, daß ihre Freundin unmittelbar nach dem Telefonat ihre Kinder getötet haben könnte.

WETTER: Unbeständig, mild

Lage: Deutschland liegt unter Zufuhr milder Atlantikluft von Südwesten her, wobei mitgeführte Tiefausläufer das Wetter unbeständig gestalten.

Vorhersage für Freitag: Im Norden und Osten Deutschlands zunächst wolkig mit Aufheiterungen. Später hier, wie bereits in den übrigen Gebieten, überwiegend stark bewölkt und von Westen nach Osten Durchzug eines Regengebiets. Höchste Tagestemperaturen 10 bis 14 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 5 bis 8 Grad. Im Tagesverlauf auffrischender, in freien Lagen starker und böiger Süd westwind

Weitere Aussichten: Wechselhaft. Weitere schauerartige, zum Teil ergiebige Regenfälle.

Sonnenaufgang am Samstag: 7.29 Uhr*, Untergang: 16.42 Uhr; **Mondaufgang:** 2.46 Uhr, Untergang: 15.33 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 8. Nov., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik, Haparanda, Stockholm, Hamburg, Berlin, London, Frankfurt, Wien, Paris, München, Dubrovnik, Nizza, Rom, Madrid, Lissabon, Malaga, Palma, Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Donnerstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	7	bw
Bielefeld	9	Rs
Braunlage	3	R
Bremen	10	bw
Dortmund	8	bw
Dresden	8	R
Düsseldorf	10	bw
Erfurt	8	bw
Essen	9	bw
Feldberg/S.	-2	Ne
Flensburg	7	bw
Frankfurt/M.	8	bw
Freiburg	9	bw
Garmisch	8	bw
Greifswald	8	R
Hamburg	8	R
Hannover	8	bd
Kahler Asten	3	R
Kassel	8	bw
Kempten	9	he
Kiel	7	bw
Koblenz	9	bw
Köln-Bonn	9	bw
Konstanz	9	he
Leipzig	9	bw
List/Sylt	8	bw
Lübeck	8	bw
Mannheim	8	bw
München	8	bw
Münster	10	bw
Norderney	9	R
Nürnberg	8	bw
Oberstdorf	5	he
Passau	8	bw
Saarbrücken	8	bw
Stuttgart	8	R
Trier	7	bw
Zugspitze	-8	he
Ausland:		
Algier	26	he
Amsterdam	11	bw
Athen	19	he
Barcelona	18	bw
Belgrad	16	bw
Bordeaux	15	bw
Bozen	11	he
Brüssel	11	bw
Budapest	9	he
Bukarest	7	he
Casablanca	24	he
Dublin	10	bw
Dubrovnik	19	bw
Edinburgh	10	bw

Faro	19	bw
Florenz	22	wl
Genf	9	he
Helsinki	6	R
Hongkong	26	bw
Innsbruck	8	he
Istanbul	11	bd
Kairo	31	he
Klagenfurt	3	he
Konstanza	8	bw
Kopenhagen	7	he
Korfu	20	he
Las Palmas	25	he
Leningrad	5	he
Lissabon	21	bw
Locarno	7	wl
London	14	he
Los Angeles	22	he
Luxemburg	6	R
Madrid	20	bw
Mailand	15	he
Malaga	26	he
Mallorca	22	bw
Moskau	5	bd
Nizza	19	he
New York	11	bw
[illegible]	19	he
Oslo	4	he
Ostende	12	he
Palermo	21	bw
Paris	12	bw
Peking	5	bd
Prag	6	bw
Rhodos	21	he
Rom	17	he
Salzburg	10	he
Singapur	27	bw
Split	17	he
Stockholm	5	he
Straßburg	11	bw
Tel Aviv	28	he
Tokio	23	he
Tunis	19	R
Valencia	24	he
Varna	7	bd
Venedig	13	he
Warschau	8	bw
Wien	10	he
Zürich	9	he

[illegible]

Khadhafis „großer Fluß" nach Tobruk

PETER M. RANKE, Tripolis

Bis zu vier Meter Durchmesser haben die Betonröhren. Gegossen werden sie in einer aus den USA importierten Fabrik. In vier Wochen ist Produktionsbeginn. Damit startet Libyen ein ehrgeiziges Projekt: den „großen Fluß". Am Ende der ersten Bau-Etappe 1989 sollen täglich zwei Millionen Kubikmeter Süßwasser aus der Sahara über ein Pipeline-Netz von 1900 Kilometern zur Küste fließen und Neuland bewässern.

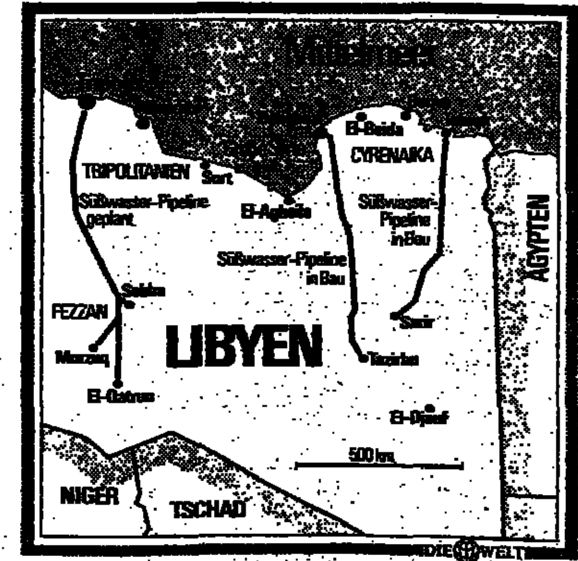
Das riesige Projekt ist Khadhafis Lieblingsidee und hat absoluten Vorrang gegenüber anderen Planungsvorhaben. Daher ist der „große Fluß" auch von den jetzt üblichen Sparmaßnahmen nicht betroffen. Schließlich will sich Khadhafi mit den spärlicher fließenden Öleinnahmen ein Denkmal setzen. Seine „grüne Revolution" soll Wüsten in fruchtbares Land verwandeln. Vor einem Jahr eröffnete er den ersten Kanal in der südlibyschen Wüste, jetzt beginnt der Bau der Rohrleitungen.

In den Wüsten-Orten Tazirbu und Sarir werden zunächst 270 Brunnen gebohrt. Das Süßwassser in dieser menschenleeren Gegend liegt 100 bis 700 Meter tief und soll von tropischen Regenwäldern stammen, die dort vor Millionen von Jahren grünten. Später wird auch das Wasser der Fezzan-Oasen angezapft und nach Tripolis geleitet. Doch erst einmal sind Tobruk, Benghazi und die Küstenregion an der Reihe, Süßwasser aus der Sahara zu erhalten.

Die Libyer standen vor dem Problem, entweder die Menschen zum Wasser oder das Wasser zu den Menschen zu bringen, erläuterte ein westlicher Diplomat. Khadhafi entschied sich für den „großen Fluß" oder den „great man-made River", wie es offiziell im Englischen heißt. Viele Libyer haben daraus gemacht: The mad man's River.

Die geplanten fünf Phasen des Projekts sollen rund 25 Milliarden Dollar kosten, bereits die erste Phase 3,6 Milliarden, einschließlich der Neuland-Bewässerung. Den Bau der Pipelines, der Pumpstationen, der Straßen und Siedlungen hat eine südkoreanische Firma übernommen. Aber jeder Libyer muß sein Schärflein beitragen, durch höhere Besteuerung von Benzin, Zigaretten und Elektrogeräten.

Wegen der Wüstenhitze, die das Wasser schnell verdunsten läßt, können nur wenige offene Kanäle gebaut werden. Die Hauptleitungen aus Beton werden daher unter die Erde verlegt. Das erste Röhren-System wird 1900 Kilometer lang. Dafür müssen allein 250 000 Beton-Segmente gegossen werden. Das Süßwasser unter der Wüste soll bei voller Ausschöpfung in fünfzehn Jahren über hundert Jahre lang reichen, schätzen die Geologen. Und dann? Dies ist nicht Khadhafis Sorge. Er will seine 3,5 Millionen Libyer möglichst schnell von ausländischen Lebensmitteleinfuhren unabhängig machen.



Libyens kostspielige Pipeline-Projekte: Süßwasser aus der Wüste an die Küste

ZU GUTER LETZT

„Das Schielen der Ahnungslosen vor den Geßlerhüten der Wirtschaft ist zum Schütteln" – Ein Bundestagsabgeordneter gestern in der Aktuellen Stunde zur Waldschadensdebatte.

Nur eine Atempause

Die Erleichterung hält sich in Grenzen. Der Ende Oktober gefallene Ministerrat-Beschluß, der nun elf Jahre hindurch krisengeplagten EG-Stahlindustrie im wesentlichen drei weitere Schonzeit-Jahre bis zur Rückkehr vom hoheitlichen Krisenmanagement in den freien Wettbewerb zu gewähren, hat für die deutschen Stahlunternehmen seine Tücken.

Bescheidene oder gar gute Gewinne machen sie im Korsett der Produktionsquoten, Preisvorschriften und Importabschottungen noch deutlicher als zum Teil schon 1984 alle wieder. Aber es gibt gute Gründe, die Fortsetzung der Stahl-Zwangswirtschaft bis Ende 1988 nur als eine Atempause zu werten, die erneut zu großen Anstrengungen auffordert, um auf dereinst wieder freiem Stahlmarkt überleben zu können.

Von ihrer auch in der langen Krise auf Welt-Spitzenniveau behaupteten technisch-wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit her bräuchte da dem Gros der deutschen Stahlerzeuger nicht bange zu sein; *von ihrer Produktionskonzentration* auf im Europa-Maßstab zumeist kostenoptimale Standorte her desgleichen nicht. Im freien und fairen *Leistungswettbewerb könnten sie* da allemal nur gewinnen.

Doch die Verhältnisse, sie sind noch immer nicht so. Das Pokerspiel allzu vieler EG-Vettern der Deutschen, mit haushohen Milliarden-Subventionen (bis zu einem Drittel und mehr der Produktionskosten), die sozial- wie wirtschaftspolitische Last massiven Abbaus überzähliger Stahl-Arbeitsplätze auf Nachbarn jenseits der Landesgrenze abzuladen, ist auch mit dem neuen Ministerrat-Beschluß noch nicht zu Ende.

Jetzt sollen es ab 1986 also nur noch Subventionen für jeweils totale Kapazitätsvernichtung sein, die von der EG-Kommission noch genehmigt werden. Zu erinnern ist da nicht nur daran, daß solche gutgemeinte definitorische Subventionsbegrenzung bislang immer wieder von milliardenschweren Tatsachen überrollt wurde.

Der Erinnerung wert ist auch das Grundprinzip des ehrwürdigen Montanvertrages für den gemeinsamen Europa-Markt, die Stahlproduktion subventionsfrei auf die kostengünstigsten Standorte zu konzentrieren.

Dieses Ideal für Kunden wie *für Produzenten bleibt in Europa* weiterhin Utopie. Näherungswerte dahin sind alles, was die EG-Stahlpolitik der nächsten Jahre erhoffen läßt. Für viele deutsche Stahlunternehmen werden es zugleich Jahre sein müssen, in denen das Fusionsthema erneut aktuell wird. Denn ohne Zusammenschlüsse zu größerem Marktpotential wie zu größerer Finanzkraft wird nach der Atempause mancher unter die Räder kommen. JOACHIM GEHLHOFF

Die Bonner Stahlpolitik – innen hart und außen weich?

Die deutsche Stahlindustrie ist im Kern gesund, in ihrer Existenz jedoch gefährdet. Das ist, in einen nur scheinbar widersprüchlichen Satz gepreßt, das Ergebnis der Bestandsaufnahme, die das Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo) vor kurzem vorgelegt hat. In der Tat, belgische, französische, italienische und britische Stahlgesellschaften in öffentlichem Besitz haben im Geschäftsjahr 1984 rund acht Milliarden Mark an Verlusten erwirtschaftet; 1985 wird es nach Aussage der Betroffenen nicht viel weniger sein. Dagegen haben die deutschen Stahlunternehmen schon im letzten Jahr fast durchweg schwarze Zahlen geschrieben; auch für 1985 erwarten sie Ertragsüberschüsse.

Das ist ein deutlicher und keineswegs selbstverständlicher Leistungsbeweis. Er verdient vor allem deshalb Respekt, weil *in der Stahlkrise gegen* jeden der rund 200 000 Arbeitsplätze, die positive Ergebnisse in Deutschland erwirtschaftet haben, eine halbe Million Mark in anderen Ländern Europas *mobilgemacht* worden *ist*, um ihn vom Markt zu verdrängen. In der Wirtschaftsgeschichte ist es ohne Beispiel, daß eine Industrie, gegen die in kurzer Zeit insgesamt 110 Milliarden Mark an wettbewerbsverzerrenden Subventionen eingesetzt worden sind, einem solchen Druck widerstanden und ihren Platz in der europäischen und internationalen Leistungsspitze behauptet hat.

Der Erfolg hat einen stolzen Vater. Die deutsche Politik hat wissen lassen, daß sie ihn für sich in Anspruch nimmt: Sie habe die „günstigen Rahmenbedingungen" für dieses Ergebnis geschaffen. Das ist eine Behauptung. Gewiß, politische Vorgaben haben der deutschen Wirtschaft insgesamt *in den letzten Jahren größere* Wachstumsspielräume freigemacht, als sie Unternehmen in einigen westlichen Nachbarländern zur Verfügung standen. Das hat auch der deutschen Stahlindustrie gutgetan.

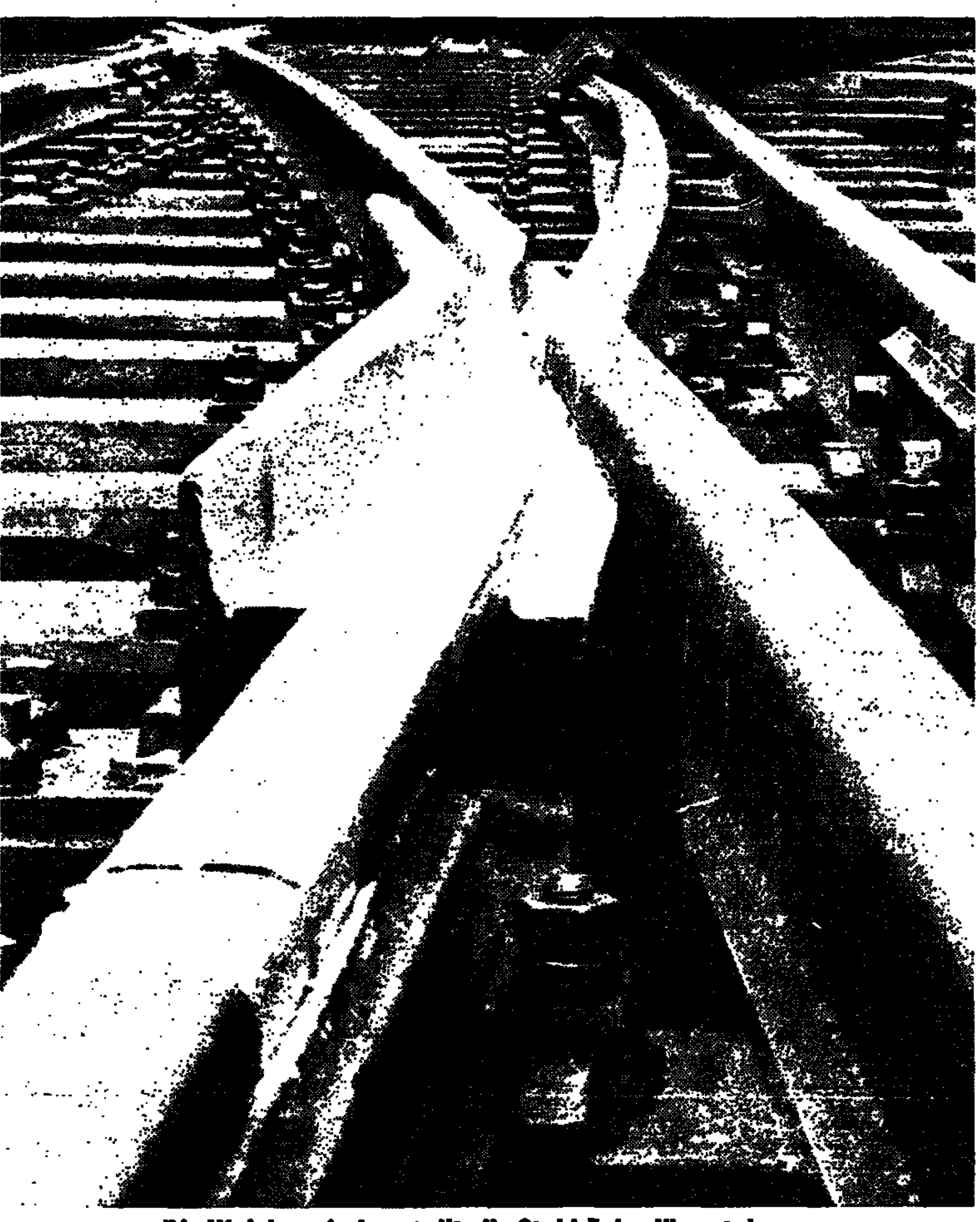
Davon abgesehen ist es jedoch nicht leicht, günstige Bedingungen auszumachen. Rechtliche und tatsächliche Barrieren machen es unseren Unternehmern eher noch schwerer als ihren Kollegen in Nachbarländern, einmal vorhandene Belegschaftsstrukturen zu verändern. Das deutsche Lohnniveau ist das höchste, die Umweltschutzbestimmungen sind die härtesten in Europa. Die deutsche Stahlindustrie, die auf den Import günstiger Kokskohle verzichtet, muß über einen ihr vom Staat auferlegten „Selbstbehalt" Arbeitsplätze im Kohlebergbau sichern. Die vom Staat gesetzten Verkehrstarife zwingen sie, den größten Verlader der *deutschen Industrie, die* Bundesbahn, zu subventionieren. Sind das wirklich günstige Bedingungen?

Für die Existenzrisiken, die das Ifo-Institut auch sichtbar gemacht hat, gibt es keinen öffentlichen Anspruch auf Vaterschaft. Sie verbleiben unstrittig der Industrie. Die Investitionsquote der deutschen Werke ist dramatisch hinter den Werten der europäischen Konkurrenten zurückgeblieben. In den zehn Jahren Stahlkrise haben die Franzosen und Italiener 55 Mark, die Briten sogar 75 Mark je Tonne produzierten Rohstahls zur Erhaltung und zum Ausbau ihrer Anlagen aufgebracht. Das Geld dazu nahmen sie aus öffentlichen Töpfen. Die *Deutschen haben dagegen für jede* Tonne nur 45 Mark investieren können. Schon zehn Mark je Tonne, die sie zurückgeblieben sind, summieren sich über die Jahre der Stahlkrise zu einer Investitionslücke von vier Milliarden Mark. Der erhebliche Wettbewerbsvorsprung, den sie erarbeitet hatten, schrumpft.

Die deutschen Unternehmen stünden noch schlechter, hätten nicht auch sie Geld vom Staat bekommen. Sieht man von einem Unternehmen an der Saar ab, für das die deutsche Politik erhebliche Mittel lockergemacht hat, so sind ihnen im Rahmen eines Stahlprogramms *insgesamt rund* drei Milliarden Mark zur Verfügung gestellt worden. Aus der Sicht des deutschen *Steuerzahlers* sind dies genau drei Milliarden zuviel. Zur Abwehr subventionsbedingter Nachteile ist es jedoch bei weitem zu wenig. Auf die deutschen Werke entfallen rund 30 Prozent der EG-Produktion und drei Prozent der in Europa geflossenen staatlichen Beihilfen. Es sieht so aus, als sollten es noch wesentlich weniger werden:

- 1,2 Milliarden Mark sind für eine öffentliche Investitionshilfe bestimmt. 80 Prozent der in *den letzten Jahren* getätigten Investitionen haben die Unternehmen selbst finanziert; 20 Prozent hat der Staat übernommen. Da die Unternehmen ihre Anschaffungen sorgsam planen und mit dem Geld haushalten, werden wahrscheinlich 150 Millionen Mark an öffentlichen Mitteln zum Jahresende nicht ausgeschöpft sein. Die Industrie möchte diese Gelder nicht verfallen lassen. Sie bemüht sich seit Monaten um eine Gesetzesnovellierung, die es erlaubt, bereits Anzahlungen auf Herstellungskosten, die noch vor Ende dieses Jahres anfallen, mit der Zulage zu begünstigen; bisher ohne Erfolg.

- 1,8 Milliarden Mark hat der Staat als Strukturhilfen für Sozialpläne und Restwertabschreibungen für stillgelegte Anlagen zur Verfügung gestellt. Er hat dies mit der Bedingung verknüpft, daß die Gelder rückzahlbar sind, sobald die Unternehmen wieder in die Gewinnzone kommen. Diese Pflicht zur Rückzahlung ist in der EG ohne Beispiel. Sie ist auch fragwürdig. Die Unternehmen müssen für ihre Anteilseigner attraktiv bleiben; sie müssen sie mit Dividenden bedienen, wenn sie wieder haftendes Kapital gewinnen wollen. Versperren ihnen Rückzahlungsverpflichtungen den Weg zum freien Kapitalmarkt, so werden die an Eigenmitteln ausgehungerten Unternehmen schnell zu Kostgängern des Staates, sobald die Konjunktur umschlägt. Daran kann niemand bei uns ein Interesse haben.



Die Weichen sind gestellt, die Stahl-Fahrpläne stehen. FOTO: KRUPP

Seit einigen Tagen wissen wir, daß der Subventionswettbewerb in der europäischen Stahlindustrie 1985 noch nicht zu Ende geht. Um die vom Ministerrat am 29. Oktober 1985 getroffene Entscheidung richtig zu bewerten, muß man drei Ereignisse des Jahres 1985 miteinander verknüpfen: In der langen Nachtsitzung vom März dieses Jahres hat die deutsche Delegation im Stahlministerrat zugestimmt, daß zu den 20 Milliarden Mark, die in anderen Ländern schon als Stahlsubventionen bereitstanden, noch großzügig Nachschuß gewährt wurde. Insgesamt wurde der Weg für mehr als zehn Milliarden Mark freigemacht, vor allem für Belgien, Frankreich und Italien. Im Gegenzug setzte der deutsche Wirtschaftsminister lediglich durch, „daß der Termin des 31. Dezember 1985 für die Zahlung aller Beihilfen strikt eingehalten wird. Nach Ablauf dieses Termins wird keine Beihilfe zugelassen." Selten war ein Ministerratsbeschluß so einfach und so klar.

Das zweite Ereignis war die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes Anfang Oktober in einer von der Bundesregierung anhängig gemachten Klage. Darin hatte Bonn, unterstützt von der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, die Beihilfepraxis der Europäischen Kommission angegriffen. Die Luxemburger Richter wiesen die Klage mit der kursorischen Begründung ab, es stehe der Behörde frei, regionale und soziale Unterschiede von Fall zu Fall zu berücksichtigen. „Eine schallende Ohrfeige für die Deutschen" war der böse Kommentar einer Zeitung; doch vielleicht eine nützliche. Für alle Beteiligten ist seither klar, daß dem Ermessen der EG-Kommission nicht nachträglich mit juristischen Mitteln Grenzen zu ziehen sind.

Das dritte Ereignis war die Vorlage der Entscheidungsentwürfe der EG-Kommission zur Fortschreibung der Stahlkrisenmaßnahmen. Es war ein bemerkenswertes Papier, das da auf den Tisch kam. Trotz des eindeutigen Ministerratsbeschlusses, daß die Zeit der Stahlsubventionen vorbei ist, entwikkelten die Autoren weitreichende Pläne zur Legitimation künftiger Stahlbeihilfen. Als Verkaufstitel wählten sie das Thema „Schließungsbeihifen". Für jeden halbwegs Kundigen war *sofort erkennbar, daß* den alten Subventionspraktiken unter einem möglichst unverfänglichen *Schild die Türen* offengehalten werden sollten. Der stellvertretende Generaldirektor für Wettbewerbsfragen, auf diese Widersprüche hingewiesen, gab zu Protokoll des Beratenden Ausschusses der Montanunion, der Ministerrat habe nur das Ende der bisher laufenden Beihilfen beschlossen, für neue Formen der Subventionen müsse Raum bleiben.

Der deutsche Verhandlungsführer wird das alles im Kopf gehabt haben, als er am 29. Oktober *1985 am Luxemburger* Tisch Platz nahm:

- In der Erkenntnis, daß Ministerratsbeschlüsse, die allein in Worte gefaßt werden, vor semantischen Anschlägen nicht zu schützen sind, befestigte er seine Rückzugsposition durch Zahlen: An sozialen Schließungsbeihilfen sollen in den nächsten drei Jahren in Europa nicht mehr als insgesamt 1.5 Milliarden Mark ausgezahlt werden. Leider hat diese Aussage nur den Charakter einer Protokollnotiz. Der Test, ob diese Begrenzung ausreicht, die auf eigene Rationalisierungsanstrengungen angewiesenen deutschen Unternehmen zu schützen, steht noch aus.

- Die bittere Erfahrung, daß der Europäische Gerichtshof der Brüsseler Kommission auch dort noch Entscheidungsspielraum zubilligt, wo nach deutschem Rechtsverständnis längst die Grenze zum Ermessensmißbrauch durchbrochen ist, veranlaßte ihn dazu, das Brüsseler Verwaltungshandeln in einigen Punkten durch härtere Kriterien zu begrenzen, so bei Abschreibungsbeihilfen für Unternehmen, die aus dem Stahlgeschäft ausscheiden. Ob diese Barrieren dem Erfindungsreichtum derer standhalten, die heute schon auf Umgehung sinnen, steht noch dahin.

- Der deutsche Verhandlungsführer hat schließlich Konsequenzen daraus gezogen, daß die Entscheidungsentwürfe der EG-Kommission mehr die inneren Druckverhältnisse in Europa als eine neutrale Position zwischen den Fronten erkennen lassen. So hat er den Vorschlag, die in den Jahren von 1980 bis 1985 abgebauten Kapazi*täten zur Bemessungsgrundlage* für Produktionszuschläge zu machen, als Diskussionsgrundlage abgelehnt. Damit wehrte er den Versuch ab, ausländischen Produzenten, die ohnehin *durch hohe Subventionen begünstigt* worden sind, auch noch zusätzliche Beschäftigungsanrechte zu verschaffen. Mit vollem Recht hatte das den Widerstand der Bundesregierung auf den Plan gerufen.

Sind die Beschlüsse über die Fortsetzung des Krisenmanagements aus deutscher Sicht insgesamt als Erfolg oder als Mißerfolg anzusehen? Ein abschließendes Urteil darüber wird erst möglich sein, wenn die politischen Vorgaben des Ministerrates in konkrete Kommissionsentscheidungen umgesetzt sind.

Geht man von den Vorlagen der EG-Kommission aus, so ist es der Bundesregierung gelungen, in wesentlichen Punkten Korrekturen zu *erzielen, die aus der Sicht der* deutschen Industrie positiv zu bewerten sind. Mißt man dagegen das Verhandlungsergebnis an den anspruchsvollen Aussagen, mit denen der Bundeswirtschaftsminister noch *Mitte* dieses Jahres die Freigabe von zusätzlichen Subventionsmilliarden an die Konkurrenz der deutschen Stahlindustrie gerechtfertigt hat, so muß die Wertung negativ sein. Den deutschen Unternehmen ist der von ihnen geforderte und von der Regierung zugesagte Quotenausgleich für diese Zugeständnisse vorenthalten worden.

Nach innen hat die deutsche Politik harte Entscheidungen zu Lasten ihrer Stahlindustrie getroffen, indem sie ihr bisher auch ein nationales Äquivalent für die erlittenen Subventionsschäden verweigert und sogar die gewährten drei Milliarden Mark des Stahlstrukturprogramms verkürzen will. Nach außen, im Umgang mit *ihren europäischen Partnern, hat sie* sich dagegen, wie kritische Beobachter anmerken, bisher eher weich gezeigt. Stellt die letzte Verhandlungsrunde eine Wende dieser Politik dar? Es ist zu hoffen.

Innen hart und außen weich – das mag ein gutes Konstruktionsprinzip für köstliches Kernobst sein, für eine bekömmliche Stahlpolitik ist es untauglich. RUPRECHT VONDRAN

Der Autor ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf.

Die deutsche Betonstahlerzeugung ist durch den subventionierten Wettbewerb der anderen EG-Produzenten bereits auf drei Prozent der gesamten Walzstahlproduktion dezimiert. Einer bislang ertragreichen Produktionsgruppe wie den kunststoff-„oberflächenbeschichteten" Feinblechen, die heute mit vier Prozent am gesamten Walzstahlversand der Branche beteiligt sind, droht gleichfalls das Schicksal eines subventionierten Verdrängungswettbewerbs. Denn die hochsubventionierten EG-Nachbarn haben in jüngster Zeit kräftig Kapazitäten aufgebaut. Das deutsche Ansinnen, auch dieser Produktgruppe *ab 1986 die dreijährige Schonzeit* quotierter Produktionsbegrenzung aller Erzeuger zu gewähren, wurde jedoch Ende Oktober vom EG-Ministerrat verworfen. Abgesehen davon droht der in der Stahlkrise bisher gesund gebliebenen Produktion von Weißblech (Feinblech mit einer Zinnauflage), etwa drei Prozent allen deutschen Walzstahls, aus hausgemachten politischen Gründen die Existenznot.

Wie Politik mit der kleinen Dose umspringt

Einwegverpackungen vernichten Arbeitsplätze, belasten die Umwelt, benötigen mehr Energie in der Herstellung und sind gesamtwirtschaftlich teurer als Mehrwegverpackungen. Es liegt ganz in Ihrer Hand, ob Ihr Durst die Umwelt belastet oder nicht. Sie können zwischen Dosen und Pfandflaschen wählen. Entscheiden Sie sich für Getränke in Pfandflaschen."

Mit solchen Parolen, millionenfach auf grauem „Recycling"-Papier an 600 „Demonstrations-Ständen" in deutschen Städten und Gemeinden verteilt, lieferten die „Anti-Dosen-Krieger" die vorerst letzte Strophe einer Ouvertüre.

Novellierung wirkungslos?

Die gesamte Begleitmusik, von Kleinbrauereien und Getränkegroßhandel bis zu den Grünen, soll die Öffentlichkeit dieser Tage auf eine in Vorbereitung befindliche Etappe deutscher Umweltschutzpolitik einstimmen, die der Weißblech erzeugenden und verarbeitenden Industrie nachgerade wie ein Stück aus dem Tollhaus *vorkommt*.

Es geht um den auf Eindämmung der Einweg-Verpackungen gerichteten Teil der in Bonn anstehenden vierten Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes. Anders als bei den auch nach ihrer Ansicht zu Recht verschärften Vorschriften der Schadstoffbeseitigung, so meint die betroffene Industrie, biete die Novelle in diesem Teil nichts als Überzogenes, Marktfremdes und obendrein für den Umweltschutz Wirkungsloses, andererseits aber den drohenden Verlust Tausender *bisher* sicherer Arbeitsplätze in Erzeugung und Verarbeitung des Verpackungswerkstoffs Weißblech.

Die Weißblech-Getränkedose, immerhin eine verbraucherfreundliche Verpackungsform zumal für den „Unterwegsbedarf" des nach Bier oder „Softdrink" Dürstenden, hat nach den von der Industrie vorgelegten Fakten hinsichtlich Abfallvolumen und schon gut 40prozentiger Recyclingquote überhaupt keine nennenswerte Bedeutung im gleichfalls irrealen Problem angeblich rasant *steigender Hausmüllabfallmengen*.

Genau umgekehrt sieht es der auf Erfolge an der Umweltschutzfront erpichte Bundesinnenminister. Seine Gesetzesnovelle soll die administrative Ermächtigung bringen, per Rechtsverordnung das parallele Ein*weg/Mehrweg-Getränke-Verpak*kungsangebot (Milch nach mißglückten Versuchen der Rückkehr zu Flasche und Kanne ausgenommen) für jeden Einzelhändler zwingend vorzuschreiben. Und obendrauf ein Zwangspfand für die Einweg-Verpackung nebst Pflicht des Einzelhändlers zur Leergutrücknahme.

Anders, heißt es im Innenministerium, sei der Vormarsch der Einweg-Getränkverpackungen und die Gefahr nicht mehr zu stoppen, „daß unser Land in einer Müll-Lawine erstickt". *Eine Horror-Vision, für die* es nach Ansicht der Industrie überhaupt keinen Anlaß gibt, und das vor allem aus zwei Gründen.

Erstens sei im letzten halben Jahrzehnt der Anteil der Einweg-Packungen am deutschen Getränkeabsatz *mit 25 Prozent* (davon nur gut ein Fünftel in der Blechdose, der große Rest in Wegwerf-Flasche und Karton) konstant, die angeblich so hart bedrängte Mehrweg-Packung also klar dominierend geblieben.

Zweitens und im Widerspruch zu den Daten des Statistischen Bundesamtes folge das Innenministerium beim dirigistischen Planansatz der *Gesetzesnovelle* pro *Mehrweg*-Verpackung bisher den „irreführenden" Angaben des Berliner Umweltbundesamtes. Nach der These dieser Bundesbehörde würde die „nahe bevorstehende Verdrängung von Mehrweg durch Einweg" den deutschen Hausmüllanfall um 20 bis 30 Millionen Kubikmeter pro Jahr steigern oder verdoppeln. Selbst in diesem irrealen „Verdrängungsfall" jedoch (und ferner ohne Einrechnung der *weiter steigenden Recyclingquote* der Einwegverpackungen) habe das Umweltbundesamt den zusätzlichen Hausmüllanfall nicht weniger als einhundertmal zu groß angegeben.

Man darf gespannt sein, ob die weitere Beratung der Gesetzesnovelle (vor Ende 1986 wird sie vermutlich nicht in Kraft treten) solche grotesken Irrtümer des Denkansatzes bereinigt und eine nur vordergründig umweltpolitisch motivierte Reduzierung des Weißblechverbrauchs im Verpackungsmarkt ad acta legt. Bedenken wegen noch anhaltender Deroutierung vernünftiger Umweltpolitik in der Abfallwirtschaft bleiben jedoch nicht zuletzt angesichts der Tatsache aktuell, daß der Innenminister zwecks Diskussion der Gesetzesnovelle in bisheriger Form Ende September eine *Reihe fachbezogener* Experten zur Anhörung nach Bonn lud.

Betroffene nicht geladen

Aus der ganzen Verpackungswirtschaft mit ihren *30 Milliarden* Mark Jahresumsatz jedoch hatte er keinen einzigen Betroffenen zum Anhören eingeladen, den Verein „Pro-Mehrweg" aber in seinen diversen Repräsentanten gleich dreimal.

Immerhin hatten die Nichtgeladenen aus den betroffenen Industrien die Gelegenheit, dem Minister einen umfangreichen Fragebogen ausgefüllt einzusenden. Was da die Weißblech erzeugenden und verarbeitenden Industrien (deren Geschäftsvolumen bereits seit einem Jahr unter der emotional aufgeheizten „Anti-Dosen-Kampagne" zu leiden beginnt) an klaren Antworten von sich gaben, müßte eigentlich manchem blinden Umweltschützer in Bonn beim Lesen die Ohren rot werden lassen. Beispielsweise: Es gebe auch deshalb keine Rechtfertigung für Maßnah*men gegen Verpackungen* wie *die* Weißblech-Getränkedose, weil bei der Abfallbeseitigung überhaupt keine Schadstoffe freigesetzt werden.

Verwertungsort irrelevant

Zudem stünden die geplanten Regelungen im Gegensatz zu den Prinzipien des freien Warenverkehrs in der EG und verletzten grob den Grundsatz der *Verhältnismäßigkeit* der Mittel.

Ferner: Eine Zwangsrücknahme *von gebrauchten Verpackungen mit*tels Pfanderhebungspflicht verlagere Abfallströme aus dem Entsorgungsbereich in den Lebensmitteleinzelhandel. „Sie wirken systemfeindlich, indem sie den um seine Existenz kämpfenden mittelständischen Einzelhandel *mit Müll belasten*." Die bestehenden und „hocheffizienten" Recycling-Systeme der gesamten Glas- und Weißblechindustrie würden dadurch ausgehöhlt „und letztlich zerstört".

Fazit: Es sei doch für die Entlastung der Mülldeponien völlig irrelevant, ob die Abfallverwertung außerhalb oder innerhalb der Abfallbeseitigung stattfindet. „Es kommt darauf an, daß sie stattfindet." Bei der leeren Weißblech-Getränkedose, die ja magnetisches Eisen enthält, könnte dieses Recycling über den Schrotteinsatz zur Stahlerzeugung bei fortschreitender Einführung von Magnet-Recycling-Systemen in der kommunalen Müllwirtschaft sogar bis zu 100 Prozent gesteigert werden.

JOACHIM GEHLHOFF

STAHLHANDEL / Deutsche Hersteller hielten im Inlandsmarkt erreichte Position

Strang vom Erzeuger zum Markt

Im Güter-Distributionsprozeß zwischen Stahlerzeugung und Stahlverbrauch ist der deutsche Stahlhandel eigenständiger Teil eines gesamtwirtschaftlichen Versorgungssystems.

Noch vor nicht allzu langer Zeit enthielten die Läger des Stahlhandels fast ausschließlich Massenstähle in Grundgüten ohne nennenswerte Werkstoffeigenschaften. Der Weg hat von hier aus bis zu Qualitätsstählen für höchste mechanische, chemische und thermische Beanspruchungen geführt. Stahl als Verbundwerkstoff – vom metallisch beschichteten Blech bis zum kunststoffüberzogenen Rohr – erreicht Einsatzbreiten und Verwendungstiefen, die in früheren Jahren gar nicht oder kaum denkbar er*schienen*.

Mengenmäßig stammt jede dritte Tonne Stahl, die über die Läger des Stahlhandels in den Markt fließt, aus heimischer Erzeugung. Wertmäßig liegt der Anteil noch darüber. Die durch Liefer- und Bezugsverträge zwischen Stahlhandlungen und Herstellern gefestigten Bindungen haben den Anteil der Bezüge von deutschen Werken in den letzten Jahren auf kon*stantem Niveau gehalten und sind* Ausdruck des Bemühens um gute Partnerschaft.

Stahl ist nicht nur Produktion, sondern erhält seine Bedeutung ebenso durch die Distribution. Als Drehscheibe zwischen seinen vor- und nachgelagerten Wirtschaftsstufen sichert der Stahlhandel den Werken Beschäftigung und sorgt dafür, daß Stahl – gleich welcher Materialart, -form oder -güte – in allen benötigten Mengen, selbst in noch so kleinen Partien, seine Kunden erreicht, unabhängig von deren Standort und zeitlichem Bedarf.

„Stahl nach Maß" gefragt

Guter Partnerschaft zur Kundenseite mißt der Stahlhandel deshalb höchsten Stellenwert bei. Wie wichtig ein solches dauerhaftes Zusammenleben ist, läßt sich an den drei von vier Tonnen Stahl messen, die über den Stahlhandel im Strecken- oder Lagergeschäft in den Markt gehen. Dies entspricht einem Branchenumsatz von etwa 22 Milliarden Mark, den knapp 30 000 Beschäftigte erwirtschaften.

Bei der Suche nach Wegen zur Bewältigung der Zukunft sollten Stahlhandlungen ihre Rolle im Markt nicht eindimensional verstehen. Denn:

Erstens ist Handelsleistung nicht nur im Sinne einer reinen Produktleistung zu verstehen, sondern schließt *Dienstleistungen zur Lieferung von* „Stahl nach Maß" mit ein, die zunehmend gefragt sind. Stahlverkäufer von morgen müssen aus dem Produktangebot Stahl *Lösungen* für Verarbeitungsprobleme ihrer Kunden herausfiltern.

Zweitens dürfen weder supplementäre noch substituierende, also weder ergänzende noch ersetzende Werkstoffe im Abseits stehen. Damit weitet sich die klassische Produktfunktion des Stahlhandels noch aus. Denkbar ist, daß Stahlhandlungen in Zukunft ein vielschichtiges Paket industrieller Werkstoffe rund um das Kernsortiment Stahl vertreiben und

drittens ihren Kunden eine unmittelbar bis in die Fertigung hineinreichende Materialversorgung im Zeittakt sicherstellen. So gesehen bestimmen zweckmäßige Sortimentierung – wie *zum Beispiel schneller Lagerum*schlag, kurze Beschaffungs- und Transportzeiten sowie größtmögliche zeitliche und räumliche Lieferbereitschaft – den Markterfolg von morgen.

Natürlich gibt es gegenüber den hier aufgezeigten Perspektiven auch Bedenken auf seiten des Stahlhandels und der Stahlverarbeitung. Mancher Stahlhändler sieht in zu enger Partnerschaft mit seinem Kunden das Risiko, daß dieser die Ausweitung der Handelsleistung nicht angemessen zu honorieren bereit ist. Dem ist entgegenzuhalten, daß ein wesentlicher Teil der verkäuferischen Leistung darin bestehen muß, den Kunden von der eigenen Leistung, den aufzuwendenden *Kosten* ihrer Erstellung und dem tatsächlichen Nutzen für den Verarbeiter zu überzeugen.

Kunden des Stahlhandels melden Vorbehalte an, weil sie eine Einschränkung ihrer Dispositionsfähigkeit fürchten, sich in der Auswahl ihrer Lieferanten beschränkt und abhängig von einer geringeren Anzahl von Lieferanten sehen. Die für beide Seiten erkennbaren wirtschaftlichen Vorteile dürften jedoch stärker wiegen als derartige Bedenken.

Das Prinzip der kommunizierenden Röhren, dem auch der Stahlhandel unterliegt, basiert auf dem Gleichgewicht der Kräfte, die in diesem Verbund wirken. So gesehen muß die Europäische Kommission die wettbewerbsfälschenden Subventionen in der Gemeinschaft abbauen. Grenzen des leistungsbezogenen Wettbewerbs werden überschritten, wo der angebliche Preisvorteil eines Anbieters durch Subventionen künstlich geschaffene Folge einer „Quasi-Wettbewerbsfähigkeit" ist. Staatliche Subventionen, *die zu versteckten Preis*unterbietungen der Hüttenwerke führen, verfälschen auch den Wettbewerb auf der Handelsstufe.

Interessenausgleich wichtig

Die Wirtschaftspolitik sollte einen stabilen *Orientierungsrahmen* für mittelfristige Investitionsentscheidungen der Unternehmen schaffen und die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessern. Die geplanten Steuerentlastungen und der Abbau von Verzerrungen im Steuersystem sind Schritte in die richtige Richtung.

Erforderlich ist weiterhin, die internationalen Märkte offenzuhalten. Die Investitionsneigung der Wirtschaft muß durch Beseitigung von Rückständen bei Basistechnologien und durch Abbau des öffentlichen Investitionsstaus gefestigt werden.

Die Stahlproduktion wäre gut beraten, neben der Erzeugung auch die *eigene Marketingleistung herauszu*stellen, sich dabei von einem fairen Interessenausgleich zwischen Handel und Werken leiten zu lassen und die gegenseitige Kommunikation unter Nutzung der Informationstechnologien in Umfang, Geschwindigkeit *und Genauigkeit zu intensivieren*.

Der Stahlhandel selbst muß die Herausforderungen des Marktes annehmen und die Werkstoffwünsche wie die materialwirtschaftlichen Bedürfnisse seiner Kunden befriedigen. Die hierzu erforderlichen Verknüp*fungen mit der Computertechnik und* den neueren Informations- und Kommunikationstechniken sollten die Unternehmen zum eigenen Vorteil rasch vollziehen. Ihre Mitarbeiter müssen die Unternehmen des Stahlhandels auf die erweiterten Aufgaben *vorbereiten, die von ihnen vermehrte* verkäuferische Fähigkeiten und betriebswirtschaftlich-technische Kenntnisse verlangen.

ERNST HOEHER

Der Autor ist Vorsitzender des Vorstandsrates des Bundesverbandes Deutscher Stahlhandel in Düsseldorf.

Beachtliche Vorleistung des „Musterknaben“

Man darf sich wundern. Selten nur und stets mit der Begründung, daß die Statistik der langen Reihen da zu viele Tücken der Ungereimtheiten nationaler Datenerfassung überwinden müßte, pocht die deutsche Stahlindustrie darauf, beim Kapazitäts- und besonders Arbeitsplatzabbau in der EG-Stahlindustrie die ihrer Eigenleistung gerechte Ausgangsbasis zu wählen. Die Bonner Regierungen diverser Couleur haben diesen langen *statistischen Rückgriff*, wenngleich er prächtig zur Stärkung deutscher Position in der EG-Stahlpolitik beitragen würde, erst recht nicht aufs Tapet gebracht.

So gehen alle Europa-Dispute über die Lastenverteilung des unerläßlichen Abbaus von Stahlkapazitäten – und vorrangig sind das (sozialpolitische) Lasten der Arbeitsplatzver*nichtung* – vom letzten Stahlboomjahr 1974 aus. Seit damals hat die deutsche Stahlindustrie ihre Gesamtbelegschaftszahl (Hilfs- und Nebenbetriebe sowie Auszubildende mitgerechnet) um 38 Prozent auf knapp 215 000 reduziert. Die übrigen EG-Länder zusammen aber schafften in der gleichen Zeit einen rund 48prozentigen Arbeitsplatzabbau.

Gehören also die Deutschen, die so viel und zu Recht über die riesigen Subventionen bei den meisten ihrer EG-Vettern klagen, in Wahrheit zu den Lahmsten der „beschäftigungswirksamen" Flurbereinigung europäischen Stahlpotentials? Die richtige Antwort lautet, daß sie gleichwohl auch in diesem Punkt Europas Musterknabe der Branche sind.

Begründung: Schon vor dem Stahlkrisenbeginn im Spätherbst 1974 haben die Deutschen konsequent auch beim Personal auf Rationalisierung und Kostenoptimierung gesetzt. Von 1961, als sie mit 421 000 Gesamtbeschäftigten ihren Allzeit-Höchststand hatten, bauten sie schon bis 1974 (bei fast 60 Prozent Produktionssteigerung) ihr Personal um ein Zehntel ab. Und dies in einer Zeit, als fast alle EG-Nachbarn auf quasi immerwährende Stahlarbeitsplatz-Vermehrung eingeschworen waren.

Resümee: Seit 1961 haben die deutschen Stahlproduzenten ihr Personal bis heute halbiert und damit deutlich mehr reduziert als der Rest der EG. Auch dies ein Fall von „Opfergleichheit", den andere erst noch nachmachen müssen. J. G.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA / Streiks sind 1986 nicht auszuschließen – Nur der Marktführer U.S. Steel schreibt schwarze Zahlen

Werden die Handelsschranken für Stahl verewigt?

Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Wie auch anderswo werden ausländische Stahlhersteller den US-Markt niemals wieder frei beliefern können. Schon jetzt hallt durch die Vereinigten Staaten der laute Ruf nach einer Verlängerung der bis 1989 geltenden allgemeinen mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen um weitere fünf Jahre. Fraglich ist, ob die Amerikaner jemals ihre enormen Arbeitskosten in den Griff bekommen. 1986 drohen harte Lohnverhandlungen; nicht auszuschließen sind Streiks.

Die Furcht vor einer Verewigung der Hemmnisse ist nicht übertrieben; aus US-Sicht eher perfektioniert wird das Weltkartell. Denn trotz der hohen Schutzmauern und erstmals ernsten Modernisierungs- und Rationalisierungsanstrengungen bleibt die Rück*kehr zu üppig fließenden Gewinnen* ein fernes, kaum erreichbares Ziel. Bisher jedenfalls sind die Revitalisierungserfolge äußerst bescheiden: Im Stahlgeschäft macht nur die U. S. Steel *Corporation, der Marktführer*, nach gewaltigen Schnitten etwas Geld.

Wie in den 60er Jahren, als sich die US-Stahlindustrie selbst aus dem eigenen Markt verdrängte, sind auch heute nicht die hohen Produktionskosten, sondern die Importe an dem Dilemma schuld. Nur so läßt sich der starke Druck erklären, den das American Iron and Steel Institute auf die Reagan-Administration ausübte, um „zufriedenstellende Vereinbarungen" mit Brüssel durchzusetzen. Für den Fall, daß die EG dem Einschluß aller Sorten in das zweite Restriktionspaket bei gleichzeitig verringerter Gesamtlieferquote bis zum 31. Oktober nicht zustimmte, sollte es saftige Strafen hageln.

Nachzulesen sind die massiven Drohungen in einem Schreiben an den neuen Handelsbevollmächtigten der USA, Botschafter Clayton Yeutter, vom *22. Oktober. Danach* verlangte der ungemein aktive Verband sofortige Verfahren der amerikanischen Regierung gegen unfaire Handels- sowie Dumpingpraktiken der Europäischen Gemeinschaft. Außerdem sollten versprochene Röhrenlieferungen der Gemeinschaft 1986 um 100 000 Tonnen gekürzt und die Zollprüfung für EG-Stahl erheblich verschärft werden. Unsicherheit wäre die Folge, Staus in den US-Häfen unvermeidlich gewesen. Am Potomac nennt man das „pressure tactic".

In dem vertraulichen Papier, das der WELT vorliegt, sprach sich Donald Trautlein, Chef von Bethlehem Steel und des Instituts, überdies für eine „größtmögliche Publizität in dieser Sache" *aus*, um dem Kongreß und der amerikanischen Öffentlichkeit die Verstöße der Europäer gegen die guten Kaufmannssitten vor Augen zu führen. Schon lange nicht mehr ist *die EG derart zum Buhmann* degradiert worden, zumal da heute die Entwicklungs- und Schwellenländer den USA einen viel größeren Stahlärger bereiten. Nicht erwähnt wurden fer*ner Unwirtschaftlichkeit und falsche* Wechselkurse.

Überhaupt wird der Importschutz, den die US-Stahlindustrie in irgendeiner Form seit mehr als 15 Jahren genießt, in seiner Wirksamkeit von den Amerikanern zu euphorisch eingeschätzt. Abgesehen von den binnenwirtschaftlichen Strukturverzerrungen verzögern sie in der Regel Anpassungsprozesse. So ist es in den Vereinigten Staaten geschehen. Hinzu kommt, daß der „Steel Import Stabilization Act", den der Kongreß im vorvergangenem Oktober als Teil eines neuen Handels- und Zollgesetzes verabschiedete, auf wundersame Weise unterlaufen wird. Parallel zum EG-Abkommen hat Washington zwar mit 14 Staaten, die ebenfalls Stahl in die USA exportieren, Lieferquoten festgelegt. Nicht erreicht wurde jedoch die Reduzierung des ausländischen Marktanteils auf 18,5 Prozent plus 1,53 Millionen Tonnen Halbzeug.

Statt dessen machte der Anteil ausländischer Lieferungen am US-Verbrauch im August immer noch 25, und ohne Halbzeug 24 Prozent aus. Das war nicht viel weniger als im Krisenjahr 1984, als Auslandsstahl 26,4 Prozent eroberte. Nun kann es durchaus sein, daß die Bremsen, auf fünf Jahre angelegt, erst später greifen. Wahrscheinlich ist es nicht, denn nach den bisherigen Erfahrungen wird für jede zugeschüttete Importquelle eine neue angestochen.

Folgt man den Zollstatistiken, dann haben die USA zum Beispiel in den ersten sechs Monaten dieses Jahres Stahl aus 76 Ländern importiert. Von ihnen erzeugten jedoch 14 kei*nerlei Stahl. Ermittelt haben die* Amerikaner inzwischen 18 Staaten, darunter Laos, Thailand und die Bahamas, mit deren Reexporthilfe clevere Stahlhändler das amerikanische *Quotensystem umgehen.* Gegenüber dem ersten Halbjahr 1984 steigerte zudem der Ostblock seinen Anteil an den US-Grobblecheinfuhren plötzlich von 2,6 auf 35,6 Prozent.

Die sich verändernden Handelsströme im Stahlgeschäft belegen die August-Zahlen. Danach bezogen die USA aus dem Ausland rund 1,8 Millionen Tonnen Stahl, von denen 739 000 Tonnen vor allem aus der Dritten Welt stammten. Aus der EG kamen 486 000, aus Japan 414 000 und aus Kanada 187 000 Tonnen. Ein teurer Fehler ist den US-Unterhändlern bei der Quotenfestlegung unterlaufen: Sie differenzierten nicht zwischen Blechen aus Kohlenstoff- und Legierungsstahl. Geliefert wird jetzt hauptsächlich die *zweite* Sorte, die mehr einbringt. Natürlich machen solche bilateralen Abkommen noch weniger Sinn.

Dies alles zeigt, daß auch im Stahlbereich Handelsschranken die eigentlichen Probleme nicht lösen können. Vielmehr werden sie die Anpassung möglicherweise erneut verzögern. Davor *warnt mit* Recht *der Präsident* des American Institute for Imported Steel, Fred Lamesch. Nach seinem Urteil ist es hauptsächlich die ausländische Konkurrenz, die die US-Stahlbranche *zur Modernisierung zwingt*, die Flucht der amerikanischen Stahlhersteller in Substitute stoppt, den Preiskrieg beendet und einen Rückfall in die Stagnation verhindert. Für *Lamesch ist es daher eine Tragödie*, daß „Washington den Stahlmarkt eingefroren hat".

Derartige Bumerangeffekte wären in der Tat ein Jammer. Denn zumindest die „Großen Fünf" unter den 92 amerikanischen Rohstahlproduzenten – U. S. Steel, Bethlehem, LTV, Armco und Inland – sind dabei, die investiven Fehlentscheidungen in den vergangenen 30 Jahren zu korrigieren. Sie beschleunigen die Umstellung auf das Stranggußverfahren und die L-D-Konverter. Auch in Amerika landen die letzten Siemens-Martin-öfen auf dem Schrotthaufen. In den ersten drei Quartalen 1985 wurden in den USA 43,1 (Vorjahr: 37,1) Prozent des Rohstahls im Stranggußverfahren und 59,6 (57) Prozent in L-D-Konvertern erzeugt. Auf Elektroöfen entfielen 33,2 Prozent.

Dieser früher nicht vorstellbare Sprung in modernste Technologien, die Sensoren und Computerisierung einschließen, ist jüngsten Datums. Zugleich hat der Schrumpfzwang freilich enorme Opfer gefordert: Wie die Tabelle zeigt, ist in der US-Stahlindustrie die Beschäftigung seit 1975 um 53, die Rohstahlkapazität um 12,5 und die Rohstahlproduktion um 20,5 Prozent gesunken. Dichtgemacht worden sind rund vier Dutzend Werke und Fazilitäten, und noch in diesem Jahr „starben" eine integrierte Stahlfabrik und drei Mini-Mills, von denen es inzwischen ebenfalls zu viele gibt. Steiler wird dann das Gefälle zwischen den „Fünf" und dem Rest der Branche.

Die Konsolidierung aber ist noch längst nicht beendet, was die Zwei-*Drittel-Auslastung* unterstreicht. USS-Chef David Roderick rechnet mit weiteren Fusionen; nach einer Faustregel müßten die jetzigen Kapazitäten um ein zusätzliches Fünftel gekappt werden, wenn sich das Stahlkochen im Amerika wirklich lohnen soll. Indes, die kritische Verlustphase ist bald wohl überstanden; die reinen Stahlbilanzen sind vielversprechender, als sie auf den ersten Blick scheinen.

Die Crux der amerikanischen Stahlindustrie bleiben die Arbeitskosten. Im August 1985 lagen sie für Stundenlöhner mit 22,28 Dollar um rund 60 Prozent über dem Niveau des verarbeitenden Gewerbes. Wenn der dreijährige Tarifvertrag im kommenden Juli ausläuft, haben sie 23,50 Dollar erreicht.

Hinzu kommen außerdem die kostspieligen Sonderrechte, die von der amerikanischen Gewerkschaft über *die Jahre hinweg für die 26 in den* Werken tätigen Berufsgruppen ausgehandelt worden sind.

Die gewerkschaftliche Basis ist gegen Konzessionen; diese Lasten sind jedoch der Grund, warum die amerikanischen Konzerne im Schnitt an jeder produzierten Tonne Stahl immer noch 17 Dollar verlieren.

Der bevorstehende Tarifkampf entscheidet zweifellos über das künftige Schicksal vieler US-Stahlfirmen. Das Management will alle bisherigen Anpassungserfolge standhaft verteidigen. Seine *Position hat sich jedoch* insofern verschlechtert, als es das „coordinated bargaining" nicht mehr geben wird. Jedes Unternehmen wird also versuchen, auf eigene Faust zu verhandeln.

HORST-ALEXANDER SIEBERT

Die Stahlindustrie der Vereinigten Staaten in Zahlen

Jahr	Umsatz (Mill.$)	Nettogewinn (Mill.$)	Umsatzrendite (%)	Beschäftigte	Investitionen (Mill.$)	Rohstahlproduktion (Mill. Tonnen)	Ablieferung Fertigprodukte (Mill. Tonnen)	Importe (Mill. Tonnen)
1975	33 144	1 595	4,8	457 000	3 179	104,9	72,0	10,8
1976	36 093	1 337	3,7	454 000	3 253	115,2	80,5	12,8
1977	39 400	22	0,06	452 000	2 850	112,8	82,0	17,4
1978	49 033	1 277	2,6	449 000	2 595	123,3	88,1	19,0
1979	55 140	1 154	2,1	453 000	3 312	122,7	90,1	15,8
1980	52 829	1 735	3,3	399 000	3 390	100,6	75,5	13,9
1981	60 173	2 601	4,3	391 000	3 365	108,7	79,7	17,9
1982	52 323	–3 206	–6,2	289 000	4 219	67,1	45,5	15,0
1983	48 499	–3 563	–7,4	243 000	3 235	76,1	60,8	15,4
1984	55 192	–204	–0,4	236 000	2 431	83,3	66,3	23,6
1. Halbj. 1985	26 965	–678	–2,5	213 000	–	33,4	25,9	11,7

Kapazitätsauslastung August 1985: 63,2 Prozent; Gesamtrohstahlkapazität 1985: 120,5 (1975: 137,8) Millionen Tonnen. 1975 erzeugten die USA 16,4 (1973: 19,6 Prozent des Weltrohstahls, 1984 waren des 11,8 Prozent. Quelle: American Iron and Steel Institute, Washington

Stahlindustrie: Ingenieure werden knapp

Krisen werfen lange Schatten. Die Stahlindustrie kann im elften Jahr ihrer europaweiten und durch die Subventionsseuche bei den EG-Nachbarn so lange ausgedehnten Branchenkrise eine bedenklich stimmende Liedstrophe dazu singen. Der *Krisengeruch einer nach landläufiger* Meinung zukunftsarmen, zumindest mit erheblichen Teilen ihres einstigen Potentials zum Absterben verurteilten Branche schreckt den Ingenieur*nachwuchs ab*.

Wenig hat der Branche dabei der Hinweis geholfen, daß bei einer insgesamt im letzten Vierteljahrhundert halbierten Beschäftigtenzahl die Zahl der Ingenieure mit rund 7000 konstant geblieben ist. Und daß sie für eine kleinere, in ihrem technischen Modernisierungsgrad aber um so modernere heimische Stahlindustrie auch künftig mindestens in dieser Größenordnung gebraucht wird.

Ingenieure sind in dieser Krisenbranche schon heute Mangelware geworden. Sie teilt dieses Schicksal notabene mit anderen in langer Krise gesundgeschrumpften Wirtschaftszweigen wie etwa der Textilindustrie. Der technisch interessierte Nachwuchs hat auch beim Stahl überreagiert und in der Debatte über die kommmende Beschäftigungsnot aus deutscher Akademikerschwemme eine Chance für langfristig sichere Arbeitsplätze übersehen.

In Zahlen ausgedrückt: Etwa 300 Studienanfänger im Eisenhüttenwesen bräuchte die deutsche Stahlindustrie pro Jahr, um ihren Ingenieur-Nachwuchsbedarf in den 90er Jahren zu decken. Aber nur 30 fertige Absolventen verließen 1985 die vier einschlägigen deutschen Hochschulen, die allesamt eine stattliche Anzahl von Studienplätzen frei haben.

Wird diese Entwicklungslinie nicht baldigst umgekehrt, so könnte die Lage für den Ingenieurbedarf beim Stahl, so warnt der Verein Deutscher Eisenhüttenleute, um 1995 herum „katastrophal" werden. Denn immerhin ist heute bereits gut ein Drittel (vor acht Jahren erst ein Fünftel) aller Ingenieure der Branche über 50 Jahre alt. Und schon heute müssen sich die Werke damit helfen, daß sie im weiten Feld von Metallurgie über Werkstofftechnik bis zum Hüttenwesen „branchenfremde" Fachleute wie Chemiker, Physiker und Elektroingenieure anwerben. J. G.

TARIFE / Mangelnde branchenbezogene Lohndifferenzierung – Brutto-Stundenverdienst über Bundesdurchschnitt

Bei Stahl noch kein Verteilungsspielraum

Trotz moderater *Lohnabschlüsse* in der Stahlindustrie konnte in dieser Branche keine wirksame Entlastung der Personalkostenseite erreicht werden. *Die Tarifpolitik ist* durch wirtschaftliche Sachzwänge eng gebunden und wird durch kostensteigernde Entwicklungen überlagert. Mit tariflichen Lohnabschlüssen lassen sich keine kurzfristigen Änderungen in der sektoralen Lohnhierarchie erreichen; lediglich in der Langfristperspektive zeigen sich minimale Verschiebungen.

Seit 1974 sank die Rohstahlproduktion um 26 Prozent, ungefähr jeder dritte Stahl-Arbeitsplatz ist in dieser Zeit weggefallen – Schlaglichter des krisenhaften, dramatischen Charakters der Restrukturierung. Die Konsolidierungsphase nach der Restrukturierung ist noch keineswegs erreicht.

In dieser Situation stellt sich immer wieder die Frage nach der Rolle der Tarifpolitik bei der Krisenbewältigung: Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat in seiner Strukturberichterstattung 1983 festgestellt, daß sich die Rangposition der Stahlindustrie innerhalb der sektoralen Lohnhierarchie von 1970 bis 1981 nicht verändert hat. Diese Feststellung wird von anderen Instituten geteilt.

Es ist nicht verwunderlich, wenn unter diesen Umständen die Stahlindustrie immer wieder als Beispiel für eine mangelnde branchenbezogene Lohndifferenzierung genannt wird: So jüngst in einem wirtschaftspolitischen Strategiepapier der Bundesregierung und in Ausführungen des Generalsekretärs des Sachverständigenrates.

Die Institute verkennen dabei nicht, daß die Lohnsteigerungen der Stahlindustrie zwischen 1970 und 1981 unterdurchschnittlich waren; in neuerer Zeit wird diese Änderung noch deutlicher: Während der durchschnittliche tarifliche Ecklohn in der Stahlindustrie von 1974 (Beginn der großen Stahlkrise) bis 1984 um 59 Prozent stieg, zeigt der amtliche Index der tariflichen Stundenlöhne aller Wirtschaftszweige einen Zuwachs von 70 Prozent.

Ein wichtiges Ziel branchenbezogener Lohndifferenzierung sieht die Wissenschaft in der Verbesserung der finanziellen Basis für eine Umstrukturierung krisenbedrohter Industrien. *Sie hält gleichzeitig die* Veränderungen in der relativen Lohnposition der Stahlindustrie für zu gering, um eine gerechte Entlastung der *Unternehmen von der* Personalkostenseite her zu erreichen. Immerhin lag der durchschnittliche Brutto-Stundenverdienst (einschließlich aller Zuschläge) eines Stahlarbeiters 1984 noch etwa fünf Prozent über dem Industriedurchschnitt, der Brutto-Monatsverdienst eines Angestellten in der eisenschaffenden Industrie knapp ein Prozent über dem entsprechenden Durchschnittswert für die gesamte Industrie.

Tarifliche Öffnungsklauseln für betriebliche Lohnminderungen halten wir für einen nur theoretischen, in der Praxis aber nicht gangbaren Weg. Zwangsläufig würden sich Tarifabschlüsse dann nur noch an den „gesündesten" Unternehmen einer Branche orientieren und Tariflöhne wären nicht mehr Mindestlöhne.

Branchenbezogene Lohndifferenzierung ist ein langfristiger Prozeß, untauglich als schnell wirkendes Krisenheilmittel. Dazu gilt auch heute noch die Aussage Franz Josef Weisweilers: Eine notleidende Stahlindustrie kann nicht plötzlich zur „Lohninsel" werden. Löhne sind eben Preise für Arbeitskraft auch mit Beziehung zu anderen Branchen.

Konsequenterweise muß deshalb die qualifikationsbezogene Lohndifferenzierung stärker forciert werden. Für bestimmte Qualifikationen besteht in der Stahlindustrie nach wie vor Bedarf. Qualifikationsbezogene Lohndifferenzierung schafft Anreize zur Qualifizierung und entlastet Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen vom Rationalisierungsdruck.

Am Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie läßt sich zeigen, wie moderate – die Branchenentwicklung berücksichtigende – Lohnabschlüsse durch das Anwachsen anderer Personalkostenblöcke praktisch aufgehoben wurden und werden:

Während die Tariflöhne zwischen 1974 und 1984 um 59 Prozent stiegen, wuchsen der Effektivlohn ohne Zuschläge um 61 Prozent, die Bruttolohnsumme je geleistete Stunde um 71 Prozent, die gesamten Arbeitskosten je geleistete Stunde sogar um etwa 85 Prozent. Mit diesem Arbeitskostenanstieg liegt Stahl zwar „lediglich" im Industriedurchschnitt. Doch *auch dies war für unsere Branchensituation* zu hoch. Da der Arbeitskostenanstieg nicht proportional mit dem Lohnkostenanstieg verläuft, vermittelt die Positionsveränderung einer Branche innerhalb der Lohnhierarchie wenig Aufschluß über die tatsächliche Personalkostenbe- oder -entlastung.

Dies wird besonders plastisch, wenn man bedenkt, daß das Direktentgelt für eine geleistete Stunde lediglich die Hälfte der tatsächlich anfallenden Arbeitskosten repräsentiert.

Arbeitskosten in der Krise

	1974 DM	1984 DM	Veränderung
Tariflicher Ecklohn	6,65	10,55	+ 59%
Effektivlohn ohne Zuschläge	8,87	14,27	+ 61%
Lohnsumme/geleistete Arbeitsstunde	13,61	23,32	+ 71%
Arbeitskosten/geleistete Arbeitsstunde	17,92	33,36*	+ 86%

*vorläufiger Wert

Verpflichtungen der Stahlindustrie, wie sie zu Beginn der Umstrukturierung eingegangen wurden, haben sich im Verlauf der Jahre außerordentlich verteuert: Vom durchschnittlichen Effektivlohn ohne Zuschläge im Janaur 1985 (15,32 Mark) waren über zwei Prozent Verdienstsicherungsbeträge; aufgrund von Tarifvereinbarungen oder betrieblichen Sozialplänen wird Stahlarbeitnehmern, die auf einen anderen Arbeitsplatz umgesetzt werden, für eine gewisse Zeit ihr alter Lohn – einschließlich Schichtzuschlägen – garantiert.

Bezogen auf die Kosten einer Arbeitsstunde wurden im Jahr 1983 bereits 0,99 Mark für Entlassungsentschädigungen aufgewendet, hinzu kommen betriebliche Sozialpläne.

Den betriebswirtschaftlich optimalen Weg bei der Umsetzung von Tarifergebnissen zu gehen ist manches mal unmöglich, so auch bei der Umsetzung der in 1984 vereinbarten *Arbeitszeitverkürzung*. Trotz der Flexibilität der tarifvertraglichen Regelung setzte sich die gewerkschaftliche Zielvorstellung einer einheitlichen *Form der Arbeitszeitverkürzung für* Produktion wie für Verwaltung durch. Damit wurde ein Auffangen der *hohen Kosten von Arbeitszeitverkürzung* und Tariferhöhung erschwert. Ungeachtet der momentan guten Auftragslage der deutschen Stahlindustrie besitzt die Tarifpolitik von den zukünftigen Ertragsaussichten her gesehen keinen „Verteilungsspielraum". Das Hauptstandbein für die Exportkonjunktur, die USA, wird im Jahr 1986 durch neue Importbeschränkungen geschwächt werden. Die in anderen EG-Ländern an die Stahlindustrie geflossenen und fließenden Subventionen haben seit 1975 in der Bundesrepublik einen Investitionsrückstand von bis zu 29 Mark je Tonne Rohstahl und Jahr entstehen lassen (Ifo-Institut). Umstrukturierungspläne erfordern noch erheblichen Kostenaufwand und sind mit Personalabbau verbunden. Arbeitszeitverkürzungen wirken dem nicht einmal kurzfristig entgegen, wie der im ersten Halbjahr 1985 gesunkene Belegschaftsstand der Eisen- und Stahlindustrie anzeigt (minus 1252 Arbeitnehmer).

Explodierende Sozialabsicherungen ließen den durch branchenangepaßte Abschlüsse erreichten Lohndifferenzierungseffekt ebenso dahinschmelzen wie Gewerkschaftsstrategien in den Betrieben: Ich denke dabei an die ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegenüber befristeten Arbeitsverträgen nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz. Ein weiteres Beispiel ist die bewußt restriktive Haltung von Betriebsräten bei der Zustimmung zur Mehrarbeit. Die Mehrheitsquote der deutschen Stahlindustrie lag übrigens im Verlauf des Jahres 1984 noch unter der Quote des „schwarzen Jahres" 1975.

Die von der Wissenschaft propagierte Leitlinie einer branchenorientierten Lohnpolitik kann also nur Schritt für Schritt und langfristig realisiert werden – möglicherweise eine Echternacher Springprozession. Dennoch ist die Langfristigkeit von tarifpolitischen Zielvorstellungen für Unternehmen eine nicht zu unterschätzende Planungsgrundlage. Der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl wird daher auch in Zukunft am Ziel der moderaten Lohnabschlüsse festhalten.

KARL-AUGUST ZIMMERMANN

Der Autor ist Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf.

WEITERBILDUNG / VDEh-Studie zur Lage – Zwei Wochen jährlich wären nötig

Weniger Zeit für mehr Wissen

Manche Stahlqualitäten von heute gab es vor fünf Jahren noch gar nicht. Manche Stahlherstellungsverfahren der Eisenhüttenindustrie *wurden vor zehn Jahren erst* entwickelt. Entwicklungs- und Rationalisierungsmaßnahmen erfordern enorme Anstrengungen: Betriebsabläufe müssen verbessert werden, die Qualitätsanforderungen sind gestiegen, Kostengesichtspunkte haben einen hohen Stellenwert.

Der Ingenieur in der deutschen Stahlindustrie kann ein Lied davon singen. Die tarifliche 38-Stunden-Woche ringt ihm nur ein müdes Lächeln ab. 50 und 60 Stunden sind seine normale Wochenarbeitszeit. Die Reduzierung der Gesamtbeschäftigtenzahl auf die Hälfte des Standes von 1964 hat die Zahl der Ingenieure nicht berührt, sie blieb auch 1985 konstant bei 7000. Aber viele hilfreiche Hände fehlen dem Ingenieur.

Größere Aggregate verlangen erhöhten Ingenieureinsatz. Stillstandzeiten und Ausfälle sind teuer und müssen auf ein Mindestmaß gesenkt werden. Mit erhöhtem Arbeitseinsatz wächst die Verantwortung des Ingenieurs.

Und hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Erhöhte Anforderungen an das Ingenieurwissen und erhöhte Zeitbelastung ... Weiterbildung ist notwendiger denn je. Aber wann bleibt Zeit dazu? 1,6 Tage im Jahr ist die durchschnittliche Weiterbildungszeit. Mindestens zwei Wochen wären notwendig, darüber sind sich auch die Vorstände im klaren.

Lesen für die Karriere

Jeder dritte hat weniger als drei Tage im Jahr Weiterbildungsveranstaltungen besucht, jeder siebte besucht überhaupt kein Seminar. Die für mindestens erforderlich gehaltene Zahl von acht bis neun Seminartagen wird nur von jedem fünften erreicht.

In einer groß angelegten wissenschaftlichen Untersuchung hat der Verein Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) die quantitativen und qualitativen Anforderungen an den Ingenieur und den Ingenieurnachwuchs in den 90er Jahren ermittelt. In vier Teilstudien wurden weit über 2000 Personen befragt. Bei den persönlichen Mitgliedern des VDEh wurden die zum Teil sehr komplexen Zusammenhänge zwischen Ausbildung, *Weiterbildung, Mobilität, Motivation* und Karriereweg ermittelt.

Zur Kontrolle der zweifellos subjektiven Äußerungen der Befragten über ihr eigenes Kenntnisprofil wurde auch die jeweilige Chefebene über die Kenntnisbeanspruchung ihrer Mitarbeiter befragt.

In zwei weiteren Studien wurde die Entwicklung der Personaldaten in den Unternehmen der Stahlindustrie nach Ausbildungsgrad, Fachrichtung, Alter und Tätigkeitsfeld fortgeschrieben und die Meinung von Experten, genauer gesagt der Vorstände, über die technische und wirtschaftliche Entwicklung, den Führungskräftebedarf betreffend, ermittelt.

Ein besonderes Augenmerk wurde durch eine Zusatzumfrage auf den Weiterbildungsbedarf und die Weiterbildungsquoten gerichtet. Dabei spielte auch eine Rolle festzustellen, wie die persönliche Weiterbildung außerhalb des Besuches von Seminarveranstaltungen aussieht. Dabei wird von den Befragten der Nutzen von Fachzeitschriften überwiegend als „sehr hoch" eingeschätzt. Mehr als die Hälfte der Befragten nennen diese Kategorie.

Aus den übrigen Untersuchungen wissen wir, daß im Vordergrund des Weiterbildungsbedarfs ganz eindeutig Themen wie Personalführung, Betriebspsychologie, Kostenrechnung und Arbeitsrecht stehen. Der Anteil des erforderlichen nichttechnischen Wissens, also nichtfachlichen, überfachlichen und außerfachlichen Wissens, wird im Durchschnitt mit 31,5 Prozent angegeben. Offenbar kann dies eine Ingenieur-Fachzeitschrift nicht leisten oder hat dies bisher nicht in ausreichendem Maße getan. Die Fachzeitschriften aus dem Bereich Betriebswirtschaft und Rechtswissenschaft werden mit Sicherheit als fachlich zu anspruchsvoll empfunden.

Die meisten Anregungen aus einer Fachzeitschrift erhält man offensichtlich für Weiterentwicklungen im jeweiligen technischen Arbeitsbereich. Fast die Hälfte sagt, daß sie sehr oft derartige Anregungen erhält. Jeder dritte erhält sehr oft Anregungen für andere Wege zur Erledigung der normalen Aufgaben, und jeder fünfte erhält Anregungen für Innovationen.

Die zunehmende Tendenz auf Tagungen und in Zeitschriften, die deutsche Sprache durch Englisch zu ersetzen, trifft nicht ganz die Sprach- und Lesegewohnheiten der befragten Ingenieure. Im Vordergrund des Interesses stehen ganz eindeutig deutschsprachige Fachzeitschriften. Nur jeder vierte behauptet, oft auch englische Texte zu lesen, und eine ganz verschwindende Minderheit nennt Französisch und andere Sprachen für häufig gelesene Fachtexte.

Während erwartungsgemäß für die fachliche Tätigkeit der Wert von Fachveröffentlichungen über die verschiedenen Fachgebiete streut, sind für die Tätigkeit als Führungskraft und Vorgesetzter betriebswirtschaftliche Themen und Umweltschutz besonders wichtig. Häufig erreichen die Fachzeitschriften durch „Umlauf" im Betrieb mehrere Leser. 40 Prozent der Befragten bekommen zwei bis fünf Fachzeitschriften im Umlauf, jeder zehnte sogar mehr als zehn.

Kurze Verweildauer

Man sieht förmlich, wie die Zeitschriften vom Eingangskorb nach kurzem Aufenthalt wieder im Ausgangskorb verschwinden. Diese kurze Verweildauer ergibt sich schon daraus, daß mehr als 40 Prozent der Befragten im Monat nur eine bis fünf Stunden für das Lesen von Fachzeitschriften aufwenden und jeder zehnte sogar weniger als eine Stunde. Die fachlichen Leseratten sind in der Minderzahl. Nur etwas mehr als jeder zehnte gibt an, über zehn Stunden im Monat auf das Studium von – bevorzugt anwendungsorientierten – Fachzeitschriften zu verwenden.

Der ermittelte tatsächliche Umfang der genutzten Weiterbildung ist zusammen mit den „Fachlesestunden" und dem eigentlich zu erwartenden Bedarf an zusätzlichem Wissen auf verschiedenen Gebieten nahezu unverständlich, *wenn nicht gar* erschreckend. Hier gilt es, in der Zukunft umzudenken. Für den einzelnen wie für das Unternehmen. Die *Meinung des VDEh ist in vielen Stel*lungnahmen abgegeben worden. Systematische und gezielte Weiterbildung ist eine vordringliche Aufgabe, wenn diese Industrie ein schlagkräftiges Führungspersonal für die Anforderungen der 90er Jahre zur Verfügung haben will.

JÜRGEN RINK

Der Autor ist Direktor im Verein Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) in Düsseldorf.

STAHLINDUSTRIE / Mit technischem Know-how und Strukturanpassung schon vor 125 Jahren aus der Talsohle

Branche mit eisernem Stehvermögen

Redewendungen wie „der eiserne Kanzler" oder – etwas zeitgemäßer – „die eiserne Lady" haben gewiß nicht ohne Grund Eingang in den alltäglichen Sprachgebrauch gefunden. Ebenso wie die bildhaften Begriffe „eisern sparen" oder „eiserner Grundsatz" stehen diese Beifügungen als Ausdruck für Respekt und Anerkennung, Zuverlässigkeit und Wertbestand, und sie beziehen ihren Sinngehalt aus den besonderen Eigenschaften eines Materials, das den Menschen seit seinen frühesten Tagen begleitet: Eisen und Stahl.

Die Feststellung, daß dieser Baustoff als das eigentliche Merkmal der europäischen, der modernen Weltzivilisation zu gelten hat, ist keinesfalls übertrieben. Im zweiten Jahrtausend v. Chr. wurde Eisen, überlieferten amtlichen Texten aus Mesopotamien zufolge, fünfmal teurer als Silber und doppelt so teuer wie Gold gehandelt. Es spielte eine gewichtige Rolle über die Jahrtausende hinweg und drückte dabei seinen Stempel allen Bereichen unseres täglichen Lebens auf: Dem Verkehr zu Lande und zu Wasser, der industriellen Entwicklung schlechthin, der Herstellung von Gebrauchsgegenständen jeder Art, dem häuslichen Bereich, Bauen und Wohnen. Alles, was heutzutage mit dem Begriff Lebensqualität umschrieben wird, hängt nicht zuletzt von der Verfügbarkeit der Eisenwerkstoffe ab. Daran wird sich auch in Zukunft nicht allzuviel ändern.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Siegeszug dieses Werkstoffes seit etwa zehn Jahren in aller Welt ins Stokken geraten ist. Was aber bedeutet ein Zeitraum von zehn Jahren, gemessen an einer Entwicklungsgeschichte von etwa 5000 Jahren? Und alle Medien haben es in ihrer Berichterstattung über die letzten Jahre hinweg selbst dem hartnäckigsten Ignoranten zu Verstand bringen können, daß ordnungspolitische – exakter wirtschaftsdirigistische – Entwicklungen die wahre Ursache für die derzeitige Misere sind, in der sich bekanntlich nicht nur die deutsche Stahlindustrie befindet.

Wie in jedem anständigen Lebenslauf hat es natürlich für den Stahl solche Talphasen auch früher schon gegeben. Die Annalen berichten, daß sich dieser Industriezweig vor etwa 125 Jahren in einer „gedrückten Spannung und steigenden Konkurrenz des Auslandes befand ... die es dringend geboten erscheinen (ließ) durch Vervollkommnung der Hüttentechnik und eine umsichtige und verständige Betriebsökonomie, die in der Konjunktur liegenden Nachteile möglichst zu paralysieren".

Andere Zeiten, gleiche Probleme, und wie Figura zeigt, sind unsere Altvorderen damals mit dieser Situation fertig geworden.

Kein Grund also für gewisse Leute, in diesen Tagen die Frage zu stellen, ob denn die deutsche Stahlindustrie überhaupt noch eine Rolle in unserem Wirtschaftsgefüge zu spielen vermag. Keine Sorge – sie kann und sie wird. Wäre diese optimistische Selbsteinschätzung auf die eigenen Reihen der Branche beschränkt, so würde das nicht eben viel besagen und man könnte geneigt sein, vom „Pfeifen des Kindes im dunklen Wald" zu sprechen.

Aber da hat es ja nun gerade in jüngster Zeit aus berufenem Munde und bar jeden Verdachts, Gefälligkeiten zu erweisen, Gutachten und Stellungnahmen zur Lage sogenannter „Problemindustrien" gegeben. Sie kommen sämtlich zu dem Schluß, daß mittelfristig die Stahlindustrie – ebensowenig übrigens wie auch der Steinkohlebergbau, beide in der jüngsten Vergangenheit wohl zu Unrecht als die „Kellerkinder" geschmäht – abgewirtschaftet hätte.

Ungeachtet tiefgreifender Veränderungen auf den internationalen Märkten und schier unlösbar erscheinender finanzieller Probleme hat die deutsche Stahlindustrie auch über die letzten Jahre hinweg recht eindrucksvolle technische Erfolge vorzuweisen.

Viele Anlagen wurden modernisiert, neue Verfahren eingeführt und Techniken entwickelt, mit denen Energieersparnis, Ausbeute und Qualität beträchtlich gesteigert werden konnten; und das alles bei gleichzeitiger Verbesserung des Umweltschutzes, die sich in der Verringerung des Schadstoffausstoßes oder der Verminderung von Geräuschbelästigung für die Anlieger – um nur einige zu nennen – niederschlägt.

Damit nun aber keiner sagen kann, das sei nur so locker und unverbindlich dahergeredet, hier einige Fakten, die sich jederzeit lückenlos belegen lassen: Vor dem Hintergrund tiefgreifender Rationalisierungsmaßnahmen, denen nicht weniger als 16 Millionen Jahrestonnen Warmwalzkapazität geopfert wurden, konnten beträchtliche Kostensenkungen erzielt werden.

Im Jahre 1984 stieg die Rohstahlproduktion in der Bundesrepublik um 10,2 Prozent auf 39,4 Millionen Tonnen und damit erheblich schneller als die um 6,9 Prozent auf 710 Millionen Tonnen erhöhte Welt-Rohstahlproduktion.

Was das Schritthalten auf einigen Gebieten der Herstelltechniken anbelangt, so brauchen wir uns nicht einmal vor den Japanern zu verstecken, denen man aus der Sicht der Öffentlichkeit ja so gerne die Note Eins in Technologie erteilt. Denn nicht weniger als 80 Prozent der deutschen Stahlerzeugung werden nach dem Stranggußverfahren hergestellt, einer Technik, die in aller Welt als besonders fortschrittlich gilt.

Daß die Errungenschaften im Sinne einer Entlastung der Umwelt nicht gratis und franko zu haben sind, läßt sich an den Fingern einer Hand abzählen: Betragen die Aufwendungen dafür derzeit schon 50 DM/Tonne Rohstahl, so ist angesichts einer bereits angekündigten Verschärfung der einschlägigen Vorschriften mit weiterem, noch nicht einschätzbarem Kostenanstieg zu rechnen.

Zu allen Zeiten haben sich Fortschritte bei der Stahlerzeugung weniger sprunghaft als vielmehr kontinuierlich und schrittweise vollzogen. Spektakuläres gab es da schon gar nicht. Das trug der Branche im Bilde der öffentlichen Meinung oftmals den Ruf ein, in besonderem Maße konservativ zu sein. Bis zu einem gewissen Grade stimmt das sogar, insoweit nämlich, als man in Kreisen der Stahlerzeuger nichts so sehr zu vermeiden versucht, wie etwa zu früh aus den Startlöchern zu preschen, einen Werkstoff an den Kunden zu bringen, dessen Eigenschaften man für den bestimmten Anwendungsfall nicht durch und durch geprüft hat, oder anders ausgedrückt: den Markt zum Experimentierfeld zu machen. Ein positiver, verbraucherfreundlicher Konservatismus, so darf man wohl sagen.

Erst unlängst, während der letzten Automobilausstellung, wurde ein besonders augenfälliges Beispiel für das sprichwörtlich verantwortungsbewußte Vorgehen der Stahlproduzenten geliefert. Da verkündete nämlich ein Automobilhersteller, daß künftig eine bestimmte Serie seiner Modelle mit Karosserien aus verzinktem Stahlblech ausgestattet würde. Nun, man kann wirklich nicht behaupten, Verzinken als Oberflächenschutz für Stahl sei etwas ganz Neues.

Erst jetzt also, so könnte König Kunde fragen, kommen die auf die Idee, verzinkte Bleche im Automobilbau zu verwenden? Nun ja, aus der Erkenntnis heraus, daß es den universell einsetzbaren Baustoff einfach nicht gibt – auch nicht beim Stahl –, wurde erst in unzähligen anderen Anwendungsfällen Erfahrung gesammelt, bis die Tür zu diesem so überaus sensiblen Marktsektor Automobilblech in verzinkter Ausführung aufgestoßen wurde. Eigner solcherart ausgestatteter Karossen werden ihre dauerhafte Freude daran haben.

Aber natürlich gibt es dann noch die zahlreichen anderen Anwendungsfelder, für die von den Erzeugerwerken Stahlqualitäten geschaffen wurden, welche entweder in stets gleichbleibender Qualität und Güte für ein breit gespanntes Anwendungsspektrum zur Verfügung stehen, oder für ganz bestimmte Zwekke, bei denen die Einwirkung hoher oder sehr tiefer Temperaturen, besondere Elastizität oder Widerstandsfähigkeit gegen starken Verschleiß gefragt sind.

Aus einer Vielfalt von nicht weniger als etwa 1700 genormten Stahlsorten können die verarbeitenden Industrien eine gezielte Auswahl treffen. Das bedeutet 1700 Mal gleichbleibende, zigfach geprüfte und streng überwachte Qualität, die es erlaubt, auch nach Jahrzehnten noch absolut das gleiche Produkt mit seinen genau festgelegten Kennwerten und Verarbeitungseigenschaften beziehen zu können.

Nun, und wenn nötig, lassen sich aus einem Material, das man derart sicher im Griff hat, jederzeit neue Sorten „züchten", die ganz gezielt eingesetzt werden können. Es dürfte nicht viele andere Werkstoffe geben, die da mithalten können.

Eine weitere wichtige Rolle fällt dem Stahl im Zuge einer neueren, rasch voranschreitenden Entwicklung zu, bei der Produkte aus verschiedenen Materialien hergestellt werden. „Verbundbauweise" nennt man das, und dahinter steht die Überlegung, die unterschiedlichen Eigenschaften, die den Stoffen innewohnen, miteinander zu kombinieren und so Gebrauchsgegenstände und Bauteile zu schaffen, die bei zumindest gleichbleibender oder gar verbesserter Qualität wirtschaftlicher hergestellt und vielseitiger, weil kostengünstiger, verwendet werden können.

Da gibt es schon eine ganze Reihe „geglückter Ehen" etwa zwischen Stahl und Holz, Stahl und Beton, Stahl und anderen Metallen wie Aluminium oder Kupfer, Stahl und Keramik und nicht zu vergessen: Stahl und Kunststoff.

Die Teflonpfanne, vielfältig am häuslichen Herd zu finden, liefert ein ebenso anschauliches Beispiel dafür wie großvolumige Behälter, Lagertanks und Apparate in der Industrie. Hoch aufragende Gebäude in unseren Städten oder Brückenbauwerke für Straße und Schiene, mit denen Täler und Flußläufe weitgespannt, schlank und rank überquert werden, legen Zeugnis dafür ab, daß Stahl und Beton schon längst eine bewährte Partnerschaft eingegangen sind.

So sehr die Elastizität als besonders vorteilhafte Eigenschaft des Stahls für viele Aufgaben zu preisen ist, so spröde und schwer hat sich der Stahl zu allen Zeiten getan, sich eine gute Presse in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Da galt er zeitweise als martialisch, kriegerisch, wohl deshalb, weil man nun einmal aus Stahl nicht nur Hosenknöpfe, Einkochkessel oder Keksdosen herstellen kann. Dann, während der Jahre allgemeiner Mangelerscheinungen, bildete sich die weitverbreitete Auffassung heraus, daß er etwa für einfache Bauaufgaben viel zu wertvoll sei. Ganze Generationen von Architekten sind in diesem Sinne erzogen worden.

Seit einiger Zeit nun schon wird unsere Stahlindustrie von den Medien – und selbst einige Politiker stimmen da mit ein – nur zu gerne als der ewige Querulant in die Ecke gestellt. Dabei fanden nicht immer die Regeln der Fairneß Anwendung.

Die Wahrheit sieht nämlich doch etwas anders aus: Die deutschen Unternehmen stehen einer erdrückenden, vielerorts hochsubventionierten Konkurrenz des Auslands gegenüber; tendenziell neigt der Verbrauch auf den Binnenmärkten zur Stagnation, und bedeutende Exportchancen sind zumindest auf absehbare Zeit am Horizont nicht auszumachen. Gleichwohl stammt ein Drittel der Stahlerzeugung in der Europäischen Gemeinschaft aus deutschen Hütten, und international gesehen findet sich die Bundesrepublik immerhin auf Rang fünf der Weltbestenliste.

Für das laufende Jahr wird der doch deutlich erkennbare Wirtschaftsaufschwung dazu beitragen, auch die Stahlkonjunktur weiter zu stabilisieren. So lassen insbesondere Maschinenbau, Energie- und Umwelttechnik sowie Bauwirtschaft ein Mehr an Stahlbedarf erwarten.

Fazit: Das Blatt, das die deutsche Stahlindustrie auf der Hand hat, ist besser, als manche glauben machen wollen. Aber im Spannungsfeld bestehender Gegensätze von Ideenreichtum und Machbarem einerseits gegenüber vielfältigen ordnungspolitischen Zwängen auf der anderen Seite entstand eine Situation, die die heilige Barbara, Schutzpatronin der Eisenhüttenleute, in Betrübnis ihr Haupt verhüllen läßt.

GÜNTER K. WISNIEWSKY

Der Autor ist Geschäftsführer der Studiengesellschaft für Anwendungstechnik von Eisen und Stahl in Düsseldorf.

P. P.

Bei der gedrückten Lage, in welcher sich gegenwärtig die Eisenindustrie des Zollvereins befindet, und der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit, daß diese Verhältnisse durch die andauernde politische Spannung und die steigende Concurrenz des Auslandes noch einer Verschlimmerung entgegen gehen, scheint es dringend geboten, durch Vervollkommnung der Hüttentechnik und eine umsichtige und verständige Betriebs-Oeconomie die in der Conjunctur liegenden Nachtheile möglichst zu paralysiren.

Um diesen Zweck und damit die Absicht zu erreichen, eine entsprechende Rentabilität des Eisen Gewerbes wieder zu gewinnen, bedarf es mehr als der Bestrebungen Einzelner. Nur ein festes und inniges Zusammenwirken der gesammten vaterländischen Eisenindustrie und eine Vereinigung aller Kräfte vermag diese Aufgabe zu lösen.

Von dieser Ansicht ausgehend, haben sich, bei Gelegenheit einer Conferenz von mehreren Eisentechnikern zur Besprechung eines Gegenstandes von gemeinschaftlichem Interesse für die Eisenindustrie, die Unterzeichneten als Comite constituirt, um einen Verein ins Leben zu rufen, welcher die Fortbildung des praktischen Eisenhüttenwesens, so wie die Vertretung und Wahrnehmung der Interessen dieses Industriezweiges durch Correspondenz, schriftliche und mündliche Vorträge bezweckt, und denselben durch Besprechung und Sammlungen von Erfahrungen, Versuchen, Erfindungen und Verbesserungen in dem Betriebe und der Oeconomie der Eisenhüttenwerke zu fördern sucht.

Dieser Verein soll entweder als Bezirksverein sich dem „Verein deutscher Ingenieure" anschließen, oder eine durchaus selbstständige Stellung einnehmen.

Wir glauben hierdurch im Interesse der ganzen vaterländischen Eisenindustrie zu handeln, und hegen die Ueberzeugung, daß der Erfolg unserer Bemühungen hauptsächlich von der größeren oder geringeren Theilnahme der Hüttenwerke an dem beabsichtigten Unternehmen bedingt werden wird.

Behufs Constituirung des in Rede stehenden Vereins haben wir eine Versammlung zu Düsseldorf im „Prinzen von Preußen" am [illegible] anberaumt, und erlauben uns die Techniker der Eisenhüttenwerke hierzu ergebenst einzuladen.

Indem wir mit Zuversicht auf Ihr Erscheinen rechnen zeichnen wir

mit freundlichem Glückauf

Leopold Hoesch. J. Kocher. R. Daelen.

Düsseldorf, im October 1860.

Wie sich die Zeiten gleichen! Von gedrückter Lage, von steigender Auslandskonkurrenz und von der Notwendigkeit zum *„festen und innigen Zusammenwirken"* war im Gründungsaufruf die Rede, als sich die Techniker der Eisen- und Stahlindustrie 1860 zum *„Verein Deutscher Eisenhüttenleute" (VDEh) zu Düsseldorf* zusammenschlossen. Zum diesjährigen Eisenhüttentag, zur Feier des 125jährigen Jubiläums, kann der 10 000 Mitglieder *starke Traditionsverein deutscher* Stahltechniker die Vokabeln der Gründungsväter mit einer Mischung aus Stolz und Trauer wiederholen. Der Stolz gilt der Tatsache, daß das Gros der Stahlunternehmen, nicht zuletzt durch „inniges Zusammenwirken" in der VDEh-Gemeinschaftsforschung, heute in *technisch-wirtschaftlicher* Leistungsfähigkeit zur Weltspitze gehört. Trauer aber bringt der Umstand, *daß solches Können in der Stahlkrise* nur noch eng begrenzten Lohn findet. (WR)

Umweltschutz: Einhunderttausend Mark für jede Tonne Staub

Der Kompromiß zwischen Ökologie und Ökonomie werde nur erreichbar, wenn man auf beiden Seiten rational handle. Viel an irrationalem Handeln auf Seiten der Umweltschutzpolitiker hat die deutsche Stahlindustrie auszusetzen. Die Kritik an der aktuellen Runde erneuter Verschärfung aller Schutzvorschriften betrifft zum Beispiel zusätzliche Luftreinhalteregeln. die außer Kosten nichts mehr bringen. überflüssige neue Eingriffe in den industriellen Wasserkreislauf oder eine Steigerung der Smog-Alarm-Kriterien. die selbst die sachkundigen Mediziner für überzogen halten.
Hauptbeschwer der Industrie: Was da an Zusatzkosten auf die heimische Stahlproduktion zukomme, benachteilige gravierend und langfristig die Position im internationalen Wettbewerb. Das Resultat daraus könnte durchaus sein. daß erhebliche Teile deutscher Stahl-Arbeitsplätze zugunsten einer Auslandskonkurrenz vernichtet werden. die das Thema Umweltschutz politisch rationaler angeht.

Wenn es richtig ist. daß Verbesserungen des Umweltschutzes Aufgabe für alle Gruppen der Gesellschaft ist. dann stimmen die Relationen schon lange nicht mehr. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der *Thyssen Stahl AG, Karl-August* Zimmermann. macht als Ingenieur eine bemerkenswerte Rechnung auf:

Rund 400 Millionen Mark pro Jahr gibt dieser größte deutsche Stahlerzeuger in seinen am Duisburger Niederrhein standortoptimal konzentrierten Massenstahlwerken an laufenden Betriebskosten für den Umweltschutz aus. Das sind 15 000 Mark für jeden Beschäftigten (der ohne diese Kostenlast im Zweifel höheren Lohn hätte). Die so mühsam vorangekommene, erst auf Jahre hinaus wirksame Einführung des bleifreien Benzins hingegen, für die Abgasentlastung der Luft und kranker Wälder die derzeit fraglos wirksamste Maßnahme zur Verbesserung der Umwelt, wird jeden der *20 Millionen Autobesitzer* pro Jahr nur mit 30 Mark belasten.

In Sachen Umweltschutz hat die deutsche Stahlindustrie aktuellen Anlaß, auf drohende neue Mißverhältnisse zwischen Aufwand und Ertrag beim Umweltschutz *hinzuweisen*. Die dieser Tage vom Bundesrat verabschiedete neue „Technische An*leitung zur Reinhaltung der Luft*" (TA Luft) zumal bedeutet, daß faktisch schon voll „entstaubte" Hüttenwerke hohe Nachbesserungsinvestitionen bei ihren Entstaubungsanlagen mit dem Effekt vornehmen müssen, daß sich beispielsweise der Entstaubungsgrad im Oxygenstahlwerk nur noch in kaum meßbarer Größenordnung von 99,86 auf 99,93 Prozent erhöht.

Als Antwort auf die „krassen Fehlinvestitionen", die der Gesetzgeber verlangt, macht man bei Thyssen unter Hinweis auf den in der Duisburger Luft seit 1965 um drei Viertel (und *unter die von der bisherigen TA Luft* tolerierten Grenzwerte) gesenkten Staubniederschläge, folgende Langzeit-Bilanz der eigenen Anstrengungen zur Luftreinhaltung auf:

In den 60er Jahren geschah die Umstellung der Stahlherstellungsprozesse von unentstaubten Thomas- und Siemens-Martin-Stahlwerken (die auch wegen zu hoher Umwelt*schutzkosten allesamt verschwunden* sind) auf prozeßentstaubte Oxygenstahlwerke. Die Staubemission wurde dabei auf rund zwei (18) Kilogramm je Rohstahltonne gesenkt. Die Abscheidekosten lagen bei etwa 100 Mark je Tonne Staub.

In den 70er Jahren wurde neben dem Einbau von Gießhallenentstaubungen der Start einer neuen Entstaubungsgeneration in den Erz-Sinteranlagen vollzogen (Ersatz der alten Zyklone durch Trockenelektrofilter). Die dabei erzielte Emissionsminderung von 0,45 Kilogramm je Tonne Rohstahlproduktion kostete bereits 3000 Mark je Tonne Staub.

Seit Beginn der 80er Jahre folgt die Erfassung der Sekundärstaubquellen sowie der *Ersatz der klassischen Maß*reinigungen als Primärentstaubungen in den Oxygenstahlwerken durch Trockenelektrofilter *mit* gleichzeitiger Möglichkeit zur Gewinnung der Konvertergase (für die eigene Stromerzeugung) und zum Recycling der Stäube. Bei einer Emissionsminderung von etwa 0,5 Kilogramm je erzeugte Rohstahltonne kostete diese noch laufende jüngste Etappe zusätzlichen Staubeinsammelns schon 10 000 Mark pro Staubtonne.

Und nun die neue TA Luft. Die in ihr verlangte Nachbesserung an bereits technisch optimalen Entstaubungsanlagen (pro Anlage ein zweistelliger Millionenbetrag) bringt wegen der nur noch minimalen zusätzlichen Abscheidewirkung die Emissionsminderungskosten auf mehr als 100 000 Mark pro Tonne Staub.

Mißverhältnis von Aufwand und Ertrag

Thyssen-Stahlchef Heinz Kriwet, zugleich Vorsitzender des Deutschen Stahlproduzentenverbandes, übte deutliche Kritik an diesem Mißverhältnis von Aufwand und Ertrag zusätzlicher Umweltschutzauflagen gegen den (ohnehin nicht gesundheitsgefährdenden) Hüttenstaub: Schutz der Umwelt als Teil unser aller Lebensqualität müsse nach sachlichen Prioritäten betrieben werden und dürfe nicht zum parteipolitischen Überbietungswettbewerb entarten.

„Aufgeregtheiten und Übertreibungen schrecken unsere Partner in der EG und in der Welt nur ab, uns in unserer Vorreiterrolle zu folgen." Auf diese Partner aber sei jeder vernünftige Umweltschutz angewiesen, wenn man nicht nur lokal begrenzt etwas erreichen wolle. „Die Umwelt kennt nun einmal keine nationalen Grenzen." Ein nur zu berechtigter Hinweis, wenn man beispielsweise an die Verschmutzungsprobleme in Elbe und Rhein denkt, die Hälfte aller Schwefeldioxid-Immissionen in unserer Luft aus den Kaminen nachlässigerer Ausländer in Ost wie West importiert wird.

Die Erkenntnis, daß in solcher Lage überzogener Perfektionismus der Umwelt-Sauberkeit überhaupt nicht weiterhilft, münzt Stahlverbandschef Kriwet in eine Warnung um. Schon jetzt sei zu erkennen, daß die Bestimmungen der neuen TA Luft zusammen mit der Strompreiserhöhung auf Grund der Großfeuerungsanlagenverordnung die laufenden Umweltschutzkosten deutscher Stahlerzeugung von bisher 50 Mark auf reichlich 100 Mark je erzeugte Rohstahltonne verdoppeln werden.

Das ist dann immerhin ein Zehntel dessen, was für die fertige Walzstahltonne durchschnittlich im Markt erlöst wird. Und ein Mehrfaches dessen. was der Durchschnitt der deutschen Stahlunternehmen in guten Jahren als Gewinn vor Steuern pro Produkttonne erzielt. *Allein ein Pfennig* Strompreiserhöhung pro Kilowattstunde kostet die deutsche Stahl*industrie pro* Jahr 200 Millionen Mark. Und mit drei Pfennig Verteuerung der Kilowattstunde muß diese stromintensive. im „atomstromfreien" Nordrein-Westfalen massierte Branche aus der Großfeuerungsanlagenverordnung rechnen.

Das alles und die von Thyssen beklagte Gefahr „krasser Fehlinvestitionen" aus fast wirkungslos bleibender Verschärfung der TA Luft könnte man notfalls noch tolerieren. wenn die internationale Konkurrenzfähigkeit davon unberührt bliebe.

Da aber, und das ist Kriwets Warnung, liegt der Hase im Pfeffer. Bislang stehen in der EG nur die *Nieder*länder mit ihren Umweltschutzkosten auf dem Niveau der Deutschen. *Und nur die großen japanischen* Stahlerzeuger, denen Krankheitswellen aus einst im extrem dichtbesiedelten Land begangenen Umweltsünden besonders massive Anstrengungen abforderten, übertreffen mit einer Umweltschutz-Kostenbelastung von 65 Mark je Rohstahltonne im Weltvergleich die Deutschen.

Die großen Konkurrenten in der EG werden mit ihren Umweltschutzkosten pro Tonne Rohstahl „auch in Zukunft deutlich unter 50 Mark liegen", ermittelte der deutsche Produzentenverband. Kriwets Fazit daraus für die deutsche Stahlindustrie: „Wir stehen also neben der Belastung aus der im europäischen Vergleich so unterschiedlichen Subventionsgewährung vor einem anderen Aspekt der Politik in Bund und Ländern, einfach einmal wieder zu testen, wie belastungsfähig die deutsche Stahlindustrie eigentlich ist."

Ist für Teile der deutschen Stahlindustrie mit den jetzt geforderten, zum Teil auch unter Umweltschutz-Gesichtspunkten „mehr als problematischen" zusätzlichen Kostensteigerungen auf reichlich 100 Mark je Rohstahltonne der Punkt erreicht, an dem sie unter dieser neuen Belastungsprobe zerbrechen? Die Antwort muß vage bleiben, weil das dann in aller Regel kein bruchartig ablaufender Prozeß ist, sondern eine eher schleichende Entwicklung.

Die bedrohliche Richtung allerdings ist zweifelsfrei klar. Und dem Sprecher der deutschen Stahlproduzenten kommt es bei dieser Gelegenheit darauf an, die noch etwas schemenhaften Zeichen an der Wand nicht zu verschweigen. „Vielleicht vermögen unsere Politiker sie nicht zu sehen, vielleicht wollen sie es auch ganz einfach nicht sehen, und vielleicht spielen bei diesem Nichtwollen Wahltermine eine Rolle. Aber es soll der Industrie zumindest nicht nachgesagt werden, wenn vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt diese Zeichen an der Wand drastisch und plastisch mit all ihren Konsequenzen zu sehen sind, wir hätten nicht rechtzeitig darauf hingewiesen."

Überzogene Vorschriften ohne Realitätsnähe

Fatal ist in diesem Zusammenhang, daß die Stahlindustriellen bei der Erörterung von verdaulichem Aufwand und erkennbarem Nutzen aus zusätzlichen Umweltschutzvorschriften mit den fachkundigen Beamten in den Ministerien praktisch keine Probleme haben. Um so mehr aber mit den gewählten Politikern, die nach dem Motto „Sonst kommen die Grünen" allzuoft Sinnvolles in Sinnloses übersteigern.

Die Mentalität, die da am Werke ist, bringt auch in langen Entwicklungsjahren vernünftig Geratenes neuerdings ins Wanken. Ein Beispiel dafür ist das Abfallstoff-Recycling: Bei der Herstellung von *Stahl fallen in allen* Produktionsstufen erhebliche Mengen an Rest- und Nebenstoffen an: *pro Rohstahltonne* sind das 580 Kilogramm, woran Hochofen- und Stahlwerksschlacken den größten Anteil haben.

Mit jahrzehntelanger gezielter Forschung, so wird beispielsweise bei Thyssen betont, habe man die „Recyclingrate" dieser Stoffe „sehr hoch" geschraubt, insbesondere Hochofen- und Stahlwerksschlacken mit entsprechender Aufbereitung als Zementrohstoff oder Straßenbaustoffe wiederverwendungsfähig gemacht. Als Resultat wandere nur noch acht Prozent aller Rest- und Nebenstoffe auf die Deponie.

Künftig wird diese Quote „umweltrelevanter Abfallstoffe" wieder steigen: Die Entwicklung der Umweltmentalität zu „fast absolutem" Mißtrauen gegen alles nicht „ökologisch"-natürlich Entstandene erschwere Marktchancen und Absatzmöglichkeiten dieser früher als wertvolle Baustoffe angesehenen Schlakken.

Deutliche Kostensteigerungen im Umweltschutz erwarten die Stahlproduzenten auch aus der geplanten Novellierung des Wasserhaushalts- und Abwasserabgabengesetzes. Auch dazu das Thyssen-Beispiel:

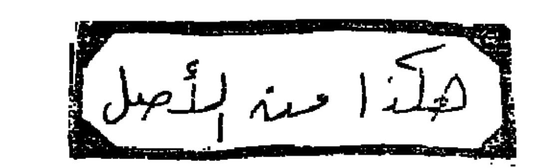
Der Konzern benutzt für seinen Hüttenwerks-Komplex am Niederrhein jährlich 1,3 Milliarden Kubikmeter Wasser (soviel wie der Wasserverbrauch im gesamten Freistaat Bayern) für Kühl- und Abgasreinigungszwecke. Durch eine stufenförmige Nutzung der Betriebswässer (Kaskadennutzung) und anschließende Kreislaufführung über zwischengeschaltete Klär- und Kühlanlagen liegt die Kreislaufrate des Wassergebrauch bei reichlich 97 Prozent.

Thyssens stolzer Kommentar: Auf der ganzen Welt existiere kein Hüttenwerk mit einer höheren Gesamtrecyclingrate in der Wasserwirtschaft. Dennoch auch da die kostspielige Gesetzesnovellierung, „obwohl bei uns weitere Verbesserungen im Bereich der Wasserwirtschaft kaum noch denkbar sind".

Eingriffe in gewachsene Produktionsstrukturen der Stahlerzeugung könnten aus der neuen TA Luft auch bei den Sinteranlagen der Eisenerzaufbereitung folgen. Deren Betriebskosten dürften sich nach bisheriger *Übersicht um etwa ein Drittel* erhöhen. Damit könnte der Kostenvergleich der Erzaufbereitung zugunsten der *Pelletisier-Anlagen in* überseeischen Erzförderländern umschlagen, die bisher zum guten Teil wegen zu *hoher Energiekosten* stilliegen. Sterben müßten dann zwangsläufig die deutschen Sinteranlagen mit ihren *Arbeitsplätzen am neuen* Umweltschutzopfer.

Sehr kritisch sehen die Stahlproduzenten im Ruhrrevier auch den Musterentwurf der Umweltministerkonferenz zur Smog-Verordnung. Was da an Auslösekriterien für den Notfall des Produktionsstillstands verschärft werde, „wurde inzwischen von namhaften Wirkungsforschern als überzogen eingestuft".

JOACHIM GEHLHOFF



WELTSTAHLINDUSTRIE / Staatshandels- und Entwicklungsländer auf dem Vormarsch

Wachstum ohne Marktwirtschaft

Die Vorzeichen sind positiv, doch weit reichen sie nicht. Die weitere und bescheidene Erholung ihres Produktionsniveaus, die 1985 die deutsche Stahlindustrie mit einer Plusrate von etwa 3,5 Prozent auf knapp 41 Millionen Tonnen Rohstahl bringen dürfte (nach einem den Weltdurchschnitt übertreffenden Plus von 10,2 Prozent im Jahr 1984), hat zwar im preisstützenden Quotenkorsett des Krisenmanagements der EG-Kommission praktisch alle deutschen Produzenten noch eindeutiger als zum Teil schon 1984 aus jahrelang haushohen Verlusten wieder in die Gewinnzone befördert.

Aber die guten alten Vorkrisenzeiten sind auch für die Bundesrepublik – immer noch weitaus größtes Stahlland in der EG und in der Weltrangliste seit 1982 durch China vom vierten auf den fünften Platz verdrängt – wie für alle großen Stahlländer der freien Welt nicht nur in der Produktionstonnage endgültig passé. Auch die Zeiten einer vorwiegend unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ablaufenden Weltstahlproduktion, das lehrt der Blick auf die Statistik, sind seit dem letzten weltweiten Stahlboomjahr (1974) vorbei.

Seit damals ist die Produktion der hauptsächlich marktwirtschaftlich organisierten Industrieländer tendenziell auf dem Rückzug. Auch im Erholungsjahr 1984 lag sie mit 376 Millionen Tonnen noch um 18,9 Prozent unter ihrer 1974er Spitze.

Die Staatshandelsländer hingegen (vorwiegend Ostblock) steigerten in dieser Zeit ihren Rohstahlausstoß um 26,1 Prozent auf 264 Millionen Tonnen. Die gleichfalls mit planwirtschaftlicher Dominanz arbeitenden Schwellen- und Entwicklungsländer kamen in diesen zehn Jahren sogar auf eine Steigerung ihres Ausstoßes um 128,8 Prozent auf 70 Millionen Tonnen.

Zumal aus letzterer Ländergruppe kam und kommt wachsender Druck auf den Weltstahlmarkt. Die Industrieländer reagieren auf die weltweite Verschiebung der Produktionsstandorte und dem hiermit verbundenen *Kapazitätsabbau mit protektionistischen* Maßnahmen. Sinnfälliges Indiz dafür:

Im Jahre 1984 war die international gehandelte Stahlproduktenmenge mit einem Rohstahläquivalent von 150 Millionen Tonnen zwar fast ein Zehntel größer als selbst im bislang besten Weltproduktionsjahr 1979 (an dem die großen alten Industrieländer schon nicht mehr mit Produktionsrekorden beteiligt waren). Aber mehr als zwei Drittel dieser Handelstonnage mußte sich bereits durch protektionistische Importbarrieren quälen.

Vorsichtige Prognosen gehen davon aus, daß die Weltrohstahlproduktion im nächsten Jahrzehnt mit einer Jahresrate von 0,4 Prozent wachsen und 1995 somit wieder dem Niveau von 1979 nahekommen wird. Ein Wachstum aber, das sich weiterhin außerhalb der Länder mit marktwirtschaftlicher Ordnung vollziehen wird.

Die deutsche Stahlindustrie beispielsweise folgert daraus nüchtern, daß ihr nachhaltig absetzbares Produktionsvolumen je nach Konjunktur künftig zwischen 35 und 40 Millionen *Jahrestonnen Rohstahl* anzunehmen ist – auch im besten Fall also ein Viertel weniger als einst im Wonnejahr 1974. -ff

Rohstahlerzeugung im Weltvergleich (in Millionen Tonnen)

Region / Land		1984	1983	1982	1981	1980	1979	1978	1977	1974
Westeuropa		**157**	**143**	**142**	**159**	**162**	**174**	**164**	**155**	**unles.**
davon	EG insgesamt	120	109	110	126	128	140	133	126	156
darin	Bundesrepublik	39	36	36	42	44	46	41	39	53
	Italien	24	22	24	25	27	24	24	23	24
	Frankreich	19	18	18	21	23	23	23	22	27
	Großbritannien	15	15	14	16	11	22	20	20	22
	Belgien	11	10	10	12	12	13	13	11	16
Ostblock		**213**	**210**	**204**	**207**	**209**	**209**	**211**	**204**	**185**
davon	Sowjetunion	154	153	147	148	148	149	151	147	136
	Polen	17	16	14	16	19	19	19	18	15
	Tschechoslowakei	15	15	15	15	15	15	15	15	14
	„DDR"	8	7	7	7	7	7	7	7	6
Nordamerika		**99**	**90**	**80**	**124**	**117**	**159**	**139**	**127**	**146**
davon	USA	84	77	68	109	101	123	124	114	132
Lateinamerika		**34**	**29**	**27**	**27**	**29**	**27**	**24**	**22**	**18**
davon	Brasilien	18	15	13	13	15	14	12	11	8
	Mexiko	7	7	7	8	7	7	7	6	5
Asien		**189**	**175**	**174**	**172**	**179**	**176**	**159**	**148**	**155**
davon	Japan	106	97	100	102	111	112	102	102	117
	China (geschätzt)	43	40	37	36	37	34	32	24	21
	Indien	10	10	11	11	10	10	10	10	7
	Südkorea	13	12	12	11	9	8	5	4	2
Sonstige Regionen		**18**	**16**	**17**	**19**	**21**	**23**	**20**	**20**	**15**
davon	Australien	6	6	6	8	8	8	8	7	8
	Südafrika	8	7	8	9	9	9	8	7	6
Welt insgesamt		***710***	***663***	***645***	***708***	***717***	***748***	***717***	***676***	***704***

Die Stunde für Fusionen schlägt später

Auf den ersten Blick könnten die großen deutschen Stahlerzeuger beim Blick auf die Rangliste der größten Stahlproduzenten der freien Welt eigentlich noch zufrieden sein. Unter den ersten drei Dutzend waren sie im 1984er Erholungsjahr der Stahlkonjunktur, nicht anders als im letzten Boomjahr 1974, allesamt vertreten.

Der Branchenführer Thyssen zumal rückte in dieser Liste gegenüber 1983 sogar vom achten auf den sechsten Rang vor. Das Schicksal, auch 1984 (außer als Effekt zwischenzeitlicher Zukäufe anderer Stahlfirmen) durchweg weit hinter ihren nie wieder erreichbaren 1974er Tonnen-Spitzenzahlen geblieben zu sein, teilen die Deutschen weltweit mit fast allen großen Traditionsunternehmen.

Der zweite Blick auf diese Rangliste freilich macht verständlich, warum bis auf zwei Ausnahmen (Thyssen und Mannesmann) die großen deutschen Stahlerzeuger mit ihrer heutigen Größe nicht zufrieden sind und auch nicht sein dürfen. Denn die Szenerie allein schon auf dem gemeinsamen Europamarkt der EG zeigt eindeutig, daß Größe vorwiegend mit Staatsbetrieb identisch ist. Das gilt für Italien (Finsider) wie für Großbritannien (British Steel), für Frankreich (Usinor und Sacilor) wie für Belgien (Cockerill Sambre).

Dieses Faktum ist ein Spiegelbild der Tatsache, daß mittlerweile weit mehr als die Hälfte allen EG-Stahlpotentials *von Staatsunternehmen* repräsentiert wird. Diese Entwicklungslinie wird durch die bevorstehende EG-Erweiterung, durch Beitritt Spaniens und Portugals, fortgeführt, da zumindest Spaniens größter Produzent (Ensidesa) gleichfalls in Staatshand ist.

Das Faktum bedeutet, je länger desto stärker, eine Bedrohung für die (bis auf Salzgitter) privatwirtschaftlich organisierte deutsche Stahlindustrie, zumal in ihrer heutigen Unternehmensstruktur. Die Leistungsfähigkeit des Privatunternehmertums, dem der Zugriff auf hilfreiche öffentliche Kassen allemal viel schwerer (und weniger) als Staatsunternehmen gelingt, haben zwar gerade die deutschen Stahlunternehmen mit ihrem in der nun elfjährigen Stahlkrise halbwegs behaupteten technisch-wirtschaftlichen Spitzenstandard eindrucksvoll demonstriert.

Aber besonders das aktuelle Gezerre in der EG-Stahlpolitik über einen endgültigen Stopp des von den Deutschen viel beklagten europäischen Subventionswahnsinns mit Ende 1985 zeigt deutlich, welche latente Gefahr den Privatunternehmen von Staatsbetrieben droht. Denn diese kommen nun einmal leichter (und je nach Konjunkturlage überhaupt nur sie) an Kapital für Innovation wie Expansion.

Ein typisches Beispiel dafür lieferte in *diesem Herbst Frankreichs* Regierung als Eigentümerin der beiden Konzerne Usinor und Sacilor, die (anders als etwa die deutschen und – erst recht – die japanischen Stahlgiganten) auch 1985 noch tief in den roten Zahlen stecken: Im Vorgriff auf spätere Eigenkapitalerhöhung wird diesen beiden Konzernen nun die Emission von Wandelobligationen im Gegenwert von reichlich drei Milliarden Mark ermöglicht, wobei sich Paris auf den Standpunkt stellt, daß solche verschobene Kapitaldotation des Eigentümers nicht auf die von der EG-Kommission genehmigten und „eigentlich" im wesentlichen mit Ende 1985 auslaufenden Subventionskontingente anzurechnen sei. Allenfalls mit Rührung vor blauäugiger Argumentation können ob solcher Praktiken die deutschen Stahlunternehmen das Plädoyer beispielsweise des belgischen Wirtschaftsministers aus diesem Herbst registrieren, daß eine Fortsetzung der Stahlsubventionen eine gute (wenn nicht die beste) Chance biete, durch Krankheit unter Staatsregie geratene Stahlgiganten wie *Cockerill Sambre* zu „reprivatisieren".

Rührung oder Spott über solche bislang jedenfalls extrem praxisferne Plädoyers zum Weiter-Subventionieren helfen den deutschen Stahlproduzenten jedoch nicht weiter. Die meisten von ihnen brauchen zum nachhaltigen Überleben auf einem zumindest in *Europa* wieder zur Freiheit zurückkehrenden Stahlmarkt auch angesichts der übermächtigen Konkurrenz der Staatskonzerne den Zusammenschluß zu größerem Potential.

Und dies vor allem aus zwei Gründen. Erstens wegen der kostenoptimalen Produktion in voll ausgelasteten Großanlagen mit entsprechendem Marktpotential gegenüber den verstaatlichten Anbietern. Zweitens wegen der nur dann möglichen Bündelung von Refinanzierungskraft (Cash-flow) für große, bei einer Warmbreitbandstraße sogar über eine Milliarde Mark hinausgehende Ersatzinvestitionen, die in den 90er Jahren fällig werden und die mit Ausnahme von Thyssen kein deutscher Produzent in heutiger Größe aus eigener Kraft bewerkstelligen könnte.

In diesem Licht ist denn auch die Aussage des Klöckner-Familienchefs Jörg A. Henle zu sehen, die er im Sommer beim Scheitern des großen Klöckner/Krupp-Stahlfusionsplanes mit Zutritt des australischen Rohstoffkonzerns CRA machte: Für die nächsten, noch unter dem Schutz des EG-Krisenmanagements der Produktionsquotierung laufenden Jahre käme jeder der beiden gescheiterten Fusionspartner mit „Alleingangskonzepten" der Rationalisierung und Kapazitätsanpassung im Zweifel sogar ertragreicher zurecht als in der Großfusion. Die Stunde für Fusionen oder zumindest Kooperationen unter den Deutschen aber schlage mit Gewißheit mit Anbruch des nächsten Jahrzehnts.

Nicht anders äußerte sich in diesem Herbst der Vorsitzende des deutschen Stahlproduzentenverbandes Thyssen-Stahlchef Heinz Kriwet: Die Ausgliederung der Stahlaktivitäten in rechtlich selbständige Gesellschaften bei den einst dominierend von Stahl geprägten deutschen Konzernen gebe der Branche „größere Spielräume für die Zukunft". Zu nutzen wären diese Spielräume auch nach seinem Urteil für Kooperationen und Fusionen: „Auf dem Hintergrund der internationalen Wettbewerbssituation können wir hier noch manches tun, wir müssen es sogar."

Folgen solchen Mahnungen auch Taten, so wird die Welt-Rangliste der größten Stahlerzeuger künftig weniger und größere Deutsche aufweisen. Das ist dann nicht zuletzt ein Reflex der Tatsache, daß Expansion im nur mäßig wachsenden Welt-Stahlverbrauch weiterhin ein Produzententhema für die Entwicklungs- und Schwellenländer ist. Der südkoreanische Pohang-Staatskonzern liefert dafür mit seinem seit dem Jahr 1974 auf inzwischen das für Achtfache gestiegenen Ausstoß wohl das eindrucksvollste Beispiel.

JOACHIM GEHLHOFF

Rang/Unternehmen	Land	Rohstahlausstoß (in Millionen Tonnen) 1984	1985	1982	1974
1. Nippon Steel	Japan	29,4	26,9	28,3	38,5
2. US Steel	USA	14,3	15,4	11,0	30,8
3. Finsider	Italien	13,3	12,2	13,3	13,6
4. British Steel	Großbritannien	12,7	12,7	14,4	19,3
5. Nippon Kokan	Japan	12,5	11,4	12,0	16,2
6. **Thyssen**	Deutschland	11,7	10,0	9,6	16,3
7. Sumitomo	Japan	11,3	10,3	10,9	14,6
8. Kawasaki	Japan	11,3	10,4	10,9	14,9
9. Bethlehem Steel	USA	11,0	9,7	9,5	20,2
10. Arbed-Gruppe	Luxemburg	11,0	9,7	9,9	14,5
11. Usinor	Frankreich	10,2	9,0	6,6	9,3
12. Pohang Iron & Steel	Südkorea	9,2	8,4	8,3	1,2
13. LTV Steel	USA	9,0	12,6	10,5	16,9
14. Sacilor	Frankreich	6,9	6,3	6,7	5,5
15. Kobe Steel	Japan	6,6	6,1	6,4	8,1
16. *Steel Authority of India*	*Indien*	6,3	6,1	6,7	[illegible]
17. Broken Hill	Australien	6,1	5,5	6,5	7,6
18. Inland Steel	USA	5,9	5,7	4,7	7,3
19. Iscor	Südafrika	5,8	5,4	6,4	4,3
20. Armco Steel	USA	5,6	5,4	4,6	8,1
21. Hoogovens	Holland	5,5	4,3	4,1	5,4
22. Cockerill Sambre	Belgien	4,8	4,7	4,6	[illegible]
23. Stelco	Kanada	4,3	4,2	5,0	9,0
24. Voest-Alpine	Österreich	4,7	4,3	4,0	4,1
25. **Krupp-Stahl**	Deutschland	4,4	3,9	4,0	4,5
26. National Intergroup	USA	4,4	6,2	5,0	9,6
27. **Klöckner-Werke**	Deutschland	4,2	4,4	4,2	3,7
28. **Hoesch**	Deutschland	4,1	3,9	4,0	4,5
29. Ensidesa	Spanien	4,1	3,5	4,5	5,2
30. Dofasco	Kanada	4,1	3,4	3,5	2,8
31. **Mannesmann**	Deutschland	4,0	3,7	4,0	5,1
32. **Salzgitter**	Deutschland	3,6	3,1	3,5	5,5
33. China Steel	Taiwan	3,5	3,4	2,3	–
34. Usiminas	Brasilien	3,2	2,7	[illegible]	1,2
35. Nisshin Steel	Japan	3,0	2,6	2,5	3,5
36. Svenskt Stål	Schweden	2,9	2,4	[illegible]	–

Wenig Chancen für Wachstum

Mit nicht mehr als einer Jahresrate von 0,4 Prozent wird voraussichtlich der Welt-Stahlverbrauch bis 1995 wachsen. Das Internationale Eisen- und Stahlinstitut (IISI) in Brüssel präsentiert diese jüngste Prognose (veröffentlicht in der Zeitschrift „Eisen und Stahl") vor allem als Resultat einer anhaltenden Verschiebung der regionalen Gewichte: Minusraten von 0,5 Prozent in den westlichen Industrieländern und 0,7 Prozent im Ostblock, Wachstum nur in den Entwicklungsländern mit 2,8 Prozent sowie in China und Nordkorea mit sogar 3,9 Prozent pro Jahr. Selbst bei weiterem Abbau von Überkapazitäten reichen die bestehenden Erzeugungsmöglichkeiten zur Deckung des bis 1995 wahrscheinlich um knapp fünf Prozent auf 750 Millionen Tonnen Rohstahl steigenden Weltverbrauchs aus.

Nach den teilweise erheblichen Produktionszunahmen des Jahres 1984 hat sich der Aufwärtstrend in den meisten Staaten, die Mitgliedsländer des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts (IISI) sind, während der ersten acht Monate dieses Jahres abgeschwächt. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat *der Rückgang der Stahlerzeugung* sogar die zweistellige Prozentmarke erreicht – nämlich zehn Prozent.

Es stellt sich die Frage, ob der Aufschwung von Anfang 1983 nur kurz verhält und das Erzeugungsniveau schon in Kürze wieder steigen wird, oder ob wir bereits den Höhepunkt des gegenwärtigen Stahlzyklus erreicht haben. Die Antwort darauf ist natürlich von großem Interesse: Sollten wir den Scheitelpunkt schon überschritten haben, hätte diese Tatsache zur Folge, daß die Stahlerzeugung der westlichen Welt im laufenden Jahr um etwa elf Prozent hinter dem Niveau des letzten Spitzenjahres – 1979 – zurückbliebe.

Entscheidend für eine Beurteilung der Situation ist auf jeden Fall, wie sich die Gesamtkonjunktur weltweit für den Rest dieses Jahres und im *nächsten Jahr entwickeln wird.*

Das im Vorjahr noch sehr kräftige Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich 1985 verlangsamt und sich damit etwas mehr dem verhaltenen Tempo der wichtigsten europäischen Länder genähert. Besonders in den ersten sechs Monaten dieses Jahres war eine Abschwächung der US-Wirtschaft zu beobachten, die sich auch in Kanada und Japan bemerkbar machte.

Gleichzeitig erholte sich Europa von einem außergewöhnlich strengen Winter. Die Zuwachsraten der europäischen Wirtschaft waren insgesamt mit 2,25 Prozent (Jahresrate) im ersten *Halbjahr nur wenig niedriger als* die 1984 erreichten 2,49 Prozent Wachstum.

Dieses schwache, wenn auch stetige Wachstum in den Industrieländern hat die Expansion in den Entwicklungsländern leicht negativ beeinflußt, da die Exportnachfrage, besonders nach Rohstoffen, aber auch nach Erzeugnissen der verarbeitenden Industrien, sich nach dem stürmischen Aufschwung des Jahres 1984 etwas stabilisiert hat. Das Wirtschaftswachstum der nicht Öl exportierenden Entwicklungsländer dürfte sich 1985 auf einen Wert von etwa vier Prozent einpendeln. Es bleibt damit praktisch auf dem gleichen Niveau wie 1984. Die Aussichten für die Opec-Länder sind allerdings besonders trübe, da sowohl die offiziellen wie auch die Spot-Preise für Öl unter Druck geraten sind, eine Situation, die sich vermutlich in der nahen Zukunft nicht zum Besseren für die Förderationen ändern wird.

Diese generellen Tendenzen prägen natürlich die Schätzungen für den Stahlverbrauch im laufenden Jahr. Die Situation der Industrieländer bleibt gegenüber 1984 fast unverändert. Lediglich für die Vereinigten Staaten *von Amerika wird erwartet,* daß der Stahlverbrauch 1985 erheblich hinter dem Volumen des Vorjahres *zurückbleibt.* Der für die Entwicklungsländer geschätzte Zuwachs dürfte allerdings die Abschwächung in den Vereinigten Staaten von Amerika in etwa ausgleichen, so daß der Stahlverbrauch der westlichen Welt 1985 mit 435 Millionen Tonnen nahezu wieder das Vorjahresergebnis erreicht.

Für die Planwirtschaften Osteuropas wird ebenfalls mit nur geringem Wachstum des Stahlverbrauchs gerechnet, während China und Nordkorea einen Zuwachs um etwa fünf Prozent verzeichnen dürften. Insgesamt ergibt sich somit ein Weltstahlverbrauch von 718 Millionen Tonnen, wenig mehr als 1984, merk*lich höher als in 1982 und 1983,* aber doch etwa 30 Millionen Tonnen oder um vier Prozent unter dem Spitzenergebnis von 1979.

Für das kommende Jahr wird allgemein damit gerechnet, daß sich die Stabilisierung der Stahlnachfrage in vielen Industrieländern fortsetzen wird. Ausnahmen von dieser allgemeinen Entwicklung sind die Bundesrepublik *Deutschland, Kanada,* Australien und Südafrika, die für 1986 einen leichten Anstieg erwarten. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird wegen der rückläufigen Automobilerzeugung sowie der schwächeren Bautätigkeit allerdings mit einem weiteren Abfall des Stahlverbrauchs um sechs Millionen Tonnen gerechnet. Zusammen mit dem jetzt für Japan geschätzten leichten Rückgang des Stahlverbrauchs ergibt sich für die Industrieländer ein Stahlbedarf von 324 Millionen Tonnen im *nächsten Jahr, sieben Millionen Tonnen* oder etwa zwei Prozent unter der Schätzung für 1985.

Für die Entwicklungsländer wird sich der Anstieg des Stahlverbrauchs auch im nächsten Jahr fortsetzen, so daß ein Volumen von 107 Millionen Tonnen erreicht werden sollte. Das wären dann 3,3 Prozent Prozent mehr als im Vorjahr.

Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß es sich bei diesen Zahlen um erste, vorsichtige Schätzungen für 1986 handelt: Die unsicheren Aussichten für die US-Wirtschaft, die sich abschwächende Exportnachfrage, die weiter wachsende Arbeits*losigkeit in den wichtigsten europäischen* Ländern sowie die steigende Schuldenlast der Entwicklungsländer *lassen es als durchaus möglich* erscheinen, daß sich der eine oder andere dieser Schätzwerte im Laufe des ersten Quartals 1986 noch ändern wird.

Beim gegenwärtigen Stand der Dinge ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die erwartete Verbesserung der Stahlnachfrage in den Entwicklungsländern die sich abzeichnende Schwäche in den meisten Industrie*ländern voll ausgleichen kann, so daß* der Stahlverbrauch der westlichen Welt 1986 mit 431 Millionen Tonnen leicht hinter dem Ergebnis von 1985 zurückbleiben wird. Rechnet man die Schätzungen für die Planwirtschaften für 1986 hinzu, ergibt sich eine *Weltstahl-Nachfrage von 719 Millionen* Tonnen im nächsten Jahr, wenig verändert im Vergleich mit den fast 718 Millionen Tonnen, die für 1985 erwartet werden.

Ein Blick in die weitere Zukunft läßt leider nicht erwarten, daß sich die Stahlmarkt-Situation im Laufe der kommenden zehn Jahre wesentlich ändern wird. Das Automobil aus Plastik und Aluminium mag vielleicht auf Ausstellungen beeindrukken; die Stahlverarbeiter bevorzugen *jedoch nach wie vor den vielseitigen* Werkstoff Stahl, mit seinen neuesten Verbesserungen und Vorteilen für die Verarbeitung. *Es ist deshalb* – und aus vielen anderen Gründen – die Überzeugung des IISI-Sekretariats in Brüssel, die vielleicht nicht von allen *Mitgliedern des Instituts geteilt wird,* daß die Nachfrage nach Stahlerzeugnissen in den Industrieländern über die nächsten zehn Jahre unverändert bleiben wird.

In Rohstahläquivalenten ausgedrückt ergibt sich dabei eine Verringerung des erwarteten Verbrauchs, was jedoch etwas irreführend ist: Mit der Verbreitung des Stranggußverfahrens und anderer technischer *Neuerungen wird immer weniger* Rohstahl benötigt, um eine bestimmte Menge von Fertigprodukten zu erzeugen. *Das* ist der Hauptgrund für den scheinbaren Rückgang des Stahlverbrauchs in Nordamerika und in der Europäischen Gemeinschaft.

Außerdem wird sich die Entwicklung leichterer, jedoch leistungsfähigerer Produkte fortsetzen, was ebenfalls zu einer Verringerung der benötigten Rohstahlmenge führt. Das Ergebnis ist für die Industrieländer eine Verringerung des Rohstahlbedarfs *um 14 Millionen Tonnen zwischen* 1985 und 1990, und um weitere vier Millionen Tonnen für die Zeit zwischen 1990 und 1995.

Der Hauptgrund für die Erwartung, daß der Rückgang vor 1990 stärker ausfallen wird, ist die schnellere Zunahme des Stranggußanteils in dieser Periode. Im Jahr 1984 wurden etwa 65 Prozent der Stahlerzeugung der Europäischen Gemeinschaft im Strang vergossen, und in Nordamerika waren es etwa 40 Prozent.

In beiden Regionen steigt aber der Anteil des Stranggusses an der Gesamtproduktion stetig weiter an, und *um das Jahr 1990 wird hier ein* Niveau erreicht sein, bei dem die Möglichkeit, weitere Anlagen in Betrieb zu nehmen und mehr Rohstahl einzusparen, schnell abnehmen wird.

Ein weiterer Grund für den scheinbar stärkeren Verbraucherrückgang 1990 liegt darin, daß die Zahlen für 1990 und 1995 Trendwerte sind, während die Zahlen für das Basisjahr (1985) Schätzungen des tatsächlichen Verbrauchs *in diesem Jahr sind.* Sowohl für die Europäische Gemeinschaft als auch für die Vereinigten Staaten von Amerika ist 1985 wahrscheinlich ein überdurchschnittlich gutes Jahr für den Stahlverbrauch, so daß die Veränderungen zwischen 1985 und 1990 ein gewisses Maß an zyklischen Einbußen und Trendverlusten beinhalten.

Für viele Entwicklungsländer werden die anhaltenden Finanzprobleme den Stahlverbrauch auch weiterhin unter das theoretisch mögliche Volumen drücken, wenn auch ein gewisser Zuwachs zu erwarten ist. Die für *Lateinamerika gezeigte starke* Zunahme von sieben Millionen Tonnen zwischen 1985 und 1990 auf insgesamt 28 Millionen Tonnen ist zum Teil Ausdruck der Erholung an der durch die Finanzkrise ausgelösten Rezession der letzten Jahre, die auch das Jahr 1985 noch beeinflußt hat. Für die Entwicklungsländer Asiens wird auch für die nächsten Jahre noch eine bedeutende Ausweitung des Stahlverbrauchs erwartet: Von 51 Millionen Tonnen im Jahr 1985 auf 60 *Millionen Tonnen 1990; danach dürfte* sich die Zunahme für die Jahre bis 1995 in etwas ruhigeren Bahnen bewegen.

Die Zuwachsrate für den Mittleren Osten erscheint relativ schwach, aber das verringerte Öleinkommen wird den Industrialisierungsprozeß wahrscheinlich etwas hemmen. Insgesamt werden die Entwicklungsländer ihren Stahlverbrauch von 104 Millionen Tonnen im Jahr 1985 um 19 Millionen Tonnen bis 1990 und um weitere 14 Millionen Tonnen bis 1995 erhöhen. Da *diese Zunahme durch den Rückgang* des Rohstahlbedarfs in den Industrieländern mehr als ausgeglichen wird, ergibt sich für die westliche Welt insgesamt ein Zuwachs von fünf Millionen Tonnen auf 440 Millionen Tonnen zwischen den Jahren 1985 *und 1990 und um weitere zehn Millionen* Tonnen auf 450 Millionen Tonnen bis 1995.

Die Vorausschätzungen für die Planwirtschaften zeigen einen Unterschied im Wachstum zwischen höher und weniger entwickelten Regionen, ähnlich dem in der westlichen Welt beobachteten Trend. Für die etablierten Stahlländer, besonders aber für die UdSSR, werden Verbesserungen *der Ausbringungsraten den Zuwachs* an benötigter Stahlmenge weitgehend ausgleichen, so daß der Rohstahlbedarf sinken dürfte. Insgesamt wird somit der Stahlverbrauch der Comecon-Länder von 215 Millionen Tonnen 1985 auf 210 Millionen Tonnen im Jahr 1990, und weiter auf 200 Millionen Tonnen 1995 sinken. Lediglich Chinas Stahlverbrauch wird einen bedeutenden und stetigen Aufwärtstrend für die nächsten zehn Jahre zeigen, eine Folge der fortschreitenden Industrialisierung dieses riesigen Landes.

Damit wird der Weltstahlverbrauch von 718 Millionen Tonnen im Jahr 1985 auf 730 Millionen Tonnen in 1990 und weiter auf 750 Millionen Tonnen 1995 steigen. Insgesamt sind diese Schätzungen des zukünftigen Stahlverbrauchs für die Jahre 1990 und 1995 gegenüber denen, die das Institut im Vorjahr veröffentlicht hat, nahezu unverändert.

Das Internationale Eisen- und Stahlinstitut hat vor kurzem abermals die in der Presse veröffentlich*ten Informationen über Kapazitätser*weiterungspläne und den Abbau oder die endgültige Schließung von Anlagen in der westlichen Welt ausgewertet. Dabei hat sich bestätigt, daß die für das Jahr 1990 erwartete Rohstahlkapazität von etwa 550 bis 570 Millionen Tonnen insgesamt voll ausreichen dürfte, um den geschätzten Bedarf von 440 Millionen Tonnen zu befriedigen. Selbst wenn das Jahr 1990 ein Spitzenjahr sein sollte, in dem die Stahlnachfrage den obigen Trendwert um vielleicht zehn Prozent über*steigt, ist* es wenig wahrscheinlich, daß sich eine Stahlknappheit entwikkelt. Es ist zu bemerken, daß die in der Grafik aufgeführten Kapazitätszahlen sich auf die wirkliche Leistungsfähigkeit beziehen, also nicht auf nominelle Kapazitätsangaben.

Die hier aufgezeigten Entwicklungslinien für die Stahlindustrie sind Ausdruck der strukturellen Veränderungen der Weltwirtschaft, an die die Stahlindustrie sich weiterhin anzupassen versucht. Eines der Ergebnisse dieser Phänomene ist, daß das seit langem als allgemeingültig akzeptierte Konzept des *komparativen* Vorteils im internationalen Handel einer schweren Prüfung unterzogen wird.

Die sich ständig verschärfenden *Probleme in den internationalen* Handelsbeziehungen haben zu einer ganzen Reihe von Beschränkungen im Handel mit Textilien, Schuhen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Zinn, Flugzeugen und gewissen chemischen Erzeugnissen geführt. Es wird sogar von Handelsbeschränkungen für einige hochentwickelte Erzeugnisse der Elektronik gesprochen. Von den etwa 150 Millionen Tonnen Stahl, die international gehandelt werden, sind mehr als zwei Drittel irgendwelchen protektionistischen Handelsein*schränkungen ausgesetzt, seien es* Zölle, Quoten, bilaterale Abkommen, Einfuhrlizenzen oder Devisenbestimmungen.

Das Internationale Eisen- und Stahlinstitut hat seit seiner Gründung immer wieder sein uneingeschränktes Bekenntnis zum freien Markt und zum freien Handel unterstrichen. Es hat auch seit vielen Jahren auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus einer Beschränkung des freien Spiels dieser Marktkräfte ergeben können, sei es nun durch protektionistische Maßnahmen, Subventionen, Billigkredite oder ähnliche Mittel. Viele Mitglieder des IISI haben – *oft allerdings leider mit nur geringem* Erfolg – diese Meinung gegenüber ihren Regierungen oder gegenüber denjenigen supranationalen Organisationen vertreten, die mit der Behandlung dieser Handelsfragen befaßt sind.

Nach vielen Jahren vergeblicher Bemühungen stellt sich doch die Frage, ob die Umstände, unter denen freie Märkte oder freier Handel existieren können, etwas anderes sind als ein interessantes theoretisches Konzept? Es will beinahe scheinen, daß das, was wir in der Vergangenheit für freien Handel hielten, sich in Wirklichkeit als eine außerordentlich günstige Phase für die Ausweitung des internationalen Handels schlechthin erweist.

Diese Fragen sind nur schwer, wenn überhaupt, zu beantworten. Es *ist zu befürchten, daß, solange* die Stahlindustriellen der Welt die Restrukturierung ihrer Unternehmen nicht abgeschlossen haben, wir uns mit weiteren Eingriffen in die internationalen Handelsbeziehungen abfinden müssen. Natürlich können zeitlich begrenzte, selektiv angewandte Maßnahmen Atempausen verschaffen, die für den Restrukturierungsprozeß notwendig sind, nur dürfen sie eben nicht zur Dauereinrichtung werden.

Ein weiterer Punkt betrifft die zunehmende Beunruhigung über den engen Zusammenhang zwischen internationalen Handelsproblemen und dem internationalen Währungssystem. Das gegenwärtige Regime freischwankender Wechselkurse begünstigt die Übertragung der Auswirkung nationaler Politik auf andere Länder, die ihrerseits eigene wirtschaftliche und politische Zielsetzungen verfolgen.

Man kann nur mit Befriedigung feststellen, daß seit kurzem die Diskussion über eine mögliche Rückkehr zu festen, periodisch anzupassenden Wechselkursen wieder auflebt. Eine solche Veränderung des Systems könnte zu einer Verringerung des Protektionismus führen, die Erträge aus internationalem Handel und internationalen Investitionen wieder kalkulierbar machen und den gewaltigen Strom des Spekulativkapitals einschränken.

Eine Lösung kann nur gefunden werden, wenn es gelingt, die internationale Zusammenarbeit im Rahmen des Gatt zu stärken, unter Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds und mit der Beteiligung aller Nationen, seien sie reich oder arm.

Was benötigt wird, sind neue, klare und multilaterale Regeln für den internationalen Handel und die Gewißheit, daß Regierungen und Wirtschaft entschlossen sind, ihren multilateralen Verpflichtungen bedingungslos nachzukommen.

LENHARD J. HOLSCHUH

Der Autor ist Generalsekretär des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts (IISI) in Brüssel

Rohstahlkapazität der westlichen Welt

(in Millionen t)

westliche Welt; 600; 554–570; 550; 500; 200; 187–191; 150; 122–127; 120–125; 108–110; 100; 50; 17; 0; 1974; 1980; 1985; 1990

Rohstahlerzeugung der IISI-Länder

Januar bis August 1979, 1984 und 1985 (in Millionen t)

Europäische Gemeinschaft; Japan; USA; übrige Industrieländer; Entwicklungsländer; 90; 80; 70; 60; 50; 40; 30; 20; 10; 0; 1979; 1984; 1985

Geschätzter sichtbarer Stahlverbrauch bis 1995

	Sichtbarer Stahlverbrauch 1980	1985	1990	1995 (Millionen Tonnen)	Jährl. Wachstumsrate 1980/85	1985/95 (Prozent)
Industrieländer	353	331	317	313	- 1,3	- 0,5
dav. Nordamerika	136	122	109	104		
Europäische Gemeinschaft	102	93	91	90		
Japan	71	73	73	73		
andere Industrieländer	44	43	44	46		
Entwicklungsländer	96	104	123	137	+ 1,6	+ 2,8
dav. Lateinamerika	31	28	35	40		
Asien	39	51	60	66		
Afrika	10	11	12	13		
Mittlerer Osten	16	14	16	18		
Westliche Welt	449	435	440	450	- 0,6	+ 0,3
Comecon	208	215	210	200	+ 0,7	- 0,7
China und Nordkorea	48	68	80	100	+ 7,2	+ 3,9
Welt	705	718	730	750	+ 0,4	+ 0,4

FRANKREICH / Statt „Subventionen" spricht die Regierung von „Globalhilfen"

Stahl macht noch Verluste

Die Lage der französischen Eisen- und Stahlindustrie hat sich auf Grund der starken Reduzierung ihrer Produktionskapazitäten und weltweit wieder belebter Stahlkonjunktur inzwischen leicht verbessert. Freilich verbuchen die verstaatlichten Konzerne Usinor und Sacilor noch hohe Verluste, während die private deutsche Stahlindustrie kaum noch rote Zahlen schreibt; aus französischer Sicht Folge vor allem ihres zeitigen Belegschaftsabbaus und schon deshalb nicht in Bezug auf Subventionen mit gleichen Maßstäben zu messen.

Tatsächlich wurden in Frankreich Stahlsanierungspläne auch der bürgerlichen Regierungen durch rigorosen Entlassungsschutz und die Macht der Gewerkschaften verzögert und verwässert. Behördlicher Preisdirigismus untersagte den Konzernen vor der Stahlkrise *marktgerechte* Erträge. Die statt dessen ständig in diese Industrie gepumpten Staatskredite dienten nur teilweise der notwendigen Restrukturierung.

Stahlverband gibt zu: Entwicklung unterschätzt

Heute gibt man beim Stahlverband in Paris offen zu, viel zu lange sei man dem Irrtum vom vorübergehenden Charakter der Stahlkrise verfallen gewesen. Tiefgreifende Strukturveränderungen hingegen habe man stark unterschätzt – nicht nur das alle Erwartungen übertreffende Vordringen der Entwicklungsländer als Stahlproduzenten und -exporteure. Nein: Generell werde pro Verarbeitungsteil immer weniger Rohstahl benötigt.

So wurden Usinor und Sacilor spätestens vor vier Jahren wegen Überschuldung „konkursreif". Die Sozialisten nationalisierten sie deshalb durch bloße Umbuchung der staatlichen *Forderungen in Kapitalanteile.* Bedeutende zusätzliche Eigenmittel erhielten sie seither in Form von staatlichen Kapitaldotationen – allein zehn Milliarden Franc für 1985 – verschafft und, wie Paris erklärt, nicht als Subventionen, sondern in Pflichterfüllung als Alleinaktionär.

Zinssubventionen für Staatskredite verteidigt Paris mit dem Hinweis *auf immer noch niedriger liegende* deutsche Kreditkosten. Jedenfalls liegen die Finanzlasten der französischen Stahlindustrie im Vergleich zu ihrem Umsatz mit 6,5 Prozent bei Usi*nor und acht Prozent bei Sacilor* erheblich über denen der EG-Konkurrenz. Aber kann die Bundesrepublik dafür verantwortlich gemacht werden, wenn das französische Marktzinsniveau wegen einer weniger wirksamen Antiinflationspolitik beträchtlich über dem deutschen liegt?

Für alle Maßnahmen verwendet die französische Regierung den Begriff „globale Hilfe", zuletzt am 5. Dezember 1984 von Industrieministerin Edith Cresson für die „Periode 1984 bis 1987" auf 27 bis 30 Milliarden Franc beziffert – unklar allerdings, für welche Hilfsbereiche. Nach Angaben des Stahlverbands wurden bisher effektiv zehn Milliarden Franc verteilt. Wären demnach die noch ausstehenden 17 bis 20 Milliarden Franc der Betrag, den der französische Staat in den nächsten zwei Jahren noch an „Subventionen" zahlen will? Die EG-Kommission genehmigte inzwischen zehn Milliarden Franc für 1986.

Der Stahlverband geht von Bilanzgewinnen beider Konzerne gegen En*de 1986/Anfang 1987 aus. Für die* Flachprodukte könnte das finanzielle Gleichgewicht bereits im Laufe des nächsten Jahres und für die Langprodukte im übernächsten Jahr hergestellt werden. Einzelne Sektoren würden aber jetzt schon Gewinne bringen – immerhin wurde die Durchführung des letzten „Stahlplans" von März 1984 wesentlich beschleunigt.

Für bis 1987 entstehende Soziallasten hatten beide Konzerne bereits per Ende 1984 bedeutende Rückstellungen gebildet – bei Usinor 4,15 Milliarden Franc und bei Sacilor 4,46 Milliarden Franc. Die ausgewiesenen Verluste (7,59 beziehungsweise 8,10 Milliarden Franc) wären ohne sie gegenüber 1983 bei Usinor auf 3,44 (4,7) Milliarden Franc und bei Sacilor auf 3,64 (4,68) Milliarden Franc zurückgegangen – bei *konsolidierten Konzern*umsätzen von 38,7 und 37,9 Milliarden Franc. Für dieses Jahr wird eine weitere Verminderung der Verluste (ohne Sonderrückstellungen) erwartet.

Die Tendenz zum Belegschaftsabbau in der französischen Montanindustrie verstärkte sich in diesem Jahr. Waren es Ende 1974 noch 157 629 Beschäftigte, so sank diese Zahl 1984 um weitere 5655 auf 85 026. Unimétal will noch vor Jahresende das Stahlträgerwerk Rith bei Valenciennes mit 1400 Arbeitsplätzen aufgeben und Asco-Métal die Belegschaft des Edelstahlwerkes in Pommery um zusätzliche 550 Personen reduzieren. Statt 5000 Freisetzungen kommt die Branche 1985 auf mindestens 7000 Entlassene; Kompensation durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Industrien wird angestrebt.

Unimétal und Asco-Métal sind zwei gemeinsame Tochtergesellschaften von Sacilor (51 Prozent) und Usinor (49 Prozent). Anlagen für Langprodukte und Spezialstahl für die Bauwirtschaft werden gemeinsam betrieben, die übrige Restrukturierung in enger *Koordinierung* vorgenommen. Fusionspläne hingegen wurden fallengelassen – Inlandskunden wären möglicherweise vor dem Monopol zur ausländischen Konkurrenz ausgewi*chen.*

Inzwischen hat Usinor seine verschiedenen Interessen im Edelstahlbereich Flachprodukte in einer neuen eigenen Tochtergesellshaft mit der *Bezeichnung Usinor-Chatillon* zusammengefaßt und für die Metallurgie zwei weitere Töchter, die sogenannte C3F und die Creusot-Loire-Industrie gegründet, die insbesondere die *Metallinteressen* des in Konkurs gegangenen Creusot-Loire-Konzerns übernommen hat.

Nunmehr beabsichtigt der Konzern, seinen gesamten Flachstahlsek*tor* (ohne Edelstahl) in *einer* einzigen Gesellschaft mit der voraussichtlichen Bezeichnung „Usinor Aciér" zusammenzufassen. Sie soll mehr als 15 Milliarden Franc umsetzen, was fast der Hälfte des Konzernumsatzes entsprechen würde. Durch diese Politik der „Filialisierung" will man den verschiedenen Produktionseinheiten zu einer größeren Autonomie verhelfen. Dies würde aber auch eine spätere Teilreprivatisierung einzelner (rentabler) Töchter erleichtern, wie Usinor-Präsident René Loubert bereits angedeutet hat.

Auf der anderen Seite hat Sacilor seinen Edelstahlsektor neu geordnet. *Bisher wurde dieser Bereich von* Ugine-Aciers, einer 99,8prozentigen Sacilor-Tochter, verwaltet. Sie war sowohl als eigene Produktionsgesellschaft (Ugine Savoie) tätig als auch Mehrheitsaktionärin der Ugine-Gueugnon. Nunmehr wird unter der Bezeichnung Ugine SA eine neue im 100prozentigen Besitz von Sacilor befindliche Holding gegründet, die Ugine-Gueugnon übernimmt und deren weitere Tochter Ugine-Savoie ist, in der die Ugine Aciérs aufgeht.

Mit fünf Milliarden Franc Umsatz, 6000 Beschäftigten und einer Jahresproduktion von 300 000 Tonnen ist Ugine SA im Edelstahlbereich für Flachprodukte nach französischen Angaben der zweitgrößte Produzent der Welt (Weltmarktanteil 5,7 Prozent) nach Krupp (8,3 Prozent) und im Langproduktenbereich ebenfalls Nummer zwei (5,6 Prozent) nach der japanischen Daido (9,2 Prozent). Auch beim Spezialstahl für die Bauwirtschaft besitzt Sacilor dank Asco-Métal eine bedeutende Position. Die Leitung von Ugine SA und Asco-Métal befindet sich in einer Hand.

Die Restrukturierung hat also bereits beträchtliche Fortschritte gemacht. Aber noch längst sind nicht alle überschüssigen Produktionskapazitäten abgebaut. Falls ein dauerhaftes Gleichgewicht der EG-Stahlindustrie nur mit einer Schrumpfung der Kapazität auf etwa 150 Millionen Jahrestonnen Rohstahl bis 1990 zu erreichen ist, hätte Frankreich von den noch abzutragenden 25 Millionen Tonnen Überkapazität sicherlich einen guten Teil zu übernehmen. Für 1986 wurde Frankreich von der EG-Kommission eine Kürzung der Stahlkapazitäten um 750 000 Tonnen verordnet.

Produktivität ist erheblich gestiegen

*Die französische Rohstahlproduk*tion lag 1984 mit rund 19 Millionen Tonnen trotz Zuwachses von acht Prozent gegenüber dem Vorjahr noch um 30 Prozent unter dem Vorkrisen*stand 1974 und ist 1985 bisher* – bei verbesserter Produktivität – praktisch stabil geblieben. Globale Angaben dazu liegen nicht vor, nur Usinor teilte mit, daß 1984 die Flach- und Langstahlerzeugung je Tonne Rohstahl nur noch 1,2 Arbeitsstunden benötigte, gegenüber 5,8 Stunden 1983 und 5,6 Stunden 1982 – ein Fortschritt von 16 Prozent innerhalb von zwei Jahren.

Inzwischen allerdings wurden die Investitionsprogramme – von der Regierung ursprünglich auf mindestens 15 Milliarden Franc für die Jahre 1984 bis 1987 beziffert – auf elf Milliarden Franc reduziert. Die neue sozialistische Sparpolitik verlangt auch vom Stahl ihren Tribut. Offen bleibt vorerst, ob sich Paris aus diesem Grunde auch bei den Stahlsubventionen nachgiebiger zeigt. Der soziale Druck an der Stahlfront könnte sich zudem wieder verstärken, wenn nach der Parlamentswahl im nächsten Frühjahr möglicherweise die Rechte den Ministerpräsidenten stellt.

JOACHIM SCHAUFUSS



In der Gießhalle / Die deutsche Rohstahlproduktion von Januar bis September lag mit 30,7 Millionen Tonnen um 3,6 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum FOTO: MANFRED VOLLMER

ITALIEN / Finanzprobleme auch bei Privatunternehmen – Finsider: Schlechteste Zinsen-Umsatz-Relation der EG

Weiterer Kapazitätsabbau unerläßlich

Der Beschluß des EG-Ministerrates, den Stahlmarkt der Europäischen Gemeinschaft ab 1987 zum Teil zu liberalisieren und Staatsbeihilfen vom kommenden Jahr an nur noch in besonderen Fällen zuzulassen, hat in der italienischen Stahlindustrie große Besorgnis ausgelöst. Die italienischen Stahlunternehmen fürchten dadurch eine Verschärfung der Konkurrenz und einen neuen Preiskampf, der vor allem jene Unternehmen in der Gemeinschaft treffen wird, die ihre Kapazitäts-Stillegungen noch nicht voll abgeschlossen haben. Das ist in Italien nicht nur bei einem Teil der privaten Hersteller der Fall, sondern auch bei dem Staatskonzern Finsider.

Während die kleinen privaten Elektrostahlunternehmen der in Brüssel ins Auge gefaßten Liberalisierung im *Bereich der Stabstähle positiv gegen*überstehen, befürchten der staatliche Stahlkonzern Finsider und die noch in der Umstrukturierung stehenden privaten Hersteller davon neue Anstöße zu einer Kapazitätserweiterung. In diesen Fällen vertreten die Firmen und Verbände die Auffassung, daß ein System der EG-Kontrollen und -Kontingenten auch weiterhin beibehalten werden sollte. Wettbewerbsnachteile fürchtet man auch von der zunehmenden US-Konkurrenz auf Drittmärkten und den Marktschwierigkeiten im Bereich der Sonderstähle. Da ein neuer Druck auf die Preise in einer Situation schwacher Nachfrage vor allem der italienischen Stahlindustrie zu schaffen machen müßte.

Die italienische Stahlindustrie hat in den letzten drei Jahren im Rahmen der Auflagen der EG-Kommission rund 4,5 Millionen Tonnen Stahlkapazitäten stillgelegt. Davon entfallen rund 3,3 Millionen Tonnen auf den größten italienischen Stahlhersteller, Finsider. Die von Finsider stillgelegten Kapazitäten betreffen vor allem das Werk Cornigliano in Genua und das Werk Bagnoli in Neapel. Während das schon lange als veraltet gegoltene Werk Cornigliano ganz geschlossen wurde, gelang es Finsider im Falle Bagnoli, daß von der EG-Kommission an sich ebenfalls zur Schließung vorgesehene Werk wenigstens zur Hälfte weiterzubetreiben.

Das noch Anfang der achtziger Jahre vollständig modernisierte Werk darf aufgrund eines Kommissionsbeschlusses allerdings nur bis zu 1,2 Millionen Tonnen ausfahren; das heißt, etwa zur Hälfte der Leistungsfähigkeit. Um die Anlage wirtschaftlich zu betreiben, müßte die Produktion deshalb um mindestens 0,6 Millionen Tonnen erhöht werden. Das ist aber gegenüber der EG-Kommission nur durchzusetzen, wenn gleichzeitig Kapazitäten in gleichem Umfang in anderen Werken stillgelegt werden.

Da viele Anlagen nur zur Hälfte ausgelastet sind – weit unter EG-Durchschnitt –, müßte die italienische Stahlindustrie nach EG-Berechnungen noch einmal wenigstens drei Millionen Tonnen Kapazitäten aufgeben, um ein akzeptables Kosten-Ertrags-Gleichgewicht zu erzielen.

Die kleinen italienischen Elektrostahlunternehmen, die vor allem von Schrott ausgehend Stabstahl produzieren, betrachten ihre Kapazitäten bereits als weitgehend konsolidiert. Die Privaten verfügen derzeit über eine Jahreskapazität von rund 16,1 Millionen Tonnen. Mit dieser Leistungsfähigkeit liegen sie weit über der ursprünglich anvisierten Kapazität von 15 Millionen Tonnen, obwohl sie in den letzten drei Jahren immerhin 46 Stahlwerke und 18 Walzstraßen mit einer Gesamtkapazität von 3,6 Millionen Tonnen geschlossen haben.

Netto belief sich die Stillegung nur auf 1,2 Millionen Tonnen, weil die meisten Firmen gleichzeitig neue Anlagen in Betrieb nahmen. Das erklärt, weshalb in der italienischen Stahlindustrie zwischen 1974 und 1984 die Beschäftigung nur um 21 Prozent zurückging, gegenüber einer Verminderung von 46,1 Prozent in der französischen und 34,3 Prozent in der deutschen Stahlindustrie, und Italien bisher unter allen EG-Stahlproduzenten den geringsten Beschäftigungsverlust verzeichnete.

Insgesamt gab der italienische Staat seit dem Anfang der achtziger Jahre 10 000 Milliarden Lire aus, um die Stahlindustrie zu modernisieren und zu rationalisieren. Ein Zehntel davon entfiel auf die Stillegungsprämien, die den privaten Unternehmen gezahlt wurden, ohne unter dem Strich das Resultat zu bringen, das eigentlich damit bezweckt wurde.

Aus diesem Grunde plant die italienische Regierung jetzt einen neuen Anlauf, mit dem vor allem dem größten privaten Stahlkonzern, Falck in Mailand, geholfen werden soll, seine überschüssigen Kapazitäten stillzulegen. Insgesamt will die Regierung für Stillegungen im privaten Bereich in den nächsten Monaten noch einmal 550 Milliarden Lire ausgeben. Davon sollen 400 bis 450 Milliarden Lire auf den Falck-Konzern entfallen, der damit Kapazitäten im Umfang von 0,7 Millionen Tonnen, praktisch das Bänder-Walzwerk in dem Werk Sesto San Giovanni in Mailand, schließen wird.

Von den Kapazitätsschließungen bei Falck und weiteren Rationalisierungen im Werk Spagnoli von Finsider macht die EG-Kommission nicht nur die Bewilligung der neuen Stillegungsprämien abhängig, sondern auch ihr Placet für die Auszahlung weiterer Staatshilfen für Finsider. Es handelt sich dabei um insgesamt 3142 Milliarden Lire, die den Staatskonzern unter anderem in Form von Zinsbeihilfen für die Emission einer Wandelanleihe zufließen sollen, um seine Finanzstruktur zu verbessern. Finsider verfügt derzeit über ein Gesellschaftskapital von 3700 Milliarden Lire, den Schulden von 10 000 Milliarden Lire gegenüberstehen. Dieses Mißverhältnis ist vor allem dafür verantwortlich, daß der Staatskonzern unter allen EG-Stahlunternehmen das schlechteste Zinsen-Umsatz-Verhältnis aufweist: 11,3 Prozent im Jahre 1984, gegenüber nur 1,2 beziehungsweise 1,7 Prozent in den Fällen Hoesch und Thyssen.

Italiens größter Hersteller, der Staatskonzern Finsider mit 13,2 der 1984 insgesamt erzeugten 24,0 Millionen Tonnen Rohstahl hatte ursprünglich auf Bilanzausgleich schon 1986 gehofft. Infolge der nicht zuletzt durch die Entwicklung des US-Dollar eingetretenen erneuten Verschlechterung wird im laufenden Jahr dagegen ein Verlust von weit über 900 Milliarden Lire eintreten, beinahe 300 Milliarden Lire über dem Veranschlagten, so daß der Bilanzausgleich jetzt erst für 1987 erwartet wird.

Ähnlich verzögert hat sich die Rückkehr in die Gewinnzone bei dem größten privaten Unternehmen, Acciaierie e Ferriere Lombarde Falck. Auch in diesem Fall dürfte das Ende der Verlustserie kaum schon 1986 eintreten. Finsider und Falck werden beide durch Kapazitätsüberschüsse und eine schlechte Finanzstruktur belastet. Im Falle Falck gibt es Bemühungen, durch Beteiligungs- und Immobilienverkäufe die Liquidität zu verbessern. Möglicherweise beteiligt sich auch Nippon Steel Engineering, die dazu die 20 Prozent Falck-Kapitalquote verwenden könnte, die in den letzten Monaten an der Mailänder Börse aufgekauft und treuhänderisch noch von Dritten verwaltet wird.

GÜNTHER DEPAS

TECHNOLOGIE / Innovationskraft ist ungebrochen

Wandel beim Roheisen

Keines der im 19. Jahrhundert erfundenen und bis über die Hälfte des 20. Jahrhunderts genutzten Stahlerzeugungsverfahren (ob Bessemer, Siemens-Martin oder Thomas) wird in der deutschen Stahlindustrie heute noch angewandt, konstatiert der Verein Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) zu seinem 125jährigen Bestehen stolz als Beleg intensiven technischen Fortschritts. Nur die Stahlerzeugung im Elektrolichtbogen-Ofen (1905 eingeführt) hat sich, allerdings in gewaltig gesteigerten Größenordnungen der heutzutage verwendeten Anlagen, gehalten.

Alles andere, voran das heute dominierende LD-Verfahren nebst seiner OBM-Abwandlung und das stürmisch gewachsene Stranggießverfahren, ist Entwicklungsresultat des letzten Vierteljahrhunderts. Auch die mehr als ein Jahrhundert alte Stahl-Vorstufe der Roheisenerzeugung aus Erz und Koks nebst einer Fülle von Zuschlagstoffen im Hochofen ist dem VDEh ein Beleg dafür, daß die Innovationskraft der Stahlunternehmen in der langen Branchenkrise eindrucksvoll und ungebrochen am Leben geblieben ist.

Hatten Ende der 50er Jahre die größten Hochöfen erst einen Gestelldurchmesser von 8,5 Meter, so wurde 1973 der erste deutsche Großhochofen mit 14 Meter Gestelldurchmesser in Betrieb genommen. Die Tagesleistung der Öfen stieg in dieser Zeit von 2000 auf über 10 000 Tonnen Roheisen. Der mittlere spezifische Koksverbrauch pro Roheisentonne wurde in den 70er Jahren von 560 auf 480 Kilogramm gesenkt. Heute liegt er nur noch bei 450 Kilogramm.

Weil Öl (wie immer schon Koks) seit dem Preisschock von 1973 gleichfalls sehr teuer geworden ist, wird auch der Restverbrauch dieser einst wegen ihrer Preisgünstigkeit stark genutzten „Ersatzenergie" weiter reduziert. Dieser Tage hat erstmals in einem deutschen Hüttenwerk das Kohleeinblasen (anstelle von schwerem Heizöl) begonnen.

Als spektakuläres Datum der Gemeinschaftsforschung erinnert der Verein Deutscher Eisenhüttenleute auch daran, daß 1962 einer Arbeitsgemeinschaft von zwölf deutschen Hüttenwerken erstmals Bau und Betrieb von Winderhitzern mit Heißwindtemperaturen über 1250 Grad Celsius gelang. „Dieser Erfolg war so grundlegend, daß bald in aller Welt *Winderhitzer mit separatem Brennschacht* für Hochleistungsöfen nach diesem Prinzip errichtet wurden."

Auf den Vorstufen der Roheisenerzeugung ist der technische Standard der deutschen Stahlerzeugung allerdings nur bei den Sinteranlagen für die Aufbereitung des (längst fast nur noch aus Übersee importierten) Eisenerzes auf Welt-Spitzenniveau geblieben. In der Kokserzeugung (teils vom Steinkohlenbergbau selbst betrieben) gilt als Faustregel, daß mehr als die Hälfte der Kokereien bereits die übliche Lebenszeit von 25 Jahren überschritten hat. Fraglos macht diese Überalterung der Kokereien den Kokseinsatz im Hochofenbetrieb noch teurer als nötig. (WR)

ANLAGENBAU / Der Markt verlangt Modernisierung

Großprojekte bleiben rar

Was sich in Brasilien abspiele, erzählt ein deutscher hüttentechnischer Anlagebauer, sei katastrophal. Vor Jahren von Brasilien für ihr Agominas-Stahlwerksprojekt gekaufte Walzwerksanlagen im Werte von einer Milliarde Mark stehen noch immer ungeöffnet umher, weil das Geld für deren Installierung ausgegangen ist. Der Fall illustriert die Weltmarktlage für die Anlagenbaufirmen insgesamt.

Für das auf Jahre hinaus nur mäßige Wachstum des Weltstahlverbrauchs reichen die heute vorhandene Produktionskapazitäten aus. Milliardenschwere Großprojekte integrierter Hüttenwerke sind seit Jahren, mit Ausnahme von zwei im Bau befindlichen Werken in China und Südkorea, nicht mehr realisiert worden.

Kapazitätsabbau bei den, neben den Japanern zur Weltspitze zählenden, deutschen Hütten- und Walzwerksausrüstern waren die Folge. Die Nachfrage ihrer Kundschaft konzentriert sich eindeutig auf Modernisierung und Rationalisierung bereits vorhandener Anlagen, daneben in noch expandierenden Entwicklungs- und Schwellenländern auf billigere Anlagen wesentlich kleineren Kapazitätszuschnitts. Aufträge in Milliarden-Größenordnung (derzeit steht ein solcher aus der „DDR" zur internationalen Ausschreibung an) bleiben die seltene Ausnahme.

Dieser Trend hat den deutschen Anlagenbauern 1984 dennoch immerhin eine Nachfrageerholung auf 2,5 (nach 1,7) Milliarden Mark Auftragseingang beschert. Dies aber vor allem durch eine bis Ende 1985 aus dem Bonner Stahlhilfeprogramm begünstigte Modernisierungswelle bei der Inlandskundschaft, die ihre Aufträge gegenüber 1983 auf 900 Millionen Mark verdreifachte. Die Auslandsaufträge blieben mit 1,6 (1,4) Milliarden Mark weit hinter ihrem 1981 erreichten Spitzenniveau von 4,9 Milliarden Mark zurück.

Modernisierungsaufträge mit wieder wachsendem Gewicht der Auslandsbestellungen werden auch über 1985 hinaus das Geschäft der Branche bestimmen. Sinnfälligstes Beispiel dieser technischen Evolution an rationeller Erzeugung höherwertiger Stahl-Werkstoffqualitäten bleibt dabei der rasante Vormarsch der Stranggießtechnik. Vor zehn Jahren wurden erst knapp 15 Prozent des Welt-Rohstahlausstoßes über Strang statt über Kokillen vergossen, heute bereits rund die Hälfte, wobei die deutschen Stahlwerke mit jetzt 80 (damals 23) Prozent Stranggußanteil hinter den Japanern an der Weltspitze blieben.

Stranggußanlagen, die durch Kostensenkung gegenüber dem Kokillenguß ihre Investitionskosten in vier Jahren einbringen, sind nach wie vor die „Trauminvestition" aller Stahlwerke. Da sie die Rohstahl-Verwertbarkeit um ein Zehntel erhöhen, wird der *Bedarf an zusätzlichen Rohstahl*-Kapazitäten auch auf diesem Wege minimiert. DW

Redaktion: Joachim Gehlhoff, Düsseldorf
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

40 Grad Hitze in China – da rinnt das Wasser von den Stahlteilen

Wuhan, ungefähr 1000 Kilometer von Shanghai flußaufwärts am Yangtze-Fluß und auf halber Strecke zwischen Peking und Hongkong gelegen, ist mit mehr als drei Millionen Einwohnern das industrielle Zentrum der Provinz Hupei sowie eines der schwerindustriellen Zentren ganz Chinas. Schon bald nach der Revolution im Jahr 1949 begann die neue chinesische Zentralregierung am südlichen Yangtze-Ufer den Bau eines großen Hüttenkombinats für vier Millionen Tonnen Rohstahl pro Jahr. Seine Produktpalette umfaßt gewalzte Profile, Schienen und Grobbleche.

Ein solches Kombinat besitzt eine andere Struktur als ein deutsches Hüttenwerk. Die Infrastruktur eines Ruhrgebietes mit vielschichtiger Arbeitsteilung zwischen selbständigen Zulieferbetrieben ist in China weder in den 50er Jahren noch heute in bereits ausreichendem Maße entwickelt. Die Produktionskette des Eisen- und Stahlkombinats Wuhan beginnt daher bereits in den kombinatseigenen Gruben für Kohle und Erz und reicht bis hin zu umfangreichen Hilfs- und Nebenbetrieben für die Selbstversorgung mit Maschinen und Betriebshilfsmitteln. Daher beschäftigt und betreut das Kombinat auch eine erheblich höhere Zahl an Arbeitskräften als vergleichbare westliche Unternehmen – etwa 150 000 Menschen.

Seit etwa zehn Jahren arbeiten *chinesische, japanische, belgische,* österreichische, schweizerische und deutsche Fachleute an der Erweiterung dieses Hüttenkombinats. Auf grüner Wiese wurden vollkommen neue und moderne Anlagen erbaut und in Betrieb gesetzt.

Die Chinesen errichteten in eigener Regie ein LD-Stahlwerk, in Gemeinschaft mit den Europäern die nachgeschalteten Stranggießanlagen sowie ein Kaltbandwalzwerk und – mit den Japanern – ein Warmband- sowie ein Elektrobandwalzwerk.

Diese Neubauten sind zwar dem vorhandenen Werk räumlich angegliedert und werden von diesem auch mit Roheisen versorgt, bilden aber für sich einen neuen Produktionszweig zur Herstellung von sogenanntem Breitband bis 1700 Millimeter Breite – warm- und kaltgewalzt – mit verschiedenen Veredelungsprozessen. Mehr als zwei Mil*lionen Tonnen können pro Jahr* erzeugt werden.

Die Technologie für die Herstellung dieser Produkte in großen Mengen ist auch in Europa erst in den 50er und 60er Jahren nach amerikanischen Vorbildern aufgenommen und zur heutigen Reife entwickelt worden. Sie ist die Basis für die Massenproduktion von Konsumgütern, von der Konservendose über Haushaltsgeräte bis zu Fahrzeugen aller Art; für die chinesische Volkswirtschaft eine wichtige Investition. Gemessen am Bedarf der Zukunft aber ist die Kapazität der neuen Werksanlagen fast nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Projektbeginn schon vor 20 Jahren

Für die beteiligten Anlagenbauer war die Erweiterung des Werks mit einem *je zur Hälfte* nach Japan und Europa gehenden Lieferwert von etwa 1,5 Milliarden Mark ein Großauftrag. Die Eigenleistungen der Chinesen dürften mindestens in gleicher Größenordnung gelegen haben.

Wie aber entwickelte sich das Projekt, der gemeinsame Bau und der Betrieb der neuen Anlagen?

Die Anfänge gehen zurück auf die Jahre 1965 bis 1967. Anfrage, Konsortialbildung, Delegationsbesuche von beiden Seiten und ein Angebotsprojekt waren die ersten Schritte. Es ging alles sehr freundlich, aber vorsichtig langsam voran. Auch vom Standort Wuhan war noch nicht die Rede; davon erfuhren wir bei Schloemann-Siemag erst 1974.

Anlagenbauer, die häufig weniger als 10 Prozent ihres Umsatzes im eigenen Land machen, kennen einen großen Teil der Welt und glauben, die geschäftlichen Spielregeln in Ost und West ziemlich gut zu beherrschen. China war dennoch eine neue Erfahrung mit vielen für uns positiven, aber auch negativen Aspekten.

Der *damals nach China Reisende* mußte zunächst einmal die gewohnte geschäftliche Hektik abstreifen und den Umgang mit menschlich liebenswerten, sehr selbstsicheren, aber zurückhaltenden und vorsichtigen, beinahe mißtrauischen Partnern lernen. Die chinesischen Fachleute erwiesen sich als ausgezeichnet informiert über den letzten Stand der Technik und auch darüber, wer ihn in seiner Leistungspalette zu bieten hat.

Doch bevor wir ins Detail der Planungsgespräche eintreten konnten, erzwangen 1967 die Ereignisse der Kulturrevolution vorerst ein Ende des Projektes. Sämtliche Gespräche wurden abgebrochen, und es schien, als seien die Vorarbeiten nur eine interessante Erfahrung mit einem Geschäftspartner gewesen, dessen Weg in Zukunft vermutlich nicht wieder nach Deutschland führen würde.

Geschäftsverbindungen rissen nicht ab

Doch es kam anders. Fünf Jahre nach dem Verebben des Projekts lebte es 1972 zaghaft wieder auf. Nach den ersten neuen Kontakten sind wir dann auch rasch in sehr konkrete, aber auch aufwendige Projektarbeiten eingetreten. Vielköpfige Expertengruppen verhandelten in China mit wenigen Unterbrechungen bis ins Jahr 1974 hinein, erarbeiteten etliche tausend Seiten Projektspezifikationen, die mit den Chinesen mehrfach besprochen und geändert wurden, bis sie einzeln paraphiert und damit als Bestandteil *eines möglichen Liefer*vertrages anerkannt waren.

Etwa acht Millionen Mark waren unsererseits aufgewendet, ehe wir im März und im August 1974 die offiziellen Unterschriften unter Verträge für die Werksbereiche Kaltbandwalzwerk und Stranggießanlagen vollziehen konnten.

Die Aufträge für die Bereiche Warmbandwalzwerk und Elektrobandwalzwerk erhielten allerdings die Japaner, mit denen wir auf allen Gebieten konkurriert hatten.

Nach kurzem Aufatmen und Entspannen setzte die Vertragsabwicklung und damit das Ringen um die Einhaltung der vereinbarten Terminpläne ein. Tausende von Menschen in unseren Landen und Zigtausende in China waren damit beschäftigt. Chinesische Ingenieurgruppen kamen in den ersten zwei Jahren nach Deutschland, um mit uns zu planen, unsere Lieferungen *zu inspizieren und um an ähnlichen* Anlagen praktische Ausbildung zu erfahren. Unsererseits wuchs die Zahl der in China tätigen Mitarbeiter kontinuierlich bis auf etwa 200 an, von denen etwa 50 ihre Familien mitnehmen konnten.

Insgesamt haben etwa 350 deutsche Fachleute in Wuhan gearbeitet. Planung, Montageberatung, Inbetriebnahmeassistenz und Anlagenoptimierung waren ihre Aufgaben. Zwischen vier Monaten und vier Jahren bewegten sich die jeweiligen Einsatzzeiten. Unter 15 000 Chinesen, die in der Spitzenzeit an der Baustelle arbeiteten, war es eine kleine, aber effiziente Gruppe, die mit mancherlei Ungewohntem in den *Lebens- und Arbeitsbedingun*gen fertig werden mußte.

Das feucht-warme Klima, das fast subtropisch ist, scheint sich auch auf die Stimmung der Menschen dort auszuwirken. Für die Chinesen ist Wuhan einer der drei „Schmelztiegel" Chinas, worunter die Chinesen nicht nur einen Ballungsraum von Menschen und Industrien, sondern eben auch die klimatischen Verhältnisse verstehen. Die Hitze wurde in den Sommermonaten fast unerträglich. Während eines Sommers herrschten von Mai bis August Temperaturen nahe oder über 40 Grad Celsius – bei Luftfeuchtigkeitsgraden von nahe 100 Prozent. Die Feuchtigkeit troff von den Wänden und Maschinen, und es gehört zu den nicht zu unterschätzenden Leistungen der Chinesen und der deutschen Fachkräfte, unter solchen Bedingungen die ordnungsgemäße Einrichtung komplizierter Anlagen gewährleistet zu haben. Die Arbeitsmoral der Chinesen, deren Ernährungs- und Wohnsituation mit deutschen Maßstäben – auch den eingeschränkten der in Wuhan stationierten Ingenieure – *gar nicht* zu vergleichen war, litt zusätzlich noch unter politischen Strömungen, die damals als Nachwirkungen der Herrschaft der sogenannten „Viererbande" bezeichnet wurden.

Die Jahre 1976 und 1977 waren für jeden von uns, aber auch für die ernsthaft am Aufbau ihrer Industrie interessierten Chinesen, eine harte Probe. Es gab Kräfte, die in ihrer politischen Propaganda den gemeinsamen Aufbau des Werkes als Rückfall in die Abhängigkeit vom Ausland ansahen. Niemand konnte mit letzter Sicherheit sagen, wer diese Kräfte waren, wie stark sie sein mochten und wie weit ihr Einfluß in Peking oder in der Provinz tatsächlich reichte. Sicher war nur, daß ihre Propaganda zeitweilig die vorherrschende politische Richtung auszudrücken schien. Fast unvermeidlich wurde dadurch auch die chinesische Belegschaft verunsichert, und sie zog es zeitweise vor, die Arbeit einzustellen.

Der Baufortschritt sowie der Zustand der Baustelle waren in dieser Zeit außerordentlich schlecht, und die Terminverzögerungen wurden immer größer – zum Schluß betrugen sie 18 Monate. Der wirtschaftliche Verfall betraf aber nicht nur allein die Baustelle in Wuhan, sondern fast die gesamte chinesische Wirtschaft und damit auch das gesamte Leben der Chinesen. Wie wir selbst beobachten konnten, ging die Produktivität in allen industriellen Bereichen erheblich zurück.

Einige wenige der damals angerichteten Schäden haben heute noch negative Wirkungen und verhindern die volle Nutzung der installierten Produktionskapazitäten. Das betrifft gerade auch den Ausbildungs- und Qualifikationsstand der chinesischen Arbeiter. Über viele Jahre hinweg erhielten die Jüngeren statt einer fachlichen eine vorwiegend politische Ausbildung. Noch heute ist eine gewisse Wirkung dieser Ausbildungsinhalte zu erkennen, die sich negativ auf den technisch und wirtschaftlich optimalen Betrieb der neuen Anlagen auswirkt.

Große Aufbauleistung der chinesischen Seite

Der hohe Preis, den dergestalt auch die Kombinatsführung und die Belegschaft des Hüttenwerkes für die Kulturrevolution und ihre Auswirkungen zahlen mußte, darf und kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, *daß der Aufbauwille* und die Aufbauleistung der chinesischen Seite einen hohen Rang besitzt. Die langen Jahre der Zusammenarbeit vor Ort, ob unter guten oder schlechten Umständen, haben Resultate gezeitigt. Alle Anlagen sind errichtet. Sie wurden in Betrieb gesetzt und produzieren qualitativ hochwertige Erzeugnisse. Unvermeidliche Kinderkrankheiten wurden in gemeinsamer Anstrengung überwunden, und auch schwerer wiegende infrastrukturelle Probleme haben unterdessen eine befriedigende Lösung gefunden.

Erreicht ist auch ein vorbildliches Klima bei der gegenseitigen Verständigung, ein hohes Maß an gegenseitiger Achtung und eine gesunde Vertrauensbasis für weitere und neue Zusammenarbeit trotz weltanschaulicher Unterschiede, die sich bei der Errichtung des Folgeprojekts, dem Stahlkombinat Baoshan bei Shanghai, erneut bewährt hat.

Die Erfahrungen in China, die in dieser Form dort angesichts der seit längerem stabilen innenpolitischen Entwicklung nicht wieder vorkommen, zeigen, welchen Problemen sich die exportorientierte deutsche Stahlbauindustrie konfrontiert sehen kann. Es ist nicht allein der Wert und die Qualität deutscher Ingenieursarbeit, der diesem Industriezweig zu fortdauerndem Absatz verhilft. Die Kenntnis und Einschätzung der Rahmenbedingungen solcher Investitionen stellt ein wichtiges Momentum für den Erfolg dar. Das ist zwar nichts Neues, verdient aber ins Gedächtnis gerufen zu werden. KLAUS LEIFELD

Der Autor ist Hauptabteilungsleiter der Schloemann-Siemag AG in Düsseldorf.





Meiringen lockt mit Merinke, Schneespaß und Sherlock Holmes

Meiringen-Hasliberg

2000 Eiweiß, zwei Zentner Zucker und 20 Liter Wasser brachten den Berner Oberländer Ferienort am Fuße des Hasliberges ins Guinness-Buch der Rekorde. Mit obigen Zutaten schlugen Schweizer Konditoren eine süße Masse, formten daraus zwei gigantische weiße Schalen – fertig war die Weltrekord-Merinke in der Größe eines Volkswagens; gesichert die begehrte Eintragung im Buch der Rekorde.

Meiringen am Ausgangspunkt der Paßstraßen hinauf zu Susten und Grimsel betrachtet sich nach der Überlieferung als Geburtsort des süßen Desserts. Im Kochkunst-Museum in Frankfurt am Main wurde die Quelle der Merinke entdeckt. Danach stellte Konditor Gasparini um 1600 erstmals eine Merinke her und taufte seine süße Schöpfung nach dem Ort seiner Erfindung, die sich alsbald großer Beliebtheit erfreute und in Norddeutschland „Spanischer Wind", in England „Kiss", im Süden unseres Landes und in Österreich „Merinke" genannt und westlich des Rheins mit „Méringue" französisiert wurde.

Die Merinke ist nicht die einzige Attraktion von Meiringen-Hasliberg. Schon lange ist das Dorf im Haslital wegen seiner landschaftlichen Reize bekannt. Bereits im Zeitalter des erwachenden Alpinismus strömten englische Gäste herbei, stürmten unter Führung des legendären Bergführers Melchior Anderegg die umliegenden Gipfel und gaben ihrem Führer den Namen „König der Bergführer". Meiringen wurde Ende des 19. Jahrhunderts zweimal durch Feuer zerstört – in der Erinnerung seiner Besucher aber nicht ausgelöscht.

Geprägt wurde Meiringen-Hasliberg durch Paßverkehr und Säumerei in Richtung Süden, vorhandene Naturwunder wie Aareschlucht, Gletscherschlucht Rosenlaui, Hochmoor und Reichenbachfall. Unterhalb des Wasserfalls erinnert eine Gedenktafel an Sherlock Holmes' Kampf mit Professor Moriarty und an ihren gemeinsamen Sturz in das Wildwasser. Wer nebenstehendem Herrn mit Pfeife und Jagdmütze (Foto) in Meiringen begegnet, dem sei verraten: Es handelt sich nicht um den wiederauferstandenen Sherlock Holmes, sondern um Hotelier H. P. Thöni vom Hotel „Sherlock Holmes", der das Andenken des großen Detektivs pflegt.

Heute wird Meiringen besucht wegen seiner zentralen Lage für Ausflüge ins Jungfraugebiet, zum Vierwaldstädtersee, wegen seines Wanderwege-Netzes von 300 Kilometer Länge und seiner vielen Sportmöglichkeiten. Meiringen-Hasliberg hat 8000 Einwohner, 4500 Betten in Hotels, Pensionen sowie Ferienhäusern und -wohnungen und kommt auf eine halbe Million Logiernächte pro Jahr.

Und es ist schneesicher von Dezember bis Ende April. Das Wintersportgebiet wurde jedoch erst 1959 erschlossen. Heute stehen Skipisten von 50 Kilometer Länge zur Verfügung, und Langläufer können sich selbst auf beleuchteten Pisten tummeln. Eine Luftseilbahn, drei Gondelbahnen, drei Sessel- und vier Skilifte mit einer Förderleistung von 9000 Personen pro Stunde erschließen das Skigebiet. Die Pisten wurden 1976 und 1979 bei Weltcup-Rennen gerühmt, sie erfreuen aber auch Fahrer, die es gemütlicher lieben. Neuerdings wird in Meiringen zu Ski-Safaris eingeladen – wobei auf einheimischen sowie auswärtigen Pisten und Tiefschneehängen Ski gefahren wird.

Wer Meiringen im Winter besucht, entschließt sich nicht selten zum Wiederkommen im Sommer. Angesichts der bevorstehenden Ereignisse im Sommer 1986 mehr als je angebracht: Mit einem Paukenschlag soll im Juli aller Welt kundgetan werden, daß die Baustellen an der Grimselpaß-Straße nach mehreren Jahren der Vergangenheit angehören und der Paß nun auch von 250 Zentimeter breiten Bussen befahren werden kann.

Wer den 2164 Meter hohen Grimselpaß überquert, sollte auf jeden Fall im berühmten Hospiz Rast machen. Der treppenförmige, imposante Bau ist ein beliebtes Fotoobjekt, die Küche von Constantino E. Rossi berühmt, das Restaurant im Arvensaal eine Augenweide, Weinkeller und Bowle legendär und Rossis Gastfreundschaft insbesondere gegenüber Radfahrern weitbekannt. Jeder, der den Paß auf dem Stahlroß überwindet, kann im Hospiz den Durst kostenlos löschen …

Die Region ist bereits ein Dorado für Wanderer, Bergsteiger, Ski- und Radfahrer, morgen vielleicht auch noch für Liebhaber der Dampfeisenbahn. Eisenbahn-Freunden gelang es, zwei noch fahrtüchtige Dampflokomotiven sowie vier ehemalige Personenwagen der 1965 stillgelegten Brünigbahn zu erwerben. Eine halbe Million Franken wurden dazu zusammengetragen. Ein Verein fördert den Bau einer dampfbetriebenen Schmalspurbahn vom nahen Holzschnitzerdorf Brienz zum Schweizerischen Freilichtmuseum Ballenberg, wo auf einem parkartigen Gelände die wichtigsten Haus- und Siedlungsformen des Landes dargestellt werden. Die Nostalgie-Loks und -Wagen sollen den Zubringerdienst übernehmen. Die geplante Strecke ist sieben Kilometer lang. Die größte Steigung beträgt 34 Promille. Das Rollmaterial stammt aus der Zeit zwischen 1888 und 1925.

Die Eidgenossen sind zuversichtlich, daß sich die Pläne realisieren lassen; es wäre jedoch das erste Mal seit 60 Jahren, daß es in der Schweiz zur Gründung einer Eisenbahngesellschaft und zum Bau einer neuen Eisenbahn käme …

Die Dampflokomotive HG 3/3 1067 mit gemischtem Reibungs- und Zahnradantrieb blickt auf 75 Lebensjahre zurück. Erbaut wurde sie 1910 und kostete 50 000 Franken. Die Lok legte 278 537 Kilometer zurück, was ziemlich genau siebenfacher Erdumrundung entspricht. Schon jetzt strömen die Menschen im Haslital zusammen, wenn sie als Zeugin einer vergangenen Epoche fauchend und stampfend mit 45 Stundenkilometer durch die Landschaft braust.

Der Anblick des technischen Kulturguts hat bisher selbst die eifrigsten Umweltschützer nicht auf den Plan gerufen, obwohl der rüstige Veteran seine 590 PS nur dann entwickelt, wenn im Kessel genügend Druck herrscht und aus dem Kamin Rauch in dicken Fahnen entweicht. Dennoch bekam die Lok am 9. September 1985 einen Geburtstagskuchen mit 75 Kerzen, viel Beifall, aber kein einziges Wort der Kritik. Ein Mitglied des Vereins „Pro Ballenberg-Dampfbahn" prophezeite: „In einigen Jahren fährt der Nostalgiezug."

WALTER H. RUEB

*

Auskunft: Verkehrsverein Meiringen, CH-3860 Meiringen; Verkehrsverein Hasliberg, CH 6084 Hasliberg.



Das 3192 Meter hohe Wellhorn flankiert Rosenlaui und Schwarzwaldalp im schönen Berner Oberland.
FOTO: DIE WELT



Inmitten von Bergen, Gletschern und gestautem Wasser bietet das Grimsel Hospiz Geborgenheit.
FOTOS. MARKUS SENN

NACHRICHTEN

Deutsch im „Club Med"

Von den hundert Feriendörfern des Club Méditerranée werden in der kommenden Saison zwanzig deutschsprachig. Bislang sprach man in nur zwei Anlagen Deutsch. Nun sucht der Club 800 deutsche Animateure. Die sogenannten „Gentil Organisateurs" werden ab sofort angeworben und verdienen – bei freier Kost und Logis – monatlich etwa 1200 Mark netto.

Österreich senkt Maut

Die Maut auf der Tauern-Autobahn und der Felbertauernstrecke wird von 180 auf 100 Schilling gesenkt. Der neue Tarif – Urlauber können damit umgerechnet zwölf Mark sparen – gilt bis Ende April 1986. Wer öfter in die Alpenrepublik reist, sollte sich freilich eine „20 Punkte-Karte" für 650 Schilling kaufen, die ein Jahr gilt. Damit kostet eine Fahrt nur noch 9,30 Mark.

„Park, sleep and fly"

Für Chartergäste des Reisewinters 1985/86 bietet die Touristik Union International (TUI) einen speziellen Übernachtungsservice. Für die Nacht vor dem Abflug und nach der Ankunft können die Urlaubsreisenden in einigen Hotels verbilligt Zimmer buchen. Die Preise schwanken zwischen 70 und 120 Mark pro Person. Service für den Charter-Kunden: Er kann sein Auto für die Urlaubszeit kostenlos an den Flughafen-Hotels parken.

Wetter dämpft Reiselust

Das schöne Oktoberwetter hat, so vermuten einige große Ferienunternehmen, den „Buchungspegel" für Winterreisen um fünf bis sechs Prozent unter den Stand des Vorjahres sinken lassen. Dagegen will „Touristik Union International" in Hannover einen „Trend zum frühen Buchen" ausgemacht haben.

3766 Ausbildungsplätze

Nur die wenigsten Jungen Leute können einen Ausbildungsplatz im Reisegewerbe ergattern. Beim Deutschen Reisebüro (DER) etwa, einem der größten Betriebe der Tourismuswirtschaft, gehen zwar jährlich rund 800 Bewerbungen ein, doch nur etwa zwei Dutzend Junge Leute pro Jahr werden zum Reiseverkehrskaufmann ausgebildet. Die Deutschen Reisebüros und Reiseveranstalter, die nach Schätzungen 44 000 Mitarbeiter beschäftigen, haben 1984 genau 3766 Auszubildende gezählt und damit elf Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Wintercamping billiger

Wie der Deutsche Camping-Club in München errechnete, sind dieses Jahr die Tarife auf den wintertauglichen First-Class-Plätzen um durchschnittlich 20 bis 30 Prozent gesunken. Eine Nacht auf einem Luxusplatz kostet eine dreiköpfige Familie samt Auto und Wohnwagen im Durchschnitt nur noch 35 bis 40 Mark und damit höchstens zehn Mark mehr als auf einem Platz der darunter liegenden Kategorie.

ÄRZTLICH GELEITETE SANATORIEN UND KLINIKEN

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

S 413

ITALIEN

„Die Leidenschaft nach fremden Ländern ist das süßeste und weiseste Laster, welches diese Erde kennt."
Kasimir Edschmid

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

S 418

„Die beste Bildung findet ein gescheiter Mensch auf Reisen."
Joh. Wolfg. von Goethe

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

S 400

Urlaub unter tausend Kunstsonnen

Kunstlandschaften, die – ähnlich wie die großen Shopping Malls – durch Überdachung und Klimaanlage unabhängig vom Wetter der Außenwelt sind, sieht der Hamburger Freizeitforscher Professor Horst W. Opaschowski als neue Urlaubsziele der 90er Jahre. Denn gutes Wetter, die Grundvoraussetzung für gelungene Ferien, ist hierzulande oft Mangelware. Das jedenfalls meinen zwei Drittel der von ihm zu diesem Thema Befragten.

Der „Urlaub unterm Dach" ist als Alternative zur Fahrt in den Süden für diejenigen gedacht, die von den schönsten Wochen des Jahres Abwechslung und nicht zuletzt knackige Bräune erwarten. Badeleben, der Bummel durch schicke Boutiquen und ein Plausch auf der Piazza – das alles soll dem Gast in exotisch angehauchter Umgebung geboten werden. Schönheit der Gestaltung und Natürlichkeit der verwendeten Materialien sind dabei Trumpf: viel rankendes und wucherndes Grün, echter Sand am Strand des Badesees, eine abwechslungsreiche „Innenarchitektur" mit Blumenrabatten, Bänken und Brunnen, gegliedert durch Straßen und Plätze. Getönte Glaskuppeln sollen die wohltemperierten und von tausend Solariensonnen freundlich bestrahlten Urlaubswelten vom grauen Himmel des Nordens abschirmen.

Solche Freizeitzentren, die Opaschowski sich auch in Form von auf- und abbaubaren Zeltdachkonstruktionen denkt, wären nicht nur eine Profitquelle für die heimischen Fremdenverkehrsgebiete. Auch die Umwelt würde geschont. Weder müßten neue Feriengebiete erschlossen noch Verkehrswege ausgebaut werden. Der Streß der weiten Anreise fiele weg.

Niemand braucht indes zu befürchten, künftig seine Ferien unter einer Glasglocke verbringen zu müssen. Das Angebot soll nur einen Teil der ständig wachsenden Freizeit abdecken, meint Opaschowski. Daneben werden sicher auch Sport und Bewegung in frischer Luft und Reisen zu fremden Ländern und Völkern weiterhin *eine Rolle spielen. Zumindest für* alle diejenigen, die von ihrem Urlaub mehr erwarten, als nur durch eine hübsche Kulisse zu flanieren.

BIRGIT METZLER

REISE-BILANZ

Sieger bleibt der Süden

tdt/dpa, Frankfurt

Die Tourismusmanager der angrenzenden Länder ziehen Bilanz. Erstes Ergebnis: Der Reiseverkehr aus *dem Ausland* ist *nicht gewachsen.* Dies gilt vor allem für die drei wichtigsten Nachbarziele der Bundesbürger. Sowohl Frankreich (1,8 Millionen Westdeutsche) als auch die Schweiz (1,1 *Millionen*) und Österreich (3,2 Millionen) haben gegenüber 1984 etwas schlechter abgeschnitten – nicht zuletzt, weil die Deutschen in geringerer Zahl als in den Jahren zuvor kamen.

Frankreich vermeldet einen „durchschnittlichen Sommer". Doch während es im Süden noch einen leichten Zuwachs gegeben hat, sind die Besucherzahlen im Norden – mit Ausnahme von Paris und den Loire-Schlössern – deutlich zurückgegangen.

Eher enttäuschend verlief der Sommer auch in der Schweiz: Zwar hat das Bundesamt für Statistik in den Monaten Juni, Juli und August 11,5 Millionen Logiernächte registriert und damit 0,5 Prozent mehr als während der Vergleichsperiode des Vorjahres, doch wurde dieser Zuwachs nur von den Eidgenossen selbst produziert. Nach Einschätzung der Berner Behörde haben vor allem die Deutschen, die wegen des schlechten Wetters bevorzugt südlichere Gefilde angesteuert hätten, für den Rückgang gesorgt.

Österreich hat allein im August 3,1 Prozent weniger Devisen eingenommen, wobei die Zahl der ausländischen Gäste sogar um 6,9 Prozent auf 15,5 Millionen zurückging. Vermutetes Minus im Sommergeschäft: 2,5 Prozent.

Ganz anders verlief die Saison in Spanien. Sechs Sommermonate fast ohne Regen gaben dem propagierten Werbeslogan noch nachträglich recht: „Spanien, alles unter der Sonne." Gut fiel denn auch die vorläufige Tourismusbilanz Spaniens für dieses Jahr aus: Zwar war die Besucherzahl etwas geringer, dafür gab es aber höhere Einnahmen. Die ersten neun Monate dieses Jahres zeigten, daß man vom Rekordjahr 1984 mit 42 Millionen Besuchern nicht weit entfernt ist. Bereits bis Ende September 1985 reisten 35 194 377 Touristen nach Spanien, lediglich 0,5 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Obgleich die Preise in Spanien in diesem Jahr zwischen 25 und 30 Prozent gestiegen sind, blieb die Reiselust der Deutschen ungebremst: 4 815 567 (1984: 4 509 904) Urlauber aus der Bundesrepublik haben Spanien besucht.

Reiselust und Kaffeeduft

S. Frankfurt

Abenteuerreisen voller Nervenkitzel und Spannung sind offenbar für einen großen Teil der Bevölkerung nicht die Idealvorstellung von Urlaub. Viele atmen das Flair der großen weiten Welt in kleinen Zügen ein, sei es, weil das Portemonnaie es so diktiert, *sei es, weil das Gefühl von* Sicherheit behaglicher ist.

Einen Trend zur Pauschalreise jedenfalls verzeichnet die 1985er Bilanz von International Tourist Services (ITS): 20 Prozent der rund 567 000 Kunden des Veranstalters von Kaufhof-, Hertie-, Glücks- und Prima-Reisen sowie ADAC-Flugreisen buchten eine Pauschalreise zum ersten Mal. Im Vorjahr waren es 17 Prozent.

Flugreisen rangierten mit 68 Prozent aller ITS-Buchungen vorn. Aber nicht nur bei organisierten Flugreisen verbuchte ITS ein Plus. 163 000 Autofahrer, sie machen 29 Prozent der ITS-Statistik aus (im Vorjahr waren es 26 Prozent), zogen den Gang ins Reisebüro den eigenen Verhandlungen mit Hoteliers und Pensionswirten vor. „Es ist doch viel bequemer und nicht selten preiswerter," erklärt Paul Scholz aus der Geschäftsleitung diese Entwicklung.

Aber bei aller Sicherheit, *die die* Reisen „von der Stange" mit Bestätigung, Reisebegleitung und Animation bieten, gerät das Gastgeberland manchmal in den Hintergrund. Bei den Leistungen aus Küche und Keller zum Beispiel wird das, was von zu Hause bekannt ist, bevorzugt; oft werden gerade von unerfahrenen Reisenden die Gastgeber und ihre Lebensweise *nicht* genügend respektiert. Hier haben Reiseleiter nicht selten Aufklärungsarbeit zu leisten.

Die wachsende Vorliebe für organisiertes Reisen kommt der Tourismusbranche natürlich entgegen. Das ITS-„Gäste-Plus" von acht und das Umsatz-Plus von 16 Prozent auf 510 Millionen Mark wird als großer Erfolg gewertet. Für das kommende Reisejahr hofft ITS auf einen dreiprozentigen Kundenzuwachs. Und weil um die Aufteilung des vorhandenen Kunden-Kuchens heftig gekämpft wird, *gibt ITS Sonderkataloge für die Re*gionen heraus, in denen der Konkurrent besonders stark ist, und bietet Reisen sogar in Kaffeeläden an (Verhandlungen über die kommende Saison laufen zur Zeit).

Scholz: „Wo Menschen in Massen auftreten, können Reisen verkauft werden. Und hier werben wir Leute an, *die nie in ein Reisebüro gehen* würden.

FESTTAGSANGEBOTE (I) / Weihnacht unter Palmen oder Silvester am Pol



FOTO: AP

Frohes Neujahr in der Ferne

tt, Bonn

Den Weihnachtsabend unter Palmen zu feiern oder die Silvesternacht in nordischer Gemütlichkeit vor dem Kaminfeuer zu verbringen sind nur zwei der zahlreichen Möglichkeiten, die auf dem Wunschzettel für den Festtagsurlaub stehen. Damit diese Wünsche wahr werden, offerieren die Reiseveranstalter auch in diesem Jahr wieder abwechslungsreiche Angebote. So lädt Orbis-Reisen (Heumarkt 14, 5000 Köln 1) zu vier Festtagsreisen nach Hongkong und auf die Philippinen, nach Brasilien, nach Bangkok *und auf die Azoren mit* Besuch Lissabons ein. Linienflüge, Komfort-Hotel, Reiseleitung und Besichtigungsprogramm gehören zum Arrangement. Angenehme Temperaturen verspricht auch eine 16tägige Weihnachts- und Silvesterreise nach Mallorca, die Kaufhof-Reisen präsentiert. Inklusive Bus- und Fährtransfer, Halbpension und Festtagsmenü kostet die Reise ab 939 Mark.

„Leinen los" für eine Weihnachts- und Silvesterkreuzfahrt heißt es für die MS „Taras Schevchenko" am 21. Dezember in Livorno. Angelaufen werden während der 16tägigen Seereise, die ab 1650 Mark zu buchen ist, Mallorca, Casablanca, Gran Canaria, Teneriffa, Madeira, Lissabon, Vigo und Rotterdam (Jahn Reisen, Postfach 21 01 64, 8000 München 2). Wer lieber sein eigener Kapitän sein will, geht am 22. Dezember mit an Bord, *wenn in Port Carmargue eine Mittel*meer-Yacht zu einem zehntägigen Feiertagstörn ausläuft. Die Seereise entlang der Côte d'Azur mit deutschem Skipper und Landausflügen kostet ab 1295 Mark (Inter-Air Voss Reisen GmbH, Triftstraße 28–30, 6000 Frankfurt 71). Besonderes verspricht *eine Flugreise nach China, die der* Reisedienst Wunderlich (Ackermannstraße 28, 2000 Hamburg 76) zum Jahreswechsel präsentiert. Im Mittelpunkt der Reise, die 3970 Mark kostet, Vollpension und ein umfangreiches Besichtigungsprogramm einschließt, stehen die alten Kaiserstädte Peking und Xian. Das Tal der Ming-Gräber und die Chinesische Mauer sind weitere Ziele der Silvesterreise.

Drei Möglichkeiten, Väterchen Frost in Festtagslaune zu erleben, hält DERTour (Deutsches Reisebüro GmbH, Eschersheimer Landstraße 25–27, 6000 Frankfurt 1) bereit. Zur Auswahl stehen ein fünftägiger Moskau-Aufenthalt für 1099 Mark, eine kombinierte Moskau–Leningrad-Reise für 1342 Mark und ein achttägiger Urlaub in Moskau, Wladimir und Susdal. Zahlreiche Besichtigungen, *Theaterbesuche in Moskau,* Festessen und eine Pferdeschlittenfahrt erwarten den Urlauber.

Romantische Weihnachten kann man auf dem finnischen Gutshof Haikko unweit von Helsinki verbringen. Gemeinsam mit den Gästen schmückt man dort den Baum, unternimmt Schlittenfahrten in die klirren*de Kälte und meterhohen Schnee* und genießt anschließend die finnische Sauna. Der einwöchige Ausflug zu einem urigen Weihnachtsfest kostet ab 1198 Mark. Im Preis enthalten sind die Schiffsreise mit dem „Finnjet" von Travemünde nach Helsinki und zurück (Finnjet-Line *GmbH, Dornestraße 56, 2400* Lübeck).

Noch weiter nach Norden, jenseits des Polarkreises, führt eine zweitägige Flugreise ab Hamburg. Ihr Ziel ist die Silvester-Polarnacht in Tromsø. Einschließlich einer Polarkreis-Taufe in 10 000 Meter Höhe, Silvesterball im Royal Hotel und einer *Neujahrs-Schlittenfahrt beträgt der* Preis für den Kurztrip 999 Mark (Hapag-Lloyd Reisebüro, Verkehrspavillon am Jungfernstieg, 2000 Hamburg 36).

Ein exklusives Angebot für prikkelnde Silvestertage in Paris macht das Vier-Sterne-Hotel Saint Jacques. Vom 20. Dezember bis zum 2. Januar *zahlen Gruppen ab 15 Personen* für das Doppelzimmer etwa 75 Mark pro Person. Eine französische „Reveillon" mit Cocktail, Galamenü, Tanz und Programm kann dazu für 300 Mark gebucht werden. Auskunft: PLM-ETAP-FRANTEL, Karlsstraße 16, 6000 Frankfurt 1. Rustikaler geht es auf der „Commanderie des Templiers de la Villedieu", einem Kreuzritter-Kastell aus dem 12. Jahrhundert bei Paris, während der Silvestertage zu. Die sechstägige Busreise zum Ritterfest kostet inklusive Festbüffet *395 Mark (SSR, Rothenbaumchaus*see 61, 2000 Hamburg 13).

BÜCHER

Urlaubsziel für Millionen von Sonnenanbetern und Wassersportbegeisterten, Überwinterungsdomizil für ältere Menschen und Treffpunkt für Vergnügungssüchtige, *dieses Image haftet den* Balearen-Inseln Mallorca und Ibiza seit Jahren an. Zu Unrecht. Das stellt das Reisebuch **Mallorca, Menorca, Ibiza und Formentera** von Ulf Müller-Moewes *(Bruckmann Verlag* München, 49 Mark) fest und macht deutlich, daß die Inselgruppe noch erstaunlich viel kulturelle Eigenständigkeit und ländliche Stille für denjenigen bereithält, der wirklich danach sucht.

*

Ein neuer **Merian** ist der „Sahara" gewidmet (Hoffmann und Campe Verlag, Harvestehuder Weg 45, 2000 Hamburg 13, 12,80 Mark). Merians Fazit: Die größte Wüste der Erde liegt nicht mehr im Abseits, sie ist für Touristen zum kalkulierbaren Risiko geworden. Für ihre Bewohner dagegen hat die Wüste ihre Schrecken behalten. Die Wüste wächst, und der Hunger hat einen Namen: Sahel, die südlichen Randzonen der Sahara. Die Wüste hatte schon immer zwei Gesichter – tödlich und faszinierend zugleich. Merian-Teams fuhren 8000 Kilometer Straßen und Pisten im Geländewagen, begleiteten die strapaziöse Salzkarawane der Tuareg-Nomaden und schildern das Leben der Saharabewohner in den Oasen.

*

Viele Urlauber, die in das Tessin reisen, wissen nicht, was dieser Landstrich alles zu bieten hat. Der neue **Knaurs Kunstführer in Farbe „Tessin"** (Droemer Knaur Verlag, 26,80 Mark) beschreibt die Schönheit der Landschaft ebenso wie die kulturelle Vielfalt. Seine Schätze bietet das Tessin nicht offen dar, sie wollen entdeckt werden. So lassen sich zum Beispiel in außen oft unscheinbaren Kirchen mittelalterliche Fresken oder Renaissancegemälde entdecken.

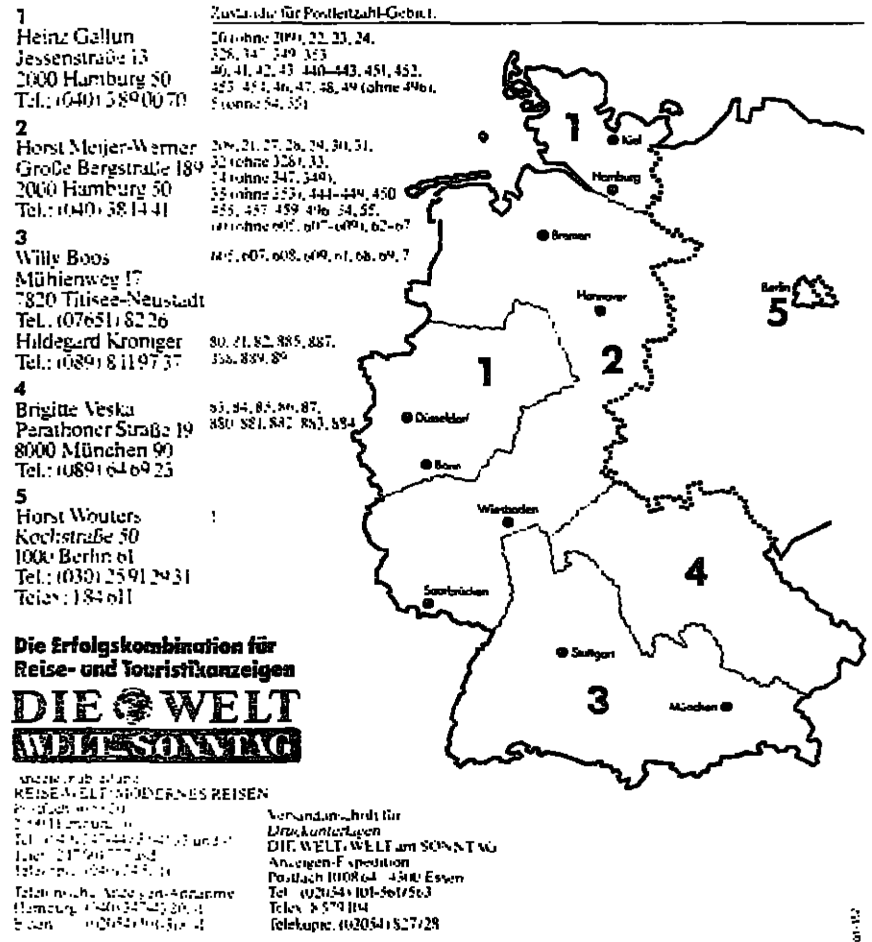
*

Nach wie vor ist Paris ein lohnendes Reiseziel. Neben den obligatorischen Hinweisen auf die Sehenswürdigkeiten gibt der kleine Führer **Paris kennen und lieben** (LN-Verlag, Postfach 22 38, 2400 Lübeck 1) von Jan Herchenröder und Katja Hassenkamp aber auch Tips für den Einkaufsbummel – einerlei, ob es dabei um Mode, Duftwässer, Kulinarisches oder um Flohmarkt-Schnäppchen geht. Auch das Pariser Nachtleben mit seinen vielen Revuen, Kellern, Clubs zwischen Pfiff und Nepp wird abgehandelt, und für den Besucher mit wenig Zeit sind Sightseeing-Vorschläge gemacht.

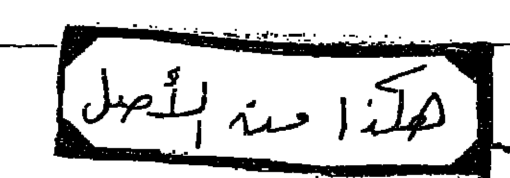
TOURISTIK

STUDIENREISEN

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen



FRANKREICH



SPORT/HOBBY

Hongkong schmecken

Eine faszinierende Metropole Asiens kulinarisch kennenzulernen, ermöglicht die „Feinschmeckerreise nach Hongkong" vom 6. bis 16. Februar 1986. Da in diese Zeit das chinesische Neujahrsfest fällt, ist für festliche Atmosphäre und farbenprächtiges Feuerwerk gesorgt. Mit Flug ab und bis Frankfurt in der Business Class der Lufthansa, Unterbringung in erstklassigen Hotels, Ausflügen in die chinesische Inselwelt und allen Mahlzeiten – vom Dim Sum-Lunch über Pekingente bis hin zu selbst zubereiteten Szechuan-Spezialitäten – kostet das Arrangement 10 500 Mark. Es sind noch einige Plätze kurzfristig zu buchen. (Auskunft: T.I.P. Reisebüro, Gänsemarkt 24, 2000 Hamburg 36)

Im Winter Tennis lernen

Da Tennis immer populärer wird, bietet das Tennishotel Sonngastein in Badgastein jetzt auch im Winter Anfängerkurse an. Sie beginnen immer samstags und dauern bis Freitag abend und finden auf muskel- und gelenkschonenden Sand-Hallenplätzen statt. Halbtageskurse kosten inklusive Hallenmiete, Bällen und Ballmaschinen sowie Videoanalyse rund 370 Mark, der Ganztags-Intensivkurs um 600 Mark, jeweils zuzüglich Halbpension im Haus. Da die Halbtageskurse immer vormittags stattfinden, lassen sie sich sehr gut mit einem Skiurlaub verbinden. Mit 250 Abfahrtskilometern und 55 Bergbahnen ist das Gasteinertal Österreichs größtes zusammenhängendes Skigebiet. Für Langläufer beginnen Loipen vor dem Haus. Hallenbad, Sauna, Solarium, Fitneßraum und Kurtherapeutische Abteilung dienen der körperlichen Erholung, Kosmetik vervollständigt das Angebot. (Auskunft: Tennishotel Sonngastein, Postfach P, A-5640 Badgastein)

Schweizer Frühskiwochen

In Silvaplana im Engadin werden vom 30. November bis 7. Dezember, vom 7. bis 14. Dezember und vom 14. bis 21. Dezember Frühskiwochen abgehalten. Im Preis von 820 Mark sind sieben Übernachtungen mit Halbpension, sieben Tage freie Fahrt auf den Bahnen und Liften im Oberengadin, sechs Tage Skiunterricht und ein Begrüßungstrunk enthalten. (Auskunft: Verkehrsverein Silvaplana, CH-7513 Silvaplana).

Während Sportarten wie Tauchen und Tennis früher allein den warmen Jahreszeiten vorbehalten waren, locken heute ferne Sonnenziele viele Feriensportler an, wenn hierzulande graues Nieselwetter herrscht. Schöne Tauchgründe finden sich in aller Welt. Und während das Mittelmeer heute bevorzugtes Revier der Anfänger ist, ziehen Rotes Meer, Karibik oder die Malediven vor allem die Fortgeschrittenen an. Mekka der Taucher aber bleibt das australische Great Barrier Reef.

Abstieg zu den Fischen

St. Lucia

Nachmittags gegen vier baut Gunnar Steinke am Swimmingpool seine „Schulsachen" auf: Neoprenanzüge, Masken, Schnorchel, Bleigürtel, Flossen, Flaschen. Gunnar, ein Deutscher, ist Tauchlehrer im Caribbean Hotel auf der Karibikinsel St. Lucia. Seine Kurse beginnen am und im Swimmingpool des Hotels, denn St. Lucia, wie andere Karibikinseln auch, gilt als eines der faszinierendsten Tauchreviere der Welt.

Fünf Meter unter der Wasseroberfläche beginnt eine andere Welt. Ein Rausch von Farben umfängt den Taucher. Bunte Fischschwärme tummeln sich im filigranen Korallengeäst. Gestreift, gepunktet, schwarzweiß, neonleuchtend, rot, blaugelb. Winzige, kleine, große, kugelrunde Fische. Neugierig nähern sie sich, drehen ab, kehren zurück, stubsen. Plötzlich ein Aufruhr: Die Fische verschwinden im Korallenriff. Ein Aufleuchten, silbriges Blitzen, zwei große Fische schießen heran. Haie? Barrakudas?

Der Schreck läßt für einen Augenblick das Atmen vergessen, dann schaltet der Verstand. Der Tauchlehrer hatte uns auf die Begegnung vorbereitet. Nur nicht zappelig die Flucht ergreifen. Und tatsächlich, die beiden Raubfische ziehen vorbei, als gäbe es uns Eindringlinge hier gar nicht.

Haie und Barrakudas, wir wissen es von Hans Hass und Cousteau, sind für Taucher, die sich vernünftig verhalten, keine große Gefahr. Im Mittelmeer sind Begegnungen mit Haien selten, im Indischen Ozean und im Roten Meer wimmelt es davon, auch in der Karibik sind sie zu Hause.

Das Mittelmeer zählt heute in Kreisen anspruchsvoller Taucher nur noch in wenigen Bereichen zur Spitzenklasse der Tauchgründe, denn die Fischbestände sind hier im Vergleich zu anderen Meeren recht dünn geworden. Die Tauchbasen der Clubs in Griechenland, Jugoslawien, Italien, auf Malta oder den Balearen aber eignen sich hervorragend für Urlauber, die den Tauchsport erst einmal erlernen wollen. Denn auch hier sind die ersten Begegnungen mit der Unterwasserwelt faszinierend: Krustentiere, Mönchsfische, Muränen, Zackenbarsche, Barrakudaschwärme findet man auch in den Tauchgründen der Insel Mallorca. Berühmt sind die Riffplatten, Canyons, Höhlen und Steilabfälle vor Korsika oder die Grotten vor Sardinien mit den größten Korallenvorkommen im Mittelmeer.

Zu den interessanten Meeresaquarien, gleichwohl nicht zu weit von Europa entfernt, gehört das Rote Meer. Zwischen den Korallenstöcken und Felsen vor dem jordanischen Aqaba wimmeln tropische Fische in einer Farbenpracht, wie man sie sonst nur noch in der Südsee sieht. Mantas, Rochen, Barrakudas geben sich ebenfalls ein Stelldichein bei Hurghada an der Südspitze des Sinai. Zu den Höhepunkten gehört eine Mehrtagesfahrt zur Insel Gubal.

Nervenkitzel garantiert

Einen kräftigen Luftsprung weiter kommt man zu den Korallengärten des Meeresnationalparks Shimoni vor der Küste Kenias. Sie zählen zu den schönsten Unterwasserlandschaften in Ostafrika. Exkursionen führen zu den Inseln Kisite und Wasini, Urlauber können auch mit Glasbodenbooten zu der Sehenswürdigkeit hinausstuckern und mit Schnorchel und Maske erste Eindrücke gewinnen.

Seit Jahren schon sind die Malediven ein fest eingeplantes Ziel für Taucher. Relativ preisgünstige Charterflüge machen die tropischen Inseln erreichbar. Umgeben sind sie von Korallenriffen. Fische in allen Farben des Regenbogens nähern sich in riesigen Schwärmen oft bis auf „Streichelentfernung".

Ein bißchen Nervenkitzel wird garantiert: Haie sind ständige Begleiter unter Wasser. Das Meer ist von solcher Klarheit, daß manchmal Höhlen oder Wracks bis in 40 Meter Tiefe erkannt werden können. Zu den Attraktionen gehört an den Außenriffs der kleinen Inseln das Haiefüttern. Tauchlehrer Herwarth Voigtmann auf Bandos inszeniert hier täglich richtige Hai-Shows.

Einzigartig schöne Sandstrände mit fischreichen Korallenbänken bietet die Insel Phuket an der Westküste Thailands. Taucher finden eine zauberhaft bunte Unterwasserwelt mit mehr als 300 Muschelarten, allerdings sind die besten Taucharenen nur mit Booten zu erreichen. Im Golf von Siam faszinieren weniger die Fischschwärme als die zahlreichen Wracks. Abenteuerlustige Tiefseefans sollen hier sogar nach alten chinesischen Schiffen mit kostbarem Porzellan suchen.

Zu den Geheimtips für Tauchurlauber zählt noch die kleine Philippinen-Insel Sicogon, die Sportflugzeuge von Manila aus anfliegen. Kenner schätzen die Tauchgründe rund um Pescador Island und um das Riff von Moalboal sowie die Meeresfauna bei Cebu.

Zu den besten Unterwasserparadiesen mit den größten Fischen, wie dem Blue Marlin, gehört Mauritius – allerdings nur ein Vergnügen für geübte Aquanauten, die keine Panik ergreift, wenn sie von Barrakudas, Tiger- und Weißhaien, tonnenschweren Blue Marlins, Delphinen und Thunen nur so umschwärmt werden.

Durch den stellen Anstieg des Dollarkurses gerieten die Karibik-Inseln ein wenig ins Abseits. Andererseits zählen die tropischen Meeresgründe der Bahamas, von Jamaica, Barbados oder St. Lucia noch immer zu den begehrten Wunschzielen vieler Ferientaucher.

Das Mekka aller Taucher aber ist das Great Barrier Reef im Norden Australiens. Trotz der Heerscharen von Tauchurlaubern, die sich dort Jahr für Jahr in den Farbenrausch der Unterwasserwelt versenken, ist es immer noch ein nahezu unerschöpfliches Areal.

Wer dort den Geheimnissen des Meeres nachgespürt hat, kommt vom „Tiefenrausch" des Tauchens, das ja mehr als ein Sport ist, nicht mehr los.

HEIDI GANSER



Zu den schönsten Erlebnissen unter Wasser gehören Begegnungen mit zutraulichen Meeresbewohnern
FOTO: DIE WELT

NORDSEE – NIEDERSACHSEN – SCHLESWIG-HOLSTEIN – OSTSEE

Sylt - zu jeder Jahreszeit

Jetzt den erholsamen Winterurlaub buchen (Außersaison = preisgünstig!)

Die schönsten Appartements zum Aussuchen!
Winterpreise
außer Weihnachten
1 Woche für 2 Personen pauschal ab DM 360.–.
12 rosarote Tage für 2 Personen pauschal ab DM 500.–.
Gepflegte App. u. Häuser in besten Lagen (Strand, Wellenbad ...) mit exkl., individueller, durchdachter Ausstattung jeder Geschmacksrichtung.
Fordern Sie unseren Farbprospekt an, wir beraten Sie gern telefonisch. Der freundliche WIKING-Service ist immer erreichbar:



Tel. 0 46 51 / 70 01
WIKING-Appartement-Vermietung
Steinmannstraße 7
2280 Westerland/Sylt

Westerland Wenningstedt Tinnum
Ganzjährig erstklassige Häuser und Appartements, gepflegte Ausstattung, zum Teil mit Meeresblick, Schwimmbad. DM 35,- bis 350,- pro Tag.
Prospekt anfordern bei:

Seit  1968

Reinhold Riel Immobilien
Andreas-Dirks-Straße 6
2280 Westerland · 04651/2 28 74



Ferienwohnungen Keitum
2 bis 3 Zi., Farb TV, Tel., Schwimmbad, Sauna u. Solarium. Je nach Jahreszeit, Pers.-Zahl u. Ausstattung DM 60.– bis DM 230.–.
Westerland
1 bis 3 Zi., Farb-TV, Tel., in versch. Lagen, strandnah, Inkl.-Preise DM 50.– bis DM 230.– – Alle Preise inkl. Wäsche u. Energiekosten –
Immobilien-Vermittlungs-Gesellschaft IVG Sylt
Bismarckstraße 5, 2280 Westerland/Sylt, 0 46 51 50 97 + 3 13 45

Das Nordsee-Paradies hat mehr Sonne: Durchschnittlich 2300 Stunden im Jahr

List · Kampen · Wenningstedt · Braderup · Westerland · Munkmarsch · Keitum · Tinnum · Archsum · Morsum · Rantum · Hörnum

Sylt hat das gesunde Klima und das bessere Wetter!

Der Wetterdienst List – (0 46 52) 10 98 – sagt Ihnen, wie gut das Sylter Wetter ist!



HOTEL STADT HAMBURG
vereint ideal unter einem Dach liebevoll eingerichtete Zimmer, eine weitgerühmte Küche sowie passende Räumlichkeiten für festliche Anlässe.
Relais & Château – ganzjährig geöffnet.
Jetzt ermäßigte Zimmerpreise (40%) und günstige Wochenpauschalen außer Weihnachten/Neujahr.
2280 Westerland, Strandstr. 2, Tel. 0 46 51 / 8 58 - 0

Strandhotel Miramar
Seit 1903 im Familienbesitz
Einzigartige Lage a. Meer, App. u. Zim. alle mit Bad/WC, Tel., Farb-TV. Gepflegtes *Restaurant, reichhaltiges Frühstücksbüfett, Hotelbar, Sauna, Solarium, beheiztes* Schwimmbad, Massage- u. Fitneßraum. Überdachte Sonnenterrasse, Liegewiese mit Strandkörben, Parkplatz.
Auch 2 lux. Ferienwohnungen mit Schwimmbad in Wenningstedt f. 2–6 Pers.
2280 WESTERLAND ● Telefon 0 46 51 / 8 55-0

Hotel Wünschmann
Im Kurzentrum am Strand
Das individuelle Haus mit allem Komfort
2280 Westerland · Telefon 04651/5025



Benen-Diken-Hof
INSEL AUF DER INSEL
2280 Keitum/Sylt · ganzj. 04651/31035 Tx. 221 252

Seiler Hof
Romantisches Hotel · erlesene Weine – exzellente Küche
2280 KEITUM · Telefon (046 51) · 312 89 · ganzjährig



HOTEL ATLANTIC
Wohnen mit allem Komfort – Schwimmbad · Sauna · Solarium
Ruhige Lage · Seeblick · Strandnähe
Abendrestaurant „Kogge" im Hause
Johann-Möller-Str. 30, 2280 Westerland, Tel. 04651/60 46

HOTEL RUNGHOLT
KAMPEN
Unser Haus liegt an einem der schönsten Punkte inmitt. des Naturschutzgebietes. Großzügige Aufenthaltsräume – Bar – Sauna – Solarium.
Komfortable Appartements sowie Einzel- und Doppelzimmer mit Bad/Dusche/WC.
2285 Kampen · Telefon 046 51 / 410 41

„Haus Antje" in KAMPEN
bietet Ihnen schöne Urlaubstage in komfortablen und gemütlichen 2-Zi.-Ferienwohnungen. Zentral, strandnah und ruhig gelegen! Nachsaisonpreise.
Tel. 0 46 51 / 4 10 58

HOTEL ROTH am Strande
Im Kurzentrum, direkt am Wellenbad, Zim. m. Bad/Du., WC, Tel., Farb-TV, Radio, Minibar, Loggia, Seeaussicht, Tiefgar., Massagen und Sauna im Haus. Tagungen und Seminare bis 26 Personen.
Jetzt Wochenende freitags – sonntags inkl.-Frühstücks-Buffett ab 107,– DM + HP 34,– DM, 5 Tage So./Fr. ab 194,– DM + HP 85,– DM, Wochenpauschalen ab 301,– DM + HP 119,– DM. Woche Weihnachten Silvester ab 413,– DM + HP 137,– DM.
2280 Westerland 1 – Telefon (04651) 5091 – Telex 221 238

Westerland
2-Zi.-Ferienwhg. mit allem Komfort, gr. Balkon, unmittelbare Strandlage mit Blick zum Meer, auch Weihnachten u. Silvester frei.
Tel. 0 40 / 5 36 52 45

Wir bieten Ihnen im November 1985
Erholsame Spaziergänge am Strand – auch der November hat seine Reize auf Sylt! Komfortable, gemütliche Ferienwohnungen – 7 Tage Ruhe für 200.– DM pauschal – pro Person! Rufen Sie uns gerne an!
GIV-Westerland
Tel. (0 46 51) 70 25

Westerland
Großzügiges
1-Zi.-Appartement
gute Ausstattung, TV, Radio, Tel., große Loggia, ruhig, zentral und strandnah gelegen.
Auch Weihnachten und Silvester frei.
Tel. 0 40 / 5 36 52 45

„Landhaus Martens"
lädt Sie ein zum Verweilen auf der schönen Insel Sylt. Wir haben für Sie 2- + 3-Zi.-App. m. allem Kft., Farb-TV, Video, Radio, Tel., Kamine + GS. Im Haus Schwimmbad, 28°, Sauna, Solarium + Fitneßr. – 400 m bis Nordseestrand, Wellenbad + Kurviertel. Hausprosp. Jetzt 30–40% Preisnachlaß.
2280 Westerland, Trift 25, 04651/23578

Friedrichstraße 35 · 2280 Westerland/Sylt
SANDERS KG
APPARTEMENTVERMIETUNG
Tel. 04651 23035
In besten Lagen der Insel bieten wir Ihnen gut ausgestattete Ferienwohnungen oder Häuser, in zentralen oder ruhigen Wohnanlagen zum Teil mit Meeresblick. In der Nachsaison Appartements ab DM 40.–
Vermietung (0 46 51) 69 11 · REIHER WESTERLAND · Appartements am Meer
Andreas-Dirks-Straße 6 · 2280 Westerland/Sylt

Appart-Hotel
Sylter Hahn
Neu in
Westerland/Sylt



Einzel-, Doppelzi. u. App. mit Schwimmbad, Sauna, Solarium, Dampfbad, Whirlpool, Massagen, Restaurant u. Bar, 250 m bis zur Nordsee/Strand u. Kurviertel. Ab*nahme-Kuren (ab 700 Kal.). Tagungsraum* bis 40 Pl. – Hausprosp. Ab sof. bis 20. 12. 85 30/40% Preisnachlaß.
2280 Westerland/Sylt
Robbenweg 3, PF 14 05
Telefon 0 46 51 / 75 85 u. 73 74

Sylt – Keitum Friesenhaus **AurMerel**
– Stilvolle Behaglichkeit im grünen Herzen der Insel –
Großzügige, komfortable 2- und 4-Zimmer-Appartements. (Außerhalb der Saison ermäßigte Preise.)
Süderstraße 6, 2280 Keitum/Sylt
Telefon (0 46 51) 36 38 od. 60 55

Die nächste Sylt-Werbung erscheint am 22. + 24. 11. 1985





Winterurlaub mit Badezeug und Pudelmütze

MARITIM Golf & Sporthotel
Timmendorfer Strand
Tel. (04503) 4091
Super-Winterpauschalen:
inkl. Tennis, Kegeln, Golf oder Eislaufen
p.P./Tag HP ab DM **89,–**

MARITIM Seehotel
Timmendorfer Strand
Tel. (04503) 5031
7-Tage-Pauschale
inkl. HP p.P./Tag, im DZ ab DM **75,–**

MARITIM Berghotel
Braunlage
Tel. (05520) 3051
Kurzurlaub von So.–Fr. mit 5 Übern. inkl. HP p.P./Tag im DZ ab DM **89,–**
Erlebniswochenende
2 Übern. inkl. HP schon ab DM **226,–**

MARITIM Strandhotel
Travemünde
Tel. (04502) 75001
7 Tage wohnen – 3 Tage bezahlen!
Supersonderangebot mit HP u. Extras im DZ schon ab DM **595,–**
alternativ mit Scarsdale-Diät (Liz Taylor) ohne Aufpreis.
Unser Schnupperangebot
sonntags: p.P. im DZ, EZ-Zuschlag DM 20,- DM **99,–**
mit Begrüßungscocktail, Übernachtung im Panorama-Zimmer, Frühstücksbuffet, 4-gängiges Gourmetdinner mit Aperitif, Schwimmbad und Sauna frei.

Kurhaushotel **Travemünde** · Tel. (04502) 811
Winterspaß an der Ostsee
7 Tage inkl. HP p.P./Tag ab DM **62,–**

Weihnachten, Silvester und Ostern gelten spezielle Arrangements, die wir Ihnen auf Wunsch gern zusenden!

So viel Unterhaltung bietet Ihnen die MARITIM-Urlaubswelt im Winter: Kegeln, Schwimmen, Trimmen, Kurlaub, Schlemmen oder Diät, Tanzen im Night-Club, Tanztee, Bräunen im Solarium, Bridge, Sauna, Massage, Beauty, Fahrten in die reizvolle Umgebung, Wintersport im Harz oder die neue Dimension in Sachen Sport: Eisstockschießen, Schlittschuhlaufen, Tennis, Squash und Golf-Wintertraining im Eissport- und Tenniszentrum Timmendorfer Strand.

Einladung zur Stippvisite nach Bad PYRMONT

3 oder 6 erholsame Tage, alles inclusive, ab DM 81,– bzw. DM 153,– pro Person.

Ca. 70 km südwestlich von Hannover. Berühmter Kurpark, Alleen. Herrliche Wälder, 500 km beschilderte Wanderwege. Moderne Kurmitteleinrichtungen. Sole-Hallen- und Freibäder. Golf, Tennis, Theater, Konzerte.

Unsere Leistungen: 3 bzw. 6 Übernachtungen mit Frühstück, Kurkarte. Baden in den Sole-, Hallen- und Freibädern. Wandern in den herrlichen Wäldern des Weserberglandes. Besuch von Tierpark u. Spielbank.

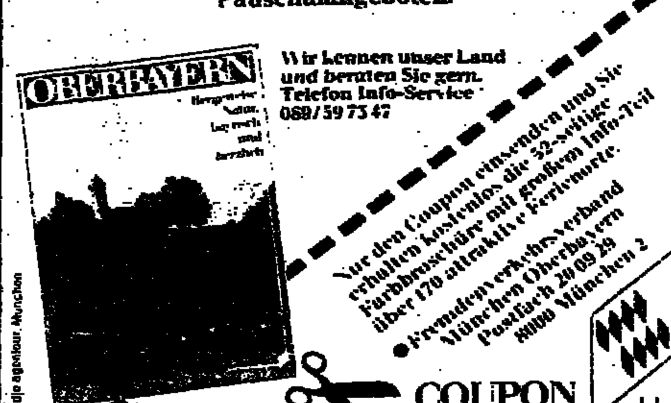
Dieses Angebot gilt bis zum 30. April 1986. Fordern Sie unseren Spezialprospekt an: Kur- und Verkehrsverein 3280 Bad Pyrmont, Telefon 0 52 81/46 27.

STAATSBAD PYRMONT

BAYERN-ALLGÄU

OBERBAYERN
SCHNEEWEISS UND WEISSBLAU

Der Winter hat viele schöne Seiten. Wir möchten Sie Ihnen gerne zeigen. Fragen Sie nach unseren günstigen Pauschalangeboten.





„Nur unterwegs erfährt man das Gefühl märchenhafter Verwunschenheit."
Erich Kästner



8100 Garmisch-Partenkirchen 3 · ☎ 08821/54006 · Tx 59653



Alle Gästezimmer mit Bad od. Dusche, WC, Balkon und Telefon. Terrasse, Liegewiese. Verlangen Sie unseren Hausprospekt
Familie Franzen
Telefon 08022/6087
8183 Rottach-Egern

Bad Kissingen
Weihnachten – Silvester
Wir haben ein unterhaltsames Weihnachts- und Silvesterprogramm für Sie zusammengestellt. Gerne übersenden wir Ihnen unseren Prospekt.
HOTEL KUR-CENTER
8730 Bad Kissingen
Postfach 17 60, Abteilung W

Weihnachten in Oberbayern
am Berg, Wald, See u. Skiliften, Hallenbad, Sauna, Tennishalle, Kegelbahn
Hotel Lutzhof
8113 Kochel, (0 88 51) 57 96

Bei Antworten auf Chiffre-Anzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!



KURHAUS-HOTEL Seeschlößchen
Exklusive Atmosphäre, Seewasser-Hallenbad (29°) therap. Abt. (alle Kassen), Sauna, Sonnenbank, Fitneßcenter.
Pauschalpreis HP pro Pers./Tag im DZ mit Bad/WC ab DM 73,– (außer 24. 12. bis 2. 1.)
sonnabends u. sonntags nachm. Tanztee, „Kajüte" sonnabends geöffnet.
Ferienappartements ab DM 75,–
Festlicher Weihnachts- und Silvesteraufenthalt mit großem Programm
2408 Timmendorfer Strand, Tel. 04503/6011

HARZ

Wohin? ins Hotel Waldgarten 3391 Wildemann/Oberharz ☎ 05323/6229
mod. Hotel mit viel Komfort · Hallenbad · ÜF ab 30,– Du/WC ab 39,– · Hausprospekt

Hotel Harzburger Hof ✱ *3388 Bad Harzburg*
mit Schönheitsfarm Gesa Ritter
Das Haus für anspruchsvolle Gäste. Bitte fordern Sie unseren Prospekt an.
Postfach 49, Abt. W · 3388 Bad Harzburg · Telefon 0 53 22 / 78 20



Bad Lauterberg im Harz
Postfach · 3422 Bad Lauterberg

GEWICHTSABNAHME SCHROTHKUREN
KOMFORT-HOTEL
7 bis 21 Tage DM 750,- bis DM 1950,-. Hausprospekt bitte anfordern.
Kneipp- und Schroth-Kurhotel „Wiesenbeker Teich"
3422 Bad Lauterberg im Harz
Tel. 0 55 24 / 33 09 und 29 94

WESER-BERGLAND

Führerschein im Urlaub
schnell, sicher, preiswert (im Weserbergland), laufend 2wöchige Tageslehrgänge für alle Klassen. Prospekt anfordern!
Fahrschule TEMME, Markt 28
4950 Minden
Tel. 05 71 / 2 92 28 + 0 57 06 / 12 16

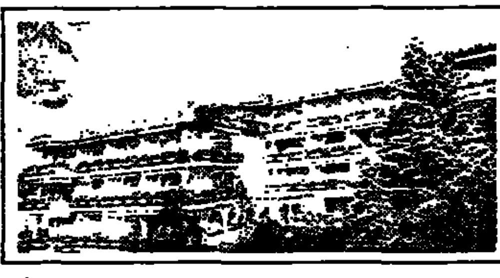
Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

LÜNEBURGER HEIDE

Pension zum Höllenhoss
Tel. 0 41 89 / 2 77
Weihnachten noch Zimmer frei.

SCHWARZWALD





Hotel Schwarzmatt
Neuerbautes 80-Betten-Komfort-Hotel. Hallenschwimmbad 30°C · Massagen · Solarium · Café · Weinstube · Restaurant · Terrasse · Boutique · Tiefgarage · Herbstliche Schnupper-Wanderwochen im November zu Sonderpreisen. Bitte fordern Sie unseren Hausprospekt mit Programm an: 7847 Badenweiler/Südschwarzwald, *Telefon 07632/6042.*



Schwarzwald-Urlaub
»Im Herbst noch schöner!«
Sport – Erholung – Kur – Wandern – Schwimmen
Grüne Wiesen, bunte Herbstfärbung, sprudelnde Bäche, endlose Tannenwälder. Genießen Sie den Komfort-Neubau, *die gepflegte Küche und die persönliche* Atmosphäre. Hallenbad 29°, Sprudelbad 35°, Meerwasserpool 32°, Solarium, Sauna, Massagen, Fitneß, Kneippkuren. Ein Haus zum Wohlfühlen! HP ab 63,– DM, VP ab 69,– DM. Unser Farbprospekt informiert Sie.
Tel. 0 74 47 / 10 22
7292 Baiersbronn-Schwarzenberg/Freudenstadt

„Es gibt Reisen, die man wieder und immer wieder macht, wie Bücher, die man liest, oder Musik, die man hört, wie Gesichter, die man sieht, Menschen, zu denen man spricht und jedesmal ist etwas verändert und etwas gleich geblieben."
William Saroyan

Lassen Sie sich anregen, neue Schönheiten zu entdecken. Machen Sie mal einen Streifzug durch die Angebote der Anzeigen. In den Reiseteilen von WELT und WELT am SONNTAG werden Sie unter Umständen mehr Informationen für einen schönen Urlaub finden als in manchem dickbändigen Reiseführer.

BADEN-BADEN IM ADVENT
DAS QUISISANA ZUM KENNENLERNEN
Wir bieten
Wohnen zum halben Preis
(HP DM 85,– bis 105,– p.P.)
Lassen Sie sich vor Weihnachten **pflegen und verwöhnen** und verlocken vom Weihnachtsshopping in Baden-Baden.
Quisisana
Bismarckstraße 22
7570 Baden-Baden
☎ (0 72 21) 34 48

Hotel Ochsen/Furtwangen
noch Zi. frei, auch Weihn. u. Silvester (Silvesterball), VP DM 59,-/Pers., auch Bus angenehm.
Tel. 0 77 23 / 78 13

Die neue Richtung
Das Angebot für alle, die sich auch weiterhin behaupten wollen ...
Kuren, erholen, wieder fit und vital
✱✱✱ Zell-Therapie (nach Prof. Niehans)
✱✱✱ Gesichtsfalten und Narbenkorrektur (ohne Operation)
✱✱✱ THX-Thymus-Therapie (mit Frischextrakt) ✱✱✱ Ozon-Therapie
✱✱✱ SMT-Sauerstoff-Therapie (nach Prof. v. Ardenne) ✱✱✱ Chelat-Therapie
✱✱✱ Original Schroth-Kuren (die Entschlackungskur)
Alle Anwendungen unter ärztlicher Leitung!
Bitte fordern Sie unsere informativen Prospekte an:
COUPON für kostenl. Info-Mat. · Adresse:
Kurhotel Allgäuer Hof
Bes. Maria Rohr
Kalzhofer Str. 19
D-8974 Oberstaufen/Allgäu
Tel. 0 83 86 / 20 09
COUPON für kostenl. Info-Mat. · Adresse:

Zur Winterkur bei Erkrankungen der Atemwege (Asthma, Bronchitis, Emphysem u.a.)
Bad Reichenhall Die Kur im Alpenklima
Sole-Bewegungsbad mit Hallen- u. Freibecken (30°) + Sport (Eislauf-/Tennis- und Schwimmhalle) + geräumte Wanderwege + Bergbahn/Lifte + Sehenswürdigkeiten + Buntes Unterhaltungsprogramm + Spielbank + Fußgängerzonen + Komfortable Hotels + Gepflegte Gastlichkeit + Einkaufsbummel.

Kurhotel Luisenbad	Persönlich geführtes First-Class-Hotel · alle Kurmittel und Arzt i.H. · nach §30 GeO beihilfefähige Sanatoriumsabt. · Auch Abnahmekuren · Hallenbad, Sauna, Solarium · ruhige Lage im Kurzentrum. Vollpension ab 96,– bis 152,– DM. Eigentümer & Leiter: Fritz Herkommer, Telefon 0 86 51 / 50 11
Hotel Residenz Bavaria	Am Münster 3. Nähe Fußgängerzone. Kurmittelabteilung, Hallenbad, Sauna, Kosmetik-Praxis, alle Zimmer mit Bad/WC, Balkon oder Loggia, Radio, Telefon. Ihr Vorteil: HOTEL-PAUSCHALEN IN DER VOR-, NACH- UND HAUPTSAISON! Telefon 0 86 51 / 50 16
Salus Kursanatorium	8230 Bad Reichenhall, Rinckstraße 7, Kurzone I. Beihilfefähig, alle Kurmittel (auch Moor). Solehallenbad, Solarium, Diät. Arzt im Hause. Tiefgarage. VP ab 105,– DM, Tel. 0 86 51 / 30 11.
Sanatorium der Barmherzigen Brüder	Rinckstr. 8, Tel. 0 86 51 / 30 56. Alle Zimmer m. Du/Bad, WC, Tel. Eigener ärztl. Dienst, Kurabteilung i. Haus. Sämtl. Diätformen. RAL-Gütezeichen für Diätverpflegung. Ruhige Lage, Kurzone I. Beihilfefähig. Bitte Prospekt anfordern.

Informationen: Kurverein, 8230 Bad Reichenhall, Telefon 0 86 51 / 14 67

„Das wahre Reisen ist einzig und allein von jenen zu lernen, die um des Reisens willen auf die Reise gehen und stets wie bunte Ballons, die sich nie von ihrem Schicksal entfernen, leichten Herzens sind und sagen, ohne zu wissen warum: Auf geht's!"
Saul Bellow

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

S 435

SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMANN

Eine ausgezeichnete Leistung des jungen sowjetischen Großmeisters Jusupow und ein total mißglückter Start des erkrankten Wahlschweizers Viktor Kortschnoi waren die interessantesten Ereignisse der ersten Hälfte des Kandidatenturniers, das in Montpellier in einer wiederum veränderten Form ausgetragen wurde – mit 16 Teilnehmern, vier erste Sieger sind für nachfolgende Kandidaten-Wettkämpfe qualifiziert – die Weltmeisterschaft wurde also im Vergleich zu bisherigen Zyklen um eine neue Etappe erweitert. Übrigens ist es für die Schachöffentlichkeit immer schwieriger, alle Änderungen im Austragungsmodus der WM noch zu registrieren!

So kurze – und trotzdem entschiedene – Partien wie zwei folgende Miniaturen sind in den Kämpfen um die Weltmeisterschaft eigentlich eine Seltenheit:

Damengambit.

Jusupow – Nogueiras

Ld4 d5 2.c4 e6 3.Sc3 c6 4.Sf3 Sf6 5.Lg5 Sbd7 6.cd5: ed5: 7.e3 Ld6 (Dieser Zug galt bisher als eine gute Alternative zu Le7, aber diese Ansicht wird man wohl revidieren müssen!) **8.Ld3 Sf8 9.Se5!** (Viel besser als 9.0-0 Lg4! 10.e4 Se6 11.Lf6: Df6: 12.e5 Lf3: 13.ef Ld1: 14.fg Tg8 15.Tfd1: Sd4: 16.Lh7: Tg7: mit Ausgleich.) **Db6!?** (Nach Sg6 wäre 10.f4! stark) **10.0-0! Le5:** (Auch nach sofort Db2: 11.Tc1 hat Weiß ausgezeichnete Angriffschancen für den Bauern.) **11.de5: Sg4 12.Da4! Db2:** (Se5:?: scheitert an 13. Sd5: Db2: 14.Sc7+) **13.Tac1 Ld7 14.Dd4 f6** (Genauso schlecht wäre auch z. B. Db6 wegen 15.e6! oder h6 wegen 16.Sd5:! – das gleiche Motiv beendet auch die Partie:) **15.ef6: gf6: 16.Lf6: Tg8** (Oder Sf6: 17.Df6: Tg8 18.Sd5:! Df6: 19.Sf6:+ mit Qualitätsgewinn.) **17.Sb5!** (Ein typischer „Doppelangriff" – droht gleichzeitig 18.Db2: und 18.Sd6 matt! – kostet Schwarz die Dame:) **Db5: 18.Lb5: Se6 19.Db2 cb5: 20.Lh4 aufgegeben.**

Damengambit.

Portisch – Ribli

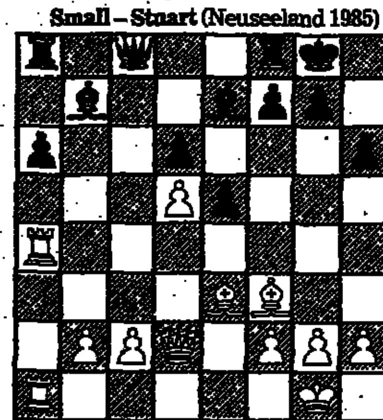
Ld4 Sf6 2.c4 e6 3.Sf3 d5 4.Sc3 c6 5.e3 Sbd7 6.Dc2 (Eine ziemlich beliebte Möglichkeit, die Varianten des „Meraner Komplexes" zu vermeiden, die nach 6.Ld3 dc 7.Lc4: b5 entstehen.) **Ld6** (Zu passiv ist Le7 7.b3 0-0 8.0-0 b6 9.Lb2 Lb7 10.De2 c5 11.Tad1. Dazu die berühmte Partie Klaus Junge – Kottnauer, 1942: Dc7 12.Se5! Tad8 13.f4 Se4? 14.Sb5! Db8 15.Sd7: Td7: 16.dc! Sc5: 17.Lh7:+! Kh7: 18.Dh5+ Kg8 19.Lg7:! f5 20.Le5! und Weiß gewann) **7.b3** (Unklar ist die Position nach 7.e4 de 8.Se4: Se4: 9.De4: e5!?- möglich ist c5 oder Lb4+- 10.de 0-0! 11.ed! Te8 12.De8:+ De8:+ 13.Le3 nebst 14.0-0-0) **0-0 8.Le2 e5!** (Im Falle von dc 9.bc e5 10.0-0 Te8 11.Lb2 ed 12.ed Sf8 13.Tad1 steht Weiß etwas besser.) **9.cd5: Sd5: 10.Sd5:** (Besser ist 10.Lb2 Lb4 11.0-0!) **cd5: 11.de5: Se5: 12.0-0?** (Fast eine Sensation, denn dieser Fehler wird in allen Lehrbüchern widerlegt!) **Sf3:+ 13.Lf3: Dh4 14.h3** (Oder 14.g3 Df6 15.Ld5: Lf5! 16.e4 Lh3 17.Td1 Le5! aufgegeben – Fernpartie Tauchmann – Carbonell, 1960!) **Lh3:! 15.Td1 Lh2+! 16.Kf1 Df6! 17.Ld5: Lf5 18.e4 Lg4 19.Le3 Da6+ aufgegeben.**

Lösung vom 1. November

(Kc1,Da6,Td1,h1,Ld3,Sc3,e3,Bb2,-c2,f2,g2,h2; Kg8,Da5,Tc8,d8,La2,g7,-Sd4,Ba7,e5,g6,h7):

1. ... Sb3+!! aufgegeben (2.cb Tc3:+! 3.bc Dc3:+ 4.Sc2 Lh6+ 5.Td2 Ld2:+ 6.Kd1 Lg5)

Small – Stuart (Neuseeland 1985)



Weiß am Zug gewann

(Kg1,Dd2,Ta1,a4,Le3,f3,Bb2,c2,d5,-f2,g2,h2; Kg8,Dc8,Ta8,f8,Lb7,e7,-Ba6,d6,e5,f7,g7,h6)

DENKSPIELE

Altchinesisches

☰☰=1 ☰☰☰=3 ☰☰☰=5

Mit den acht Zeichen des Fu Hsi (sie sind jetzt fast 5000 Jahre alt) lassen sich die Zahlen von 0 bis 7 ausdrücken. Ergänzen Sie die fehlenden fünf Zeichen.

Homonym

„Sie" ist mehr als zehn. „Er" läßt sich manchmal sehn. Im Plural tritt „sie" an, die manches Spiel gewann.

Dingsbums

Es gibt einen einfachen, festen Gegenstand, an dem sich vier andere Dinge befinden. Schneidet man eines dieser Dinge fort, dann bleiben an dem Gegenstand fünf „Dinger" übrig, und an dem abgetrennten Teil findet man immerhin noch drei „Dinger". Welcher Gegenstand ist das? Was sind die Dinger?

Rechenschema

Folgendes festes Schema steht zur Verfügung: 2 2 2 2 2 = ? Dahinein sollen die Rechenzeichen +, –, × und : jeweils einmal so eingesetzt werden, daß sich sowohl die größtmögliche, als auch die kleinstmögliche Zahl für das „?" ergibt. Gerechnet wird von links nach rechts.

Auflösungen vom 1. Nov.

Falsche Augen

Der rechte Würfel war falsch, denn dort liegen die 3 und die 4 auf benachbarten Seiten des Würfels, sie müßten sich jedoch auf gegenüberliegenden Seiten befinden.

Aus dem Mikrokosmos

Wenn die Mikrobe zwei Nachkommen hat und erhalten bleibt, dann ist das dasselbe, als ob sie drei Nachkommen hat und verschwindet. In einer Stunde verdreifacht sich also die Zahl der Mikroben, und daher war der Nährboden eine Stunde zuvor erst zu einem Drittel besiedelt gewesen.

Subtraktionsrätsel

Frisch - R = Fisch

Dal Dal

„Ich lebe natürlich natürlich!"

Autofahrerlatein

Der Schwerpunkt eines Autos liegt etwa in der Mitte zwischen Vorder- und Hinterachse. Das Kurvenfahren kann man als Abbremsen des Schwerpunktes bezüglich der alten Fahrtrichtung und Beschleunigungen in die neue umschreiben. Die Vorderräder müssen sowohl die größten Brems- als auch Beschleunigungskräfte aufnehmen und verschleißen daher schneller.

finanz. Hilfe auf Zeit – orient. Schwert – Geländeform – Zeichen für Iridium – Giftschlange – Vorname von Thoelke – Hptst. von Nigeria – Mutter des Achilles – Fluß durch München – griech. Naturforscher – Erbgutträger – iran. Währung – Form d. Investition – 2

begründ. Lehre v. Einstein – Strom in Turkestan – durchtrieb. Mensch – Stadt in Westfalen – Jagderfolg – Schichtgestein

6 – kfm.: Schuld – Vorraum, Vestibül – frz. Maler – Singstimme

alter Name v. Tallinn – Vater d. Odysseus – frz. Maler – österr. Schriftsteller – 8 – kleiner Betrag

Klubjacke – letzter ägypt. König – Greifvogel – Koranabschnitt – Autokennz. Düren

Ägirs Gattin – Nahost-Höhen – Linsenbrennpunkt – Aufrührer – schmaler Fußpfad – 3

Kriemhilds Bruder – exakt, präzise – Stadt in Thüringen – Bühnenschau – die Gegner von Herzog Alba – Salomos Sohn, König v. Juda

11 – einfallsreich – ärmellose Weste – engl. Jagdhund – german. Wurfspieß

Abk. f. Centime – Sahne – billiger Schnaps – dt. Mundart-Dichter – griech. Göttin

Kunsttöpferei – ursächlich – Teil d. Weinstocks – Buch der Bibel – 1

geflügelte Liebesgötter – taftart. Mischgewebe – Zinsschein – bek. Opernnarr – 7

Millionenstadt in S-Korea – Gottlosigkeit – nord. Sagensammlung – Nomadendorf – Fußhebel – Einschnitt

sagenh. Erfinder d. Biers – 5 – Brenn-, Leuchtöl – Balkenpflanze

Abk. f. Sommersemester – Saugströmung – österr. Reifeprüfung – lederne Randverstärkung – mexik. Wüstengebiet – Zeichen für Gallium

10 – Halbaffe – Holzäderung – Hptst. i. Nordafrika – bibl. Sündenstadt

Fluß durch Braunschweig – med.: tödlich – Insektenlarve – Kartenrest – Dichter – Stadt a. Niederrhein

zugehörig – naut. Meßgerät – elektron. Baustein – Insel d. Dodekanes – lat.: durch, mit

das Ekel in „Dallas" – Evangelist – Abk. f. von unten – Präriewolf – 4

Gedichtform – Preisrichter – mathemat.: Teiler – 9 – Dreißigjähriger

gesetzl. Einheit des Drucks – altgriech. Arzt – brasil. Hafenstadt – 242

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Fast jeder zehnte Deutsche reagiert im Urlaub allergisch

Die Zahl der Allergiker, also der Menschen, die auf bestimmte Substanzen der Umwelt empfindlich reagieren, nimmt ständig zu. Man schätzt ihren Anteil auf nicht ganz zehn Prozent. Nach neuesten Zahlen leiden zur Zeit etwa 25 Millionen Bundesbürger (davon 66 Prozent Frauen) an dieser ausgeprägten Überempfindlichkeit. *Die Veranlagung* kann sowohl ererbt als auch erworben sein. Dabei gibt es keinen spezifischen Allergietyp: Alle möglichen Leute können Allergien haben. Ebenso kann sich die spezifische Äußerung einer Allergie mit der Zeit verändern. Hat man in den eigenen vier Wänden nie Probleme gehabt, kann es sein, daß während oder kurz nach einer *Reise bis dato* unbekannte Symptome auftreten, die auf eine Allergie zurückzuführen sind. Bei häufig auftretenden Kopfschmerzen, wiederkehrenden Migräne-Attacken, bei hartnäckigem Asthma, immer wieder auftretenden Erkältungssymptomen und bei Ekzemen, die nicht heilen wollen, sollte immer auch an eine Allergie als mögliche Ursache gedacht und eine entsprechende medizinische Fahndung eingeleitet werden. Bei der Berührung mit einer allergieerzeugenden Substanz, dem Allergen, werden Abwehrstoffe *(Antikörper)* gebildet. Sie greifen – zusammen mit den Allergenen – bestimmte Zellen an und setzten das Histamin, ein Gewebehormon, frei. Dieses löst schließlich eine ganze Reihe von Allergiesymptomen aus. Frauen scheinen dabei *auf* eine *umfangreichere* Anzahl von Substanzen allergisch zu reagieren als Männer. Die häufigsten Allergene sind Blütenstaub (Pollen), Hausstaub und Tierhaare. Nahrungsmittel wie Kuhmilch, Hühnereiweiß und Fisch können Symptome von der Hautrötung über Ekzeme, Asthmaanfälle, Magen- und Darmkrämpfe bis hin zum Kreislaufschock zeigen. Auch Chemikalien wie Farben, Kosmetika und Reinigungsmittel sowie Metalle (Nickel, Silber), Wolle und bestimmte Textilfasern zählen dazu.

MEDIZIN auf Reisen

Nicht immer wird *eine* Allergie mit einer Reise in Zusammenhang gebracht. Doch gerade am fremden Urlaubsort macht man oft eine erste, unliebsame Bekanntschaft mit einem Stoff, der die allergische Reaktion auslöst. Eine Reihe von Allergenen *kann anschließend in geduldiger* ärztlicher Kleinarbeit aufgespürt werden. In vielen Fällen läßt sich das Allergen mit Hilfe eines Tests einkreisen und ermitteln. Der Allergiker bekommt die Substanz, die er für die verdächtige hält, in geringen Mengen auf die Haut gebracht. Vierundzwanzig Stunden später verrät eine Hautrötung das Allergen, das in Zukunft gemieden werden muß. In vielen Fällen ist es auch möglich, den Patienten dagegen unempfindlich zu machen. Einmal im Urlaub oder auf Dienstreisen Betroffene werden vernünftigerweise *immer versuchen, den Kontakt mit* „ihren" Allergenen zu meiden. Medikamente können die Beschwerden lindern, nicht aber das Grundübel, die Anfälligkeit, ausschalten. Bei der Einnahme von Antihistaminika ist zu bedenken, daß diese Medikamente müde machen und – besonders bei längeren An- und Abreisen – die Fahrtüchtigkeit einschränken. Bei Kortisonpräparaten zur Linderung der Symptome ist besondere Vorsicht geboten: Sie dürfen wegen starker Nebenwirkungen nur streng nach Anweisung des Arztes eingenommen werden.

DIETER THIERBACH

BRIDGE

Problem Nr. 23/85

Nord: ♠ D 5 ♡ A K ♢ B 9 7 6 3 ♣ D B 10 8

West: ♠ B 9 7 4 ♡ 10 7 6 ♢ 5 4 ♣ 9 7 4 2

Ost: ♠ K 8 2 ♡ D 8 5 4 ♢ D 10 8 2 ♣ 6 5

Süd: ♠ A 10 6 3 ♡ B 9 3 2 ♢ A K ♣ A K 3

Süd hat mit „1 Treff" (stark) eröffnet und ist von Nord in einen Treff-Schlemm hineinbugsiert worden (anstelle von völlig chancenlosen 6SA). Kann Süd bei Karo-Angriff alle Stiche machen?

Lösung Nr. 22/85

Süd kann gegen beste Verteidigung nicht gewinnen. West greift mit Karo-Zehn an, der Tisch bleibt klein und Ost gibt die Neun! Es folgt Karo-Acht. Wieder legt der Tisch klein. Ost kann mit Karo-Fünf West bei Stich lassen, der auf klein-Pik wechselt. Der Tisch muß das As einsetzen, weil sonst Ost mit der Dame ans Spiel kommen und Karo bringen würde. Es folgen Treff-As und -König, um einen Pik-Verlierer abzuwerfen. Wäre Süd jetzt in der Hand, hätte er gewonnen. Er ist jedoch am Tisch festgenagelt. Spielt er Pik, legt Ost die Dame und spielt Karo. Entschließt er sich jedoch für die dritte Treff-Runde, kann Ost mit der Coeur-Acht schnappen und bei West *einen Atout-Stich promovieren.* Wirft Süd jetzt Pik, kommt natürlich Karo von Ost.

U.A.

REISE WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Hormann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann
Heinz-R. Scheika

Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

WAAGERECHT: 2. REIHE Sunion – Lesezirkel – MA. 3. REIHE Kleist – Appelle – Medoc 4. REIHE Aesop – Manie 5. REIHE Aegir – Bebel – tre 6. REIHE Ina – Osman – Kasuar 7. REIHE Echse – paret 8. REIHE Wash – Lenau – Ende 9. REIHE Benin – Selters 10. REIHE Preller – Satyr – Aloe 11. REIHE Era – Fo – Iskra – Mn 12. REIHE Id. – Aida – Alt – Nimes 13. REIHE Nebraska – Beruf – 14. REIHE genial – Heron – Laa 15. REIHE Peter – Amberg 16. REIHE Elbasan – Abtei 17. REIHE Effet – Leine – Gera 18. REIHE Oesel – Steirer 19. REIHE Christ – Borah – Ga 20. REIHE Heu – Stendal – Gelimer 21. REIHE Sif – Aera – Rabatt – Fra

SENKRECHT: 2. SPALTE Uljanow – Reineke Fuchs 3. SPALTE Nemea – Erden – L. F. – Hel 4. SPALTE Es – la – Be – Ruf 5. SPALTE mosaisch – Ararat 6. SPALTE Unter – Belial – Ossa 7. SPALTE Osser – Palette 8. SPALTE Laotse – Fakten – er 9. SPALTE Nepp – Lido – Leuna 10. SPALTE Baden – Hebel 11. SPALTE Eoden – Silber – Bar 12. SPALTE Zl. – Palast – Angola 13. SPALTE Ilmenau – Bombe 14. SPALTE Areal – Syrien – Saga 15. SPALTE Kamera – Aesthet 16. SPALTE Emirat – Nurmi – It. 17. SPALTE Klee – Eta – If – Gigi 18. SPALTE Tunnel – Leger 19. SPALTE Moira – Dromedar – Reger 20. SPALTE Acker – Esens – Ag – Arara = PYGMALION

AUSFLUGSTIP

Anreise: Über die Autobahn Stuttgart–Singen (A 81, Ausfahrt Stockach), weiter über die B 31 und B 33, oder über die Autobahn München–Ulm (A 8) Ausfahrt Ulm, weiter über die B 30 und B 33 nach Markdorf.
Auskunft: Fremdenverkehrsbüro, 7778 Markdorf

Markdorf am Bodensee

Nur wenige Kilometer vom Ufer des Überlinger Sees, eingebettet in eine liebliche Landschaft mit Obstgärten, Weinbergen und Wäldern, liegt Markdorf, das als der besondere Tip unter den Bodenseeurlaubern gilt. Denn Hand aufs Herz – wer kennt schon dieses verträumte Linzgaustädtchen?

Schon kurz hinter Meersburg zeichnet sich das mittelalterliche Stadtbild mit seinen Türmen, Toren und Kirchen vom Horizont ab. Das traditionsreiche Städtchen am Südhang des Gehrenberges hat eine reiche und bewegte Geschichte aufzuweisen. In Jahrhunderten wurde gebaut und erweitert, aber auch zerstört. Erstmals wurde Markdorf 817 als „Maracdorf" urkundlich erwähnt, und im 12. bis 14. Jahrhundert herrschten hier die Freiherren von Markdorf. Die Markdorfer Ritter umgaben den Ort mit Wall und Graben, Mauern und Türmen und schufen so aus dem kleinen Marktflecken eine befestigte Stadt.

Beherrscht wird das Stadtbild vom Bischofsschloß, das wohl im 14. Jahrhundert entstand, später aber mehrfach umgebaut wurde. Heute beherbergt die ehemalige Sommerresidenz der Fürst-Bischöfe von Konstanz ein exklusives Hotel und ein Restaurant. Die gute Stube der Stadt ist – natürlich nur bei schönem Wetter – der Innenhof des Schlosses. Hier sitzen Touristen und Einheimische gerne bei Kaffee und Kuchen, genießen die Ruhe und die malerische Kulisse des alten Bischofsschlosses.

In der gotischen Pfarrkirche St. Nikolaus befindet sich eine rund 500 Jahre alte Schutzmantelmadonna, die zu den schönsten Madonnenbildern am Bodensee zählt. Der südliche Hexenturm und das äußere Obertor bilden letzte Reste der Stadtmauer, auf dem auch das 1560 erbaute Rathaus der Stadt steht.

Doch die kleine Stadt bietet nicht nur kulturelle Schätze, ein vielfältiges Freizeitangebot je nach Jahreszeit läßt keine Langeweile aufkommmen. Tennis, Reiten, Segelfliegen, Schwimmen und Malen sorgen für Abwechslung. Bis zum Aussichtsturm auf dem Gehrenberg (750 Meter) ist es eine knappe halbe Stunde Fußweg, bei klarer Sicht genießt man hier einen prächtigen Rundblick. Und dank seiner günstigen Lage ist Markdorf ein idealer Ausgangspunkt für Ausflüge zu den bekannten Sehenswürdigkeiten des Überlinger Sees. Die Pfahlbauten in Unteruhldingen, das Barockjuwel Birnau, die alte Reichstadt Überlingen und natürlich Meersburg können in wenigen Minuten erreicht werden.

Auf Grund einer geglückten Altstadtsanierung hat sich Markdorf die Atmosphäre vergangener Zeiten erhalten. Die beschauliche Ruhe abseits der Touristenrouten macht den Charme dieser 11 000 Einwohner zählenden Stadt aus.

SABINE FRECKWINKEL




Markdorf, kleine Stadt mit stuckierten Kostbarkeiten FOTO: HB

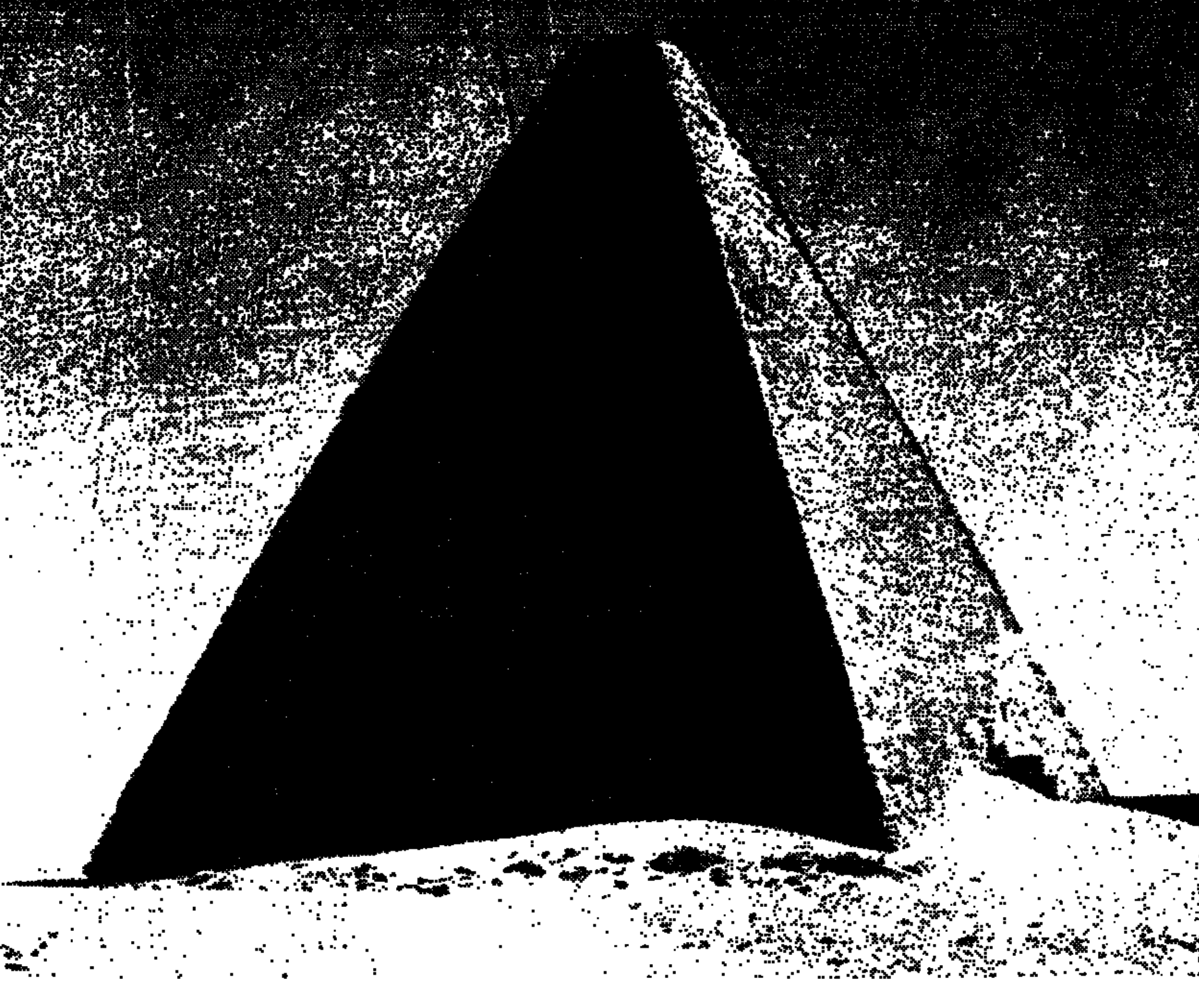
Klinik-Tourismus

London ist „out", Aachen „in". 2000 Araber aus dem saudischen Königreich waren 1985 zu Gast in der alten Kaiserstadt. Für das nächste Jahr liegen nach Angaben des Middle East Service Center bereits über 6000 Anmeldungen vor. Als Hauptmagnet für die betuchten Orientalen gilt das Aachener Klinikum mit seinen Spezialeinrichtungen. Attraktion Nummer zwei ist die Falkenzucht im Wildfreigehege Hellental – für die Beiz-„Jagd der Könige" von arabischen Scheichs bevorzugt, wie der Pressesprecher der Stadt Aachen berichtete. Ansonsten verlassen die millionenschweren Araber und ihr Gefolge kaum das Hotel, interessieren sich nicht im mindesten für die touristischen Attraktionen Aachens.

Erst kürzlich residierte Scheich Zayed, der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate, auf zwei Etagen eines Aachener Nobelhotels. Begleitet von zehn Leib- und Sicherheitsbediensteten, etlichen Köchen, Vertrauten und verschleierten Frauen soll der Scheich, dessen Privatvermögen auf 60 Milliarden Dollar geschätzt wird, täglich rund 80 000 Mark allein für Kost und Logis ausgegeben haben.

Für ihr Geld kaufen Scheichs auch die Geduld der „Götter in Weiß", lassen Ärzteteams stundenlang warten. Von deutschen Patienten sind die Mediziner solch schnöde Mißachtung nicht gewohnt, aber denen schreiben sie ja auch weniger horrende Rechnungen. Hoffentlich.

B. C.




Gut erhaltene Pyramide bei Meroe, der alten „Metropole" des Kusch. Mutter und Kind warten bei Meroe auf die Nilfähre. FOTOS: LIEBELT

Eine Entdeckungsfahrt ins „Goldland am Nil"

Ohne den Nil wären sie wohl nie entstanden, das ägyptische Pharaonenreich und auch nicht das Reich Kusch weiter im Süden, das schon in der Bibel ausführlich erwähnt wird. Jenes Kusch, das für einige Jahrzehnte sich sogar zum Herrn über das mächtige Ägypten aufschwingen konnte.

Der Nil, das ist Wasser, und das kostbare Wasser ist Leben in den Wüsten und wüstenhaften Gebieten Nordafrikas. Allerdings brachten die Wasser des Nil durch rieisige Überschwemmungen auch tausendfachen Tod.

Das Reichsgebiet von Kusch, das fast eintausend Jahre bestand (656 v. Chr. bis 350 n. Chr.), liegt im Norden der afrikanischen Republik Sudan, etwa zwischen dem 3. und 6. Nilkatarakt, dort, wo der mit fast 6800 Kilometern längste Fluß des Schwarzen Kontinents seine große s-förmige Biegung macht. Der „eigentliche" Nil entsteht jedoch erst in Sudan, nahe der Hauptstadt Khartum, wo der aus Äthiopien kommende „Blaue Nil" sich mit den Wassern des „Weißen Nil" vereint.

Die Republik Sudan ist flächenmäßig das größte Land des „Schwarzen Erdteils" und etwa zehnmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Hier leben 15 Millionen Menschen, zumeist schwarzer Hautfarbe und mohammedanischen Glaubens. Deshalb zählt Sudan zu den arabischen Ländern.

Kusch, das „Goldland am Nil", ist sicher das bedeutendste und wichtigste der untergegangenen Reiche. Geschickt nutzte es eine Schwäche der 25. ägyptischen Dynastie und nahm sich das Mutterland. Gott Amun von Kusch war nun auch Gott Amun von Theben. Für einige Jahrzehnte war so der Kusch Herr über ein Weltreich, das von den Papyrussümpfen des Nildeltas im Norden bis weit unter den sechsten Nilkatarakt (auf der Höhe des heutigen Khartum) im Süden reichte.

Von Napata, der Hauptstadt von Kusch, in der Nähe des vierten Kataraktes gelegen, waren die Krieger ausgezogen, Theben zu erobern. Doch bald kamen die Heere der Assyrer, die das Wundermetall Eisen kannten, während Ägypten und Kusch nur die weichere Bronze zu bearbeiten wußten. Theben fiel den zerstörerischen Eroberern für kurze Zeit in die Hände, und unglaubliche Schätze wurden nach Ninive von den Siegern verschleppt. Später, nach der Befreiung von den Assyrern, war auch die Zeit von Kusch als Herrscher über Ägypten zu Ende, wie ein Spuk vorbei. Das ägyptische Erbe verblaßte zusehends, und ein neuer Gott tauchte in Kusch auf: der löwenköpfige Gott des Sieges, Apedemak.

Auch Kuschs Könige ließen ihre Gräber, wie gut acht Jahrhunderte vorher die ägyptischen Pharaonen bei Gizeh, als Pyramiden bauen. Ein offener Treppengang, verlängert durch einen Tunnel, führte auf die Grabsohle. Tunnel und Grabkammer waren aus dem Fels geschlagen.

Über die Grabkammer kam die aus behauenen Sandsteinquadern errichtete steile, gut 15 Meter hohe Pyramide. An deren Ostseite war die Grabkapelle, oft mit einer Vielzahl von Flachreliefs mit Darstellungen aus dem Leben des hier begrabenen Königs und seiner Verbindung zu den Göttern. Der Treppengang wurde nach der Beisetzung zugeschüttet und lag außerhalb der Grabanlage.

Beim Dschebel Barkal findet man diese grandiosen Zeugen von Kusch heute, auch im benachbarten Kurru und Nuri. Kein einziges Grab entging den Grabräubern. Was die Gold und Edelsteine Suchenden zurückließen, finden die Forscher unserer Zeit.

Die Handwerker Kuschs hatten es bei der Verhüttung und Bearbeitung von Eisenerz – vielleicht angespornt durch die Niederlage durch Ninive – zur Meisterschaft gebracht. Große Schlackenhalden in ihren Städten künden heute noch davon. Und wer damals dieses härteste der Metalle jener Zeit hatte, war mächtig.

Kusch wandte seine Aufmerksamkeit nach Süden, zum „Schwarzen Kontinent", seinem wahren Schicksal und seiner Bestimmung. Und folgerichtig wurde die Hauptstadt von Napata nach Meroe, etwa 500 Kilometer nilaufwärts, verlegt. Der Umzug fand Anfang des vierten Jahrhunderts vor Christus statt. Aber noch lange nach diesem Wechsel machten die toten Könige über viele hundert Wüstenkilometer ihre letzte Reise von Meroe ins Pyramidengrab bei Napata.

Dynastische und vor allem wirtschaftliche Gründe sprachen für die neue Hauptstadt Meroe, denn in Meroe macht Sommerregen die Viehzucht möglich. Hier gab es auch mehr Brennholz für die Eisenhüttenindustrie Kuschs. In Meroe rauchten vermutlich Hunderte von Feuerstellen. Wegen der vielen Schlackenhaufen nannte es ein britischer Archäologe das „Birmingham Afrikas".

Heute zeugen auch die zahlreichen, gut erhaltenen Pyramiden von Meroe von der langen Zeit als Hauptstadt und Metropole Kuschs, die erst im vierten Jahrhundert nach Christus endete. Bedeutende Kultstätten wie Musawwarat el Sufra und Naga entstanden im Laufe der Zeit weiter südlich.

In Musawwarat war es die „Große Anlage" mit dem Amun geweihten Zentraltempel und der Tempel für den Löwengott Apedemak. Dieses im dritten Jahrhundert vor Christus erbaute architektonische Kleinod war bis 1960 nur mehr ein Trümmerhaufen in der Wüste. Wie ein Puzzle setzte das Team des deutschen Archäologen Hintze den Tempel wieder zusammen. Das Ergebnis ist beeindrukkend: Jahrhunderte im Sand verborgene Flachreliefs sind gut erhalten. Sie zeigen Szenen vom Königshof sowie die Götter. Allen voran Apedemak und den falkenköpfigen Gott Horus.

Reliefs berichten aus dem Leben der Kusch-Herrscher.

Wer hierher will, muß durch die Wüste. Er braucht ein robustes und geländegängiges Fahrzeug. Dazu große Vorräte an Wasser und Treibstoff, gute Landkarten und einen zuverlässigen Kompaß. Denn Wegweiser gibt es nicht, und die Straßen des Reiches Kusch sind vom Sande verweht. Von Napata, der ersten Hauptstadt, nach Meroe führt der Weg gut 300 Kilometer ohne Markierung durch die lebensfeindliche Bajudawüste. Hier leben nur Nomaden, die Kababisch, die die Gesetze der Wüste kennen und hier überleben gelernt haben. Sie allein kennen die verborgenen Wasserstellen.

Der Reisende unserer Tage muß, wie schon die Könige von Kusch, zweimal mit Fähren über den Nil. So wappnet man sich mit Geduld, denn im islamischen Sudan wird Allah die nach keinem Fahrplan verkehrenden Fähren schon schicken. Viele warten hier: Fellachen, Bauern mit ihrem Vieh, Esel- und Kamelreiter, sogar klapprige Busse.

Noch weiter als Musawwarat, ganz im Süden, liegt Naga. Hier fand der religiöse Kult Kuschs einen letzten, großartigen Höhepunkt: Nun war, nachdem er Amun überflügelt und auf den zweiten Platz verwiesen hatte, Apedemak der Herr Nagas. Dennoch liegt hier ein schöner Amuntempel. Eine Allee mächtiger Widdersphinxen führt zum Hauptgebäude. Und immer droht der Sand, der alles zuweht. Zu bewundern sind großartige Reliefs von Amun und König Natakamani, der den Tempel vor zweitausend Jahren bauen ließ. Den Amuntempel überragend, liegt der Löwentempel und daneben der „Römische Kiosk", eine Tempelanlage, die den Einfluß Roms und seiner Baumeister deutlich macht.

Eine Pyramideninschrift in meroitischen Hieroglyphen berichtet von der Ankunft einer römischen Delegation mit Gaben ihres Kaisers, des „großen Königs des Landes im Westen". Viele Grabbeigaben in Meroe stammen aus dem Mittelmeerraum und der gesamten Einflußsphäre Roms. Sogar aus dem Rheinland und Gallien fand man hier Glasgefäße.

Nach fast tausend Jahren kommt die Dekadenz und der Niedergang dieser ersten afrikanischen Hochkultur. Auch Armut, denn Überweidung und Raubbau zerstörte die Vegetationsdecke. Die Städte waren zu groß geworden, das Angebot an Nahrungsmitteln nicht mitgewachsen.

Im Osten war inzwischen das Reich von Axum entstanden, dessen Herrscher vom heute äthiopischen Axum aus regierte. Ezana, der erste christliche König Axums, übernahm Mitte des vierten Jahrhunderts nach Christus die Macht und trug anfangs den Titel „König von Kusch".

Die Bedeutung Kuschs lag in der Verbindungs- und Vermittlerfunktion zwischen Ägypten und dem Mittelmeerraum und dem „Schwarzen Erdteil", wo es eigentlich hingehörte. Von Kusch, dem „Goldland am Nil", und seiner großartigen Kultur zeugen heute noch die Tempel im Sand der Wüste und die Wellen am papyrusgesäumten Nil.

HORST LIEBELT

*

Angebot: Archäologische Expeditionen „Ägypten–Nubien–Sudan", bei denen unter anderem der Dschebel Berkal, die Pyramiden von Meroe, der Tempel von Musawwarat und der Löwentempel von Naga besucht werden, veranstaltet Lama Expedition, Röderbergweg 106, 6000 Frankfurt. Mit Flug ab Frankfurt nach Kairo und Landroverfahrt durch die Wüste, bei der in Zelten übernachtet wird, kostet die Reise um 6000 Mark.
Auskunft: Botschaft der Demokratischen Republik Sudan, Koblenzer Straße 99, 5300 Bonn 2.